REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 426 · 14.5.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 58 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Die Berliner Republik im Menschenrechtskrieg
2. EU-Gipfel in Köln - Protest. Gegen Krieg und Sozialabbau - Angela Klein
3. Friedensbewegung im Regen? - gw./mb.
4. Mégret, Benoist, Mechtersheimer: Die extreme Rechte als "Friedensbewegung" - Bernhard Schmid, Paris
5. Vorsicht Falle! Rot-Grün floppt bei 630-Mark- Jobs - Elke Breitenbach
6. Grüße in den Knast - zu Mumia Abu Jamals 45. Geburtstag
7. 13. Juni: Protestwahl gegen den Krieg!
8. Algeriens historischer Kompromiß. Der neue Präsident Bouteflika wirbt um Islamisten - Bernhard Schmid
9. Der Weg ist das Ziel. Bundeswehr-Einsätze von der UNO zur NATO - Kt.
10. Nie wieder Grün! - Kt.
11. "Abnutzungskrieg". Der NATO-Stil der Kriegführung gegen Jugoslawien - Gerhard Piper
12. Dr. Gysis hochverräterische Privat-Außenpolitik - mb., Berlin
13. "Die NATO genießt ungehinderten Zugang..." Der Anhang B des Rambouillet-Abkommens (Dokumentation)
14. NATO in Not? Der Kosovo-Krieg und die globale Ordnung - Kai Ehlers
15. Spielball herrschender Interessen - M./Berlin
16. Kein Platz für Kosovo-Flüchtlinge, nirgends. Ungebrochene Kontinuität in der deutschen Flüchtlingspolitik - Claudia Leitsch
17. Friedensengel im Braunhemd. Die extreme Rechte und der Krieg gegen Jugoslawien - Jean Cremet
18. Die griechische Sonderrolle - Ralf Dreis, Thessaloniki
19. Nichts ist unmöglich. In den USA wächst die Kritik am NATO-Angriffskrieg - Max Böhnel, New York
20. Back to the krauts. Medien-Anästhesie in der Kriegsrepublik Deutschland - Raul Zelik
21. Balkanische Verhältnisse. Nationenbildung und Nationalismus in Südosteuropa - Balduin Winter
22. Eine deutsche Verschwörung. Der NATO-Krieg und die feinen Analysen der "Antinationalen" - Js.
23. Ein Hetzblatt gegen den Krieg. Vor 100 Jahren erschien die erste Nummer der Fackel - Js.
24. Wo bleibt Udo Knapp? Atomare Erstschlags- Strategie mit menschlichem Antlitz - ef
25. Magdeburg: Blumen und Naziterror. Erneuter Überfall auf Punks - Christian Grünert/ Phillip Stein
26. 1. Mai ohne Nazis. Nullnazis in Bremen - aber anderswo - Anna Bartels
27. "Heil Britannia". Britische Neonazis bomben gegen MigrantInnen und Schwule - Anna Bartels
28. Bundesweit gegen AKWs. Der schwere Weg zur Demo - DSe
29. Leukämie am AKW Krümmel. Fehler, kritische Wissenschaft und Politik - DSe
30. Der Esel und der Elefant. Testlauf der großen Tiere - Italiens animalischer Europawahlkampf - Js.
31. So offen wie noch nie. Frankreichs KP versucht es bei der EU-Wahl mit Pluralismus - Bernhard Schmid, Paris
32. Griechenland nach der "Öcalan"-Affäre. FluchthelferInnen des PKK-Chefs wegen Landesverrat angeklagt - Radio Klassenkampf
33. Der Wahlsieg der "tiefen Nation". Die Türkei nach den Parlamentswahlen im April - Jan Keetman
34. "Die Unschuld verloren ..." Von den Erfahrungen kämpfender Frauen in Guatemala. Gespräch mit E. Barrios, M. Matias, T. Palencia
35. Der neue Schlager der NGO"s. Verhaltenskodices sollen Fairneß garantieren - Volker Frank
36. Chilenische Vergangenheitsbewältigung. Pinochet, das Militär und die Menschenrechtsverletzungen - Sandra Grüninger
37. Nach Norden: Migration von Mexiko in die USA. Eine Rezension - efa
38. Rückzug der Militärs. In Nigeria soll ein gewählter Präsident die Regierung übernehmen - Thomas Mösch
39. Regulierte Anarchie in Indonesien - Rainer Werning
40. Vom Internet zum LabourNet. Betriebslinke wollen sich surfend vernetzen - David Hollis, Mag Wompel

41. Bilder, Bomben, "Fluchblätter". Bernd Kramers Buch über die Dresdner Mai-Revolution 1849 - Angela Martin
42. Fünfzig Jahre Streit der Historiker. Wolfgang Wippermann über Kontroversen zum Nationalsozialismus - Js.
43. Vor 150 Jahren - die letzte Nummer der Neuen Rheinischen Zeitung - Vo
44. 1. Mai in Berlin - Back to the Roots? - Peter Nowak
45. Zwischen politischer Praxis und Antipolitik - Broschüre "Kölngehen" (gw.
46. Alles aussteigen bitte. GRÜNE erzwingen Konsens! Energiekonsensvertrag
47. Quelldatei 10.htm
48. Quelldatei 24.htm
49. Gegen den Krieg, gegen die NATO - ak ist immer dabei
50. "Die NATO genießt ungehinderten Zugang..."
51. Quelldatei 48.htm
52. Schwerpunktthema Jugoslawien
53. Alles wird gut!
54. Armer Pinochet
55. Danke für das Geld!
56. Bomben in London
57. Quelldatei sp990510.htm
58. McJob bleibt McJob

1. Die Berliner Republik im Menschenrechtskrieg

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/aufkrieg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:aufkrieg

Nicht nur die NATO, auch die Bundesrepublik Deutschland wird in diesem Jahr 50. Und es ist eine besonders zynische Ironie der Geschichte, daß sich die beiden Jubilare mit einem Geschenk der speziellen Art feiern - einem Krieg. Seit Wochen zerbombt die NATO Jugoslawien. Menschen werden getötet, und das Land wird wirtschaftlich und gesellschaftlich verwüstet. Soziale Strukturen werden vernichtet, Menschen entwurzelt und eigenständige Bewegungen zwischen der Soldateska des Belgrader Regimes und den NATO-Bomben aufgerieben. "Hier unten Milosevic und oben die NATO", beschreiben serbische Oppositionelle ihre verzweifelte Situation.

Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg markiert die Geburtsstunde einer neuen, der Berliner Republik. Das rot-grüne "Reformprojekt", das vor noch nicht einem Jahr angetreten war, einen neuen gesellschaftlichen "Aufbruch" einzuleiten, trägt von Anfang an das Zeichen eines klassischen imperialistischen Krieges. Dies hat mehr als nur symbolische Bedeutung. Auch direkt und realpolitisch bezeichnet dieser NATO-Krieg eine tiefgreifende Zäsur .

Der Krieg beschreibt nicht nur die endgültige Rückkehr Deutschlands in den Kreis der Staaten, die "ihre vitalen politischen und wirtschaftlichen Interessen" weltweit militärisch durchsetzen können und wollen. Er bedeutet auch die Entsorgung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die Bundesrepublik trägt "selbstbewußt" und in "voller Kenntnis der eigenen Geschichte" "Verantwortung". Mit dem Schlachtruf "Nie wieder Auschwitz" bombardiert Rot-Grün in Jugoslawien Häuser, Brücken und Versorgungsnetze und kalkuliert dabei "Kollateralschäden" in der Zivilbevölkerung ein. Die Relativierung des nationalsozialistischen Völkermordes ist nicht nur eine Verhöhnung seiner Opfer. Sie ist auch eine ungeheuer zynische Instrumentalisierung des Holocaust für die eigenen militär- und außenpolitischen Ziele.

Niemand repräsentiert die Rolle der "Antifaschisten an der Macht" so glaubhaft wie die Grünen. Zwar kann auch Scharping von Konzentrationslagern im Kosovo reden, ohne rot zu werden, aber ein nachdenkli- ches Nicken erntet nur Fischer, wenn er von den Lehren aus Auschwitz spricht und mit einem leidenschaftlichen "No pasarán" die NATO zu einer neuen Form der Internationalen Brigaden gegen Franco-Milosevic stilisiert. Der Bellizismus im Namen der Menschenrechte benötigt geradezu die Legitimation durch ein "Reformprojekt" bzw. die Grünen.

In dem Maße, wie die rot-grüne "Antifa" die NA-TO-Angriffe nicht nur mitträgt, sondern vor allem von "links" begründet, bringt dieser Krieg das rot-grüne Reformprojekt auf den Punkt. Die Außen- und Militärpolitik läßt erahnen, wie auch innenpolitisch die Modernisierung von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung durchgesetzt und legitimiert wird.

Der "neue Kapitalismus" dreht die Parolen und Begriffe emanzipativer Bewegungen gegen sie. Opposition wird "unmodern", "konservativ" und "traditionalistisch". Mit dem Krieg in Jugoslawien sichert Rot-Grün nicht nur die "Kontinuität der bisherigen Außenpolitik". Die rot-grüne Berliner Republik bedeutet auch den Bruch: Diese Bundesregierung setzt eine gesellschaftliche Wende durch, von der Helmut Kohl 1982 nur träumen konnte.

Gegen den Krieg: Seiten 2-17

2. EU-Gipfel in Köln - Protest. Gegen Krieg und Sozialabbau

Autor: Angela Klein · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:47

Kalender

Revolution als Ordnungsmacht

Anläßlich des 150. Jahrestages des Elberfelder Aufstandes widmet sich Prof. Wolfgang Dreßen der deutschen Revolution von 1848. Wie Foucault oder Benjamin sieht er Geschichte nicht als Opfer- bzw. Fortschrittsgeschichte. Dreßen sieht 1848 als Krise bisheriger Industrialisierungsversuche. In seiner Interpretation wird die "Revolution" gegen die "Revolten" zu einem Vehikel, das verhindert, daß künftige soziale Konflikte die Legitimation des Staates in Frage stelle.

17. Mai, Wuppertal, 19.30h, Forum Rex am Kipdorf.

K-Gruppen gründen!

"Los geht's!" - so die Auforderung der Kommune Niederkaufungen. Wohin? Es soll darum gehen, selbstbestimmte Kommunen und Wohnprojekte zu gründen. Das Motto: "Nicht mehr die überkommenen Machtstrukturen in Beruf, Familie und Freizeit ‚dulden`, sondern Träume und Wünsche nach einem gemeinschaftsorientierten Leben mit Gleichgesinnten umsetzen!"

20.-24. Mai, Kommune Niederkaufungen (bei Kassel), Kirchenweg 1, 34260 Kaufungen, Tel.: 05605-80070, Fax: 05605-800740

Film international

Seit dem 9. Mai läuft eine internationalistische Filmreihe in München. Wir können leider nur noch auf zwei Filme hinweisen:

23. Mai, Videos zum Aufstand in Chiapas ("Aguascalientes", "Los mas pequenos"); 30. Mai, Filme zu Kurdistan ("Der Krieg geht weiter", "Der verdrängte Krieg"), jeweils 18h, Werkstattkino, Frauenhoferstr. 9.

Wo bliebt die Sozialunion

Auf die Suche nach der europäischen Sozialunion angesichts von Arbeitslosigkeit und Armut in der EU begeben sich Angela Klein (Bundeskoordination Euromarsch), Elisabeth Schröter (grüne MdEP) und Hans-Jürgen Urban (IG Metall Bundesvorstand).

24. Mai, Essen, 19.30h, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100.

Erich Mühsam

Er verkörpert wie kaum ein anderer die Gegenbewegung gegen das spießige und obrigkeitsfixierte Wilhelminische Deutschland. Er scheiterte in der Schule, gab seinen bürgerlichen Beruf auf, stieg aus. Mühsam lebte in Berlin und München das Leben eines Bohémien. Er kämpfte zeitlebens gegen Krieg und jede Form der Obrigkeit - bis ihn 1934 die Nazis im KZ Oranienburg umbrachten. "Erich Mühsam - Kulturrevolutionär vor und nach dem Ersten Weltkrieg" - Vortrag mit Jürgen-Wolfgang Goette (Mühsam-Magazin).

27. Mai, Hamburg, 19.30h, Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Silemstr. 79.

Deutsche Partisanen

Heinz Kühnrich und Franz Karl Hitze, Autoren des Buches "Deutsche bei Titos Partisanen 1941-1945" (vgl. ak 408), referieren zu diesem bislang recht unbekannten Kapitel der Geschichte.

28. Mai, Hamburg, 19.30h, Antifa-Café B5, Brigittenstr. 5.

Glatzenpflege

... auf Staatskosten" - Andreas Buderus, Autor des gleichnamigen Buches, nimmt die akzeptierende Jugendarbeit mit Rechten - die zwischen Politik und Pädagogik angesiedelt ist - auf den Prüfstand.

31. Mai, Düsseldorf, 20.00h, ZAKK, Fichtenstr. 40.

Stalin und die Juden

Arno Lustiger stellt sein gleichnamiges "Rotbuch" über die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden auch im Südwesten vor.

1. Juni, Freiburg, 20h, Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15

Aufs Maul - oder so

Für den 5. Juni planen JN und "freie Nationalisten" einen Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in Hamburg. Sie wollen sich an der Moorweide am Dammtor treffen. Wegen antifaschistischer Gegenaktivitäten achtet bitte auf entsprechende Aufrufe und die Tagespresse.

5. Juni, Hamburg, 12h, Moorweide.

Beispiel Bremen?

"Soziale Frage und die extreme Rechte" - so der Titel einer Veranstaltung, bei der der Frage nachgegangen werden soll, ob Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus Anknüpfungspunkte für die Rechte sind. Mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge.

10. Juni, Düsseldorf, 20h, ZAKK, Fichtenstr. 40.

Neue NATO

Im Rahmen der Gegenaktionen zum WWG und EU-Gipfel findet eine ganztägige Diskussionsveranstaltung statt, die durch den NATO-Krieg gegen Jugoslawien erschreckende Aktualität erhalten hat. Im Zentrum steht dabei, die Rolle der NATO als Kern einer unipolaren Weltmilitärordnung. Behandelt werden dabei u.a. folgende Punkte: Weltmilitärordnung der kapitalitischen Kernländer (Volker Böge), Bedeutung neuer Strategie- und Waffenentwicklungen (Ottfried Nassauer), Globalisierung und Krieg (Wolf-Dieter Narr), Legitimationsideologien (Horst-Eberhard Richter).

11. Juni, Köln, 10.00 - 18.00h, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstraße.

3. Friedensbewegung im Regen?

Autor: gw./mb. · Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:54

Am Dauerregen allein kann es nicht gelegen haben, daß sich die im Vorfeld von den Veranstaltern prognostizierten und erhofften 60.000-100.000 TeilnehmerInnen bei der Großdemonstration am 8. Mai in Berlin nicht einfanden. Unter dem Motto "Stoppt den Krieg! Helfen statt bomben!" versammelten sich am 54. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zur abschließenden Kundgebung höchstens 15.000 Menschen auf dem Gendarmenmarkt in Berlin-Mitte. Dazu trugen insbesondere die Kürze der Mobilisierungszeit und die fehlenden Strukturen der Friedensbewegung bei. In völliger Verkennung dieser Situation hatten sich schon im Vorfeld einer kurzfristig anberaumten koordinierenden Versammlung von Gruppen und Verbänden der Friedensbewegung am 28.4. in Hannover Kräfte aus dem Frankfurter Ostermarschbüro, dem Kreis um die "Erfurter Erklärung" und dem Kasseler Friedensratschlag auf Ort und Termin verständigt.

Den Organisatoren konnte immerhin ausgeredet werden, die Demo zu der zentralen Großdemonstration der Friedensbewegung hochzustilisieren. Bei einem solchen Anspruch wäre sie unweigerlich an den Mobilisierungszahlen der Friedensbewegung der achtziger Jahre oder des Golfkriegs gemessen worden. Obwohl rund 80 Organisationen aufriefen und am Tag der Demonstration der PDS-Vorsitzende Bisky an hervorgehobener Stelle im Neuen Deutschland (ND) die PDS-Mitglieder mobilisierte, kam keine höhere TeilnehmerInnenzahl zustande. Nur noch peinlich sind dann Durchsagen der Veranstalter oder Zahlen im ND ("Zehntausende Anhänger der Friedensbewegung") zu nennen, die die Köpfe zählen und anschließend Beine und Arme addieren.

Optisch dominiert wurde der Kundgebungsplatz von einem riesigen Transparent mit der tiefsinnigen Parole: "Gäbe es die DDR, gäbe es keinen deutschen Angriff auf Jugoslawien". Verantwortlich für diese geschichtliche Belehrung zeichnete die allseits bekannte Massenorganisation "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD". Der klammheimlichen Zustimmung eines Großteils der Versammelten konnte der "Arbeiterbund" sich sicher sein, denn der Platz war mehrheitlich von PDS-AnhängerInnen gefüllt.

Mit einer ganz anderen Stoßrichtung führten am gleichen Tag Menschen aus den gewaltfreien Aktionsgruppen und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie eine symbolische Blockade des Bundesverteidigungsministeriums auf der Hardthöhe in Bonn durch. Schon am 10. April waren vom Aktionsbündnis "Stopp dem Krieg" die Haupteinfahrten der Airbase Spangdahlem bei Trier (Startpunkt der Tarnkappenbomber) und am 18.4. die der britischen Airbase Elmpt bei Brüggen/Mönchengladbach blockiert worden. Die TeilnehmerInnenzahl war mit rund 200 nicht gerade überwältigend. Weitere Aktionen sind geplant: Für Mittwoch, den 19. Mai, organisiert das Aktionsbündnis "Stopp dem Krieg" eine Blockade der Kaserne Calw des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr.

Der nächste Orientierungspunkt der Friedensbewegung sollte die Beteiligung an der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 19.6. in Köln sein. Die Veranstalter der Demo am 19.6. (Bündnis Köln 99) haben großes Interesse an einer gemeinsamen Demonstration. Genaueres wird auf dem nächsten Beratungstreffen der Friedensbewegung am 19. Mai zu beschließen sein. Die längere Zeitspanne bietet allemal Gelegenheit, mehr Menschen nach Köln zu mobilisieren als am 8. Mai nach Berlin.

gw./mb.

4. Mégret, Benoist, Mechtersheimer: Die extreme Rechte als "Friedensbewegung"

Autor: Bernhard Schmid, Paris · Rubrik: Frankreich; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:35

Nationalismus als Rezept gegen Krieg und Kriegspolitik: Das erscheint so sinnvoll, wie Alkoholismus mit einer Schnapskur zu heilen. Nichtsdestotrotz nutzen extrem nationalistische Ideologen und Organisationen seit einigen Jahren die Gelegenheit, durch betont scharfes Opponieren gegen internationale Kriegsoperationen, die von westlichen Großmächten gegen "Schurkenstaaten" wie den Irak oder derzeit Serbien geführt werden, ihre Basis zu verbreitern. Vor allem in Frankreich versuchen sich die Neofaschisten als "Friedensbewegung" zu profilieren.

Hier haben sich die Neofaschisten auf einen Diskurs spezialisiert, der die offiziellen Legitimationen der Kriegspolitik für bare Münze nimmt, ihre Wertmaßstäbe aber ablehnt. Bekanntlich - das weiß jeder, der den dominierenden Medien Glauben schenkt - führen die von den USA angeführten Allianzen ihre Kriege nicht im Namen egoistischer Interessen, sondern ausschließlich, um weltweit "Menschenrechte und Freiheit" zu verteidigen. Den französischen Neofaschisten aber gilt die Führungsposition der USA in den Kriegsallianzen der westlichen Großmächte als untrügliches Indiz dafür, daß es um die Unterjochung der europäischen Staaten durch eine US-geführte neue "Weltregierung" gehe. Der supranationale Charakter von NATO, EU und UNO begründet dieser Logik zufolge eine weltweite Neuordnung der Herrschaftsverhältnisse auf Kosten von "natürlichen Gemeinschaften" wie den Nationen oder solchen Regionen, die durch ethnische Bande definiert sind. Dieser "Angriff" auf die "natürlichen Gebilde", so die Neofaschisten, sei die tiefere Ursache für Gewalt und anhaltende Kriege.

Schon im Golfkrieg 1991 haben die Neofaschisten scharf gegen die Teilnahme des Landes an der Anti-Irak-Allianz opponiert und die Regierungstätigkeit der Sozialdemokratie zum Anlaß genommen, um für gründliche politische Verwirrung zwischen "Links" und "Rechts" zu sorgen. So ließen sie damals massenhaft Plakate mit der Aufschrift "Mitterrand, der Krieg - Le Pen, der Friede " kleben. Auf die Serbien-Krise reagieren die Neofaschisten ähnlich. Experten hinsichtlich politischer Verwirrung sind aber vor allem die Intellektuellen der "Neuen Rechten", der Nouvelle Droite um Alain de Benoist, die nach den NATO-Angriffen auf Jugoslawien mit einer massiven Propagandaoffensive aus der Versenkung aufgetaucht sind.

Die Fronts Nationaux an der Seite Serbiens

Beide Flügel des gespaltenen Front National, Le Pen und Mégret, lehnen die NATO-Angriffe ab und unterstützen Serbien. Aus den Reihen tanzt aber eine bisher im Front National organisierte Strömung der extremen Rechten, jene der (traditionell pro-kroatischen) katholischen Fundamentalisten.

Die französischen Neofaschisten drehen den verlogenen öffentlichen Diskurs einfach um, ohne seinen Inhalt in Frage zu stellen. Offiziell dienen die NATO-Operationen dazu, die von serbischen Ultranationalisten so getaufte "ethnische Säuberung" zu beenden, während sie bisher ausschließlich dazu beigetragen hat, das Schicksal der betroffenen Bevölkerungen zu verschlimmern und die Eskalation auf allen Seiten zu beschleunigen. Trotzdem brauchen Frankreichs Neofaschisten an dieser offiziellen Legitimationsbehauptung überhaupt nicht zu rütteln, um für die Gegenseite Partei zu ergreifen. Die "ethnische Säuberung" ist für sie kein Problem, sondern eher eine Art Vorbild.

Bereits 1993, als die unsäglichen Jet-Set-Intellektuellen Bernard-Henry Lévy und André Glucksmann eine zivilisatorische Militärintervention in Südosteuropa forderten, erklärte Le Pen ironisch " Ich verurteile die ethnische Säuberung, den Brustkrebs, den Hagel, die Autounfälle. Kurz, alle Übel, die auf der Welt vorkommen." (Vgl. Le Monde, 2.2.1993)

Heute tritt Le Pen klar pro-serbisch auf. In einem Interview mit der Boulevardzeitung Le Parisien vom 6. April 1999 erklärte er: "Ich bin für das nationalistische Serbien". Der "Kommunist" Slobodan Milosevic ist "nicht mein Problem". Schließlich habe Milosevic "das Geschick besessen, den Nationalismus zu übernehmen, der in Serbien mächtig ist und die Parteigrenzen überschreitet". Engere Verbindungen pflegt Le Pen mit einem politischen Verwandten in Belgrad, mit Vojslav Seselj von der "Serbischen Radikalen Partei" (SRS), der - seit

Frühjahr 1998 Koalitionspartner des "sozialistischen" Milosevic - als serbischer Vize-Premierminister amtiert. Ohne Skrupel erinnerte Le Pen in dem Interview an seine Position zu Beginn der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien: "Ich war für die Kroaten und gegen Milosevic. Heute bin ich für das nationalistische Serbien". Die Sezession Kroatiens vom föderalen Jugoslawien, das Tito hinterlassen hatte, habe entscheidend zur Zerschlagung des multinationalen Föderalstaates und zum Triumph der nationalistisch-ethnischen Logik auf allen Seiten beigetragen. Milosevic freilich sei daran mit seiner 1988 begonnenen Kosovo-Politik nicht eben unschuldig. Schließlich macht Le Pen sich erneut einen Spaß daraus, die Linke (indem er sie mit sozialdemokratischen Regierungen gleichsetzt) ähnlich wie 1991 mit dem Krieg und die Rechte mit dem Frieden zu identifizieren: "Sie werden feststellen, daß es immer die Linke ist, die den Krieg erklärt : Indochina, Algerien, Suez und jetzt das Kosovo."

Bruno Mégret seinerseits hat eine Verschwörung ausgemacht: Die USA würden "ein christliches Volk" bombardieren, um "eine muslimische Bevölkerung" zu schützen. Sie würden danach streben, durch die Errichtung islamischer Staaten in Europa (Bosnien, Albanien) die abendländische Zivilisation zu zerstören. Auch Frankreich drohe dieses Schicksal: "Wenn die Immigranten demnächst in Marseille die Oberhand gewinnen und die Unabhängigkeit der Provence und dann den Anschluß an Algerien fordern und die französischen Behörden die Ordnung wiederherstellen, werden die USA dann Paris bombardieren?" (Vgl. Le Monde vom 30.3.99). Deshalb forderte Mégret den Austritt Frankreichs aus der NATO, die "nurmehr ein Instrument bildet, um die europäischen Nationen unter die Vormundschaft der USA zu stellen."

Am 16. April 1999 ist Mégret vor einem Publikum von 500 Personen aufgetreten, an der Rednertribüne der Slogan Clinton, touche pas à ls'Europe (Clinton, rühr Europa nicht an). Einer seiner Vorredner, Philippe Schleiter - der Chef der Mégret-nahen neofaschistischen Jugendorganisation FNJ - hatte ironisch über die Notwendigkeit gesprochen, "Istanbul wegen der Unterdrückung der Kurden zu bombardieren oder Peking wegen der Unterdrückung der Tibetaner". Daraufhin ertönten lautstarke Zwischenrufe aus dem Publikum: "Und Tel Aviv? Und Tel Aviv?" Diese Zwischenrufe griff Mégret auf und verlangte, "Tel Aviv (zu bombardieren) wegen der Unterdrückung der Palästinenser". Außerdem forderte er die Schaffung eines "europäischen Miltärbündnisses, das die Kooperation zwischen den europäischen Armeen organisiert."

Mit katholischer Fahne für Kroatien

Nicht auf derselben Wellenlänge befindet sich die Tageszeitung Présent (die einzige Tageszeitung der extremen Rechten), die den katholischen Fundamentalisten nahesteht und derzeit darum bemüht ist, zwischen Lepenisten und Mégretisten Neutralität zu wahren. Ein Blatt, das seit jeher pro-kroatisch ausgerichtet ist und seit dem Kroatienkrieg 1991/92 gegenüber dem "kommunistischen Diktator" und "Serbolschwiken" Slobodan Milosevic grundsätzlich rot sieht.

Présent unterstützt zwar nicht die Politik der USA und der NATO. Denn diese "resultiert nicht aus einem gesunden Antikommunismus", sondern aus einer Ideologie, die mit jener "der Marxisten" Gemeinsamkeiten aufweise, nämlich der Ideologie der Menschenrechte (Présent, 30.3.99) und die daher eine "fremde Moralideologie" sei (Présent, 22.4.99). Doch das Blatt stellt sich nichtsdestotrotz auf die Seite der am Krieg teilnehmenden französischen Militärs - aus "nationaler Solidarität" (Présent, 30.03.99) und weil "der Soldat die Politik nicht zu diskutieren hat, der er unter Einsatz seines Lebens dienen muß. (...) Seine Aufgabe ist die der militärischen Ehre und nicht jene der Wortmeldung in der sogenannten demokratischen Debatte." (Présent vom 22.4.99)

Völlig klar sei, daß Milosevic - der kein "Staatsmann", sondern "Marxist-Leninist" sei und sich des Nationalismus nur bediene - als Feind zu gelten habe. Im übrigen tauge auch das (FN-)Argument nichts, daß Serbien ein "Schutzschild gegen den Islam" sei, denn "zu oft dienten die Serben als Speerspitze des Orients gegen das katholische Abendland, im Dienste des osmanischen Reichs, dann im Dienste des sowjetischen Reichs. (...) Seit 1453 (Einnahme von Byzanz durch die Türken) haben die orthodoxen Kirchen eher eine verbissene Gegnerschaft gegen den Katholizismus an den Tag gelegt, anstatt Widerstand gegen die anti-christlichen Totalitarismen zu leisten." Und weiter : "Wenn das Risiko der Gründung eines islamischen Staates auf dem Balkan besteht, dann kann man bevorzugt auf das kroatische Schutzschild zählen, ihm muß man helfen." (Présent, 22.4.99)

"Non à la guerre"

Gefährlicher als die neofaschistischen Fronts Nationaux ist für die linken Gegner des NATO-Kriegs die auf den Einbruch in linkes "Territorium" spezialisierte intellektuelle "Neue Rechte". Deren führende Köpfe um Alain de Benoist, die in den 60er und 70er Jahren daran arbeiteten, die NS-Rassentheorie zu "modernisieren", haben eine Petition unter dem Titel Non à la guerre (Nein zum Krieg) lanciert. Diese Petition ging von Laurent Ozon aus, der als Chef der Gruppe "Nouvelle Ecologie" - auf die "neu-rechte" Besetzung des Felds der politischen Ökologie spezialisiert ist.

Mittlerweile trägt sie die Unterschrift einer Reihe von Persönlichkeiten auch außerhalb der extremen Rechten und wird auf den Demonstrationen gegen die NATO-Angriffe verteilt. Das Kollektiv Non à la guerre hat sich zum Ziel gesetzt, 100.000 Unterschriften zu sammeln. Zur Zeit sind - so die kaum überprüfbaren Eigenangaben - 35.000 bzw. 40.000 Unterschriften beisammen, darunter die von 400 Prominenten. Der Text hebt insbesondere auf die Gefahr einer Unterordnung der Europäer unter die amerikanische Hegemonie ab, ist jedoch politisch in einer Weise formuliert, die keine klare ideologische Urheberschaft erkennen läßt.

Neben der Unterschrift von Alain de Benoist trägt die Petition z.B. die des pro-serbischen und KP-nahen Schriftstellers Patrick Bresson, der bereits 1993 an einem "rot-braunen" Flirt zwischen Parteikommunisten und Rechtsextremen beteiligt war, und die des alt-gaullistischen Generals a.D. Pierre-Marie Gallois, der schon früher im Umkreis der "Neuen Rechten" aufgetaucht ist. Unterschrieben haben auch Claude Polin und Claude Rousseau, beide frühere Mitglieder des "wissenschaftlichen Beirats" der neofaschistischen Partei, jetzt wichtige Journalisten der ehemaligen FN-Theorienzeitschrift Identité, die Bruno Mégret unterstützt.

Außerdem stehen der "neu-rechte" Autor und Le Pen-Freund Jean Mabire auf der Liste und der Rechtsaußenpolitiker Alain Griotteray. Griotteray ist Mitglied der Partei "La Droite" von Charles Millons und schreibt jeden Samstag Leitartikel im Figaro-Magazine, der Wochenendbeilage der größten konservativen Tageszeitung Frankreichs. Schließlich finden sich Unterschriften von einigen Angehörigen der rechten Denkfabrik GRECE unter dem Aufruf (Pierre Bérard, Jean-Jacques Mourreau, Guillaume Faye). Internationale Unterstützer sind u.a. Dieter Stein, "Direktor Jünge Freiheit (sic), der rechtsextreme Friedensforscher Alfred Mechtersheimer, der österreichische Schriftsteller Peter Handke und sein russischer Kollege Alexander Solschenitzyn.

Die dicke Bertha

Etliche prominente Unterstützer haben ihre Unterschriften inzwischen zurückgezogen, nachdem die überregionale Presse, namentlich Le Monde und Libération, die "neu-rechte" Herkunft der Petition herausgestellt hat. Doch nach wie stehen z.B. der Dramaturg Harold Pinter und der britische linke Kinomacher Ken Loach unter dem Aufruf, vermutlich in Unkenntnis der Hintergründe. Die "Neu-Rechten" haben in alle Richtungen um Unterstützung geworben: in grünen und kommunistischen Kreisen, unter Anarcho-Libertären und unter Gaullisten.

Das Kollektiv Non à la guerre wird von drei Personen "koordiniert": Charles Champetrier, Chefredakteur der GRECE-Zeitschrift Eléments, Arnaud Guyot-Jeannin, Redakteur am dem rechtsextremen Pariser Sender Radio Courtoisie; und Laurent Ozon, der neben der erwähnten Gruppe Nouvelle Ecologie auch noch die Zeitschrift Recours aux fôrets leitet, ein Blatt, das Ökologie und Blut-und-Boden-Thematik mischt.

Am 21. April 99 hielt das Kollektiv in Paris eine Veranstaltung mit rund 400 Teilnehmern ab. Stargast war der GRECE-Gründer und "neu-rechte" Chefideologe Alain de Benoist, und als ideologisches Menü gab es scharfe Angriffe auf die USA und auf Israel und seine angeblich "faschistische Regierung", die sich "mit der faschistischen Regierung der Türkei verbündet (habe), um die serbischen Orthodoxen zu bekämpfen".

Am 23.4.1999 folgte die Auslieferung der sogenannten Anti-Kriegs-Zeitung La Grosse Bertha (Die dicke Bertha, unter Anspielung an die einstige deutsche "Superkanone") in einer Auflage von 80.000 Exemplaren. Autoren sind unter anderem Alain de Benoist, Charles Champetier, Laurent Ozon und Arnaud Guyot-Jeannin. Die Zeitung schmückt sich aber auch mit einem Beitrag des Journalisten Paul-Marie de la Gorce, eines gelegentlichen Mitarbeiters von Le Monde diplo-matique, der schon am 16. April öffentlich bekanntgegeben, von dem Kollektiv Non à la guerre hereingelegt worden zu sein.

Außerdem finden sich in La Grosse Bertha Übersetzungen von Artikeln des Alexander Solschenitzyns und Noam Chomskys. Daneben wird ausführlich die "neu-rechte" Sicht auf den Balkankrieg verbreitet, derzufolge

die Machenschaften der USA (als raumfremder Macht, würde Carl Schmitt sagen) an allem schuld seien, wobei etwa die Hegemonialpolitik Deutschlands in seinem neuen "Hinterhof" Südosteuropa mit keinem Wort erwähnt wird.

Besonders ausführlich wird in dem achtseitigen Blatt die US-Manipulation hinter diesem Krieg erklärt, "der für Europa einem Selbstmord gleichkommt". Diese bestehe darin, "das orthodoxe Europa und das katholisch-reformierte Europa gegeneinander aufzubringen" (Gabriel Metzneff), "einen dauerhaften Bruch zwischen dem westlich-abendländischen Europa und der slawisch-orthodoxen Welt zu schaffen, um die Westeuropäer zu überzeugen, daß sie ihren sog. atlantischen Partnern immer noch näher stünden als ihren natürlichen Nachbarn im Osten" (Alain de Benoist). Auf diese Weise "wollen die Amerikaner ein neues Schisma schaffen, um Europa entzweizuteilen" (Louis Sorel).

Ferner wollten die USA, diese Argumentation ist bereits von Bruno Mégret her bekannt, "gestern in Bosnien und heute im Kosovo einen islamischen - und bald islamistischen - Staat schaffen, im Herzen Europas, mit dem Ziel, Europa mit einem Geschwür zu durchdringen, es zu schwächen" (Gabriel Matzneff). Kurz: Die USA sind die Wurzel allen Übels und, so lautet die Überschrift des Appells Non à la guerre in dem Blatt, "Die Europäer wollen den Frieden".

Bernhard Schmid, Paris

5. Vorsicht Falle! Rot-Grün floppt bei 630-Mark- Jobs

Autor: Elke Breitenbach · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:37

Regale im Supermarkt auffüllen, Zeitungen austragen, in der Kneipe oder im Hotel aushelfen: Das sind typische Tätigkeiten, die auf 630-Mark-Basis verrichtet werden. Ursprünglich als Ausnahme gedacht, ist geringfügige Beschäftigung für Millionen Menschen - vor allem Frauen - die einzige Möglichkeit, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Keine andere Beschäftigungsform wurde in den letzten Jahren so stark ausgeweitet, wobei auch Arbeitsplätze, die zumindest noch relativ sozial abgesichert waren, massenhaft in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt wurden.

Initiiert von den Gewerkschaftsfrauen machte ab 1996 ein breites gesellschaftliches Bündnis unter dem Motto "Mittendrin und trotzdem Draußen" gegen die 630-Mark-Jobs mobil. Geringfügige Beschäftigung und die daraus resultierenden Probleme erlangten ein öffentliches Interesse und Medienecho. Die PolitikerInnen aller Parteien befaßten sich mit dem Thema und forderten Abhilfe. Trotzdem wurden Anträge wie etwa der der PDS-Gruppe im Bundestag, der die Sozialversicherungspflicht für jede bezahlte Arbeitsstunde forderte, abgelehnt.

Bei der letzten Bundestagswahl sind die 630-Mark-Jobs zum Wahlkampfthema geworden. Parteienübergreifend wurde das Thema aufgegriffen und unterschiedliche Lösungsansätze diskutiert. PolitikerInnen der Grünen favorisierten die generelle Sozialversicherungspflicht und nährten sich damit der PDS-Position; SozialpolitikerInnen der CDU forderten die Herabsetzung der Geringfügigkeitsgrenze auf 350,- Mark, und der heutige Bundeskanzler Schröder plädierte, wie auch die CSU, für eine Festschreibung des Anteils von geringfügig Beschäftigten pro Betrieb.

Mit dem Regierungswechsel griff die rot-grüne Bundesregierung das Thema rasch auf. Der Ausweitung der 630-Mark-Jobs sollte entgegengetreten und die soziale Absicherung der Beschäftigten verbessert werden. Nach mehreren Anläufen hat die Bundesregierung jetzt dafür ein Gesetz vorgelegt, dem die Mehrheit in Bundestag und Bundesrat zugestimmt hat. Von dem formulierten Ansprüchen ist dieses Werk jedoch weit entfernt. Es dient eher der Entlastung der Sozialversicherungssysteme als dem Schutz der Beschäftigten. Eine Belastung der Arbeitgeber wurde tunlichst vermieden - für sie ist die Neuregelung geringfügiger Beschäftigung ein Nullsummenspiel. Dennoch ist es auch heute noch unklar, ob das 630-Mark-Gesetz in der jetzt vorliegenden Form wirklich in Kraft treten wird, die "Nachbesserungsforderung", vor allem von Seiten der Arbeitgeber, sind keineswegs verstummt.

Frauen zurück

an Heim und Herd

Für die Arbeitgeber bleiben 630-Mark-Jobs immer noch attraktiv und vor allem billig. Die jetzt zu zahlenden Beiträgen in die Renten- und Krankenversicherung entsprechen in etwa der Pauschalsteuer, die sie bisher entrichten mußten. Den Unternehmern wird es jetzt lediglich erschwert, diese Kosten auf die Beschäftigten abzuwälzen. Wenn man/frau den Zeitungsberichten der letzten Tagen Glauben schenken darf, scheint dies allerdings in erheblichem Umfang umgangen zu werden, d.h. die Beschäftigten tragen die Kosten für die Renten- und Krankenversicherung selbst.

Die gesetzliche Neuregelung wird nicht zu einer Eindämmung sondern zu einer Ausweitung geringfügiger Beschäftigung führen, in erster Linie in Ostdeutschland. Durch die Angleichung der Geringfügigkeitsgrenze und der damit einhergehenden Erhöhung von 100 DM in den neuen Bundesländern, werden dort die Mini-Jobs durch die Bundesregierung faktisch gefördert. In den Anhörungen des Bundestages haben viele der Sachverständigen aus Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen und Frauenverbänden vor dieser Entwicklung gewarnt. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Tariflöhne (Ost) der unteren Lohngruppen im Hotel- und Gaststättenbereich zwischen 10 und 11 DM/Stunde liegen. Bei einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis zwischen 15 bis 17 Stunden bekommen die Beschäftigten damit einen Bruttolohn von 750,- Mark, von dem noch Steuern und Versicherungsbeiträge abgezogen werden. Bei solch niedrigen Löhnen rechnet sich für viele Teilzeitbeschäftigte die Umwandlung in ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis von 13 oder 14 Stunden.

Sie müssen weniger arbeiten, haben aber am Ende des Monats mit 630 DM ohne weitere Abzüge genauso viel oder sogar mehr Geld im Portemonnaie.

Daß der Preis dafür fehlende soziale Absicherung ist, wird die, die von dem Geld aus ihrer Teilzeitbeschäftigung kaum leben können, nicht davon abhalten, in solch ein Arbeitsverhältnis zu wechseln. Deshalb ist es auch notwendig, denjenigen die sich in positiver Weise auf die Angleichung der Geringfügigkeitsgrenze beziehen und dies als ein Abbau der Lohndiskriminierung Ostdeutscher bewerten, entgegenzutreten. Eine solche Bewertung ist nicht nur falsch, sie verschleiert auch die reale Situation. Hier geht es nicht um eine Gleichstellung oder eine gleiche Bezahlung in West- und Ostdeutschland. Es geht hier vielmehr um die gesetzliche Zementierung eines Billiglohngebietes. Die niedrigeren Löhne, die Förderung geringfügiger Beschäftigung und die Aufsplitterung weiterer sozial abgesicherter Arbeitsplätze wird Ostdeutschland als Niedriglohnsektor festschreiben.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß geringfügig Beschäftigte durch die neue gesetzliche Regelung natürlich nicht automatisch eine Anhebung ihres Verdienstes auf volle 630 DM erhalten. Die Geringfügigkeitsgrenze dient lediglich der Definition von geringfügiger Beschäftigung, ebenso wie die gesetzlich festgeschriebene Wochenarbeitszeit. D.h. Beschäftigte, die bis zu 15 Wochenstunden arbeiten und die dabei nicht mehr als 630 DM verdienen, gelten als geringfügig Beschäftigte. Für sie gelten die Regelungen des neuen Gesetzes. Ein Anspruch auf die Anhebung des Arbeitsentgeltes ergibt sich daraus aber nicht.

Durch die neuen gesetzlichen Regelungen zu den Mini-Jobs wird das "Familienernährermodell" gefördert. Damit bewegt sich die rot-grüne Bundesregierung in der frauenpolitischen Tradition der Kohl-Regierung. Frauen werden in die Zuverdienerinnenrolle zurückgedrängt, eine lebenslange, eigenständige Existenzsicherung wird ihnen erschwert. Bei der gemeinsamen Steuerveranschlagung eines Ehepaares wird das Arbeitsentgelt der/des geringfügig beschäftigten Ehepartnerin/Ehepartners nicht mit einbezogen, in der Regel ist das das Arbeitseinkommen der Frau. Bei einer Familie mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen Jahresbruttoeinkommens des Ehemanns von 50.000 DM ist das jährliche Haushalteinkommen bei der geringfügigen Beschäftigung der Ehefrau um 2000 DM höher als bei einer versicherungspflichtigen Teilzeitarbeit. Diese Differenz ergibt sich, obwohl das erzielte Bruttoeinkommen aus einer versicherungspflichtigen Tätigkeit etwa 5.500 DM über dem Einkommen aus einer geringfügigen Beschäftigung liegt (FR, 15.12.1998). Geringfügige Beschäftigung (von Frauen) wird so gegenüber versicherungspflichtiger Beschäftigung gefördert.

Von diesem Privileg profitieren die Frauen und ihre Familien jedoch nur solange, wie sie nicht geschieden werden, und das ist immerhin bei jeder dritten Ehe der Fall. Bei einer Scheidung hat die Frau weder einen eigenständigen Versicherungsschutz noch einen Arbeitsverdienst, von dem sie ihre Existenz bestreiten kann. Falls sie Unterhalt vom Mann bekommt, zählt dies als zusätzliches Einkommen, und sie muß ihren Verdienst aus der geringfügigen Beschäftigung versteuern. Sie wird dann das Los vieler Frauen teilen, die vom Abbau sozial abgesicherter Arbeitsplätze in besonderer Weise betroffen sind und verstärkt in prekäre und niedrig entlohnte Arbeitssverhätnisse gedrängt werden. An deren Ende steht im Alter die Abhängigkeit von Sozialhilfe.

Ohne Netz und

doppelten Boden

Eine Absicherung der geringfügig Beschäftigten in den Sozialversicherungssystemen ist durch das neue Gesetz nicht ernsthaft vorgesehen. Lediglich in der Rentenversicherung erwerben geringfügig Beschäftigte Ansprüche, allerdings nur eingeschränkt. Zukünftig muß der Arbeitgeber einen Rentenbeitrag von 12% für die 630-Mark-Kräfte zahlen, und daraus entsteht den geringfügig Beschäftigten ein Rentenanspruch. Da der Arbeitgeber jedoch nicht den vollen Beitrag von 19,5% entrichtet, sollen die Beschäftigten auch nicht die vollen Leistungen erhalten. Dazu hat die Bundesregierung ein völlig verworrenes Konstrukt entworfen, das den Rentenentgeltpunkt - die Grundlage der Rentenberechnung - für diese Beschäftigten entwertet. Die Betroffenen haben allerdings die Möglichkeit, den Rentenbeitrag aus eigener Tasche aufzustocken und erhalten dann die vollen Leistungsansprüche. Auch wenn dies jeder Frau zu raten ist, kann man davon nicht ausgehen. Wegen ihres geringen Einkommens werden viele dazu gar nicht in der Lage sein. Von der rot-grünen Bundesregierung wurde damit nicht nur eine Rentenversicherung zweiter Klasse geschaffen, auch

die unterschiedliche Bewertung von Erwerbsarbeit ist nun eingeführt. Viele JuristInnenverbände sehen in dieser Regelung eine mittelbare Diskriminierung von Frauen und damit einen Verstoß gegen EU-Recht.

Ein eigenständiger Krankenversicherungsschutz ist gar nicht erst vorgesehen. Zwar zahlt der Arbeitgeber künftig im Umfang von 10% Beiträge für die geringfügig Beschäftigten, die schon gesetzlich versichert sind. Leistungsansprüche entstehen den Betroffenen daraus allerdings nicht. An dieser Stelle zeigt sich, daß es der Bundesregierung weniger um die Absicherung der Frauen, als vielmehr um die Sanierung der Krankenversicherung geht. Hier wird noch zu prüfen sein, inwieweit diese Regelung überhaupt verfassungsmäßig ist. Bei der Krankenversicherung handelt es sich um eine gesetzliche Pflichtversicherung, aus deren Beitragszahlung Leistungen entstehen müssen. Zusätzlich müssen Arbeitgeber nach der jetzigen Regelung ausschließlich Beiträge für die schon gesetzlich Versicherten zahlen, nicht aber für geringfügig Beschäftigte, die etwa privat versichert sind. Das gilt etwa für Besserverdienende oder Beamte nebst EhepartnerInnen, die auf 630-Mark-Basis einem Nebenjob nachgehen, wie z.B. als Trainer und Betreuer in Sportvereinen. Hier entsteht nicht nur ein Kostengefälle, weil die schon gesetzlich Krankenversicherten für die Arbeitgeber 10% teurer sind. Hier entsteht auch eine verfassungsrechtlich bedenkliche Ungleichbehandlung.

Ein Leistungsanspruch aus der Arbeitslosenversicherung ist für geringfügig Beschäftigte ebenfalls nicht vorgesehen. Verliert eine Frau ihren 630-Mark-Job, hat sie weder Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe, noch auf Qualifizierungs- oder Umschulungsmaßnahmen des Arbeitsamtes. Besonders letzteres wäre notwendig, um die Chancen auf einen qualifizierteren, versicherungspflichtigen Arbeitsplatz zu erhöhen. Auf die Frage, warum sie dies ausgeschlossen hat, wenn sie - nach eigenen Aussagen - den geringfügig Beschäftigten mit ihrem Gesetz eine Brückenfunktion in eine versicherungspflichtige Beschäftigung ermöglichen wollte, ist die Bundesregierung bisher eine Antwort schuldig geblieben. Dabei liegt die Antwort auf der Hand: Die Staatsausgaben sollen nicht weiter erhöht werden, zumindest nicht für solche "konsumtiven Leistungen". Die angebliche Konsolidierung des Staatshaushaltes wird auch hier besonders auf dem Rücken von Frauen ausgetragen.

Im ersten Gesetzentwurf war noch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes vorgesehen, daß ein Mitspracherecht der Betriebsräte bei der Umwandlung von abgesicherten Arbeitsplätzen in geringfügige vorsah. Ebenfalls sollte ihnen eine Mitbestimmung bei der Einstellung geringfügig Beschäftigter eingeräumt werden. Diese Regelung wurde bei der Anhörung von den Sachverständigen der Arbeitgeberseite kritisiert, da dies der betrieblichen Interessenvertretung ein Instrument in die Hand geben würde, womit sie kurzfristige Kapazitätsausweitungen blockieren könnte. Dies würde zu einer Wettbewerbsverzerrung führen.

Doch auch die VertreterInnen der Gewerkschaften äußerten sich zu dieser geplanten Veränderung kritisch. Zurecht merkten sie an, daß nicht in allen Betrieben ein Betriebsrat existiert. Außerdem bemängelten sie die Verschiebung eines arbeitsmarktpolitischen Problems auf die Schultern der Betriebsräte, die dieses nicht lösen könnten. Diese Kritik wurde von der Bundesregierung genutzt, um die geplanten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes wieder rückgängig zu machen. Dieser Schritt wurde als Beweis dafür verkauft, daß die neue Bundesregierung Anhörungen zu Gesetzesänderungen ernst nimmt und die Positionen der Sachverständigen berücksichtigt. Offen bleibt, warum dies nicht auch an anderen Stellen geschieht.

So ganz nebenbei enthält das Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung auch Verschlechterungen für Auszubildende. Bislang wurde die Geringfügigkeitsgrenze jedes Jahr neu berechnet und erhöht, nun ist sie auf der Höhe von 630 DM festgeschrieben worden. Die Arbeitgeber sind gesetzlich verpflichtet, für die Azubis mit einer Ausbildungsvergütung in der Höhe der Geringfügigkeitsgrenze die vollen Beiträge für die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung abzuführen. Die Festlegung auf 630 DM führt dazu, daß mehr Auszubildende als bisher die Hälfte der Versicherungsbeiträge selbst tragen müssen.

Das neue Gesetz hat einmal mehr gezeigt, daß mit der neuen Bundesregierung kein sozialpolitisch fortschrittlicher Politikwechsel verbunden ist. Für die Betroffenen versperren die 630-Mark-Jobs nach wie vor finanzielle Eigenständigkeit und soziale Absicherung, zusätzlich führen sie im Alter oftmals zu Sozialhilfeabhängigkeit. Notwendig wären eigentlich Regelungen, die die geringfügige Beschäftigung für die Arbeitgeber nicht länger lukrativ machen und damit die Zergliederung vorhandener Arbeitsplätze verhindern. Darüber hinaus müssen geringfügig Beschäftigte einen vollständigen Zugang zum Sozialversicherungssystem erhalten. Das jetzige 630-Mark-Gesetz ist so ein weiteres Indiz dafür, daß unter Rot-Grün die Spaltung dieser Gesellschaft vorangetrieben wird.

Elke Breitenbach

Die Autorin ist Referentin bei der PDS-Bundestagsfraktion

6. Grüße in den Knast - zu Mumia Abu Jamals 45. Geburtstag

Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:44

Aktionstag auch in Montpellier (Foto: ak)

Grüße in den Knast

Am 24. April wurde Mumia Abu-Jamal 45 Jahre alt. Seit 18 Jahren sitzt Mumia wegen angeblichem Polizistenmord im Todestrakt. Wir wünschen Mumia Abu-Jamal, daß er seine nächsten Jahre in Freiheit erleben kann.

Anläßlich seines Geburtstages fanden weltweit Demonstrationen statt. In der BRD sollten u.a. am 24. Tausende Faxe an den Gouverneur Thomas Ridge geschickt werden, der alleine noch über Mumias Leben entscheiden wird. (Für weitere Faxe: Fax-Nr. 001-717 783 3369)

7. 13. Juni: Protestwahl gegen den Krieg!

Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:31

Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden unter besonderen Bedingungen statt: Es herrscht Krieg in Europa, und die führenden Staaten der EU, allen voran die frischgebackene "Berliner Republik", sind unmittelbar daran beteiligt. Unter solchen Umständen sollten auch Linke ihr übliches Wahlverhalten überdenken. Eine Stimme für das "kleinere Übel" (Bündnis 90/Die Grünen) verbietet sich an diesem 13. Juni genauso wie Stimmenthaltung ("Wahlboykott"), gemeint als Protest gegen das "Europa des Kapitals". Nehmen wir die Gelegenheit wahr, mit unserer Stimme gegen den Krieg zu protestieren!

Von den im Bundestag vertretenen Parteien hat allein die PDS geschlossen gegen den NATO-Krieg und die deutsche Beteiligung daran Stellung genommen. Sie ist zugleich die einzige deutsche Partei, die gegen den Krieg auftritt und den Sprung ins Europäische Parlament schaffen kann. Die PDS würde im EU-Parlament die kleine linke Fraktion stärken, die sich dem Aufbau einer Militärgroßmacht EU, der Stärkung der NATO, dem Weltmachtsanspruch der USA und der deutschen Hegemonie über Europa widersetzt. Indem wir sie wählen, nehmen wir unsere Kritik an der PDS nicht zurück. Es gibt viel zu kritisieren an der PDS: u.a. ihre an grüne "Realpolitik" erinnernden Bündnisse mit der ostdeutschen SPD, die unkritische Haltung vieler PDS-Mitglieder zum "Realsozialismus", die vielfach einseitig pro-serbische Parteinahme im Kosovo-Konflikt.

Diese Vorbehalte bleiben. Sie hindern uns aber nicht daran, am 13. Juni sichtbar gegen diesen Krieg zu protestieren.

Keine Stimme den Kriegsparteien!

Eine Stimme für die PDS

ist eine Stimme gegen den Krieg!

8. Algeriens historischer Kompromiß. Der neue Präsident Bouteflika wirbt um Islamisten

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:21

So einfach kann Demokratie sein. Am Abend des 16. April wurde Abdelaziz Bouteflika (64) zum neuen Präsidenten Algeriens ernannt, nachdem er bei der Wahl am Vortag als einziger Kandidat angetreten war. Sechs von sieben Bewerbern um das höchste Staatsamt hatten einen Tag vor der Wahl kollektiv ihre Kandidatur zurückgezogen - in ihren Augen hatte der Wahlbetrug schon zu diesem Zeitpunkt ein unerträgliches Maß erreicht.

Bereits am Montag vor der Wahl öffneten die "wandernden" Wahlbüros für die Nomadenstämme im algerischen Süden, also in der Sahara, und am Dienstag die "Spezialbüros" für die auf eine Million geschätzten Angehörigen der bewaffneten Staatsorgane (Armee, Gendarmerie und Polizei). Am Dienstag gegen 8.30 Uhr morgens wurden die Wahlbeobachter, die von den verschiedenen Kandidaten als ihre jeweiligen Beauftragten ernannt worden waren, aus den Wahlbüros der Armee nach Hause geschickt, teilweise auch mit vorgehaltener Waffe vertrieben.

Alle Präsidentschaftskandidaten außer Abdelaziz Bouteflika, dem Mann der militärischen Machtzentren, forderten daraufhin eine Audienz beim amtierenden Präsidenten Liamine Zeroual, um über Konsequenzen aus der "gravierenden" Situation zu sprechen. Die Audienz wurde ihnen verweigert, und Noch-Staatschef Zeroual zog es vor, eine trockene Presse-Erklärung abzugeben, das Verlangen der sechs Kandidaten sei "offensichtlich gegenstandslos". Die sechs verkündeten daraufhin ihren "kollektiven Rückzug" und "die Nicht-Anerkennung der Legitimität der Wahlergebnisse".

Hocine Ait-Ahmed (72), Mouloud Hamrouche (55), Ahmed Taleb Ibrahimi (67), Abdallah Djaballah (43), Mokdad Sifi (58) und Youssef Khatib (66) trugen so dazu bei, die demokratische Legitimation des Rennens um die Präsidentschaft - dessen Resultat ohnehin von vornherein festzustehen schien - anzukratzen, in Ermangelung anderer Möglichkeiten, an dem Ergebnis etwas zu ändern. Ihre Kritik veranlaßte Präsident Zeroual immerhin zu einer Fernsehansprache am Abend vor dem Wahltag. Seine Botschaft: Alles gehe seinen geplanten Gang.

Mit dem Verzicht auf ihre Kandidatur zogen die sechs auch die von ihnen ernannten Wahlbeobachter zurück, so daß keinerlei noch so rudimentäre Kontrolle der Stimmabgabe und der Auszählung mehr erfolgte. Die Situation glitt vollends ins Absurde ab, denn da die algerische Verfassung neben Erkrankung oder Tod eines Kandidaten solche Fälle "freiwilligen" Rückzugs nicht vorsieht, blieben die Wahlzettel mit den Namen der bereits nicht mehr im Rennen befindlichen Bewerber in den Wahlbüros liegen. (In Algerien wie in Frankreich machen die WählerInnen nicht ihr Kreuz auf einem einheitlichen Stimmzettel, sondern stecken den Zettel mit dem Namen des einen auserwählten Kandidaten in einen Briefumschlag.)

Die am 16. April verkündeten Resultate enttäuschten dann auch nicht, nachdem Bouteflika den Staatsapparat am Vortag gewarnt hatte, er trete das höchste Amt aber nur an, wenn die Stimmenzahl und die Wahlbeteiligung sich sehen lassen könnten. 73,8 Prozent der Stimmen sollen für Bouteflika abgegeben worden sein, bei einer Wahlbeteiligung von offiziell 60,25 Prozent. (Eine Gruppe "freier Offiziere" gab hingegen am 16. April in Algier bekannt, die reale Wahlbeteiligung habe bei nur 23 Prozent gelegen; einige Beobachter sahen darin einen Versuch der Armee, den neuen Staatschef frühzeitig "an die Leine" zu nehmen.)

Die offiziellen Angaben entsprächen 7,5 Millionen Stimmen - eine halbe Million mehr als sein Amtsvorgänger Zeroual im November 1995 erreicht hatte, und das bei einem Wahlgang, der zwar auch nicht frei von Fälschung war, der aber von einer massenhaften und euphorischen Mobilisierung der Wähler (auch in der französischen Emigration) begleitet war. Denn die damalige Wahl war für viele mit der Hoffnung auf eine "Normalisierung" der Lage verknüpft - nach vier Jahren zugespitzter Krise und massiver Gewalttaten vor allem seitens der islamischen Fundamentalisten.

Von Massenmobilisierung war beim diesjährigen Wahlgang nichts zu spüren. Die Stimmung ist eher von politischer und sozialer Depression geprägt; die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei über 28 Prozent, und die

algerische Presse berichtet häufig über Selbstmorde Entlassener, deren Betriebe unter IWF-Druck privatisiert und dann geschlossen wurden.

Auf dem zweiten Platz hinter Bouteflika folgte Ahmed Taleb Ibrahimi, der ebenfalls - wie der neue Präsident - der Nomenklatura der staatssozialistisch-nationalistischen Einheitspartei FLN (Nationale Befreiungsfront) entstammt, doch in diesem Jahr als Kandidat der islamischen Fundamentalisten, unterstützt von der verbotenen Islamischen Heilsfront (FIS), ins Rennen gegangen war. Den offiziellen Angaben zufolge erhielt Taleb Ibrahimi 12,5 Prozent der Stimmen, gefolgt in dritter Position von dem radikalen Islamisten Abdalla Djaballah, der 4 Prozent erreichte. Djaballah war früher Chef der nach wie vor legalen Islamistenpartei Ennahda (Wiedergeburt), die sich der Unterstützungsfront für Bouteflika angeschlossen hatte.

Fundamentalismus als einzige Alternative?

Demnach entfielen die weitaus meisten oppositionellen Stimmen (fast 2 Millionen) auf zwei islamistische Kandidaten. Die Verkündung dieses Ergebnisses kann zumindest im aktuellen Kontext als Versuch der militärischen Machtelite gedeutet werden, den islamischen Fundamentalismus zur "einzig möglichen Alternative" aufzubauen. Dies, um glauben zu machen, letztendlich bestehe nur die Wahl zwischen Militärs und Fundamentalisten, zuzüglich der Möglichkeit eines Kompromisses zwischen beiden.

Das Lager der "demokratischen Opposition" um die republikanische Partei RCD (Sammlung für Kultur und Demokratie) von Said Sadi sowie die Kommunisten oder Ex-Kommunisten (der Formationen MDS und Ettehadi) hatten von vornherein zum "aktiven Boykott" der Wahl vom 15. April aufgerufen. Das "demokratische Lager" hatte eingeschätzt, die Würfel seien längst gefallen (egal wie die Entscheidung der Wähler ausgehe). Und im übrigen drohe - so Said Sadi - der Urnengang zum "zweiten Wahlgang der Wahl von 1991" zu werden, die nach der ersten Runde abgebrochen worden war, nachdem eine Regierungsübernahme durch die Islamisten des FIS drohte.

In einem Kommuniqué, das am 6. April von Bonn aus - dort sitzt der Chef der Auslandsführung des FIS, Rabah Kebir - an die algerische und französische Presse geschickt und international verbreitet wurde, rief der FIS zur Wahl des Kandidaten Taleb Ibrahimi auf. Damit meldete er sich als Akteur auf der politischen Bühne Algeriens zurück. Zum allerersten Mal seit dem Abbruch der Wahlen im Januar 1992 und dem darauffolgenden FIS-Verbot rief die radikale Islamistenpartei zur Stimmabgabe auf. Und dies, während zugleich - ebenfalls ein Novum, und zwar seit Einführung des Mehrparteiensystems im Jahr 1989 - ein bedeutender Teil des "demokratischen Lagers" die Teilnahme an der Wahl verweigerte und gar aktiv zum Boykott aufforderte.

Allein daran läßt sich der Funktionswandel des Wahlakts vom 15. April gegenüber seinen Vorgängern ablesen. Im November 1995 hatten die radikalen Islamisten den Urnengang, mit dem der 1994 durch die Militärs eingesetzte Amtsinhaber Liamine Zeroual vom Wahlvolk abgesegnet wurde, noch als Teufelswerk des "gottlosen" Regimes verdammt. Bewaffnete islamistische Gruppen, wie sie ab 1993 aus dem FIS heraus entstanden waren, hatten all jene mit dem Tode bedroht, die ihren Stimmzettel dennoch abgeben würden: "Die Wahlurne wird zu ihrer Begräbnisurne werden".

Der massiven Drohung folgten damals unmittelbar keine Taten, was darauf zurückzuführen war, daß die algerische Bevölkerung tatsächlich massenhaft an jener Wahl teilnahm. Denn von ihr erhoffte man sich eine "Normalisierung" nach drei Jahren intensiver Gewaltanwendung durch die Islamisten und ebenfalls massiver Repression durch Militär und Polizei, die mitunter so wahllos und breit gestreut auf die städtischen Unterklassen zielte, daß sie scharenweise perspektivlose und (in einer Gesellschaft, in der großenteils sexuelle Apartheid herrscht) extrem frustrierte junge Männer in die Arme islamistischer Terrorgruppen trieb.

Ein Bündnis zur Rettung des Regimes

Damals, 1995, verfolgte der inner cercle des Militärapparats mit der Wahlprozedur ein erkennbares politisches Projekt. Nach knapp vier Jahren Ausnahmezustand und Ausübung der Regierungsgewalt durch Instanzen ohne demokratische Legitimation, welche auf die Annullierung der Wahlen im Januar 1992 folgten, sollte eine "Normalisierung" der staatlichen Institutionen stattfinden, die ihnen auch international neue Autorität verleihen würde. Daneben sah das Programm vor, durch die Existenz legaler islamistischer Parteien, die (als schwächere und gemäßigtere Ausgaben) den Platz des verbotenen FIS einnehmen und zugleich vom

Staatsapparat kontrollierbar sein sollten, das politische Spektrum "abzuriegeln" und das politische Potential des Fundamentalismus in die staatliche Politik zu integrieren.

Zu diesem Zweck wurde insbesondere die Partei Hamas (Der Eifer) des Predigers Mahfoud Nahnah, eines algerischen Angehörigen der "Muslimbrüder", zu einem bedeutenden politischen Faktor aufgebaut, und seit den Parlamentswahlen vom Juni 1997 ist Hamas mit mehreren Ministern an der Regierungskoalition beteiligt.

Das Projekt der herrschenden militärisch-bürokratischen Nomenklatura hat sich seither allem Anschein nach gründlich gewandelt. Jedenfalls tritt mit Ex-Außenminister Abdelaziz Bouteflika ein Präsidentschaftsbewerber das höchste Staatsamt an, der die Option auf Wiedereingliederung der Islamisten einschließlich des FIS ins politische Leben Algeriens verkörpert. Schon 1994 hatte die Armee Bouteflika die Präsidentschaft angeboten; dieser schlug sie damals jedoch aus, weil die Generäle ihm seinerzeit nicht gestatten wollten, offizielle politische Gespräche mit dem FIS aufzunehmen. Im jüngsten Wahlkampf hat Bouteflika seine Bereitschaft hervorgehoben, "ohne Vorbehalte mit allen Kräften" zu sprechen, einschließlich den "Männern der Berge" - den Angehörigen islamischer Terrorgruppen. Ausschließen will er davon jene, die sich Massaker an der Zivilbevölkerung zuschulden kommen ließen, wobei er die Möglichkeit einer "Generalamnestie" in Aussicht stellte, falls das Parlament oder das Volk in einem Referendum sich dafür aussprechen.

Hinter Bouteflika sammelte sich unterdessen eine beeindruckend wirkende Koalition. Die beiden legalen islamistischen Parteien Ennahda (Wiedergeburt) und MSP (Bewegung für eine Gesellschaft des Friedens, die ehemalige Hamas) unterstützten ihn; hinter Bouteflika standen aber auch die Führungsebenen der beiden früheren Staatsparteien FLN (die antikolonial-nationalistische Einheitspartei zwischen 1962 und 1989) und RND (Nationale demokratische Sammlung). Ferner rief auch der Führungsapparat der Einheitsgewerkschaft UGTA, die früher eng mit dem FLN-System verflochten war, zu seiner Wahl auf. Schließlich unterstützten ihn auch das staatliche Fernsehen, auf dessen einzigem Kanal Bouteflikas Auftritte die beste Sendezeit dominierten, und die Staatsbehörden, die Bouteflika in den Provinzstädten wie einen bereits amtierenden Präsidenten empfingen - den "candidat du consensus", wie die Presse ihn nannte. Womit vor allem der "Konsens" unter den Militärs gemeint ist, die hinter den Kulissen agieren.

Bouteflika, so vermuten Beobachter wie der FLN-Historiker Mohammed Harbi, werde in Zukunft weniger leicht durch die Generäle manipulierbar sein als seine Vorgänger, da er der bisherigen "kollegialen Führung" durch die Militärs ein über den Parteien schwebendes "zäsarisches Regime" vorziehe. Allem Anschein nach brauchen die Militärs einen solchen über den Seilschaften und Cliquen innerhalb der Armee stehenden "starken Mann" ebenso, wie sie längerfristig die Unterstützung der Islamisten zu suchen scheinen. Denn was die militärisch-staatsbürokratische Nomenklatura früher zusammenhielt, ist in die Krise geraten: die Verteilung der Ölrente in einer "Rentenökonomie", die kaum auf kapitalistischer Warenproduktion, sondern überwiegend auf dem Abschöpfen der Öleinnahmen basierte, unter den privilegierten Schichten und über die Kanäle der Korruption. Während die Öleinnahmen sinken und unter dem Druck des IWF die Staatsmonopole zerschlagen werden, verwandeln sich die Militärs und die ehemalige Staats-Nomenklatura in eine mafiose Kaste von Eigentümern an den privatisierten Filetstücken.

Die ehemalige Allmacht des Armeeapparats scheint dahin. Die Islamisten könnten mit ihrem totalitären Gesellschaftsprojekt dem Regime den benötigten neuen ideologischen Kitt liefern. Voraussetzung wäre ein Kompromiß zwischen Militärherrschern und Anhängern einer Islamischen Republik.

Bernhard Schmid, Paris

9. Der Weg ist das Ziel. Bundeswehr-Einsätze von der UNO zur NATO

Autor: Kt. · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:27

Das Rotkreuz-Täschchen und der Container mit der Baby-Nahrung sind die beliebteste Einstiegsdroge, wenn es darum geht, eine kriegsentwöhnte Bevölkerung und eine Partei von quengeligen Bauch-Pazifisten Schrittchen um Schrittchen daran zu gewöhnen, daß Krieg ein Bestandteil der Politik ist, der zum vereinigten Deutschland so untrennbar gehört wie die schicke Glaskuppel des wiederauferstandenen Reichstags. Die systematische Zertrümmerung der Infrastruktur eines eh schon schwach entwickelten Landes, mitsamt den unvermeidlichen abgeschossenen Zügen, Bussen und Wohnhäusern und den schlimmen Langzeitfolgen für das Gesundheitswesen, ist ohne streng humanitäre Begründung nicht mehr vorstellbar. Im folgenden wird chronologisch dargestellt, wie sich auf der einen Seite die Bundeswehr und auf der anderen Seite SPD und Grüne dorthin vorgearbeitet haben, wo sie heute stehen.

April-Juni 1991 Teilnahme der Bundeswehr an Hilfslieferungen für die kurdische Bevölkerung im Irak nach dem Golfkrieg. Entsendung eines Ärzteteams zur Versorgung von Flüchtlingen. Beteiligung der Bundesmarine an der internationalen Minenräumaktion nach dem Krieg.

Seit August 1991 Einsatz von zwei Transall-Transportflugzeugen, drei Transporthubschraubern und 50 Luftwaffen-Soldaten für die nach dem Golfkrieg mit der Überwachung des Irak beauftragte UNO-Mission UNSCOM. Abstellung von Experten der Bundeswehr für chemische Waffen und Raketen im Rahmen der Zerstörung irakischer Waffen.

Mai 1992 - November 1993 Einrichtung und Betrieb eines Feldhospitals in Pnom Penh, Kambodscha, als Teil der UNO-Mission UNTAC; Einsatz von 140 Personen Sanitätspersonal. Außerdem Entsendung von 75 Beamten des Bundesgrenzschutzes für die sogenannte Zivilpolizeikomponente von UNTAC. Verteidigungsminister Rühe (CDU) erklärt bei einem Besuch in Kambodscha am 29. Mai 1992, daß dieser Einsatz einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer künftigen deutschen Beteiligung an friedenserhaltenden Aktivitäten der UNO darstelle.

Seit Juli 1992 Teilnahme der Luftwaffe an der internationalen Versorgungsluftbrücke nach Sarajevo. Einrichtung eines Lufttransport-Stützpunktes zunächst in Zagreb, später in Falconara, Italien.

Juli 1992 (bis Oktober 1996) Teilnahme der Bundesmarine mit einem Kriegsschiff und drei Fernaufklärungsflugzeugen an der Überwachung des von der UNO verhängten Embargos gegen Jugoslawien in der Adria durch die WEU und die NATO. Verteidigungsminister Rühe erklärt, es sei wichtig, daß Deutschland Präsenz zeige und seine Bereitschaft deutlich mache, sich künftig an internationalen Maßnahmen in stärkerem Umfang als bisher zu beteiligen.

Die SPD bezeichnete den Einsatz als Verstoß gegen die "bisher einmütige Verfassungsinterpretation" und beschloß am 21. Juli 1992, Klage beim Bundesverfassungsgericht einzureichen. In der Bundestagssitzung am 22. Juli stimmte die SPD gegen den Einsatz. Alle Parteien, auch CDU/CSU, bekundeten Übereinstimmung, daß deutsche Soldaten nicht in die Kämpfe im ehem. Jugoslawien eingreifen sollten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Klose warf in der Debatte der Regierung vor, sie würde "scheibchenweise eine fundamentale Änderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vollziehen".

Die Bundesmarine beteiligte sich wegen der ungeklärten Rechtslage zunächst nicht an Erzwingungsmaßnahmen (gewaltsames Aufbringen von Schiffen). Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 (siehe dort) hob die Bundesregierung diese Beschränkung auf.

Auf einer Klausurtagung in Bad Salzuflen am 12. September 1992 nahm die SPD eine Neubestimmung ihrer Position vor: Grundsätzlich könne die Partei die Entsendung deutscher Soldaten unter UNO-Kommando mittragen. Voraussetzung sei aber die Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit des Bundestages. SPD-Vorsitzender Engholm betonte jedoch ausdrücklich, eine Beteiligung an "Großmacht-Polizeieinsätzen" wie im Golfkrieg wäre für die Sozialdemokraten auch in Zukunft ausgeschlossen.

August 1992 - März 1993 Transportflüge der Luftwaffe mit Hilfsgütern für die Bevölkerung Somalias.

März 1993 Beteiligung der Luftwaffe am Abwurf von Hilfsgütern über Bosnien-Hercegovina.

Seit 12. April 1993 Beteiligung von 162 deutschen Besatzungsmitgliedern an AWACS-Flügen der NATO, die der Überwachung und später auch Durchsetzung des von der UNO verhängten Verbots militärischer Flüge über Bosnien-Hercegovina dienen.

In der entscheidenden Kabinettssitzung am 2. April stimmten die FDP-Minister gegen die Beteiligung, mit der Begründung, daß dieser Einsatz zwar politisch richtig, aber nicht vom Grundgesetz gedeckt sei. Daraufhin reichte die FDP eine Eilklage beim Bundesverfassungsgericht ein, der sich die SPD anschloß. Am 8. April 1993 verkündete das BVG in einer vorläufigen Entscheidung, daß der Einsatz rechtlich zulässig sei. In seiner Begründung nannte das BVG u.a. die Gefahr eines schweren Vertrauensverlustes der Bundesrepublik bei ihren Bündnispartnern im Falle einer Nichtbeteiligung.

Juli 1993 - März 1994 Teilnahme der Bundeswehr an der UNO-Mission UNOSOM II in Somalia: Stationierung eines verstärkten Nachschub- und Transportbataillons mit 1.640 Soldaten in Belet Huen. Der Auftrag besteht in der Versorgung und logistischen Unterstützung anderer UNO-Einheiten sowie der Leistung humanitärer Hilfe für die Bevölkerung. Im Kabinettsbeschluß vom 21. April 1993 heißt es: "Der deutsche Verband wird nicht die Aufgabe haben, militärischen Zwang anzuwenden oder bei der Ausübung solchen Zwangs durch andere mitzuwirken. Davon unberührt bleibt sein Recht zur Selbstverteidigung."

In der Bundestagsdebatte am 21. April 1993 erklärte die SPD, daß der Einsatz aus sozialdemokratischer Sicht gegen die Bestimmungen des Grundgesetzes verstoße und damit verfassungswidrig sei. Sie habe sich daher entschlossen, ihre bereits beim Bundesverfassungsgericht laufende Klage gegen den Adria-Einsatz der Bundesmarine und die deutsche Beteiligung an den AWACS-Flügen entsprechend zu ergänzen. Außenminister Kinkel (FDP) erklärte, es gehe bei diesem Einsatz "über den konkreten Anlaß hinaus um eine Frage von grundsätzlicher außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung", nämlich das vereinigte Deutschland "zu einem handlungsfähigen und verantwortungsbewußten Partner der Weltgemeinschaft" zu machen.

Nachdem am 5. Juni 1993 bei einem Gefecht 23 pakistanische UNO-Soldaten getötet worden waren, brachte die SPD beim BVG einen Eilantrag ein, mit dem die Rückberufung des schon in Somalia stationierten deutschen Vorkommandos und ein Verbot des Einsatzes insgesamt erreicht werden sollte. In der Begründung hieß es, daß nach dem Vorfall nicht mehr zweifelhaft sei, daß es für die deutschen Soldaten in Somalia kein "sicheres Umfeld" gebe und ihre Sicherheit nicht zu gewährleisten sei.

Das BVG entschied am 23. Juni 1993 über den Eilantrag der SPD: Der Somalia-Einsatz verstoße - vorbehaltlich der späteren Entscheidung im Hauptverfahren - nicht gegen das Grundgesetz. Es sei aber eine neuerliche Entscheidung des Bundestages darüber erforderlich. Diese Sitzung fand am 2. Juli 1993 statt. Obwohl die SPD nochmals erklärte, der Einsatz sei vom Grundgesetz nicht gedeckt, stimmen offenbar etliche SPD-Abgeordnete mit den Regierungsparteien.

28. Februar 1994 An diesem Tag war der erste "richtige" Kampfeinsatz von Bundeswehrsoldaten zu verzeichnen: Unter Mitwirkung deutscher AWACS-Besatzungsmitglieder schoß die NATO vier Kampfflugzeuge der Serben über Bosnien-Hercegovina ab.

12. Juli 1994 Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die SPD-Klage. Danach darf sich die BRD mit ihren Streitkräften an allen Sanktionsmaßnahmen im Rahmen der UNO oder anderer "kollektiver Sicherheitssysteme" beteiligen, einschließlich Kampfeinsätzen außerhalb des NATO-Gebiets ("out of area"). Voraussetzung ist ein vorher mit einfacher Mehrheit gefaßter Beschluß des Bundestages. Aufgrund des Urteils hebt die Bundesregierung am 15. Juli 1994 die Beschränkungen auf, die bis dahin für die deutsche Beteiligung an der Adria-Überwachung und an den AWACS-Kontrollflügen gegolten hatten.

Außenminister Kinkel erklärte am 22. Juli 1994 im deutschen Bundestag: "Ein zentrales außen- und sicherheitspolitisches Ziel der Bundesregierung ist damit erreicht. Nach Wiedervereinigung und Wiedererlangung unserer vollen Souveränität ist die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik voll handlungs- und bündnisfähig." "Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts stellen sich die gemeinsamen Friedensaufgaben für NATO, Europäische Union und WEU jedoch neu. Neben die Bündnisverteidigung ist die Mithilfe bei der regionalen Konfliktvorbeugung und Konfliktеindämmung getreten. (...) Wer heute weiter im multinationalen, multilateralen Konvoi fahren will - niemand ist mehr darauf angewiesen als Deutschland -, der muß nicht nur

die Rechte, sondern eben auch die Pflichten eines UN-Mitglieds voll übernehmen, einschließlich der in der UN-Charta vorgesehenen militärischen Zwangsmaßnahmen."

Juli-Dezember 1994 Einsatz einer Boeing 707 und zweier Transall-Transportmaschinen der Luftwaffe für Hilfslieferungen an ruandische Flüchtlinge im Rahmen der UNO-Mission UNAMIR. Beteiligt etwa 1.600 Personen, meist Angehörige von Hilfsorganisationen. - Die von der UNO angefragte Entsendung eines deutschen Sanitätskontingents wird von der Bundesregierung unter Hinweis auf zu große Gefährdung des Personals abgelehnt.

Juni 1995 (bis Dezember 1995) Die Bundesregierung gibt am 26. Juni 1995 den Entschluß bekannt, die Bundeswehr zur Unterstützung der - vom UNO-Sicherheitsrat am 16. Juni mandatierten - Schnellen Eingreiftruppe der NATO für Bosnien-Hercegovina einzusetzen. Der deutsche Beitrag soll bestehen aus: a) Bereitstellung von Lufttransportkräften; b) Entsendung von Sanitätskräften für den Aufbau eines Feldlazaretts in Kroatien; c) Unterstützung von NATO-Luftangriffen durch 14 in Piacenza/Italien zu stationierende deutsche Tornado-Kampfflugzeuge für Aufklärungsflüge und zur Bekämpfung von Radarstellungen. Insgesamt sollen 1.500 deutsche Soldaten entsandt werden.

In interner Sitzung votierte die SPD-Fraktion am 27. Juni 1995 mit 152 gegen 56 Stimmen vor allem gegen den Einsatz deutscher Kampfflugzeuge, befürwortete aber die Bereitstellung von Sanitätern und logistischer Hilfe für die UN-Truppen. SPD-Vorsitzender Scharping erklärte dazu, die SPD sei gegen alles, was zur Eskalation des Krieges beitragen könne.

Bündnis 90/Die Grünen und die PDS lehnten es grundsätzlich ab, deutsche Soldaten in das ehem. Jugoslawien zu schicken. Fraktionschef Joschka Fischer erklärte dazu, daß der Bosnien-Konflikt ohnehin militärisch nicht zu lösen sei und der Bundeswehreinsatz zu einer zusätzlichen Eskalation beitragen könne. Auch in der Bundestagsdebatte am 30. Juni 1995 - bei der der Bundeswehr-Einsatz mit 386 gegen 258 Stimmen (und 11 Enthaltungen) gebilligt wurde - wandten sich die Grünen grundsätzlich gegen einen Einsatz deutscher Soldaten im ehem. Jugoslawien.

Scharping sprach sich im Bundestag ebenfalls dafür aus, dort möglichst keine deutschen Soldaten einzusetzen. Im Prinzip sei die SPD zwar bereit, die Entsendung von Sanitätskräften und Lufttransportkapazitäten mitzutragen. Keinesfalls dürfe Deutschland aber in irgendeiner Form - z.B. bei Tornado-Einsätzen - in die Kriegsgeschehnisse auf dem Balkan eingreifen. Man dürfe nicht das Risiko auf sich nehmen, die geschichtlich begründeten serbischen Gefühle gegenüber dem Einsatz deutscher Soldaten, besonders aufgrund der "Erinnerung an die Greuel im Zweiten Weltkrieg", zu mißachten. Deutsche Soldaten auf diesem Schauplatz könnten eine Eskalation hervorrufen, "die dem gesamten Mandat Schaden zufügen kann". Schon jetzt sei im Ergebnis der meisten Luftschläge (gegen serbische Gebiete in Bosnien-Hercegovina) nur eine Eskalation entstanden. "Man kann in Anlehnung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen sagen: Krieg in der Luft führt in solchen Fällen nicht zum Frieden auf Erden."

Joschka Fischer erinnerte in der Debatte am 30. Juni 1995 an ein Statement Kinkels vom Oktober 1994 (im "NATO-Brief"), in dem der FDP-Außenminister erklärt hatte: "Eine deutsche Beteiligung darf nicht konfliktverschärfend wirken. Dies könnte vor allem dort der Fall sein, wo aus der Zeit deutscher Besatzung während des Zweiten Weltkrieges noch besondere Animositäten lebendig sind. Aus diesen Gründen lehnt die Bundesregierung eine unmittelbare Beteiligung deutscher Truppen an Friedensmissionen im ehem. Jugoslawien ab. Sie könnte dort eher eskalierend als beruhigend wirken." - Fischer fuhr dann fort, seine Fraktion unterstütze zwar humanitäre Einsätze. "Aber wir sagen klar Nein zu dieser Zäsur, die sie heute anstreben. Wir wollen keine neue deutsche Außenpolitik, die die Selbstbeschränkung aufgibt, und sei es unter Bündniskriterien. (...) Die Mär, daß die Bundesrepublik Deutschland am Pazifismus kranken würde, ist eine Absurdität sondergleichen. Dennoch: Gerade die Rückkehr brutalster Gewaltmittel - von Massenmord, Vergewaltigungen, ethnischen Säuberungen - ist die größte Herausforderung für eine pazifistische Grundposition."

Vor dem Hintergrund der mit Massenerschießungen und Vertreibung verbundenen Einnahme der moslemischen Enklaven (und sogenannten "UNO-Schutzzonen") Srebrenica und Zepa durch die Serben (am 12. und 25. Juli 1995) richtete Joschka Fischer am 31. Juli 1995 ein Schreiben an die grünen Bundestagsabgeordneten, in dem er ein "Umdenken" in Sachen Gewaltfreiheit und eine Neubestimmung der

außenpolitischen Grundsätze der Partei forderte. Angesichts des "Vormarsches eines neuen Faschismus" (auf serbischer Seite) seien militärische Gegenmaßnahmen "am Boden und in der Luft" zum Schutz der noch verbliebenen Moslem-Enklaven notwendig. In einem Interview mit dem "Spiegel" (34/1995) nahm Fischer eine radikale Neudefinition des Pazifismus vor: "Wenn andere Methoden nicht mehr helfen", müßten auch Pazifisten "zu den letzten Mitteln Ja sagen". Zugleich wiederholte er aber noch einmal, daß deutsches Militär auf dem Balkan nicht zur Deeskalation beitragen könne und daß Deutschland sich dort "auf humanitäre Unterstützung beschränken sollte". - Ludger Volmer, damals außenpolitischer Sprecher der grünen Fraktion, sagte daraufhin, gegen Fischer gerichtet, in einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung, wer sich vage militärische Optionen offenhalte, werde sich "seine Mehrheit bei der CDU holen müssen".

Vom 30. August bis zum 14. September 1995 bombardieren NATO-Kampfflugzeuge Ziele in den serbischen Gebieten von Bosnien-Hercegovina. Die Luftangriffe werden erst "ausgesetzt", nachdem die Serben sich bereit erklärt haben, ihre schweren Waffen aus dem Raum Sarajevo abzuziehen. Der russische Präsident Jelzin widerspricht dem NATO-Standpunkt, daß ihr Vorgehen durch das UNO-Mandat gedeckt sei.

Dezember 1995 (bis Dezember 1996) Zur Sicherung des Dayton-Abkommens beteiligen sich 4.000 deutsche Soldaten am von der UNO mandatierten IFOR-Einsatz in Bosnien-Hercegovina. Das Bundeswehr-Kontingent ist in Kroatien stationiert.

Nachdem die Bundesregierung die Beteiligung an IFOR am 28. November 1995 beschlossen hatte, wurde darüber am 6. Dezember im Bundestag diskutiert. Scharping erklärte die Zustimmung der SPD zu dem Einsatz, wies aber auf dessen große Risiken hin. Es falle den Sozialdemokraten nicht leicht, eine Entscheidung von dieser Tragweite zu fällen, aber der Aufforderung der Weltgemeinschaft könne man sich auch nicht einfach entziehen. Fischer sprach von einer schweren Gewissensentscheidung und kündigte an, daß einzelne Abgeordnete "nicht einer Mehrheitsentscheidung unserer Partei folgen" würden. Er sei sich bewußt, daß dieser Streit die grüne Partei zu zerreißen drohe. - In der entscheidenden Abstimmung votierten je 22 Abgeordnete der Grünen mit Ja und mit Nein; 5 enthielten sich. Jürgen Trittin bezeichnete in einem Spiegel-Gespräch (50/1995) das Abstimmungsverhalten der Realos im Bundestag als "Provokation gegen zentrale Grundwerte der Partei wie Gewaltfreiheit und Basisdemokratie".

Vorausgegangen war der Parteitag der Grünen am 1.-3. Dezember 1995 in Bremen. Mehrheitlich angenommen wurde ein Kompromißantrag, der unter bestimmten eingeschränkten Bedingungen die Zustimmung zur Beteiligung deutscher Soldaten an "friedensbewahrenden Einsätzen" der UNO billigte. Ein Realo-Antrag, grundsätzlich Kampfeinsätzen der Bundeswehr "zur Verhinderung von Völkermord" zuzustimmen, scheiterte; er bekam aber immerhin 38% der Stimmen. Mehrheitlich angenommen wurde ein Antrag, mit dem die "Bitte" an die grünen Bundestagsabgeordneten formuliert wurde, im Bundestag der deutschen IFOR-Beteiligung nicht zuzustimmen.

Seit Dezember 1996 Erstmals in ihrer Geschichte nimmt die Bundeswehr in vollem Umfang gleichberechtigt an einem internationalen Militäreinsatz teil: Sie beteiligt sich an der von der UNO mandatierten "Stabilisierungsstreitmacht" aus rund 30.000 Soldaten (SFOR) mit 3.000 Mann. 2.400 davon werden in Bosnien-Hercegovina stationiert.

Juni 1998 NATO-Luftmanöver "Entschlossener Falke" über Albanien und Makedonien im Grenzgebiet des Kosovo. Die Bundeswehr ist mit sechs in Piacenza stationierten Tornados beteiligt. Das am 13. Juni beschlossene und am 15. Juni begonnene Manöver soll der Zielortung für eventuelle Luftangriffe im Kosovo (und gegen Jugoslawien) dienen. Verteidigungsminister Rühe erklärt eine Militärintervention auch ohne Zustimmung der UNO für möglich und wird darin von Scharping unterstützt.

Am 19. Juni 1998 stimmte der Bundestag mit 528 gegen 37 Stimmen bei 11 Enthaltungen der Verlängerung des Bosnien-Einsatzes deutscher Soldaten im Rahmen von SFOR zu. Von 48 Mitgliedern der grünen Fraktion votierten 33 mit Ja. - Zur Möglichkeit von "militärischen Optionen" im Kosovo-Zusammenhang erklärte FDP-Außenminister Kinkel: "Solche Maßnahmen bedürfen einer sicheren Rechtsgrundlage. Das kann nach den Umständen nur ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates sein."

30. September 1998 Die alte Bundesregierung beschließt, drei Tage nach ihrer Wahlniederlage, der NATO unabhängig von einem UNO-Mandat 14 deutsche Tornado-Kampfflugzeuge für Angriffe gegen Jugoslawien zur Verfügung zu stellen, falls die Regierung in Belgrad die an sie gestellten Forderungen nicht erfüllen sollte.

Am 12. Oktober bestätigt die alte Bundesregierung diese Entscheidung, nachdem NATO-Generalsekretär Solana am 7. Oktober erklärt hatte, die NATO benötige für ein militärisches Eingreifen in den Kosovo-Konflikt kein UNO-Mandat, und nachdem der NATO-Rat am 8. Oktober die Operationspläne abschließend gebilligt und den Einsatz authorisiert hatte.

Die Fraktionsspitzen von SPD und Grünen erklärten sofort, sie würden die Antwort der Bundesregierung an die NATO mittragen. Am 16. Oktober 1998 kam der alte Bundestag noch einmal zu einer letzten Sondersitzung zusammen, um die Zustimmung zum Krieg formal abzusegnen. SPD und Grüne hatten ihren Abgeordneten die Abstimmung freigegeben. Mit 500 gegen 62 Stimmen, bei 18 Enthaltungen, stimmte der Bundestag der deutschen Beteiligung an einer künftigen NATO-Kriegführung gegen Jugoslawien ohne UNO-Mandat "zur Abwendung einer humanitären Katastrophe" zu. Nur neun grüne Abgeordnete stimmten dagegen, acht enthielten sich.

Februar 1999 Der Bundestag beschließt, deutsche Truppen zur Unterstützung einer möglichen Friedenstruppe im Kosovo zu entsenden. Teile der Truppe (1.200 Mann) treffen Anfang März in Tetovo (Makedonien) ein. Als Aufgabe war ursprünglich Teilnahme am Schutz der 1.300 ins Kosovo entsandten OSZE-Beobachter definiert. (Die Beobachter wurden vor Beginn des Luftkriegs gegen Jugoslawien abgezogen.)

Auf dem Erfurter Parteitag der Grünen am 5.-7. März 1999 in Erfurt wurde mit klarer Mehrheit ein Beschluß "Für eine friedliche und nachhaltige Lösung des Kosovo-Konflikts" verabschiedet. Es heißt darin, daß Deutschland sich "in angemessener Form" an internationalen friedenssichernden Einheiten zur Überwachung eines erhofften Friedensabkommens beteiligen sollte. Aber, so hieß es einschränkend: "Eine Beteiligung darf nur zur Umsetzung eines Friedensabkommens bei Zustimmung und nach Unterschrift der beiden Konfliktparteien erfolgen. Darüber hinaus soll ein mandatierender Beschluß des UN-Sicherheitsrates herbeigeführt werden." Die Grünen seien "grundsätzlich gegen eine NATO-Selbstmandatierung für Militäreinsätze, damit das Gewaltmonopol der UNO nicht außer Kraft gesetzt wird". - Formuliert war dieser mit großer Mehrheit angenommene Antrag von Joschka Fischer, Jürgen Trittin und Angelika Beer - obwohl die Grünen im Bundestag der Selbstmandatierung der NATO für den Bombenkrieg schon im Oktober 1998 zugestimmt hatten.

24. März 1999 Beginn des NATO-Luftkriegs gegen Jugoslawien unter Beteiligung der Bundeswehr.

Kt.

10. Nie wieder Grün!

Autor: Kt. · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Grüne (und Vorläufer); Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:32

Seit dem 24. März führt die NATO einen Vernichtungskrieg gegen die jugoslawische Wirtschaft und Infrastruktur. Sie führt diesen Krieg mit äußerster Behutsamkeit, Rücksichtnahme und Selbstbeschränkung, wie der grüne Außenminister Fischer hervorhebt: 50 Prozent der Einsätze wurden aus Furcht vor Schäden für unbeteiligte Zivilisten abgebrochen. (Spiegel, 16/1999) Die übrigen 50 Prozent reichten auch noch für zahlreiche Versehen und Irrtümer aus. Mal ein Zug, mal ein Bus, mal ein Flüchtlingstreck, mal ein Wohnhaus - das läßt sich natürlich auch bei größter humanitärer Umsicht nicht ganz vermeiden. Er habe nie Illusionen über einen sauberen Krieg gehabt, sagt Fischer ganz offen. Krieg fordere nun einmal sehr viele Menschenleben, besonders unter unschuldigen Zivilisten. "Die Angriffe gehen unter die Haut", sagt der grüne Minister, und meint damit nicht die verbrannten und verstümmelten Opfer der NATO-Prügelpädagogik, sondern sein eigenes hochempfindliches Seelenleben.

Anderen Grünen geht es ähnlich dreckig: "Die Seele brennt", "Es zerreißt uns", "Der Riß geht durch jeden einzelnen von uns" - das sind Brechreiz erregende Selbstbemitleidungen, die von ganz ferne an die Beschreibung der Seelenpein der SS-Killerkommandos durch Heinrich Himmler erinnern. Damit soll, Gott behüte, der Jugoslawien-Krieg nicht mit den Nazi-Verbrechen und die Grüne Partei nicht mit der SS verglichen werden. Aber die ekelhafte, typisch deutsche Zumutung, in einem Moment, wo man anderen schlimme Schäden zufügt, die eigenen Seelennöte hervorzukehren, stellt doch wohl einen Vergleichspunkt dar, der bemerkt werden muß.

Nach offiziellen jugoslawischen Angaben wurden bisher - 4. Mai - 1.200 Menschen getötet und 5.000 schwer verletzt. Aber diese im NATO-Jargon so genannten "Kollateralschäden" (zu deutsch: wo gehobelt wird, fallen Späne) stellen doch nur einen sehr kleinen Teil der Gesamtschäden dar, die vor allem in ihren Langzeit-Wirkungen gesehen werden müssen. Schätzungen über die bisher angerichteten Zerstörungen liegen zwischen 50 und 70 Milliarden Mark. Schon vor den Bombenangriffen war Jugoslawien durch Bürgerkrieg und Sanktionen so weit zurückgeworfen, daß es selbst nach optimistischen Prognosen erst etwa 2015 wieder das Vorkriegsniveau von 1990 hätte erreichen können. Nach sechs Wochen Krieg ist Jugoslawien ungefähr auf den Stand der 50er Jahre zurückgebombt. Mehr als eine halbe Millionen Menschen haben ihre Arbeit verloren, weil ihre Arbeitsplätze zerstört wurden, und die ohnehin schon hohe Arbeitslosigkeit erreicht mittlerweile 50 Prozent. Zerstört wurden die wichtigsten Produktionsstätten des Landes, nahezu sämtliche Brücken, Kraftwerke, Wasserwerke - mit den sich daraus ergebenden Langzeitfolgen für das Gesundheitswesen. Aus den Erfahrungen des Irak ist bekannt, daß sich die von der NATO praktizierte "sanfte" Art des Bombenkriegs, die nur in wenigen Ausnahmefällen sichtbar Menschen umbringt, dennoch in Zehntausenden von Erkrankten und Toten niederschlägt, ganz besonders unter den Kindern.

Auch die wirtschaftlichen Schäden für die ohnehin am untersten Ende der europäischen Sozialskala angesiedelten Nachbarländer Jugoslawiens sind riesig: Rückschläge im Außenhandel und bei den Investitionen ausländischer Unternehmen, Blockade der Transitrouten, Zerstörung der Handelsbeziehungen, Schädigung des Tourismus, große Belastungen durch die Flüchtlingsmassen. Man spricht von großen Hilfsprogrammen für die Nachkriegszeit, aber wahrscheinlich werden die Balkanstaaten noch froh sein müssen, wenn ihnen der Westen wenigstens einen Teil ihrer Schulden stundet.

Der Krieg als grüne Herzensangelegenheit

Aber auf alle diese Nebenaspekte darf keine Rücksicht genommen werden. Wir können doch nicht einfach vor dem neuen Faschismus in Belgrad in die Knie gehen, sagt der grüne Außenminister. Der Krieg "wird länger dauern und härter werden, als viele geglaubt haben". Und wie das Beispiel des Iraks zeigt, ist dieser Krieg nicht unbedingt mit der Kapitulation des Gegners beendet, sondern kann bei jedem kleinen Verstoß in neuen zerstörerischen Luftangriffen aufleben.

Die Grünen sind seit dem 24. März zur Kriegspartei geworden. Nicht etwa, daß sie diesen Krieg nur aus Koalitionsraison halbherzig mittragen und dabei heimlich nach irgendeinem Notausgang spähen. Nein, diesen Krieg haben sie zu ihrer Herzenssache gemacht, und keine andere deutsche Partei hat sich so sittenstreng

und unbarmherzig in der Öffentlichkeit dafür eingesetzt, die Zerstörung Jugoslawiens, einschließlich des Kosovo, unter allen Umständen bis zum bitteren Ende fortzusetzen. Selbst die nicht sehr weit reichende Idee einer Unterbrechung der Bombenangriffe, zwecks Auslotung neuer Verhandlungsoptionen, wurde als "Einknicken vor Milosevic" mit aller Schärfe abgelehnt. Und wen nicht die messerscharfe Gutmenschen-Moral - "Wir helfen den Albanern, auch wenn sie daran zugrundegehen" - zum amoralischen Zombie mutieren läßt, der zermartert sich wenigstens das Hirn über die Folgen, die sich bei einer Abkehr vom NATO-Kurs für die Grüne Partei und die Koalition ergeben könnten.

Die Grüne Partei ist moralisch und geistig am Ende. Es ist noch nicht einmal vier Jahre her, daß die Grünen, und Joschka Fischer als ihr Sprecher im Bundestag, einen Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien kategorisch abgelehnt haben. Ihr entscheidendes Argument war, daß deutsche Soldaten aufgrund der historischen Belastung - gemeint war die Kriegführung der Nazi-Wehrmacht - in dieser Region starke Emotionen hervorrufen und dadurch nicht friedensschaffend, sondern konfliktverschärfend wirken würden. Eine zweite Grundposition der Grünen war, daß die Bundeswehr sich nicht an Einsätzen beteiligen sollte, die nicht durch ein Mandat des UNO-Sicherheitsrats gedeckt und kontrolliert sind.

Beide Argumente sind ihrer Natur nach nicht taktisch und konjunkturell, sondern betreffen grundsätzliche Probleme. Politiker, die in solchen Fragen innerhalb von weniger als vier Jahren ihre Aussagen total über den Haufen werden, sind weder intellektuell noch moralisch ernstzunehmen. Als Partner in den internationalen Beziehungen sind sie unseriös, unglaubwürdig. Keine Aussage, die sie heute treffen, ist davor sicher, morgen schon Abfall zu sein. Fischer wird das wahrscheinlich so kommentieren, daß er eben von Tag zu Tag klüger wird. Seine Schweinwerdung stellt sich ihm selbst wohl tatsächlich als Reifeprozeß dar. Ob es überhaupt noch irgendeinen Punkt gibt, an dem diese Sorte grüner Politiker nicht mehr mitmachen würde, und wo ungefähr dieser Punkt liegen würde, wissen sie offenbar selbst nicht.

Selbstverständlich soll nicht behauptet werden, daß es in der Grünen Partei keine Opposition gegen den Kriegskurs gibt. Immerhin wird den Mitgliedern von den Politikmachern ja auch eine ganze Menge zugemutet. Aber abgesehen von einigen hundert hingeschmissenen Mitgliedsbüchern bleibt der Widerstand seltsam schwach, halbherzig und konfus. Er koordiniert sich nicht, strebt - im Vorfeld des vielleicht wichtigsten Parteitags seit Gründung der Grünen! - keine gemeinsame Plattform an und verschließt sich der evidenten Schlußfolgerung, daß die Auseinandersetzung in der Grünen Partei jetzt nur noch als Kampf um die Macht bzw. als Kampf um einen möglichst geschlossenen Bruch der Kriegsgegner mit der Partei geführt werden kann.

Diese Opposition kommt im übrigen auch um Monate zu spät. Die Grünen im Bundestag haben der Beteiligung der Bundeswehr an einem NATO-Krieg gegen Jugoslawien ohne UNO-Mandat schon wenige Tage nach der Wahl, Anfang Oktober 1998, ihre Zustimmung erteilt. Dagegen rührte sich damals in der Partei kaum ein Protest. Die Erfahrung zeigt, daß Fischer & Co. jahrelang damit durchgekommen sind, im Bundestag expliziten Parteitagsbeschlüssen total zuwider zu handeln. Sie haben sich Schritt um Schritt an ihre heutige Rolle als Kriegspartei angenähert und bei jedem ihrer zahlreichen Positionswechsel doch den allergrößten Teil der Grünen Partei hinter sich herschleppen können.

Die Hilflosigkeit der grünen Opposition

Vo. hat in ak 425 aus einem Artikel zitiert, der im Arbeiterkampf 265 (16.12.85) unter der Überschrift "Vergeßt die Grünen!" erschien. Es handelte sich um einen Appell an die damals noch zahlreichen Linken in der Partei, ihre Arbeitskraft sinnvoller außerhalb der Grünen einzusetzen. Vo. schreibt, daß er das damals für politisch falsch gehalten habe, schließt jedoch: "Aber was 1985 falsch war, kann 1999 ja durchaus richtig sein." - Ich denke hingegen, daß das, was 1985 politisch richtig gewesen wäre, 1999 zwar nicht falsch ist, aber mangels Substanz keinen Sinn mehr ergibt. In den Jahren nach 1985 begann das große Abwandern der linken Gründergeneration aus der Grünen Partei. Sie gingen in Schüben, bröckelten individuell oder grüppchenweise weg, verliefen sich ins politische Nichts.

Heute ist an eine Spaltung der Grünen aufgrund des NATO-Bombenkriegs kaum noch zu denken. Man sollte nichts als unmöglich bezeichnen, aber die Wahrscheinlichkeit steht dagegen. Die unterlegene Minderheit der Kriegsgegner kann nach dem Parteitag die Grünen verlassen, aber ihnen ist nicht der Zusammenschluß zu einer neuen Organisation zuzutrauen. Die "Probeabstimmungen" auf den Landesparteitagen deuten sogar

darauf hin, daß eine faule Formulierungskunst, die sich vage kritisch gegenüber den konkreten Erscheinungsformen des Bombenkrieges äußert, zugleich "Fischer den Rücken stärkt" und die Grüne Partei programmatisch noch stärker für Kriegsoptionen öffnet, solide Mehrheiten gewinnen kann. Wenn selbst Ströbele, der sich zum Krieg sehr kritisch äußert, gleichzeitig seinen Wunsch kundtut, Joschka Fischer möge Außenminister bleiben, so deutet sich darin die Schizophrenie und Hilflosigkeit der Opposition bei den Grünen an.

Die entscheidende Frage ist, ob sich jetzt wenigstens die Linke jenseits der Grünen endlich dazu aufraffen kann, ihre fatalen Träumchen von der "rot-grünen Option" aufzustecken. Diese Illusionen wirklich, nachhaltig aufzugeben, und nicht etwa bloß, sie im momentanen Frust beiseite zu schieben, um in ein paar Monaten doch wieder zu ihnen zurückzukehren. Wer am 27. September 1998 die Grünen gewählt hat, kann nur bedingt das Schutzargument geltend machen, er habe sich über die Bedeutung seiner Entscheidung getäuscht. In seinen konkreten Erscheinungsformen ist das Kriegstrio Scharping-Fischer-Schröder zwar ein Schock, der über das zu Befürchtende noch weit hinausgeht. Aber im Kern war doch schon vor der Wahl klar, daß der schrittweise Vormarsch des vereinigten Deutschlands zur vollen Kriegsfähigkeit auch unter rot-grünen Vorzeichnen gradlinig weitergehen würde. Ebenso eindeutig war, daß Joschka Fischer seine Aufgabe darin sehen würde, praktisch gar nichts zu tun, was sich von der Linie Kohls und Kinkels unterscheidet. Er hat das oft genug öffentlich angekündigt. Daß Rot-Grün zu allem bereit sein würde, sobald die NATO zum Krieg rufen würde, stand ebenfalls von vornherein fest. Daß besonders die Grünen bestrebt sein würden, ihr Handicap als früher einmal pazifistische Partei durch besonders stramme Haltung und militantes Gehabe wettzumachen, war eigentlich auch zu erwarten.

Dieses Land braucht eine starke Linke, wenn überhaupt noch eine Chance gewahrt werden soll, die Entwicklung aufzuhalten. Der Weg dazu führt notwendigerweise über die Ruinen der Grünen Partei. Solange die Linken sich bei jeder Wahl doch wieder als Blutspender für Rot-Grün zur Verfügung stellen, wird sich gar nichts ändern. Spätestens jetzt ist ein radikaler Bruch fällig, der länger hält als ein Vierteljahr.

Kt. (4. Mai 1999)

11. "Abnutzungskrieg". Der NATO-Stil der Kriegführung gegen Jugoslawien

Autor: Gerhard Piper · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:40

Das englische Wort für "Tag" lautet "day", das lernt jedes Kind in der Schule. "D-day" ist kein Tag wie "Monday" oder "Friday"; im Generalstab des NATO-Hauptquartiers ist "D-day" die Bezeichnung für den ersten Tag eines Krieges. Die gesamte Kriegsplanung wird darauf abgestimmt. Weil Militärs ordentliche Leute sind, zählen sie ihre Kriegstage genau, aber sie rechnen anders als andere Leute. Was für Zivilisten der zehnte Kriegstag ist, heißt bei den Generalstäblern "D+9". Auch "D-1" ist wichtig, denn es ist der letzte Tag des "Friedens" bzw. der Vorkriegszeit. An diesem Tag können die Politiker ihre schicksalhaften Entscheidungen noch einmal überdenken, müssen sie entweder bestätigen oder ihre Kriegspläne verwerfen. Der 24. März 1999 war "D-day".

Kriege haben eine Vorgeschichte, aber über deren exakten Beginn sind die Konfliktparteien nur selten einer Meinung. In diesem Fall ist das Jahr 1989 wichtig, als Slobodan Milosevic zum serbisch-jugoslawischen Präsidenten gewählt wurde und sogleich die beschränkte Autonomie der Provinz Kosovo aufhob, um so die Repression gegen die albanisch-stämmige Bevölkerungsmehrheit in der Region zu verschärfen. Als vor drei Jahren Kosovaren mit der UCK erstmals eine Guerillagruppe aufbauten, war die weitere Eskalation des serbisch-albanischen Konfliktes vorgezeichnet. Seit März 1998 machte die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright das Kosovo-Problem zu einem der Angelpunkte ihrer Balkanpolitik und steuerte die US-Regierung auf einen Konfrontationskurs.

Um nicht als "Weltgendarm" gebrandmarkt zu werden, spannten die USA die NATO für ihre Politik ein: Im Juni 1998 wurden bei SHAPE, dem militärischen NATO-Hauptquartier in Belgien, verschiedene Pläne für einen Landkrieg gegen Rest-Jugoslawien ausgearbeitet. Das kleinste Szenario sah die Schaffung von Schutzzonen für die Albaner im Kosovo durch rund 10.000 Soldaten vor, der größte Einsatzplan forderte 200.000 Soldaten zur Besetzung der gesamten Provinz. Dies war vielleicht das realistischere Szenario, aber in der Region gibt es nicht genügend Seehäfen und Flugplätze, um eine solche Zahl von Soldaten mittelfristig zusammenzuziehen. Ein Bodenkrieg wurde daher zunächst verworfen, statt dessen begannen die Militärbürokraten damit, Pläne für einen Luftkrieg aufzustellen.

"Activation Order" und CIA-Warnungen

Im Oktober 1998 spitzte sich der Konflikt zu, und die NATO nutzte die Gelegenheit, um ihre Luftstreitkräfte in der Region zu verstärken. Am 12. Oktober erließ der Nordatlantikrat eine entsprechende "Activation Order". Der UN-Sicherheitsrat genehmigte am 24. Oktober mit der Resolution 1203 einen Einsatz von Beobachtern. In Bonn genehmigte der deutsche Bundestag mit den Stimmen der meisten grünen Abgeordneten die Beteiligung der Bundeswehr an einem möglichen Kampfeinsatz.

Gemäß dem UNO-Beschluß wurden in Kosovo unbewaffnete Beobachter der OSCE stationiert. Der Aufbau dieser Mission schleppte sich dahin, da die OSCE-Staaten nicht genügend Freiwillige rekrutieren konnten. Im Extremfall sollte zu deren Schutz eine bewaffnete Notfalltruppe eingesetzt werden, die in Mazedonien stationiert wurde. Auch Bundeswehrsoldaten waren daran beteiligt.

Am 15. Januar ermordeten serbische Freischärler bei Racak fast fünfzig Albaner. Es war nicht das erste Massaker, leitet aber eine Wende in der Politik ein. Sowohl die serbisch-jugoslawische Regierung als auch die amerikanische Administration strebten nun eine bewaffnete Auseinandersetzung an. Die Regierung in Belgrad forciert die Operation "Potkova" (Hufeisen): Nach Angaben des österreichischen Heeresnachrichtenamtes wurde am 14. Januar 1999 eine "militärische Lösung" des Kosovo-Problems beschlossen. Am 19. März habe der Generalstab angeordnet, die Operation "Potkova" solle am 25. März beginnen.

In Washington waren die Vorbereitungen für einen Kampfeinsatz geprägt durch einen heftigen Streit innerhalb der US-Regierung. Es waren ausgerechnet die Generäle des Vereinigten Generalstabs, die vor den Risiken eines Militäreinsatzes warnten. Allein durch eine Luftoffensive, ließe sich das serbisch-jugoslawische Regime nicht in die Knie zwingen. Die Militärs stützten sich in ihrer Lagebeurteilung auf Analysen des Geheimdienstes

CIA, der davor warnte, Milosevic könne einen begrenzten NATO-Angriff "absorbieren". Letztlich konnte sich aber die amerikanische Außenministerin mit ihrer Kriegspolitik durchsetzen. Sie ließ sich von der Fehlprognose leiten, Milosevic werde schon nach wenigen Bombenschlägen, wie bereits 1995 bei der NATO-Operation "Deliberate Force", nachgeben.

Zu diesem Zeitpunkt war sich die Öffentlichkeit zwar der Kriegsgefahr im Kosovo prinzipiell bewußt, man konnte deren reales Ausmaß jedoch nicht richtig einschätzen, da sich im Februar 1999 die Konfliktparteien noch zu Friedensverhandlungen auf Schloß Rambouillet einfanden. Trotz Verlängerung scheiterten jedoch die Gespräche, u.a. weil die US-Delegation zu unflexibel auf serbische Vorbehalte gegenüber den von den USA mitinitiierten Abkommensvorschlag reagierte. Nach Abbruch der Rambouillet-Gespräche setzte die jugoslawische Regierung ihren Truppenaufmarsch im Kosovo verstärkt fort und die NATO ließ sich dadurch unter Handlungsdruck setzen. Am 23. März (D-1) brach der US-Sonderbotschafter Richard Holbrook seine direkten Verhandlungen mit dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic ergebnislos ab. Am 24. März begang die NATO mit ihren Luftangriffen auf Jugoslawien.

Die Militärbürokraten im NATO-Hauptquartier hatten geglaubt, schon nach wenigen Tagen einen Sieg erringen zu können, um damit beim bevorstehenden NATO-Gipfel in Washington am letzten Aprilwochenende auftrumpfen zu können. Mittlerweile ist der NATO-Gipfel in Washington längst Geschichte, aber der Krieg um den Kosovo dauert immer noch an. Nach ihrem fünfzigsten Geburtstag am 4. April kann die NATO am 12. Mai ihren fünfzigsten Kriegstag (D+49) verbuchen. Mittlerweile sind über 1.000 Kampfflugzeuge am Luftkrieg beteiligt, die innerhalb der ersten vierzig Tage bei 14.000 Einsatzflügen insgesamt rund 250 Ziele angegriffen haben. Nun hofft man, daß die verschiedenen Friedensinitiativen zu einem Kompromiß führen werden, weil sonst ein Einsatz von Bodentruppen Ende Mai nicht ausgeschlossen ist.

Am schwerwiegendsten ist das Schicksal der rund 2 Millionen Kosovo-Albaner. Hatten bis Oktober 1998 rund 70.000 Menschen ihre Heimat verlassen, so mußte das US-Außenministerium am 16. April 1999 eingestehen, daß nun 700.000 das Land verlassen hatten, noch einmal die gleiche Anzahl war innerhalb der Provinz auf der Flucht. Bis Anfang Mai hatten sich diese Zahlen noch jeweils um 100.000 Personen erhöht. Mit dem Beginn der NATO-Luftangriffe waren die jugoslawischen Streitkräfte und verschiedene paramilitärische Banden (Tiger-Brigade, Weiße Adler, Schwarze Hand) mit großer Brutalität gegen die albanische Bevölkerung vorgegangen. Bei rund 60 Massakern sollen 3.500 Personen ermordet worden sein; rund 400 Ortschaften wurden innerhalb der ersten zwei Kriegswochen gebrandschatzt. Vor einer Verschärfung der serbisch-jugoslawischen Repression gegenüber der albanischen Bevölkerung im Falle einer Einmischung der NATO in den Konflikt war zwar wiederholt gewarnt worden, aber dies ist ignoriert worden. Nun fehlte der NATO jedwede Möglichkeit, diese Repression zu verhindern. Eine Aufnahme von rund 100.000 Flüchtlingen wurde zwar versprochen, aber nicht einmal diese Zusage wurde eingehalten. Nur rund 21.000 Vertriebene fanden Aufnahme in den NATO-Staaten, fast alle Geflohenen müssen in den Lagern in Albanien, Mazedonien und Montenegro ausharren, wo es Ende April die ersten Seuchenfälle gab und eine Hungerskatastrophe befürchtet wird.

"Das Wetter ist schuld"

Statt eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, hat die NATO das genaue Gegenteil erreicht. Daran sei das Wetter Schuld gewesen, behauptet die NATO frech. Durch niedrig hängende Wolken hätte sie ihre Luftangriffe nicht so wie geplant durchführen können. Tatsächlich ist die Bilanz der Luftangriffe ernüchternd. Zwar konnten rund 50 Prozent der Flugplätze, aber nur rund 15 Prozent der jugoslawischen Militärflugzeuge und ein Drittel der Flugabwehrraketen zerstört werden. Nach der NATO-Kriegsplanung hätten diese jugoslawischen Luftstreitkräfte schon vor einem Monat zerstört worden sein sollen. Auch die Bombardierung der jugoslawischen Streitkräfte im Kosovo war nicht "erfolgreicher". Die NATO-Piloten konnten die Kampf- und Schützenpanzer der 3. jugoslawischen Armee im Kosovo in ihren Unterständen kaum ausmachen. So lud das mächtigste Militärbündnis der Welt Mitte April die internationale Presse zu seinem täglichen "Briefing" ein, um zu verkünden, man habe ganze sieben Panzer zerstört. Erstaunlich ist auch, daß wichtige militärische Ziele erst spät von der NATO angegriffen wurden. So zerstörten NATO-Kampfflugzeuge erst am 30. April, dem 38. Kriegstag, das Armeehauptquartier in Belgrad.

Statt die jugoslawische Militärmaschinerie direkt zu zerschlagen, ging die NATO schon in der zweiten Kriegswoche dazu über, einen Abnutzungskrieg ("Attrition War") zu führen, bei dem die industrielle Basis der

jugoslawischen Gesellschaft systematisch zerstört wird. Die petrochemische Industrie ist nahezu vollständig zerstört, die Energiewirtschaft und die metallverarbeitende Industrie sind erheblich geschädigt. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wurde um Jahrzehnte zurückgeworfen. Durch die Sprengung fast aller Donaubrücken ist das Land quasi geteilt. Bei Angriffen auf Elektrizitätswerke setzte die NATO am 2. Mai auch Graphitbomben vom Typ BLU-114/B ein. Diese Bombe war bis dahin selbst Experten völlig unbekannt; Jugoslawien wurde zum Experimentierfeld für neuartige Waffensysteme. Besonders gefährlich war Mitte April ein Angriff auf die agrochemische Fabrik in Pancevo bei Belgrad, bei dem industriell genutztes Phosgen freigesetzt wurde, das im Ersten Weltkrieg noch als Giftgas eingesetzt worden war. Welche Umweltschäden durch die NATO-Angriffe verursacht wurden, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschätzen.

Eine neue Phase leitete die NATO Ende April ein, als sie dazu überging, die Zentralen der serbischen Führung zu beschießen. Am 21. April wurde die Zentrale der "sozialistischen" Regierungspartei in Belgrad bombardiert, einen Tag später eine Belgrader Residenz von Präsident Milosevic. Dadurch sollte der Druck auf das Regime in Belgrad verschärft werden. Nach dem Motto "Kriege werden im Kopf entschieden" ging die NATO gleichzeitig dazu über, den serbischen Propagandaapparat zu vernichten. Der Angriff auf die Zentrale des serbischen Fernsehens am 23. April (D+30) wurde von den internationalen Medien als Angriff auf die Pressefreiheit scharf verurteilt.

Rund 50 Prozent der angeblichen Präzisionsbomben verfehlten ihr Ziel. Am 29. April (D+36) traf eine amerikanische Harm-Rakete präzise die Hauptstadt - allerdings im falschen Land. Sie zerstörte ein Wohnhaus in Sofia. Am 4. Mai kam es irrtümlich zu einem NATO-Bombenangriff auf Makedonien.

Rund 450 Zivilpersonen kamen bisher bei den NATO-Bombardierungen ums Leben, die EU schätzte Anfang Mai den Sachschaden auf rund 55 Milliarden DM. Besonders tragisch verliefen folgende Attacken: Am 5. April traf eine Rakete ein Wohngebiet in Aleksinac, am 12. April wurde auf einer Brücke bei Lescovac ein Personenzug zweimal von Flugkörpern getroffen. Zunächst entschuldigte sich die NATO noch, der Pilot hätte die Waffe schon abgefeuert, als sich der Zug der Brücke näherte, aber damit konnte nicht begründet werden, warum der Pilot noch eine zweite Rakete auf den Zug abfeuerte. Der schwerste Angriff erfolgte am 23. April (D+30): Der Pilot einer amerikanischen F-16 griff bei Djakovica einen Flüchtlingskonvoi an, weil er ihn für eine Militärkolonne hielt. Die Bilanz: rund 75 Tote. Am 28. April wurde in Surdulica ein Wohngebiet getroffen, und am 1. Mai zerfetzte eine Rakete bei Pristina einen Autobus auf einer Brücke.

Schon zwei Wochen nach Kriegsbeginn war absehbar, daß die Luftangriffe der NATO die jugoslawische Regierung kaum zu einer Kapitulation nötigen würden. Und so begann in der Presse eine öffentliche Debatte über einen Einsatz von Bodentruppen, und dessen Risiken wurden ausgemalt. Das amerikanische Magazin "Time" präsentierte am 3. Mai die genauen Opferzahlen, mit denen angeblich zu rechnen sei. Je nach Szenario zwischen 500 und 10.000 Toten allein auf Seiten der USA.

Ein jugoslawischer Artillerieangriff auf Dörfer in Albanien am 13. April weckte Befürchtungen vor einer geographischen Ausweitung des Krieges. Bis heute hat die NATO rund 50.000 Soldaten in der Region zusammengezogen. Am 28. April orderte US-Präsident Clinton die Mobilmachung von weiteren 33.102 Reservisten an.

Die "friedlichen Mittel" der NATO und Rußland

Um einen Bodenkrieg zu vermeiden, entschlossen sich die Staatschefs der NATO-Staaten, noch einmal mit "friedlichen" Mitteln die jugoslawische Regierung zu einem Einlenken zu drängen. Ein Ölembargo ist im Gespräch, wurde aber bisher nicht offiziell verhängt. Denn es ist unwahrscheinlich, daß NATO-Seestreitkräfte russische Tankschiffe an ihrer Weiterfahrt nach Jugoslawien hindern könnten oder sollten. Die russische Regierung betrachtete die NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien ohne ein entsprechendes Mandat des UN-Sicherheitsrates zu Recht als Affront. Schon am 18. August 1998 hatte es in der Tageszeitung "Roter Stern" der russischen Streitkräfte geheißen, eine NATO-Aggression gegen Jugoslawien sei eine "direkte Drohung gegen Rußland". Und am ersten Kriegstag wiederholte Präsident Boris Jelzin militärische Drohungen gegen die NATO, die später teilweise wieder zurückgenommen wurden. Rußland wolle sich nach Möglichkeit nicht in den Balkankrieg hineinziehen lassen, hieß es stattdessen aus Moskau.

Trotz der Verschlechterung der Beziehungen zwischen der NATO und Rußland kann die westliche Allianz nicht umhin, die Regierung in Moskau verstärkt in die Suche nach einer Friedensregelung einzubeziehen. Schon

zwei Wochen nach Kriegsbeginn, am 7. April, hatte die NATO fünf Bedingungen für einen Friedensschluß genannt: Abzug aller jugoslawischen Truppen aus dem Kosovo, Stationierung einer internationalen Friedenstruppe dort, Rückkehr der vertriebenen Albaner. Die jugoslawische Regierung besteht darauf, daß die NATO-Luftangriffe zumindest kurzfristig unterbrochen werden, bevor sie ihrerseits mit dem Abzug ihrer Truppen aus dem Kosovo beginnt. Am 14. April legte die deutsche Bundesregierung einen sechs Punkte-Plan vor, wie ein Kompromiß schrittweise zu erreichen wäre, der aber kaum internationales Gehör fand. Zwar wird von allen Seiten mittlerweile akzeptiert, daß neben NATO-Streitkräften auch russische Truppen an der internationalen Friedenstruppe im Kosovo beteiligt werden, aber gestritten wird weiterhin darüber, ob die NATO oder die UNO/OSCE die Kommandogewalt haben wird. Irgendwie muß die NATO ihren Krieg "siegreich" beenden, sonst droht das Bündnis auseinander zu brechen.

Gerhard Piper, antimilitarismus

information (ami), Berlin

12. Dr. Gysis hochverräterische Privat-Außenpolitik

Autor: mb., Berlin · Rubrik: PDS; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:15

Die Nerven liegen blank bei den rot-grünen Kriegsherren. Das mag an ihrer Übermüdung und Anspannung liegen, die sich wohl unweigerlich einstellen, wenn man Tag und Nacht militärische Aktionen vorbereitet. Hinter dem hysterischen Auftreten wird aber auch die Angst erkennbar, sich hoffnungslos verschätzt zu haben. Kritische Stimmen werden da zum Hochverrat - zumal in Deutschland, wo man in solchen Situationen nur noch Landsknechte und Waffenbrüder kennen will. Als einzige im Bundestag vertretene Antikriegspartei trifft der Verratsvorwurf vor allem die PDS.

Wir haben es nicht nötig, giftete Außenminister Fischer in der Bundestagsdebatte am 15. April in Richtung von Gregor Gysi, uns "von einem urlaubenden Abgeordneten beschimpfen zu lassen, der braungebrannt aus Gran Canaria zurückkommt".

Der SPD-Rechte Reinhold Robbe hatte Gysi schon einen Tag zuvor einen "schweren Verstoß gegen nationale Interessen" vorgeworfen. Bundeskanzler Schröder gab während seiner Regierungserklärung noch eins drauf: "Sie müssen aufpassen, daß Sie sich nicht langsam den Vorwurf einhandeln, von einer fünften Kolonne Moskaus zu einer fünften Kolonne Belgrads zu werden." Joschka Fischer verstieg sich sogar zu der Behauptung, die PDS mache sich "zum Weißwäscher für eine neue Politik des Faschismus! Mit links hat das nichts zu tun".

Kriegsminister Scharping, der in den letzten Wochen mit seinem Gestus der Betroffenheit und seinem "gleichbleibend hohen moralischem Ton" (taz) anhaltenden Ekel erzeugt, explodierte förmlich. Fotos aus dem Kriegsgebiet zeigend, rief er: "Ist das etwa Propaganda?" Zuvor hatten Peter Struck (SPD), Wolfgang Gerhardt (FDP) und Edmund Stoiber (CSU) die Reise Gysis nach Belgrad als "peinlich", "absurd" und "zynische Friedensrhetorik" abgekanzelt.

Die emotionalen Ausbrüche und die Hetze, mit der Gysi und die PDS-Fraktion besonders aus den Reihen der Grünen und der SPD überzogen wurden, hat wohl vor allem mit ihrer Angst zu tun, die PDS könnte mit ihrer konsequenten Antikriegshaltung zur Alternative für viele Kriegsgegner in ihrer Wählerschaft und in den eigenen Reihen werden. Diesen wird bei jeder Gelegenheit versichert, man zolle ihrer Haltung Respekt. Mit ihren Positionen hätten sie selbstverständlich einen Platz in der SPD respektive den Grünen. Der PDS wird dieser "Respekt" allerdings vorenthalten.

Daß die PDS in den vergangenen Wochen Hunderte von neuen Mitgliedern begrüßen konnte, macht sie für Fischer und Scharping sogar zu "Kriegsgewinnlern". Daß es politische Kräfte in diesem Land geben soll, die sich der Kriegslogik entziehen und die Scheinalternativen der NATO-Strategie ablehnen, können sich die rot-grünen Kriegsherren nicht vorstellen. In ihren Augen kann es lautere Motive für Gysis Reise nach Belgrad nicht geben. Und daß der Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion gar noch mit Slobodan Milosevic zusammentraf, kann nur ein deutliches Indiz dafür sein, in welcher Tradition die PDS steht. "Gysis Reise zu Milosevic gleicht in fataler Weise dem Schulterschluß der Honecker und Co. mit Diktatoren und Menschenrechtsverletzern", so Gunda Röstel.(1) Die Bundesvorstandssprecherin der Grünen gilt wahrscheinlich heutzutage allein schon wegen ihrer Herkunft aus der DDR als ausgewiesene Expertin in dieser Sache.

Da mag Gysi in seiner Verteidigungsrede darauf hinweisen, daß NATO-Bomben "das falsche Mittel" seien und mit ihnen "kein einziges Ziel" erreicht worden sei. Mag er zu denken geben, daß durch die NATO-Bombardements "noch kein einziger Verantwortlicher gestorben", sondern in angegriffenen Fabriken nur "Arbeiter der Nachtschicht verletzt" worden seien. Mag er anmerken, daß die Bundesregierungen schon mit "vielen Diktatoren und Menschenschlächtern" Gespräche geführt haben. Das alles ficht die kriegführenden Sozialdemokraten und Grünen nicht an. Statt dessen schlagen sie wild um sich: Gysis Rede, so Joschka Fischer, beweise dessen "große Verwirrung im Kopf".

"Das Bemühen um Frieden, wenn auch mit anderen Ansätzen, kann doch nicht diskriminiert und diskreditiert werden", so verteidigte sich Gysi in der Bundestagsdebatte. "Jeder darf sich blamieren, wo er will" - kommentierte Christian Semler in der taz vom 16.4. Gysis Reisediplomatie. Daß Gysi die Reise unternahm, um sich zu informieren und die Lage zu sondieren - auch hinsichtlich einer möglichen Verhandlungslösung - ist

sein gutes Recht. Die Hetze, die ihm dafür im Bundestag entgegen schlug, ist Bestandteil der Kriegspropaganda, der wir momentan ständig ausgesetzt sind.

Blamiert aber hat Gysi sich tatsächlich: Seine Reise beweist, ebenso wie der Fünf-Punkte-Friedensplan der PDS, erneut, welch staatsfixiertes Politikverständnis in der PDS vorherrscht. Gysis Platz ist in der momentanen Situation nicht auf dem diplomatischen Parkett - dort hat die PDS eh' kein Gewicht -, sondern vielmehr im Parlament und auf der Straße. Wenn überhaupt die Bundesregierung unter Druck gesetzt werden kann, dann nur dadurch, daß sich endlich eine aktive Antikriegsbewegung entwickelt.

Solidarität mit dem serbischen "Brudervolk"?

Es war mal wieder das Enfant terrible der Partei, André Brie, der gegenüber dem Spiegel (Nr. 16) ein Problem deutlich ansprach: "Die PDS lehnt den NATO-Einsatz eindeutig und einheitlich ab. Anders sieht es leider bei der Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen aus, die von der serbischen Regierung ausgehen." Wie gewohnt, hagelte es wütende Proteste. Dabei ist es schon auffallend, daß sich die PDS mit einer eindeutigen Distanzierung von Milosevic und dem serbischen Nationalismus schwer tut. Vor allem an der Basis ist eine krude Melange der Anti-Krieges-Motivation erkennbar. Vor dem Hintergrund alter Feindbilder erlebt die "Solidarität mit den Brudervölkern" bei nicht wenigen muntere Auferstehung. Mit der NATO als Gegner bricht sich ein antiwestlicher "Antiimperialismus" Raum. Manch einer glaubt sogar, sich mit dem letzten Bollwerk des Sozialismus in Europa solidarisieren zu müssen.

Die Linke in Deutschland sei dem alten Blockdenken und einem "Pseudo-Antiimperialismus" verhaftet - so wird diese Haltung an der PDS-Basis in der Mitgliederzeitschrift der PDS, Disput, kritisiert: "Beispielhaft dafür steht die Berichterstattung im Neuen Deutschland und in der jungen Welt. Die meisten Autoren negieren bis heute den grundsätzlich repressiven und zutiefst nationalistischen Charakter des serbischen Regimes." (2) Und es wird davor gewarnt: "Schlimm wäre es, wenn die Linke in die Falle eines reaktionären Neostalinismus gehen und sich explizit auf die Seite der serbischen Repression stellen würde." (3)

Die PDS-Führung und die PDS-Bundestagsfraktion sind bemüht, diese Falle zu umgehen. Viele Veröffentlichungen, parlamentarische Anträge und Äußerungen führender PDS-Politiker belegen, daß sie auch die Menschenrechtsverletzungen durch Serbien und die Vertreibung der Kosovo-Albaner als Verbrechen anprangern und die Politik Milosevics eindeutig kritisieren. So etwa Wolfgang Gehrcke, der außenpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion: "Die serbische Politik ist nicht zu rechtfertigen. Vertreibung und Unterdrückung lehnen wir entschieden ab. Vertreibungen sind ebenso wenig zu akzeptieren wie der NATO-Krieg." (Gegen den Krieg, Nr. 3, Massenzeitung der PDS-Bundestagsfraktion)

Trotz allem bleibt aber ein fader Beigeschmack. So etwa, wenn Gregor Gysi behauptet, vor den NATO-Bombenangriffen hätte es keine Vertreibungen gegeben. Dabei beruft er sich auf Institutionen, denen ansonsten in diesen Fragen zu Recht wenig Glaubwürdigkeit zugesprochen wird: Lageberichte des Auswärtigen Amtes und Urteile von deutschen Verwaltungsgerichten, mit denen Abschiebungen von Kosovo-Albanern für unproblematisch erklärt werden. Darin seien bis März 1999 Vertreibungen und ethnische Säuberungen ausdrücklich bestritten worden. (4) Als wäre nicht bekannt, daß die Lageberichte des Auswärtigen Amtes nach politischen Opportunitäten verfaßt werden und man sich dabei einen Dreck um die politische und menschenrechtliche Lage in dem jeweiligen Land schert.

"Realpolitik"

statt Antimilitarismus?

Am 5. April überraschte die PDS mit einem "Fünf-Punkte-Plan für Frieden im Kosovo". Der Plan sieht vor, daß die NATO sowie die jugoslawische Armee, Polizei und Sicherheitskräfte unverzüglich alle militärischen Maßnahmen einstellen sollen, um so Friedensverhandlungen unter der Führung des UN-Generalsekretärs zu ermöglichen. Dabei soll es um ein "gerechtes Abkommen" gehen, das die PDS nicht näher präzisiert. NATO und EU sollen sich dazu verpflichten, die von ihnen angerichteten Schäden zu beseitigen und den Wiederaufbau zu finanzieren. Auch für die Rückkehr der Flüchtlinge sollen sie Geld bereitstellen. Die jugoslawische Armee, Polizei- und Sicherheitskräfte sollen sich aus dem Kosovo zurückziehen, so wie im Milosevic-Holbrooke-Abkommen festgelegt; die jugoslawische Armee und die UÇ K sollen einen sofortigen Waffenstillstand erklären, und gleichzeitig sollen die OSZE-Beobachter in den Kosovo zurückkehren.

Dieser Plan mit seinem positiven Bezug auf UNO und OSZE, ebenso wie die innerparteilich vorherrschende völkerrechtliche Argumentation gegen den NATO-Angriffskrieg müssen wohl als Indizien verstanden werden, daß die PDS über kurz oder lang von ihren radikal-pazifistischen Positionen Abschied nehmen wird. Bislang lehnt sie laut Programm selbst Blauhelm-Missionen der UNO ab. Schon in der Debatte zum Europawahlprogramm der Partei gab es aber Vorstöße, die Programmlage an diesem Punkt zu verändern. Wolfgang Gehrcke spricht sich angesichts der Ereignisse im Kosovo nun für eine "Neuakzentuierung der Außen- und Sicherheitspolitik der PDS" aus. Dazu gehört seiner Ansicht nach die Stärkung der UNO und der OSZE.

In der Logik der Sache liege dabei, so Gehrcke, daß die PDS nicht nur friedenserhaltenden Blauhelm-Missio-nen, sondern auch friedenserzwingen-den Einsätzen unter UN-Mandat zustimmen müßte. Auch wenn er das für den konkreten Fall ausschließt, kann Gehrcke sich in diesem Zusammenhang dann auch die Beteiligung deutscher Soldaten vorstellen. "Es könnte eine Schlußfolgerung sein, daß sich auch die Bundesrepublik mit anderen EU-Staaten an UNO- oder OSZE-Einsätzen beteiligen sollte, um in Grenzfällen Völkermord zu verhindern." (Berliner Zeitung, 29.4.)

In einem internen Positionspapier des PDS-Parteivorstandes wird sogar die Gegnerschaft zur NATO in Frage gestellt. Statt für deren Auflösung wird darin für den "Rückbau der neuen NATO" plädiert. In dem internen Papier heißt es nach Angaben der Berliner Zeitung weiter, die PDS solle sich für eine "deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die im Bündnis (also der NATO; Anm. ak) Opposition gegen die Transformation zur Neuen NATO ist" aussprechen. Als "Griff in Wolkenkuckucksheim" denunziert dann auch schon Gehrcke die Forderung nach Abschaffung der NATO. "Realpolitik" feiert fröhliche Urstände. Ironie der Geschichte: Im Nachhinein sitzt man der Propagandalüge der NATO auf, sie sei nur ein kollektiver Verteidigungspakt gewesen. Das ist die altbekannte Melodie: Um Schlimmeres zu verhindern (die neue NATO, die für sich das Recht beansprucht, für die Durchsetzung der eigenen Interessen Krieg zu führen), verteidigt man das kleinere Übel.

Dieser Hang zur "Realpolitik" nach Art der Grünen läßt auch Äußerungen zweifelhaft erscheinen, die Kriegspolitik von SPD und Grünen werde sich auf das zukünftige Verhalten der PDS ihnen gegenüber auswirken. "Die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg ist eine Zäsur, die auch weitreichende Fragen aufwirft", so das Parteivorstandsmitglied Michael Schumann. "Wir erleben jetzt, daß die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie sich für eine Politik einsetzt, die im Wesen auf eine Rehabilitierung des Krieges als legitimes Mittel der Politik hinausläuft. Und da drängt sich natürlich die Frage auf, ob unser SPD-Bild noch stimmt." (ND, 28.4.)

So weit, so richtig. Warum aber dann die Diskussionen um eine andere "sicherheitspolitische" Programmatik? Müßte man nicht vielmehr jetzt öffentlich kundtun, daß man das Vorhaben fallen läßt, bis zur nächsten Bundestagswahl koalitionsfähig sein zu wollen? Vorsicht ist also angebracht. Zwar schwinde derzeit die "gemeinsame Substanz" mit der SPD, so Brie im Spiegel, "aber bis zur nächsten Bundestagswahl 2002 ist viel Zeit." Vielleicht sollte man sich im Karl-Liebknecht-Haus noch einmal die Entwicklung der Grünen vor Augen führen. Die zeigt doch, wohin es führt, wenn man für vermeintliche Einflußnahme auf Regierungspolitik politische Grundsätze aufgibt. Was meint Brie erkannt zu haben? "Ohne SPD kann die PDS ihre Ziele nicht durchsetzen." Wie das Beispiel Rotgrün zeigt, kann sie das mit ihr allerdings auch nicht.

Genau so deplaziert sind freilich Forderungen, die PDS solle die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern und die Zusammenarbeit mit der SPD in Sachsen-Anhalt aufkündigen. Das wäre symbolische Politik - allerdings am falschen Platz. Welche politische Wirkung sollte denn ein solcher Schritt haben? Es mag nicht gefallen, aber Länderebene ist eben Länderebene. Hier ist das Argument einmal richtig: Es würde sich nichts an der Politik der Bundesregierung bzw. von SPD und Grünen ändern, wenn die PDS die Regierung in Schwerin verlassen und die Tolerierung in Magdeburg aufkündigen würde. Auch die kleine Anti-Kriegs-Bewegung würde dadurch nicht größer.

Wie auch immer die Entwicklung in der PDS weitergehen wird, zur Zeit ist sie eine konsequente antimilitaristische Kraft. Nach wie vor verlangt sie einen sofortigen Stopp der NATO-Angriffe. Daß sie dies auch angesichts der Hetze, die ihr im parlamentarischen Rahmen entgegen schlägt, immer noch tut, ist erfreulich. Bleibt nur zu hoffen, daß Gregor Gysis Versprechen hält: "Die PDS ist und bleibt die Partei gegen den Krieg."

mb., Berlin

Anmerkungen:

1) "Gysi offenbart Traditionsverständnis der PDS", Presseerklärung vom 15.4.99

2) Meinhardt Meuche-Mäker/Christian Zeller: Solidarität mit dem Volk in Kosovo - Nein zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien, Disput 4/99

3) An einem anderen Punkt widersprechen die Autoren André Brie. Der hatte sich in seinem Spiegel-Interview zu der Äußerung verstieg, es sei "schon problematisch, wenn Menschen, die vor kurzem noch nationale Befreiungsbewegungen ein Recht auf Gewalt zugestanden haben, plötzlich den Pazifismus hochhalten". Die Äußerung macht stutzig, ist sie doch lediglich eine grobklotzige Diffamierung der Linken. Dabei täuscht sich Brie doch gleich in zwei Punkten. Erstens ist nicht erkennbar, daß die Mehrheit der PDS sich auf einmal als Pazifisten versteht und zweitens ist antimilitaristische Politik nicht notwendig pazifistisch motiviert.

Die Autoren halten dem Wahlkampfchef der Partei dankenswerterweise auch eine allgemeine Einsicht entgegen: "Zwischen dem Nationalismus der Unterdrückten und dem Nationalismus der Unterdrücker nicht zu unterscheiden, oder sich sogar auf die Seite der Unterdrücker zu stellen, widerspricht den elementarsten moralischen Grundsätzen emanzipativer Politik und mißachtet zentrale theoretische und praktische Errungenschaften, die nationale Befreiungsbewegungen, sozialistische Organisationen und marxistische TheoretikerInnen hervorbrachten." Läßt man diese Unterscheidung fallen, so kommt man zwangsläufig zu einer Position, wie sie Brie vertritt.

4) "UN-Friedenstruppen wäre Lösungsansatz. Brief von Gregor Gysi an Slobodan Milosevic.", www.pds-online.de. Siehe auch taz, 29.4.99

13. "Die NATO genießt ungehinderten Zugang..." Der Anhang B des Rambouillet-Abkommens (Dokumentation)

Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:04

Tief beunruhigt durch die Zerstörungen der NATO und das Leiden der Kosovo-Albaner fordern wir - die Repräsentanten der Nichtregierungsorganisationen und der Gewerkschaft "Nezavistnost" ("Unabhängigkeit") - nachdrücklich alle Verantwortlichen für diese Tragödie auf, die Grundlage für die Erneuerung des Friedensprozessen zu schaffen.

Die mächtigsten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte der Welt töten seit zwei Wochen ununterbrochen Menschen, zerstören nicht nur militärische, sondern auch zivile Objekte, sprengen Brücken und Eisenbahntrassen, Fabriken, Heizkraftwerke, Warenhäuser und Trinkwasserreservoirs.

Zur gleichen Zeit sind hunderttausende von Kosovo-Albanern durch die Häusersprengungen und Militäraktionen des Regimes und der KLA (Kosovo-Liberation-Army = UCK) gezwungen, ihr Heil in einer beispiellosen Flucht in die Ungewißheit zu suchen.

Es ist offensichtlich, daß dieser Weg in die Katastrophe führt, und eine friedliche und faire Lösung des Kosovo-Problems durch internationale Vermittlung, die wir seit Jahren unterstützt haben, scheint heute entfernter zu sein als je zuvor.

Die bisherigen Aktivitäten unserer Organisationen auf den Gebieten der Demokratisierung, Entwicklung einer Zivilgesellschaft und der Aufnahme der Bundesrepublik Jugoslawien in alle internationalen Institutionen haben unter ständigen Druck und Einschüchterungen durch das serbische Regime gestanden.

Wir, die Angehörigen der zivilen gesellschaftlichen Gruppen haben couragiert und landesweit gegen den Krieg und nationalistische Propaganda und für Menschenrechte gekämpft.

Wir stellen hiermit klar, daß wir immer unsere Stimme gegen die Unterdrückung der Kosovo-Albaner erhoben und Respektierung ihrer Freiheit und Garantierung ihrer Rechte gefordert haben. Auch die Wiedererlangung der Autonomie für das Kosovo haben wir gefordert.

Wir betonen, daß in all den Jahren die einzige Verbindung und Zusammenarbeit zwischen Serben und Albaner allein durch die zivilen gesellschaftlichen Institutionen aufrecht erhalten worden sind.

Die Militäraktion der NATO hat alles, was wir erreicht haben untergraben und das Überleben des zivilen Sektors in Serbien gefährdet.

Konfrontiert mit der tragischen Situation, in der wir uns selbst befinden und im Namen menschlicher Ideen und Werte, sowie in Übereinstimmung mit all unseren früheren Aktivitäten, fordern wir:

- sofortiger Stop der Häusersprengungen und

- Stopp aller Truppenbewegungen

- Wiederaufnahme des Friedensprozesses mit internationaler Vermittlung auf der regionalen Ebene des Balkans und Europas als auch im Rahmen der Vereinten Nationen

- Teilung der Verantwortung zwischen der EU und Rußland bezüglich ihres Beitrages zu einer friedlichen Lösung der Krise

- Ende der ethnischen Säuberungen und sofortige Rückkehr aller Flüchtlinge

- Unterstützung der Bürger Montenegros bei der Bewahrung von Frieden und Stabilität, bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems und bei der Fortsetzung des laufenden demokratischen Prozesse

- Wir fordern die serbische sowie die internationale Presse auf, die Öffentlichkeit auf professionelle Weise zu informieren, anstatt einen Medienkrieg anzustacheln, interethnischen Haß zu schüren, irrationale öffentliche

Meinungen zu schaffen und Gewalt als die ultimative Vollendung des menschlichen Verstandes zu glorifizieren.

Wir können diese Forderungen nicht selbst verwirklichen. Wir erwarten von Euch, unsere Forderungen zu unterstützen und sie in Eure Initiativen und Aktionen einzubeziehen.

Belgrad, 6. April 1999

- Zusammenschluß der Bürger für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Unterstützung der Gewerkschaften,
- Helsinki-Komitee für Menschenrechte in Serbien,
- Zentrum für Demokratie und freie Wahlen,
- Zentrum für Übergang und Demokratie "ToD"
- Union für die Wahrheit über den antifaschistischen Widerstand
- Forum für ethnische Angelegenheiten
- Vereinte Branchen-Gewerkschaft Nezavistnost (Unabhängigkeit)
- Jugoslawisches Rechtsanwaltskomitee für Menschenrechte
- VIN Wöchentliche Video-Nachrichten
- Stiftung für Friedens- und Krisenmanagement
- Bürgerinitiativen
- Belgrader Kreis
- Gruppe 484
- Serbische Studentenvereinigung
- Europäische Bewegung in Serbien
- EKO Zentrum
- Frauen in Schwarz

14. NATO in Not? Der Kosovo-Krieg und die globale Ordnung

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:42

Keine zehn Jahre ist es her, da beschwor Francis Fukujama angesichts der Auflösung der Sowjetunion das Ende der Geschichte. Was wir seitdem erleben, ist das Gegenteil: Die Welt befindet sich in einem fundamentalen Umbruch, in dem Geschichte neu geschrieben wird. Die Nachkriegsordnung, von den Bündnissen konkurrierender Systeme fast ein halbes Jahrhundert in einem Gleichgewicht der gegenseitigen Abschreckung gehalten, geriet erneut in Bewegung. Der realsozialistische Block verschwand ganz von der Bildfläche, die NATO, bis dahin als regionales Verteidigungsbündnis definiert, überlebte das Ende der Systemkonfrontation, kam jedoch strategisch ins Trudeln.

Das gesamte internationale Bündnisgeflecht geriet in eine Schieflage. Neu definiert werden mußten die Verträge über konventionelle Rüstungsbeschränkung (KSE), deren Kontingentierungen konventioneller Streitkräfte von der Blockzugehörigkeit der Vertragsmitglieder ausgingen. Neu definiert werden mußte der sog. Flankenschutz, die besondere Ausdünnung von Streitkräften, wie ihn die KSE-Akte an neuralgischen Berührungspunkten der Blöcke vorsah. Deren Zählungen waren nach deren Auflösung nur noch Phantasiegrößen. All diese Neuregelungen stehen noch aus.

Ähnliches gilt für die strategischen Rüstungskontrollabkommen, insbesondere die noch unter Gorbatschow 1991 ausgehandelten Start1-Verträge, die eine Reduzierung strategischer Atomwaffen um rund ein Drittel innerhalb von fünf Jahren vorsahen: Nach Auflösung der Sowjetunion mußte das Abkommen zwischen den USA und den Nachfolgestaaten der Union (Rußland, Weißrußland, Kasachstan und Ukraine) neu gefaßt werden. Die Folgeabkommen, Start2 1993, Start3 1997, die weitere Reduzierungen atomarer Sprengköpfe vorsahen, sind bis heute nicht ratifiziert. Die tatsächliche Entwicklung droht diese Erklärungen zu Altpapier werden zu lassen.

Die USA und Rußland suchen heute gleichermaßen nach einer neuen Ordnung, allerdings auf recht unterschiedlichen Wegen: Die USA möchten die NATO zur Eingreiftruppe machen, die unter der Vorgabe, weltweit für Stabilität und Verwirklichung der Menschenrechte zu sorgen, den amerikanischen Führungsanspruch durchsetzt. Erste Schritte in diese Richtung wurden mit der NATO-Osterweiterung eingeleitet, die jetzt zur Aufnahme von Ungarn und Tschechien geführt hat. Weitere Anwärter, u.a. die baltischen Staaten, die Ukraine, selbst Kirgisistan stehen vor der Tür.

Aber auch Rußland, obwohl geschwächt durch die Folgen der Transformation, hat seinen Anspruch, eine Großmacht zu sein, nicht aufgegeben; es versucht ihn im Rahmen einer multizentralen Neuordnung der Weltgemeinschaft zu verwirklichen, als deren Partner es sich selbst, China, Japan, USA und Europa sieht.

In Verfolgung dieses Zieles war Rußland bereit, der EU beizutreten und in der Form der Kooperation im "Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußlandrat" 1997 sogar die Ausweitung der NATO nach Osten zu akzeptieren, während es zugleich die GUS, Japan, China, den Iran sowie Staaten der ehemals sog. Dritten Welt umwirbt. Rußlands Kritik an der NATO-Osterweiterung ist dabei nie verstummt, und seine Hauptorientierung, ebenfalls mit dem erklärten Ziel der Einhaltung der Menschenrechte auf dem Globus, gilt dem Ausbau der UNO, gepaart mit der Entwicklung der "Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (OSZE) zu einem allgemeinen Völkerbündnis. Die Ratifizierung einer Charta, die diese neuen Aufgaben der OSZE, verbunden mit den notwendigen Korrekturen der KSE-Akte festschreiben soll, ist für das Gipfeltreffen der OSZE in Istanbul im November dieses Jahres vorgesehen.

Die europäischen Mächte stehen zwischen diesen beiden Konzeptionen. Auch dies ist eine neue Konstellation: Zu Zeiten der Systemkonfrontation war die atlantische Bindung Westeuropas, insbesondere Westdeutschlands, eine Tatsache ohne Alternative. Seit dem Fall der Mauer, mehr noch nach der Auflösung der Sowjetunion, rückte Europa aus der Frontlage gegenüber der Sowjetunion in eine Mittellage zwischen den USA und dem jetzt für Europa wieder offenen Osten. Das gilt insbesondere für Deutschland, das vom langjährigen Vasallen der USA erneut zu einem Partner aufrückt, der zwischen Rußland und den USA wählen

kann. Aus der Sicht der Amerikaner ist das eine Bedrohung, die mit der Schaffung des Euro konkrete Gestalt annimmt.

Schon im Golfkrieg und bei dessen Wiederaufnahme vor wenigen Monaten, vollends aber jetzt im Krieg um das Kosovo prallen die unterschiedlichen Vorstellungen Rußlands, der USA und der Europäer, wie zukünftig die Weltordnung gewahrt werden soll, aufeinander.

Für den Anfang ist es den USA gelungen, das widerstrebende Europa, allen voran eine für ihre Bündnistreue unter Beweisnot stehende rot-grüne deutsche Regierung, gegen russischen Widerstand in die militärische Erprobung des neuen NATO-Konzeptes hineinzuziehen.

Damit wurde aber zugleich ein Selbstlauf in Gang gesetzt, in welchem die NATO sich selber verfängt: Sie muß militärische Erfolge vorweisen, um ihren Schritt politisch zu legitimieren, das heißt, sie muß beweisen, daß ihr militärisches Eingreifen tatsächlich dem Schutz der Menschenrechte nützt. Je weiter sie aber den Krieg eskaliert, um so mehr verliert sie eben diese Legitimation. Unzweideutig stehe inzwischen weit mehr auf dem Spiel als das Kosovo, schrieb Zbginiew Breszinski, ehemaliger Sicherheitsberater Jimmy Carters: "Ein Scheitern der NATO wäre das Ende ihrer Glaubwürdigkeit und würde die globale Führungsrolle der USA in Mitleidenschaft ziehen." Für diesen Fall prognostiziert Breszinski verheerende Folgen für die globale Stabilität. Die "Geltung des europäischen Zivilisationsmodells", noch deutlicher, das "Zukunftsmodell der europäischen Integration" stehe auf dem Spiel, erklärte der deutsche Bundeskanzler vor dem europäischen Parlament.

Recht haben sie wie alle, die es ihnen jetzt nachsprechen, und dies in doppeltem Sinne: Scheitert die NATO im Kosovo, stellt das die westliche Hegemonie in Frage; siegt die NATO, wäre das ein Schritt in Richtung auf eine europäische, genereller eine globale Ordnung, die auf dem militärischen Diktat einer NATO-Weltpolizei beruht. Die Würfel sind noch nicht gefallen. So oder so beweist der Krieg der NATO im Kosovo damit nicht ihre Stärke, er offenbart ihre Schwäche. Darin liegt die eigentliche Gefahr, die über die aktuelle Krise hinausweist.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

15. Spielball herrschender Interessen

Autor: M./Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:51

Für die Flüchtlingspolitik der EU-Staaten ist die Kosovo-Krise eine Herausforderung besonderer Art, ist man in Brüssel doch derzeit dabei, das europäische Asylrecht endgültig zu zerfleddern (vgl. ak 418). Nach dem Ende des Kalten Krieges seien heute - so heißt es in einem Strategiepapier der EU von 1998 - vor allem "interethnische Verfolgung und Vertreibung durch nichtstaatliche Gewaltapparate" für massenhafte Migrationsbewegungen verantwortlich. Da die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) derartige Fluchtgründe nicht erfasse, könnten diese Personen auch nicht als Flüchtlinge anerkannt werden - eine Auslegung, die vom UNHCR in einer Stellungnahme vom Januar dieses Jahres vehement bestritten wird.

Seit einem dreiviertel Jahr bemüht sich die EU nun, ein System des "vorübergehenden Schutzes" im Falle von Massenfluchtbewegungen zu entwerfen. Ziel dieses Projektes ist es, solchen Flüchtlingen einen rechtlichen Status zuzuweisen, bei dem sie sich weder auf die Asylgesetze noch auf die GFK berufen können. Diese "vorübergehend geschützten Flüchtlinge" werden per Regierungsbeschluß ins Land gelassen - und sollen mit einem Federstrich des Kabinetts auch wieder hinausgeworfen werden können.

Auf dem Sonderrat der EU-Innenminister vom 7. April wurde dann eine Vereinbarung über die Aufnahme von Kosovo-Flüchtlingen getroffen. Ohne eine vereinheitlichte Rechtsgrundlage über deren Anerkennungspraxis und damit auch ohne harmonisierte Verfahrensregeln wurden reichlich willkürlich Aufnahmekontingente festgelegt. Insgesamt ergibt sich daraus eine Zahl von 109.000 Personen, von denen bis zum 4. Mai 27.500 - fast ausschließlich aus Mazedonien - tatsächlich ausgeflogen wurden.

Zehn Tage nach diesem Beschluß hatte die BRD die ihr zugeteilten 10.000 Kosovo-Flüchtlinge aufgenommen. Sie erhalten - im Unterschied zu den Bosnienflüchtlingen - zunächst für drei Monate den Status von Bürgerkriegsflüchtlingen gemäß § 32a Ausländergesetz (AuslG) und werden über die Bundesländer verteilt. Kohls Innenminister Kanther hatte seinerzeit die Anwendung geltenden Ausländerrechts hintertrieben, indem er sich bis zuletzt weigerte, die Hälfte der Unterhaltskosten für Bürgerkriegsflüchtlinge aufzubringen. Unter Schily übernimmt der Bund nun monatlich 500 DM für deren Unterbringung und Versorgung.

So erfreulich dieser Schritt auf den ersten Blick erscheinen mag (zumal die bosnischen Flüchtlinge nie mehr als eine bloße Duldung erhielten) - ist aber kritisch anzumerken, daß die vor Krieg und Verfolgung fliehenden Menschen geradezu klassische Flüchtlinge im Sinne der GFK sind und daß ihnen damit auch der - im Vergleich zum Bürgerkriegsflüchtling - rechtlich und praktisch sehr viel komfortablere Status eines GFK-Flüchtlings zustünde.

Die Anwendung des §32a AuslG wird allerdings auf die im Kontingent aufgenommenen Flüchtlinge beschränkt. Für diejenigen, die sich selbständig auf den Weg machen und sich über die bundesdeutsche Grenze retten, bleibt nur der schwierige Weg des Asylverfahrens, der auf jeweils drei Monate befristeten Duldungen - oder die Illegalität.

Darüberhinaus bleiben nur zwei kleine ausländerrechtliche Schlupflöcher: mit Hilfe einer Verpflichtungserklärung z.B. durch Verwandte in der BRD von den deutschen Auslandsvertretungen in Skopje oder Tirana ein Besuchsvisum zu erlangen (§84 AuslG); oder in den Botschaften eine Aufnahme aus dringenden humanitären Gründen zu beantragen (§30 AuslG). Beide Wege haben ihre Tücken: Während die Landesinnenministerien zunehmend ihre Ausländerbehörden anweisen, keine Verpflichtungserklärungen nach §84 AuslG mehr entgegenzunehmen, zeichnet sich auch ein heftiges Gerangel um die Visa-Erteilung aus humanitären Gründen ab - zwischen den (unter Regie des Auswärtigen Amtes stehenden) Botschaften und den Ausländerbehörden sowohl der unions- wie auch der sozialdemokratisch regierten Bundesländer.

Für großzügige Aufnahme von Flüchtlingen!

Das Auswärtige Amt hat nun mit Schreiben vom 30. April verfügt, den Lagebericht über die Bundesrepublik Jugoslawien "nicht mehr asyl- und abschieberelevanten Entscheidungen zugrundezulegen". Dies war nötig geworden, da sich zweierlei verändert hatte: zum einen das Flüchtlingselend in der Kosovo-Region und zum anderen die Aufnahmebereitschaft der Bundesregierung. Somit dürften Ausweisungsbescheide, die sich noch im März auf den alten Lagebericht von November 1998 stützten, nun nicht mehr erteilt werden. Aber ein

Abschiebestopp nach Jugoslawien (wie auch Bosnien-Herzegowina) ist dies noch lange nicht. Zusätzlich muß das Rückführungsabkommen mit Belgrad aufgehoben werden, denn immer noch leisten die hierzulande noch aktiven jugoslawischen Botschaften Unterstützung bei der Vorbereitung von Abschiebungen.

Vorrangig ist natürlich die Frage der Aufnahme von Flüchtlingen. Hier ist zunächst ein Stopp von Zurückweisungen durch den BGS an den bundesdeutschen Grenzen zu fordern, selbst wenn Kosovo-Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Drittstaaten einreisen. Zum anderen müssen die Landesinnenministerien die Ausländerbehörden dazu bringen, großzügig Einreisevisa auszustellen. Allen voran steht aber die Bundesregierung in der Pflicht. Angesichts von über 700.000 Flüchtlingen in den bitterarmen Nachbarländern Jugoslawiens ist die Aufnahme von nunmehr 20.000 Flüchtlingen eine Lachnummer.

Die Behauptung u.a. von Schily und den konservativen Landesinnenministern, daß mit einer großzügigen Aufnahme von Flüchtlingen "der Vertreibungspolitik des serbischen Regimes Vorschub geleistet" würde, ist fadenscheinig. Das Gegenteil ist richtig: Eine verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen erweitert die Aufnahmekapazitäten in der Region und trägt zudem zur Entlastung der ohnehin angespannten innenpolitischen Lage speziell in Mazedonien bei.

M./Berlin

16. Kein Platz für Kosovo-Flüchtlinge, nirgends. Ungebrochene Kontinuität in der deutschen Flüchtlingspolitik

Autor: Claudia Leitsch · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:46

Für den Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien gibt es nur die eine offizielle Begründung: Die Vertreibung der Kosovo-AlbanerInnen durch das Milosevic-Regime soll gestoppt werden! Diese Argumentation ist Grundlage einer beispiellosen Propagandamaschinerie, die fast alle Medien kritiklos übernehmen und der hierzulande erstaunlich viele Menschen Glauben schenken. Fakt ist, daß sich durch das angeblich humanitäre Dauerbombardement der NATO die Vertreibungen und das Flüchtlingselend dramatisch verschärft haben.

Daß es der NATO nicht darum geht, die Flüchtlinge zu schützen, wurde auf besonders schreckliche Weise deutlich, als zweimal - angeblich versehentlich - Flüchtlingstrecks bombardiert wurden. Wie sehr sich die Hilfsbereitschaft der Militärlogik unterwerfen muß, zeigt sich auch darin, daß die Hilfsflüge stark eingeschränkt worden sind, um den Luftraum für Bombenangriffe freizuhalten.

Nach Schätzung des UNHCR, der Flüchtlingshilfeorganisation der Vereinten Nationen, sind 650.000-800.000 Menschen aus dem Kosovo auf der Flucht. Andere Quellen sprechen von über einer Million Flüchtlingen und Vertriebenen, die sich in der Region und den angrenzenden Ländern Albanien und Mazedonien aufhalten. Bei diesen Flüchtlingen handelt es sich nicht nur um Kosovo-AlbanerInnen, sondern auch um Angehörige der serbischen Minderheit im Kosovo, was in der Kriegsberichterstattung des Westens meistens verschwiegen wird. Ebenso wird nichts bekannt über Kriegsflüchtlinge aus Belgrad und anderen Regionen Jugoslawiens, die zum Kriegsziel der NATO erklärt wurden. Keine Rede ist von den Deserteuren, den Mitgliedern der jugoslawischen Oppositionsbewegung, den Menschen, die fliehen müssen, weil die NATO durch Bomben auf Treibstoffanlagen und Chemiefabriken ihre Umwelt und Lebensgrundlagen zerstört hat.

Täglich werden Bilder vom Elend der geflohenen Kosovo-AlbanerInnen um die Welt geschickt und damit suggeriert, daß die NATO-Kriegsmaschinerie ihnen helfen will. Dazu gehören insbesondere auch Bilder von humanitären Einsätzen der Soldaten. Weitere 1.000 Bundeswehrsoldaten, die demnächst nach Mazedonien und Albanien geschickt werden, sollen dort u.a. Flüchtlingslager aufbauen. Die Verquickung von militärischen Aufgaben und humanitären Hilfsleistungen dient ebenfalls der Kriegspropaganda. Bilder von Soldaten, die niedlichen Babies die Flasche geben, sind heutzutage weit wirksamer als Marschmusik und martialische Aufmärsche. Damit wird verschleiert, daß eine Entsendung von Soldaten in die Nachbarländer letztendlich den Einmarsch von Bodentruppen vorbereiten soll.

Dies ist nicht nur der erste Kriegseinsatz der NATO seit ihrer Gründung. In diesem Krieg werden auch zum ersten Mal in Europa große Gruppen von Flüchtlingen militärisch gelenkt und in Schach gehalten. Die Flüchtlinge werden militärisch daran gehindert, aus den völlig überforderten Ländern Mazedonien und Albanien, die zu den ärmsten Ländern Europas gehören, auszureisen. Die NATO beteiligt sich an der Bewältigung der Aufgaben, die sich aus der großen Zahl von Flüchtlingen ergeben. Sie übernimmt federführend die Logistik und nimmt den Hilfsorganisationen zunehmend das Heft aus der Hand. NATO-Truppen bauen Flüchtlingslager auf, alle befinden sich an der Grenze in unmittelbarer Nähe von NATO-Verbänden, und man kann darüber spekulieren, ob die NATO die Flüchtlinge als Schutzschild mißbraucht.

Verfolgung?

Welche Verfolgung?

Bis zum 5. Mai 1999 wurden lediglich 24.848 Flüchtlinge in anderen Ländern außer Albanien und Mazedonien aufgenommen, obwohl insgesamt 115.000 Aufnahmeplätze versprochen worden waren. Nach Ansicht der Hilfsorganisationen liegt dies hauptsächlich daran, "daß die Eingliederung der Albaner in modernen Gesellschaften als schwierig betrachtet wird." (FR, 6.5.1999). Ein weiteres zynisches Argument ist, daß die Flüchtlinge in der Herkunftsregion bleiben sollen, um dem Milosevic-Regime nicht in die Hände zu arbeiten und um den Druck auf Belgrad aufrechtzuerhalten.

Deutschland, maßgeblich mitverantwortlich für diesen Angriffskrieg, brüstet sich damit, im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten seine Aufnahmeverpflichtungen erfüllt zu haben. 9.974 Flüchtlinge sind bisher aufgenommen worden. Ein Vorschlag von Innenminister Schily, weitere 10.000 Flüchtlinge aufzunehmen, scheiterte bisher sowohl an den CDU/CSU-regierten Ländern als auch den Hardlinern in der SPD wie Hamburgs Innensenator Wrocklage. Dieser sprach sich gegen eine weitere Aufnahme aus, solange die anderen NATO-Partner nicht ihren "humanitären Beitrag geleistet" hätten (Hamburger Abendblatt, 4.5.99).

Es ist noch nicht allzu lange her, daß gerade Kosovo-AlbanerInnen massiv kriminalisiert wurden. Die Zeitungen, die heute so viel Herz für die Flüchtlinge zeigen, waren voller Hetztiraden gegen die sog. "Albaner-Mafia". Mit der rassistischen Argumentation, "kriminelle Kosovo-Albaner zählten nach Polizeierfahrung zu den besonders aggressiven Tätern in Deutschland", und dem Hinweis auf "Banden von Kosovo-Albanern", die angeblich die Drogenmärkte beherrschen, warnten CDU-Politiker noch einen Monat nach Kriegsbeginn vor einer "massenhaften Aufnahme von Kosovo-AlbanerInnen" (FR, 21.4.1999). Es ist in diesem Zusammenhang besonders brisant, daß der bayerische Innenminister Beckstein Kosovo-Albanern, die sich im Asylverfahren befinden, zugesichert hat, daß ihre Asylverfahren nicht verfallen, wenn sie sich entscheiden, zur UCK zu gehen, um in der "Heimat" zu kämpfen.

Kosovo-AlbanerInnen wurde noch bis zum Beginn der Bombenangriffe mit Abschiebung gedroht, und sie wurden aufgefordert, das Land zu verlassen. Ihre Asylgründe wurden für unglaubwürdig erklärt. Daraufhin gewährte England Kosovo-AlbanerInnen, die von Deutschland dorthin flüchteten, Asyl mit der Begründung, Deutschland sei kein sicheres Drittland mehr. Im Jahr 1996 wurde mit dem Milosevic-Regime ein Rückführungsabkommen geschlossen, auf dessen Grundlage bis kurz vor dem Krieg Flüchtlinge, auch Kosovo-AlbanerInnen, in die Bundesrepublik Jugoslawien abgeschoben wurden. Und auch jetzt noch versuchen die Ausländerbehörden, Flüchtlinge nach Mazedonien und Albanien abzuschieben. Flüchtlinge aus Jugoslawien, die auf eigene Faust hierherkommen, werden an der Grenze abgewiesen.

Seit Jahren leugnen Behörden und Gerichte eine Gruppenverfolgung von Kosovo-AlbanerInnen, u.a. mit der Begründung, "es gebe kein - für eine Asylanerkennung erforderliches - staatliches Verfolgungsprogramm Serbiens gegen die Bewohner des Kosovo" (FR, 21.4.1999.). Noch am 17. März, eine Woche vor Kriegsbeginn, schrieb das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in einem Bescheid: "Kosovo-Albaner unterliegen bei ihrer Rückkehr ins Heimatland weiterhin keiner Gruppenverfolgung." (FR, 30.4.99) Und erst Ende April zog das Auswärtige Amt seinen Lagebericht zur Einschätzung der Situation der Kosovo-AlbanerInnen vom 18. November 1998 zurück. Bis dahin hieß es immer noch: "In Kosovo hat sich die schwierige humanitäre Situation etwas entspannt.". Bei Asylverfahren dienen die Lageberichte des Auswärtigen Amtes als Entscheidungsgrundlage

Deserteure aus der serbischen Armee erhalten in der BRD und anderen europäischen Ländern keine Anerkennung als politische Flüchtlinge mit der Begründung, "wer aus der serbischen Armee oder den serbischen Sonderpolizeieinheiten desertiere und deshalb bestraft werde, werde nicht politisch verfolgt: denn Deserteure würden in jedem Land der Welt (zu Recht) bestraft". (Memorandum der IALANA - Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen)

Behandelt wie

der letzte Dreck

Viele Kosovo-AlbanerInnen, die hier bereits leben, wollen Verwandte und FreundInnen aus den Flüchtlingslagern nachziehen lassen und sind bereit, für sie zu sorgen. Die rot-grüne Bundesregierung hat die Ausländerbehörden jedoch angewiesen, einen Familiennachzug nicht zuzulassen und keine Verpflichtungserklärungen anzunehmen. Wie absurd und unmenschlich diese Unnachgiebigkeit ist, zeigt sich an dem Bemühen einer Familie, die hier Einkommen und ein Haus hat, die 109 Jahre alte Großmutter aus einem Flüchtlingslager in Albanien nach Deutschland zu holen. Lakonisches Statement der Ausländerbehörde: "Dann müssen Sie die Frau eben illegal über die Grenze bringen". Begründet wird diese Härte mit den Erfahrungen aus dem Bosnienkrieg. Damals kamen 300.000 Flüchtlinge statt der geplanten 100.000, weil ihre Verwandten sich verpflichtet hatten, für ihren Lebensunterhalt und Krankheitskosten aufzukommen. Da dies für kaum jemanden unbegrenzt möglich ist, mußten nach einiger Zeit Sozialleistungen gewährt werden. Auch

Adoptionen von verwaisten Flüchtlingskindern sind nach Angaben des Internationalen Sozialdienstes nicht möglich. (taz, 30.4.99)

Die wenigen Flüchtlinge, die jetzt eingeflogen wurden, erhalten lediglich einen Status als Bürgerkriegsflüchtlinge mit einer Aufenthaltsbefugnis von drei Monate. Es ist völlig klar und wird immer wieder betont, daß sie nicht hierbleiben dürfen. Entsprechend wurden sie z.B. in Hamburg nach ihrer Ankunft auf einem völlig überfüllten "Wohnschiff" untergebracht, zu viert in Zweierkabinen von 12 qm Größe. Dort sollen sie sich nach offiziellen Aussagen "von ihren Kriegstraumata erholen". Einige wenige sind anschließend in einer Großunterkunft mit 900 Plätzen untergebracht worden, die mitten im Industriegebiet liegt und deren Schließung seit langem von Flüchtlingsinitiativen gefordert wird.

Die Flüchtlinge erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, d.h. Bar- und Sachleistungen weit unter dem Niveau des Bundessozialhilfegesetzes. Auch die medizinische Versorgung ist stark eingeschränkt, so daß Behandlung von Traumatisierungen mit Sicherheit ausgeschlossen sind. Nicht nur der Krieg der NATO im Kosovo, auch der Umgang mit den Flüchtlingen hier, zeigt, wie verlogen und zynisch das Gerede von den humanitären Einsätzen für Flüchtlinge und Menschenrechte ist.

Claudia Leitsch

Die Autorin ist Mitglied im Hamburger Flüchtlingsrat.

17. Friedensengel im Braunhemd. Die extreme Rechte und der Krieg gegen Jugoslawien

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:49

Die überwiegende Mehrheit der extremen Rechten in Deutschland lehnt die Beteiligung der Bundeswehr am Angriff auf Jugoslawien ab. Dies allerdings aus vielfältigen und zum Teil sogar gegensätzlichen Motiven. Sympathie für Milosevic oder Serbien ist dabei eine zu vernachlässigende Erscheinung.

"Auf die Bild-Zeitung wäre auch ein Joseph Goebbels stolz gewesen", so ein Kommentar von Peter Lattas in der braun-schwarzen Wochenzeitung Junge Freiheit (16/99). "Selten wurden in Deutschland schamloser die Herumgestoßenen der Weltpolitik zu Propagandazwecken mißbraucht. Ob 'Kleine Albenite', die von den Springer-Agitatoren herausgepickte blonde Kriegswaise, oder die namenlosen Flüchtlingskolonnen, die aus dem Kosovo allabendlich durch die Fernsehnachrichten ziehen: Sie alle dienen der moralischen Aufrüstung der Heimatfront." Nur: Die immer wieder gezeigten "namenlosen Flüchtlingskolonnen" bewirken allmählich eine gewisse Abstumpfung; zur "moralischen Aufrüstung der Heimatfront" bedarf es inzwischen zusätzlicher Mittel.

Der "Extremismusexperte" Rainer Fromm, Intimus etlicher Neonazis und der Verfassungsschutzämter, hat sich daher für das ZDF-Magazin Frontal etwas Besonderes einfallen lassen. Er nutzte die Verurteilung des NATO-Krieges gegen Jugoslawien durch die extreme Rechte, um eine spezielle Spielart der Totalitarismustheorie zu konstruieren. Gestützt auf wenige Aussagen von Randfiguren der Neonazi-Szene wurde Milosevic zum "neuen Helden" der extremen Rechten aufgebaut. Gregor Gysi wiederum sei der einzige Politiker, der "Sympathie" für Milosevic gezeigt habe. Umgehend machte Fromm daraus ein "rot-braunes Bündnis". Mission completed: Die Kriegsgegner sind Extremisten und Verfassungsfeinde.

Richtig an Fromms Reportage war nur eines: Die Mehrheit der Rechtsextremen und der Politiker aus jener Grauzone bis hin zum Konservativismus lehnt den Einsatz deutscher Truppen gegen Jugoslawien ab. Sympathie für Milosevic oder Serbien ist dabei aber eine zu vernachlässigende Komponente.

Deutliche Worte kamen von der NPD, die immer stärker versucht, sich als revolutionäre, systemoppositionelle Partei zu profilieren. In einer Presseerklärung, in der Parolen und Aktionsformen der früheren Friedensbewegung aufgegriffen werden, heißt es: "Kein deutsches Blut für fremde Interessen - Schluß mit der imperialistischen NATO-Intervention auf dem Balkan! Aus aktuellem Anlaß fordert die NPD alle Soldaten und Beamten auf, ihrem Amtseid auf das Grundgesetz treu zu bleiben und den Dienst für den Angriffskrieg in Jugoslawien zu verweigern!" Zur angekündigten Verbrennung einer Fahne der USA bei der letztlich verbotenen Demonstration in Bremen am 1. Mai erklärte der Parteivorsitzende Udo Voigt, selbst ehemaliger Hauptmann der Bundeswehr: "Ich werde es mir nicht nehmen lassen, höchstpersönlich die Flagge der kriegsverbrecherischen One-World-Strategen in Flammen zu setzen, die Europa zusammen mit ihren europäischen Erfüllungsgehilfen in einen blutigen Bürgerkrieg treiben wollen und auch nicht vor dem Unglück eines mit atomarer Gewalt geführten Dritten Weltkrieges zurückschrecken."

Für das Nationale Info-Telefon (NIT) Hamburg unter Leitung des ehemaligen FAP-Kaders André Goertz, das "im Namen zahlreicher nationaler Gruppen" gegen den Krieg protestiert, ist die albanische UCK "eine bewaffnete Separatistenorganisation, die versucht, Staatsgebiete Jugoslawiens abzutrennen und unter eigene Verwaltung zu stellen. Die dabei verwendeten Waffen stammen aus dem Westen." Beim Kampf der UCK handele es sich um "praktizierten Hochverrat", gegen den die serbische Führung "mit den notwendigen Mitteln" vorgehe. Bei dieser Fraktion der extremen Rechten steht das Recht auf staatliche Integrität im Vordergrund der Agitation, wobei der Hinweis nicht fehlen darf, "daß multikulturelle Gesellschaften nicht funktionieren".

Vor allem aber sorgt man sich beim NIT um die Konsequenzen des Vorgehens auf dem Balkan. Ein aus der multikulturellen Gesellschaft resultierendes Schreckensszenario wird entworfen: "Erinnern wir uns an das deutsche Schicksal: Auch unser Land wurde besetzt, politisch entmündigt, das Volk umerzogen, die Kultur zerstört. Heute preist man die Besatzer als angebliche Befreier. Was ist, wenn morgen die eingewanderten Türken in Berlin-Kreuzberg ein autonomes Gebiet ausrufen und mit Waffengewalt vollendete Tatsachen schaffen wollen? Sollen wir dann auch UN-Truppen und andere fremde Heere als ‚friedenssichernde

Maßnahme` zulassen?" Die lapidare Schlußfolgerung des NIT: "Bewaffnete Albaner raus aus dem Kosovo!" (alle Zitate aus NIT Hamburg, 23.3.1999)

Einig ist man sich in diesen Kreisen über die Verurteilung des US-Imperialismus, strittig dagegen ist die Frage, ob die UCK als "nationale Befreiungsbewegung" angesehen werden müsse und deshalb als antiimperialistische Kraft ebenfalls Unterstützung verdiene. Die Vertreter des "Rechtes auf staatliche Integrität" und die des "Rechtes auf Sezession" halten sich dabei bisher noch die Waage.

Schatten der Vergangenheit

Ein Grundmuster bei der Ablehnung des Krieges durch die extreme Rechte sind historische Erwägungen. So stellte die Vertreterversammlung der REPs zur Aufstellung der Liste für die Europawahlen fest, daß die deutsche Beteiligung am "Angriffskrieg gegen Serbien" sowohl dem Völkerrecht als auch dem Grundgesetz widerspreche. Anschließend wurde aber auch betont, daß "die von der serbischen Führung zu verantwortenden Verbrechen" nicht entschuldbar seien. Allerdings stelle man sich mit dem Angriff "auf dasselbe moralische Niveau" und produziere nur "neue Flüchtlingsströme".

Diese Argumentation könnte aus der Friedensbewegung stammen. Der entscheidende Unterschied offenbart sich jedoch im letzten Absatz, in dem betont wird, daß die REPs Auslandseinsätze deutscher Soldaten verurteilen, "solange die Generation der Wehrmachtsangehörigen pauschal als Kriegsverbrecher und die Deutsche Wehrmacht als Verbrecherorganisation im In- und Ausland diffamiert werden." Wenn "Soldaten in Deutschland als potentielle Mörder denunziert werden können, dürfen sich deutsche Soldaten nicht an Kriegshandlungen im Ausland beteiligen." (DESG-inform 2-4/99)

Martin Schmidt, ehemaliger Redakteur der Jungen Freiheit und jetzt beim Ostpreußenblatt, hält es zwar für schwer, ein Urteil "über Sinn und Unsinn der Militärintervention" im bisherigen "Kunststaat aller Südslawen" zu fällen, nutzt aber die Gelegenheit, um an den "Massenmord an zehntausenden Donauschwaben" nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu erinnern. (Ostpreußenblatt 14/99) Das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen betont immer wieder die historische Kontinuität der heutigen serbischen Politik. So gibt Hans-Joachim von Leesen den Angriff Hitlers auf Jugoslawien sogar als Befreiung aus: "Die Serben betrachteten sich von Anfang an als das beherrschende Element und hielten notfalls mit Gewalt Kroaten, Bosnier, Slowenen, Albaner nieder. Erst der Zweite Weltkrieg führte nach der jugoslawischen Niederlage zur Auflösung des Zwangsstaates." (Ostpreußenblatt 13/99)

Eine ähnliche Argumentationslinie vertritt die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, die auch Präsidentin des Bundes der Vertriebenen ist. Zwar befürwortet sie, wie die Mehrheit ihres Verbandes, den NATO-Angriff und demonstriert damit, daß die Revanchistenverbände inzwischen weitgehend auf die Linie der Unionsparteien gebracht worden sind. Doch dann kommt sie schnell auf den Punkt: "Was jetzt an der albanischen Zivilbevölkerung praktiziert werde, stehe in schrecklicher Kontinuität zur brutalen Vernichtung der Deutschen in diesem Raum. Die Donauschwaben seien nach dem Weltkrieg ebenfalls von den Serben in Todeslager verschleppt worden", wird sie im Ostpreußenblatt zitiert.

Drastischer als die Unionspolitikerin äußert sich die Nationalzeitung von Gerhard Frey. Bei aller Ablehnung "des heutigen menschenverachtetenden mörderischen Angriffskrieges" unterbleibt auch dort nicht der Hinweis: "Die Greueltaten der Tito-Banden an Hunderttausenden Deutschen, Kroaten, Slowenen, Ungarn, antikommunistischen Serben und Angehörigen vieler weiterer Völker wurden ignoriert oder gar verherrlicht und der deutschen Seite selbst die primitivsten Fälschungen an Kriegsverbrechen unterstellt." (Nationalzeitung 15/99)

Brücken zur etablierten Rechten

Wilfried Böhm, früher ebenfalls CDU-MdB und führend in der Deutschlandstiftung, versucht den Dissens in der Frage der Kriegsbefürwortung ideologisch zu kitten. Für ihn stellt das Vorgehen der NATO eine Widerstandshandlung dar, die allerdings "zu spät" erfolgt sei. Wurden bereits in der Vergangenheit die Versailler Verträge durch weite Teile der Rechten für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verantwortlich gemacht, so sieht Böhm in ihnen sogar die Ursache für das aktuelle Kriegsgeschehen: "Das Unheil der Pariser Vorortverträge am Ende des Ersten Weltkrieges markierte mit seiner arroganten Mißachtung der realen ethnischen Strukturen bei der Neuordnung weiter Teile des Kontinents und insbesondere des Balkans die

Blutspur in die Zukunft Europas." Die "Europa gemäßen Ordnungsprinzipien", so Böhm, seien "überschaubare Nationalstaaten", der "zwanghafte Zug zur multikulturellen Gesellschaft" schaffe das Chaos.

Stärker von Zweifeln geplagt ist der stellvertretende Vorsitzende der Deutschlandstiftung, Heinz Klaus Mertes, der sich für die deutschen Soldaten wünscht, "bei weniger zweifelhafter Gelegenheit die Bündnistreue auch im militärischen Einsatz beweisen zu können". Denn er kommt - weit entfernt von pazifistischen Anwandlungen - zu der Diagnose: "Deutschland hat im Kosovo-Krieg nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren." Doch da müsse man nun durch. Jahrzehntelang habe man ein "teilstaatliches Nischendasein" geführt, doch seit der Wiedervereinigung schöben sich "unabwendbar die Themen der Außenpolitik in den Vordergrund". (Deutschlandmagazin 4/99) So sieht es auch Elimar Schubbe, Chefredakteur des Ostpreußenblatts: Die Bundesrepublik Deutschland sei nun einmal inzwischen "eine souveräne europäische Großmacht, ob sie es will oder nicht", und könne sich nicht mehr der "gesamteuropäischen Verantwortung" entziehen.

Der offiziellen Propaganda, es gehe ausschließlich um die Wahrung und Erhaltung der Menschenrechte, mag auf der extremen Rechten niemand glauben. "Müßten nicht ansonsten die verbündeten NATO-Staaten auch an vielen anderen Schauplätzen von Menschenrechtsverletzungen ungeheuren Ausmaßes zu den Fliegerbomben greifen und diese zum Schutze der Menschen einsetzen?", fragt die österreichische Aula (4/99) und ergänzt: "Wir denken etwa an Tibet oder - noch naheliegender - an Kurdistan. Verliert die NATO nicht gerade durch ihre jetzige Kriegspolitik am Balkan ihre Glaubwürdigkeit?"

Folgt man der extremen Rechten, so ist Deutschland quasi aus Vasallentreue in den Krieg hineingeschlittert, und folglich muß es dazu verführt sein. Wie so oft bieten sich die USA als Allzweckschuldige an. Washington habe, so die Nationalzeitung (15/99), "aus imperialen Absichten kaum je einen Hehl gemacht". Sein globaler Machtanspruch sei aber stets "von einer massiven Propaganda begleitet (worden), die die militärischen Unternehmungen als edelmütig, ja sogar uneigennützig erscheinen ließ".

Hinter diesem scheinbaren Edelmut entdecken die Rechten jedoch handfeste Interessen: "Die USA sind vorrangig daran interessiert", sekundiert die Junge Freiheit (14/99), "auf dem Balkan eine spannungsgeladene und damit eine von außen manipulierbare Bruchzone zu erhalten." Der Krieg gegen Jugoslawien, so die Schlußfolgerung, sei letztendlich ein Krieg gegen ganz Europa. Geostrategisches Hauptziel der USA sei "der Zugriff auf die Energievorräte nicht nur im Nahen Osten", sondern auch auf die vermuteten Vorkommen im Kaspischen Becken und in den neuen Staaten Zentralasiens. Der "neu"rechte Alt-Achtundsechziger Günter Maschke geht noch weiter. Er kommt zu dem Schluß, es gehe "einfach um die Beherrschung und Kontrolle Europas durch die Vereinigten Staaten von Amerika".

"Wenn schon Krieg, dann Sieg"

Die extreme Rechte ist sich weitgehend einig, wenn sie diesen Krieg insgesamt ebenso ablehnt wie die deutsche Beteiligung daran und die angebliche Vormachtstellung der USA bei der Planung und Durchführung des Angriffs. Trotzdem werden kaum strategische Überlegungen angestellt, wie der Krieg beendet werden könnte. Einzelne Strafanzeigen gegen die Bundesregierung wegen Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges - sie wurden ausnahmslos durch den Generalbundesanwalt abwiesen - müssen wohl unter der Rubrik "Propagandamaßnahmen" abgeheftet werden.

Eine Minderheit vertritt allerdings das Prinzip "Augen zu und durch". Der hemmungslose Opportunist Dieter Stein kommt nur wenige Wochen nach seiner Verurteilung des Krieges zu der Ansicht: "Nun ist es das Pragmatischste und realpolitisch Sinnvollste, den begonnenen Krieg gegen Serbien zügig zu Ende zu bringen. (...) Ein sang- und klangloser Rückzug ohne Beseitigung der Folgen ist nicht mehr drin." Gegenüber den Ländern des Balkans dürfe man nicht wie eine Kolonialmacht auftreten, ein weiterer Gesichtsverlust Serbiens sei zu vermeiden. Damit ist Steins frühere Zielsetzung "Ein militärisch gesichertes Protektorat Kosovo - ohne Beteiligung deutscher Soldaten!" obsolet geworden.

Auf einsamem Posten steht Manfred Rouhs, Herausgeber der Zeitschrift Signal, wenn er die Ansicht vertritt, es sei "zu spät für einen Rückzieher". Auf der Homepage seines Blattes resümiert er: "Man kann nicht ein bißchen Krieg führen. Wenn denn schon Krieg sein muß, dann bitte mit kampfstarken deutschen Verbänden, die als Sieger heimkehren." Dieser "Sieg" ist zwar Zukunftsmusik, der Krieg hat für Rouhs aber bereits jetzt einen positiven Effekt: "Er beschleunigt die Abkehr Rußlands von der westlichen Wertegemeinschaft. (...) Das wird

die russische Nation den Amerikanern nicht so schnell vergessen. Und der Krieg stärkt das Selbstbewußtsein der Deutschen." (NIT Hamburg, 27.3.99)

Hier trifft sich Rouhs allerdings mit der NPD, die nicht nur den Austritt aus der NATO, sondern vor allem die Schaffung einer "Achse Paris-Berlin-Moskau" fordert. (PHI, 23.3.99) Hier trifft er sich auch mit den Ideologen der "Neuen" Rechten, die ebenfalls - getreu Carl Schmitt - ein Interventionsverbot für "raumfremde Mächte" (sprich USA) fordern. Sie befürworten eine Regelung durch die Staaten der Region selbst, die dabei von Rußland und Deutschland unterstützt werden sollen. Was dessen Rolle anbelangt, ist man allerdings skeptisch: "Wenn Deutschland versagt und mit seiner dekadenten Politik fortfährt, sollte Österreich als ein kleines weitsichtiges Land es ersetzen." (DESG-inform 2-4/99)

Die USA und Großbritannien werden in der zitierten Erklärung der "neu"-rechten Synergies Européennes schlicht zu "Schurkenländern". Um die Bedeutung der USA zu verringern, sei es nötig, dessen regionalen Hauptverbündeten, die Türkei, mit allen Mitteln zurückzudrängen. Die Eliminierung der USA aus der europäischen Politik bedinge ein "Denken in Kontinenten": "Die eurasische Option ist aktueller denn je." Bei dieser Friedenspropaganda geht es um Weltmachtpolitik. Der Friedensengel hat ein Braunhemd an.

Jean Cremet

18. Die griechische Sonderrolle

Autor: Ralf Dreis, Thessaloniki · Rubrik: Griechenland; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:23

Seit dem Beginn der NATO-Bombardierungen gegen Rest-Jugoslawien rollt eine Welle von Anti-NATO Demonstrationen durch Griechenland. Dabei erlebt der traditionelle griechische Antiamerikanismus eine neue Hochphase. In jeder Stadt, jedem Dorf findet zumindest einmal in der Woche eine Versammlung gegen den Krieg statt. Vor allem in den kleinen Gemeinden fast immer von Griechenlands ältester Partei, der KKE (Kommunistische Partei Griechenlands) organisiert. Und die hat nun mal einen Hauptfeind, die USA. Da treten leicht andere Widersprüche in den Hintergrund. So werden Schulter an Schulter mit der orthodoxen Kirche Spenden für die "serbischen Brüder" gesammelt. Auf Demonstrationen schwenken die Nationalisten beider Länder serbische und griechische Fahnen (mit Hammer und Sichel) der Partei.

Laut Meinungsumfragen von Mitte April sind zwischen 95 und 98% aller GriechInnen gegen den Krieg. Oppositionspolitiker - von der rechten Nea Dimokratia, über die linksnationalistische Pasok-Abspaltung Dikki und die Linksallianz, bis hin zur KKE - geben sich in Belgrad die Klinke von Milosevics' Regierungssitz in die Hand. GewerkschafterInnen und StudentInnen reisen in jugoslawische Städte und reihen sich dort in die Menschenketten ein, die letzte Brücken und Betriebe vor NATO-Bomben schützen sollen. Und wenn anarchistische Gruppen die US-Botschaft in Athen mit Mollies angreifen, oder eine Filiale von "General Motors" abfackeln, dann wird sogar das mit unverhohlener Sympathie in der Tagespresse kommentiert. Die dazu abgegebene Begründung jedoch wird ignoriert.

Die Stimmung ist also eindeutig, und Ministerpräsident Kostas Simitis gerät scheinbar immer mehr unter Druck. "Raus aus der NATO" schalte es von KKE und Dikki, "Einstellung der Bombardierungen" von allen Seiten. "Dämon", "Satan" und "transatlantischer Faschist", so geißelte das Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche, der Erzbischof von Athen, Christodopoulus den US-amerikanischen Präsidenten Anfang April. Der für seine chauvinistischen und nationalistischen Überzeugungen bekannte Oberhirte sprach damit seinen Schäfchen aus der Seele.

Die alten Feindbilder haben Konjunktur. Die "imperialistischen USA" mit dem "Faschisten Clinton" an der Spitze, gebrauchen die NATO als Werkzeug für ihre "mörderischen Pläne". Offensichtlich seien die Europäer nichts weiter als "Lakaien" der USA. Die Ziele der sogenannten Lakaien werden dabei geflissentlich übersehen. Ebenso die Tatsache, daß der Krieg die logische Konsequenz der europäischen, nicht zuletzt deutschen Politik, der letzten zehn Jahre darstellt: die Zerschlagung Jugoslawiens nach völkischen Gesichtspunkten.

Gerade noch die mit einer Mischung aus Neid und Ablehnung betrachteten Deutschen bekommen manchmal ihr Fett ab. So titelte die linksliberale Elefterotypia (Pressefreiheit) zu Beginn des Krieges "NATO, NATO über alles" auf deutsch. Am 6. April, dem Jahrestag der faschistischen Bombenangriffe auf Belgrad 1941, sendeten alle Fernsehsender die entsprechenden Archivaufnahmen. In Debatten wurde darauf hingewiesen, daß "die Deutschen" nun die "Revanche für die Niederlage im 2. Weltkrieg" nehmen wollen.

Spätestens seit der "Friedensinitiative Schröder" steht man jedoch fest zum "starken Partner Deutschland" und kämpft gegen die "Völkermörder USA". Seit der Militärdiktatur (1967-74), die sich der aktiven Unterstützung des CIA erfreute, kommt (fast) alles Übel aus Übersee. Diese Paranoia, verbunden mit der Angst vor dem Erbfeind Türkei, verhindert jede Analyse der Kriegsursachen. Der Rassismus von UCK und serbischer Armee wird kaum proplematisiert, der übersteigerte Nationalismus beider Seiten wird als normaler Patriotismus angesehen. "Logischerweise" können unterschiedliche Ethnien nicht zusammenleben. Und da die Sympathien klar verteilt sind, sollen sich die "Albaner" vom Acker machen.

Gerade mal das Schlagwort "neue Weltordnung" taucht in den Flugblättern auf. Aber dabei jedoch geht es nicht um die militärische Hegemonie der hochentwickelten kapitalistischen Staaten, sondern um den personifizierten Weltpolizisten Clinton. Und der entscheidet über das Schicksal des Balkans und Griechenlands. Im Gegensatz dazu erfreut sich das "leidgeprüfte serbische Volk" breitester und undifferenzierter Unterstützung. Auch die seit langem zum Straßenbild der Großstädte gehörenden Menschen mit dem Pappschild "Ich bin Serbe - ich bitte um eine Spende", verzeichnen gesteigerte Umsätze. Und das

nicht nur aus sentimentalen Gründen. Hier, wo Staat und Kirche bis heute nicht getrennt sind (98,2% der GriechInnen sind christlich-orthodoxen Glaubens) leidet man mit den Glaubensbrüdern und -schwestern in Serbien.

Zum anderen richten sich die "barbarischen NATO-Bombardierungen" gegen traditionelle Verbündete. In beiden Balkankriegen kämpfte man siegreich zusammen. 1912 wurde das Osmanische Reich, ein Jahr später Bulgarien geschlagen. Und nicht zuletzt entstanden in beiden Ländern zwischen 1941-45 starke Partisanenverbände, die einen verlustreichen Befreiungskampf gegen die faschistische, deutsche Wehrmacht führten. Da außerdem nach Meinung der meisten Helenen nur "feindliche Länder" an Griechenland grenzen, wird die Identifizierung mit dem einzigen befreundeten Land auf dem Balkan - Serbien - immer stärker.

So weigerten sich am 18. April ein Matrose und ein Offizier "aus religiösen Gründen" mit dem Kriegsschiff "Themistoklis" in die Adria auszulaufen, und sich dort in die NATO-Flotte zu integrieren. Als der Offizier am 21.4. zu zwei Jahren Knast auf drei Jahre Bewährung verurteilt wurde, war die Empörung über "das harte Urteil" groß. Keine Unterstützung erhielt dagegen der am 14.4. zu vier Jahren Knast verurteilte Kriegsdienstverweigerer Lisaros Petromelidis. Er sitzt wegen "Wehrdienstverweigerung in Zeiten allgemeiner Mobilmachung" (gilt seit der Zypernkrise 1974), im Knast. Wo er nach Meinung der Mehrheit auch hingehört! Droht doch von überall die "islamische Gefahr". Von Albanien über die islamische Minderheit in Mazedonien (hier Skopie genannt) und Bulgarien, bis zur Türkei spannt sich der feindliche Bogen. Und die eigene türkische Minderheit in West-Thrakien sammelt angeblich Gelder für die UCK.

Der Feind steht also überall. So wundert es nicht, daß sogar der Klassenkampf zurückstehen muß. Am 2.4. riefen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gemeinsam zu zweistündigen Arbeitsniederlegungen aus Protest gegen die Bombardierungen auf. Kapitalverträglich zwischen 13 und 15 Uhr. Die Klassenwidersprüche sind aufgehoben, rechte und linke Parteien haben den selben Feind, die Kirche und die KKE rennen auf gemeinsame Demonstrationen. Nur die Pasok-Regierung bleibt auf NATO-Kurs, weil so am besten die "nationalen Interessen" verteidigt werden können, wie Simitis nicht müde wird zu betonen. Eine zumindest gewagte Annahme. Ziel der Regierung ist doch vor allem die unveränderliche Festschreibung der Grenzen auf dem Balkan. Daran hat sich in den letzten zehn Jahren auch nichts geändert, was allerdings weder die von der BRD betriebene Zerschlagung Jugoslawiens, noch den jetzigen Krieg verhindern konnte. Sollte es nun auch zu einer Abspaltung des Kosovo kommen, könnte dies eine generelle Diskussion über die Grenzen auf dem Balkan nach sich ziehen. Und die entsprechen fast nie der ethnischen Zusammensetzung der Länder. Bis "Großalbanien", "Großmazedonien" oder türkischen Begehrlichkeiten in West-Thrakien ist es dann nicht mehr weit, fürchtet man in Athen.

Trotzdem gehört Simitis bisher eindeutig zu den Kriegsgewinnlern. Nach dem Debakel mit Öcalan und harten innenpolitischen Auseinandersetzungen lag die Pasok zu Beginn des Krieges mit bis zu 15% in der Gunst des Wahlvolkes hinter Nea Dimokratia zurück. Nach nunmehr fünf Wochen Krieg liegen die beiden großen Parteien gleichauf bei ca. 30% und in der Pasok redet man schon über den Wahlsieg bei den Europawahlen im Juni. Es scheint also anzukommen, daß Simitis sich zwar verbal vorsichtig von der NATO distanziert, im Endeffekt aber doch alle Entscheidungen mitträgt. Ein Verdienst der Regierung ist die eindeutige Benennung ethnischer Säuberungen der jugoslawischen Armee und serbischer Paramilitärs im Kosovo; Verbrechen, die innerhalb der Antikriegsbewegung nur von AnarchistInnen benannt und verurteilt werden.

Fazit: Es ist sicherlich erfreulich, daß eine Massenbewegung versucht mit unterschiedlichsten Mitteln den Krieg zu beenden. Es ist außerdem die positive Ausnahme, betrachtet man die eher lahmen Reaktionen in anderen europäischen Ländern. Die theoretische Basis der Bewegung jedoch - starker Nationalismus, der positive Bezug auf einheitliche Religion, rassistisch begründete Ablehnung "der Albaner", und plattester Antiamerikanismus - entzieht zukünftigen Kriegen keineswegs den Nährboden. Im Gegenteil, der überwiegende Teil der jetzigen Bewegung wäre wohl bereit in einen Glaubenskrieg gegen "Türken und Albaner" zu ziehen.

Ralf Dreis, Thessaloniki

19. Nichts ist unmöglich. In den USA wächst die Kritik am NATO-Angriffskrieg

Autor: Max Böhnel, New York · Rubrik: Kosovo-Krieg; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:26

Der Glanz des US-Präsidenten schwindet, je länger der Krieg in Jugoslawien dauert und die Fassade der "humanitären Intervention" bröckelt. Im Zentrum der Macht, dessen symbolischer Ausdruck die beiden Kammern des US-Kongresses sind, äußert sich vorsichtig Unmut. Selbst in den Massenmedien kommen inzwischen kritische Stimmen zu Wort, die den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien in Frage stellen.

Doch der Mangel an Kriegslust bedeutet noch nicht, daß sich Kriegsunlust in relevanten Teilen der Gesellschaft organisieren ließe. Jugoslawien befindet sich weit weg. Außerdem führen die USA immer irgendwo in der Welt einen direkten oder indirekten Krieg. Krieg, das ist für den Durchschnittsamerikaner TV. Es gibt kein historisches Gedächtnis und keine Erfahrung darüber, was es heißt, sich in Todesangst in Bombenkeller flüchten zu müssen. Der missionarische Gedanke von der exportträchtigen Demokratie Amerikas dagegen ist durchaus noch wach - undemokratische Bösewichte wie Milosevic müssen, wenn sie sich dem "Konsens" nicht beugen, dann eben dazu per "air campaign" gezwungen oder aus dem Weg geräumt werden. Und Vietnam? Das war allerdings ein schwerer Fehler, das darf nie wieder passieren.

54% der amerikanischen Bevölkerung halten laut einer CNN-Umfrage von Anfang Mai Clintons Kosovo-Politik für gut. 58% plädieren für die Fortsetzung der Luftangriffe auf Jugoslawien, 41% sind "sehr dafür", 27% "sehr dagegen". Zwei Drittel hätten nichts gegen US-Bodentruppen im Kosovo einzuwenden, falls diese als "peacekeepers" auftreten. Und 42% sind "sehr" gegen Bodentruppen.

Skepsis im US-Kongreß

Wie groß aber schon jetzt die Skepsis und die Unsicherheit sind, die die sechswöchigen Luftangriffe in beiden Kammern des Kongresses erzeugt haben, zeigte vergangene Woche das chaotische Stimmverhalten im Repräsentantenhaus: keine Mehrheit fand die Resolution für die Luftangriffe, ebenso wenig aber auch die Resolutionen für deren Begrenzung und den Abzug der Truppen. Schließlich stimmte die Kammer für die Verdoppelung der Truppenfinanzierung - sechs Milliarden Dollar mehr als von Clinton gewünscht. "Es gibt weder im Kongreß noch im Land Konsens darüber, was wir im Kosovo sollen", stellte der demokratische Senator Russell Feingold fest.

Ein widerwilliger Senat sah sich ebenfalls zur Debatte über eine unliebsame Vorlage gezwungen. Der republikanische Präsidentschaftsanwärter aus Arizona, Senator John McCain und sein demokratischer Kollege Joseph Biden hatten vorgeschlagen, Clinton "alle notwendigen Kräfte und andere Mittel" gegen Jugoslawien - auch Bodentruppen - zur Verfügung zu stellen. Ein peinliches Timing für das Weiße Haus, wie McCain selbst im Fernsehen zugab. Denn nach sechs Wochen schwerer Luftangriffe schien angesichts der Freilassung der drei US-Soldaten und mit der Initiative des russischen Jugoslawien-Sondergesandten Tschernomyrdin die Aussicht auf eine politische Lösung wieder eine Rolle zu spielen.

Sei es, um die US-Regierung nicht zu brüskieren, sei es auf Druck des Weißen Hauses - im Senat mühten sich daraufhin die beiden Fraktionschefs Trent Lott (Republikaner) und Tom Daschle (Demokraten), Meinungsverschiedenheiten möglichst unter den Tisch zu kehren und die Debatte zum Vorstoß McCains zu begrenzen. Allerdings lehnte sich Tom DeLay, der Republikaner-Rechtsaußen aus Texas und einer der Chefinquisitoren Clintons während des Impeachment-Verfahrens, mit der Forderung aus dem Fenster, Clinton müsse persönlich mit Milosevic verhandeln.

John McCain, ein Vietnam-Veteran, vertritt dagegen seit Wochen an herausragender Stelle die Position, NATO-Bodentruppen unter Führung der USA seien zur Befriedung des Balkans unumgänglich. Clinton müsse zu einer Entscheidung gezwungen werden, je schneller, desto besser. McCains Gegner kommen aus beiden Parteien. Seine Vorlage sei zu weitreichend, hieß es sowohl von Demokraten als auch von Republikanern. Das Ganze sei ein "Blankoscheck" für Clinton, schimpfte ein Republikaner-Senator. Einzig Senator George Voinovich aus Ohio, ebenfalls ein Republikaner, stellte sich offen gegen die Bombardierung Jugoslawiens. Voinovich ist der einzige Senator serbischer Herkunft.

Eins teilt sich in drei

Jenseits der Tagespolitik sind die außenpolitischen Positionen, die sich auf Parteienebene nach dem Vietnam-Krieg herausgebildet hatten, längst durcheinandergeraten. Eine Mehrheit der Abgeordneten ist - das Vietnam-Beispiel vor Augen - offen besorgt darüber, der Balkan-Krieg könne unkontrollierbar eskalieren und die USA in ein neues Schlamassel hineinziehen.

Je intensiver und sinnloser die Luftangriffe werden, desto schärfer schälen sich im Repräsentantenhaus und im Senat drei Lager heraus, in denen sich jeweils Vertreter beider Parteien wiederfinden. Einig sind sich die drei Lager allerdings in ihrer Ablehnung des Pazifismus und darin, daß die "vitalen Interessen" der USA mit allen Mitteln zu verteidigen sind.

Die "Clintoniten" sind mit überwältigender Mehrheit bei den Demokraten zu finden. Die meisten sind kulturell von den Anti-Vietnamkriegs-Demos Ende der 60er bis Mitte der 70er geprägt. Die "Clintoniten" stehen hinter dem Präsidenten, seinem Vize Al Gore und damit hinter dem eskalierenden Luftkrieg, die Option Bodentruppen zum jetzigen Zeitpunkt allerdings ausgenommen. (Falls es doch dazu kommt, muß es so aussehen, als habe sich die Clinton-Regierung dem Druck von rechts nicht länger entgegenstemmen können.)

Das zweite Lager, größtenteils Republikaner, aber auch einige rechte Demokraten, attackiert Clintons Außenpolitik als "zu soft". Für sie steht die Rolle der USA als uneingeschränkter "Globocop" zur Verteidigung der "nationalen Interessen" längst fest. Was ihnen fehlt, ist die führende Hand eines starken Präsidenten.

Und schließlich existiert eine Minderheit aus rechten und fundamentalistischen Isolationisten, die - ebenfalls mit den "nationalen Interessen" als Ausgangspunkt und angereichert mit ihrem Haß auf die 68er-Clintons - gegen die direkte Interventionspolitik der USA auftreten. Allerdings soll gleichzeitig das Pentagon noch mehr Steuergelder zur "Selbstverteidigung" von "gods own country" erhalten. Der mächtige Mehrheitsführer im Senat, Trent Lott, beispielsweise, der für seine guten Beziehungen zu rechtsextremen Rassisten bekannt ist, läßt in der Balkan-Politik Vorsicht walten. Im TV-Sender CNN gab er sogar dem afroamerikanischen Bürgerrechtler und Reverend Jesse Jackson recht, der bei Milosevic die Freilassung der drei gefangenen GIs erwirkt hatte. "Jetzt muß der Diplomatie Vorrang eingeräumt werden", stellte sich Lott kreidefressend gegen die Clinton-Regierung.

Das erste Lager gerät angesichts der Kluft, die sich zwischen den verkündeten Kriegszielen und dem tatsächlichen Kriegsverlauf auftut, allmählich in Erklärungsnot. Doch zu ihrem Glück sind sich ihre politischen Kontrahenden, die Republikaner, die beide Kammern dominieren, in der Außenpolitik so uneinig wie seit Beginn des Kalten Krieges nicht mehr. Aus diesen Gründen ergab sich schließlich eine politisch absurde Konstellation: das Weiße Haus agitierte hinter den Kulissen gegen den McCain-Vorstoß, der dem Präsidenten größere Kriegs-Vollmachten eingeräumt hätte. Der Republikaner McCain, der nichts als die Einschätzungen der Militärs wiedergibt, beklagte sich seinerseits darüber, daß die Führung beider Parteien mit dem Weißen Haus zusammenarbeite, um eine Kriegsdebatte und damit Bodentruppen zu verhindern. Die Abstimmung über die McCain-Resolution wurde schließlich per "Nicht-Befassung" verschoben.

Das unberechenbare Politchaos Washingtons läßt derzeit alles möglich erscheinen - vom Waffenstillstand und Verhandlungen bis zu Flächenbombardements und Bodentruppen -, wenn die US-Regierung nicht die Interessen der NATO-Mitgliedsstaaten berücksichtigen müßte.

Linke sind weder im Repräsentantenhaus noch im Senat zu finden. Der Abgeordnete Bernie Sanders aus Vermont dürfte gelegentlich noch als "progressiv" durchgehen. Doch auch er steht diesmal hinter den Luftangriffen. Dasselbe gilt für den demokratischen Senator aus Minnesota, Paul Wellstone, einen meist verläßlichen Ansprechpartner für US-Linke. Bislang als Anti-Interventionist bekannt, gab Wellstone erstmals seine pazifistische Haltung auf. Bewegt dazu habe ihn die Begründung der deutschen Grünen, sagte Wellstone gegenüber der Washington Post: "Sie sagten, daß sie ihre Eltern gefragt hätten ‚Wo wart ihr?`, und daß sie nicht wollen, daß ihre Kinder dieselben Fragen stellen."

Der progressive caucus, ein Diskussionsforum am linksliberalen Außenflügel der Demokraten im Repräsentantenhaus, konnte sich bisher zu keiner einheitlichen Balkan-Position durchringen. Beobachter glauben aber, daß der Reverend Jesse Jackson von der Rainbow/Push mit seiner erfolgreichen Jugoslawienreise eine Debatte in dem Zirkel ausgelöst hat.

Außerparlamentarische Proteste finden statt, obwohl die Massenmedien sie fast immer ausblenden. Die vergleichsweise kleinen US-Grünen vertreten einen traditionellen Pazifismus und sind recht agil. Da sind die standhaften Restlinken von der War Resisters Ligue, der KP-Abspaltung Committees of Correspondence und dem International Action Center der Workers World Party, die die NATO-Angriffe ablehnen, in ihrer Beurteilung des Milosevic-Regimes aber ähnlich wie dem des Irak weit differieren. Der im vergangenen Jahr gegründete Black Radical Congress, ein US-weiter Zusammenschluß linker und afrozentristischer Gruppierungen und Einzelpersonen aus der black community, protestiert scharf gegen die Militarisierung der USA nach außen und nach innen.

Da gibt es weiterhin die Friedensgruppen Pax Christi, Catholic Worker, Fellowship of Reconciliation und Peace Action, die Krieg generell ablehnen. Prominente wie Noam Chomsky, Angela Davis, Barbara Ehrenreich und Edward Said melden sich in Zeitschriften wie The Nation, Mother Jones und Z-Magazine wieder mehr zu Wort.

Demonstrationen gegen den NATO-Krieg gab und gibt es in nahezu jeder US-Großstadt. Das Internet erweist sich in einem Land, bei dem die Flugzeit von Küste zu Küste sechs Stunden beträgt, mit fast 45 Millionen angeschlossenen TeilnehmerInnen als herausragendes Mittel von Aufklärung, Diskussion und Mobilisierung. Doch zu den Protesten gegen den Golfkrieg No blood for oil oder gar zu Ansätzen, die die Antikriegsbewegung vor 30 Jahren hervorgebracht hat, ist es noch ein steiniger und langer Weg.

Max Böhnel, New York

Zwei informative und herausragend analytische US-Antikriegs-Websites:

www.thenation.com

www.zmag.org (mit Links zu allen oben angegebenen Organisationen. Gute Antikriegs-Poster zum Herunterladen und Verteilen)

20. Back to the krauts. Medien-Anästhesie in der Kriegsrepublik Deutschland

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Medien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:08

Daß Teutonia kein Land ist, in dem man leben sollte, wird einem als Urlauber schon vor Augen geführt, bevor man die Grenze bei Basel überquert. Am Zeitungskiosk von Bologna leuchten einem beispielsweise die Titelblätter von Bild und Welt entgegen. Während sich Springers Flagschiff mit Fischers Hochzeit beschäftigt ("so schwer das Herz"), berichtet die kränkelnde Fregatte aus dem gleichen Haus über des Kanzlers bewegende Reden auf dem Parteitag der NATO-Partei.

Der Krieg findet dort nur als Simulation statt - als chirurgische Operationen, humanitäre Hilfe, Lufteinsätze, Verhinderung ethnischer Säuberung. Der deutsche Pilot als Freund und Helfer. Selten ein Bild von Menschen (wenn man in diesem Zusammenhang Schröder, Fischer und Co. einmal ausklammern darf), und wenn, dann nur Flüchtlingskinder mit Kullertränen auf den Backen, deren Bilder dazu da sind, das große Schlachten zu legitimieren. Die Vernichtung jeglichen kritischen Bewußtseins ist deklariertes, strategisches Kriegsziel. Das Konzept greift sogar bei denen, die sich dagegen abzugrenzen versuchen.

Sicher - auch in Italien herrscht Krieg. Der "linksdemokratische" Ministerpräsident D'Alema (auch er einer jener zahlreichen Ex-Kommunisten, die es verstanden haben, auf das richtige Pferd zu setzen), sagt es frei heraus: "Siamo in guerra." Italienische Bomber fliegen Angriffe auf Brücken, Raffinerien, Autofabriken, Straßen, Krankenhäuser, Zugstrecken, Heizkraftwerke und Flüchtlingstrecks. Auch italienische Sozialdemokraten, Grüne und die Kommunisten von Cossuttas erst vor kurzem gegründetem Partito dei Comunisti Italiani stimmen mit ein in den NATO-Tenor der unumgänglichen Gewalt aus humanitären Gründen und viele - vielleicht die Mehrheit - glauben es ihnen sogar. Von den Adriahäfen aus wird illegales Kriegsmaterial an die UCK verschifft, aus Piacenza steigen die Bomber in den Himmel und in den italienischen Gewässern tummeln sich die Invasionstruppen.

Und doch ist eines in Italien ganz anders als in Deutschland: Man schummelt sich nicht um die Erkenntnis herum, daß Krieg herrscht.

Während die deutsche Presse ihre LeserInnen mit Parteitagen, Ministerhochzeiten und Reichtagseinweihungen zu vernebeln bemüht, stürzen einem aus den italienischen Zeitungen die Bilder entgegen: Der zerbombte Zug Belgrad-Skopje, die zerschossene Brücke von Novi Sad, der von der NATO massakrierte Treck bei Belgrad, die brennenden Raffinerien und das Flüchtlingselend in den Camps von Mazedonien und Albanien.

Zwar wirft die kleine linke Tageszeitung Liberazione (das Blatt der einzigen Anti-Kriegspartei Rifondazione Comunista) auch der italienische Presse vor, Menschenschicksale zu ignorieren, aber die Wirklichkeit ist ungleich präsenter. Nicht nur die linke Il Manifesto und die katholische Osservatore Romano sind fast ausschließlich mit dem Kriegsgeschehen beschäftigt, auch in der bürgerlichen italienischen Presse hat sich die ekelerregende Sterilität der NATO-Berichterstattung nicht in gleichem Maße durchsetzen können wie in Deutschland.

Das liegt nicht nur daran, daß man näher am Kriegsgeschehen ist - in vielen norditalienischen Städten hört man die Bomber in der Luft. Schließlich starten auch in Deutschland Kriegsmaschinen. Es ist vielmehr so, daß man sich der kollektiven Anästhesie durch Fischer, Shea und die Generäle wenigstens ansatzweise widersetzt. Die Grünen des Regionalverbandes Veneto haben sich von der Landespartei losgesagt und gemeinsam mit den sozialen Zentren eine Delegation nach Jugoslawien entsandt. In Rom demonstrierten an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden 100.000 bzw. 25.000 Menschen. Die unabhängigen Basisgewerkschaften mobilisieren für einen Generalstreik, das Basiskomitee der Metallarbeiter SLAI-COBAS bei Alfa Romeo hat eine Sammlung für die Automobilarbeiter der von der NATO zerschossenen Fabrik Crvena Zastava initiiert und Mitglieder von Rifondazione Communista aus Vicenza haben sogar angekündigt, sich als menschliche Schutzschilde in Jugoslawien auf Brücken zu stellen.

Dabei verweigert sich die italienische Linke weitgehend dem Ethnisierungsgeschwätz. So wurde die Delegation aus dem Veneto zum Beispiel von der jugoslawischen Militärpolizei verhaftet, weil sie im

serbischen Privatfernsehen nicht nur gegen die NATO-Aggression, sondern auch gegen die Säuberungspolitik Milosevics Position bezogen hatte. Die COBAS-Automobilarbeiter unterstützen ihre Kollegen bei Crvena Zastava, die seit Monaten gegen Rationalisierungsprogramme kämpfen und sich zum Teil in Opposition zur Milosevic-Regierung befinden. Il Manifesto druckt eine Erklärung von 18 Basisgruppen der Bürgerrechtsbewegungen und unabhängigen Gewerkschaften ab, die neben dem Ende der NATO-Bombardierungen auch die Rückkehr der Flüchtlinge verlangt und sowohl die Berichterstattung der serbischen als auch der internationalen Medien kritisiert.

Wo die Grenze verläuft

Wenn man aus diesen - italienischen - Verhältnissen nach Deutschland zurückkommt, scheint sich der Krieg in Europa in ein bißchen Unruhe zu verwandeln, das irgendwo zwischen Atomkompromiß und Bundessparkassentag seinen Platz hat. Oder, wie es ein taz-Redakteur treffend (und ganz und gar unironisch) formulierte: "Niemand soll mir sagen, worüber ich mich dieser Tage amüsieren darf." Eine Anti-Kriegsbewegung findet (noch) kaum statt. Linke verharren in der Beobachterposition, weil sie sich in anbetracht der (falschen) Alternative "Serben oder Albaner" nicht entscheiden können. Auf den Anti-Kriegs-Demonstrationen dominieren denn auch Rassisten mit blau-weiß-roten Fahnen, die sicherlich stolz fürs Vaterland in den Krieg ziehen werden.

Die bürgerlichen Medien sind im gleichen Tenor von Volksgruppen-Karten geprägt - was zu erwarten war. In der Süddeutschen oder Berliner Zeitung ist man sich zwar zu fein, von "Vaterländern" zu reden, aber was einem Bürger früher die Nation war, ist ihm heute die ethnische Gruppe. Farben und Zahlen zeigen dann ganz genau, wie man sich die Bevölkerung des Balkans mit seinem unentwirrbaren "Völkergemisch" vorzustellen hat: Tschetnik-Bart oder Muslim-Kopftuch, das ist hier die Frage. Ob sich Leute weder als Serbe oder Albaner noch als Montenegriner oder Jugoslawe fühlen, sondern als Taxifahrer, Bäuerin oder ausgesperrter Automobilarbeiter, wird nicht einmal thematisiert. Die Grenze verläuft nicht entlang sozialer Realitäten, sondern entlang der Kultur- und Blutsgemeinschaften und dem dazugehörigen Ethno-Tätärätä.

Selbst in den wenigen und unverzichtbar gewordenen Medien, die sich der NATO-Aggression entgegenstellen, sind die Beiträge bisweilen bizarr bis unerträglich. Das Neue Deutschland bemüht sich lobenswerterweise darum, im serbisch-albanischen Nationalgetöse keine Position zu beziehen, und beleuchtet Bombenangriffe und Flüchtlingselend gleichermaßen. Aber gleichzeitig präsentiert das Blatt - ganz im Sinne der besseren Regierung - immer wieder den Vorschlag, UNO- und OSZE-Beobachter nach Jugoslawien zu entsenden. Ganz so, als ob der Irak nicht im UNO-Auftrag zu klump geschossen worden wäre und UNO- und OSZE-Funktionäre für die NATO spioniert hätten. In der Jungle World konzentriert man sich (neben sehr guten Artikeln im Hauptteil) im Dossier, die deutsche Vorreiterrolle beim Angriff auf Jugoslawien nachzuweisen. Nicht Washington, sondern Bonn sei die Kriegstreiberzentrale, schreibt die Wochenzeitung. Dringlichere Probleme als die Bestätigung des eigenen Weltbilds scheinen im Augenblick wahrlich nicht auf der Tagesordnung zu stehen.

Und in der jungen welt (jw) wird zwar die Idee einer Bundesrepublik Jugoslawien verteidigt, aber die Verantwortung der serbischen Regierung für den Zerfall Jugoslawiens bleibt weitgehend ausgeklammert. Dabei gehört Milosevic gemeinsam mit dem Kroaten Tudjman und dem Bonner Außenministerium zu den treibenden Personen, die die soziale Krise Jugoslawiens ab 1988 mit chauvinistischer Propaganda ethnisierten und damit der Zerstörung des Bundesstaates Vorschub leisteten.

Peter Murakami wird in der jw vom 19. April gar so offen ausfallend, daß ich beim vierten Mal Lesen immer noch gehofft habe, ich hätte da etwas falsch verstanden: "Hunderte von albanischen Asylbewerbern wittern eine lukrativere Beschäftigung als Hütchenspielen oder ähnliche Betätigungen, durch die sie bislang in die Schlagzeilen geraten sind. Frei nach dem Motto: Ich weiß nichts, ich kann nichts, gebt mir 'ne Uniform, macht sich jeder sogenannte Kosovare zwischen 18 und 50, der einigermaßen den Finger krumm machen kann, auf den Weg nach Albanien, um UCK-Söldner zu werden." Der Albaner als Hütchenspieler, Bandenmitglied und Söldner - hat man das nicht schon immer gewußt?

Es ist zum Verzweifeln: Während EU und Washington ihre Weltordnung der Besitzenden durchbomben und nebenbei noch ein gigantisches, von den Unterschichten zu finanzierendes Konjunkturprogramm zugunsten der Rüstungsindustrie in Gang setzen, läßt sich die Öffentlichkeit in Deutschland alle falschen Alternativen

aufzwingen, die man sich nur vorstellen kann: Serbischer Nationalismus oder NATO-Angriffskrieg, Großalbanien oder Milosevic-Jugoslawien, UNO oder NATO, UCK oder Tschetnik... Es lebe das einfache Weltbild.

Dabei ist die Strategie der Ethnisierungspolitik überall gleich: Ob nun Bonn die UCK unterstützt, Milosevics Paramilitärs kosovarische Bevölkerung malträtieren, Washington den Einsatz von Bodentruppen vorbereitet, in Moskau der Pan-Slawismus seine Wiedergeburt feiert oder die UCK von der Befreiung albanischen Bodens faselt - alle verdecken mit ihren Nationaldiskursen die sozialen Widersprüche, darum, worum es eigentlich geht.

Man muß nicht mitmachen. Die Solidarität kann auch jenen gehören, die - wie es in der Erklärung jugoslawischer Oppositionsgruppen heißt - "gegen den Krieg und die nationalistische Propaganda" von allen Seiten gekämpft haben. Was ist daran so schwer?

Raul Zelik

21. Balkanische Verhältnisse. Nationenbildung und Nationalismus in Südosteuropa

Autor: Balduin Winter · Rubrik: Geschichte; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:01

"Balkanische Verhältnisse" ist ein geflügeltes Wort für ein Ensemble von Nationalismen, paternalistischen Strukturen, Blutrache, Frauenraub, tausendjährigen Reichsmythen, ethnischen Vertreibungen - kurz, ein Synonym für besonders grausame Krisen, die, so scheint es, nur dieser Region eigen sind. Zugleich ist es, wie die Geschichte der Balkankrisen seit dem vorigen Jahrhundert zeigt, Ausdruck des andauernden Unverständnisses, das der Westen gegenüber Südosteuropa aufbringt und das sich auch im Krieg um das Kosovo wieder äußert. Das hat zahlreiche Gründe. Zum einen mangelt es oft an Kenntnissen über die politische Lage und die sie konstituierenden geschichtlichen Abläufe; zum anderen liegt dies an der Nichtbeachtung grundlegender struktureller Unterschiede in der Entwicklung Ost- und Südosteuropas. In diesem Artikel soll vor allem auf letztere hingewiesen werden. Im Kern geht es dabei um die gegenüber Westeuropa ganz anders verlaufene Herausbildung der Nationen und Nationalstaaten. Daran knüpft auch eine spezielle Ausformung der Nationalismen in den einzelnen Staaten an, deren durchgängiges Merkmal die "Großreich-Vision" ist.

Die Geschichte Europas ist die Geschichte seiner Grenzen, innerhalb derer sich sehr unterschiedliche Entwicklungen vollziehen. Die erste große Grenze, der Limes (1), teilt Europa in die römische Zivilisation, die sich vom Mittelmeer bis zum Rhein und zur Donau ausdehnt. Nördlich davon befinden sich die Gebiete der "Barbaren", Stammesverbände unterschiedlicher Herkunft, teils nomadisch, teils seßhaft, oft in Kämpfe untereinander verwickelt, fast ausschließlich auf agrarischer Basis lebend - ein krasser Gegensatz zu Rom, das eine staatliche Organisation entfaltet, Städte und Kommunikationswege baut, eine einheitliche Währung und ein einheitliches, schriftlich fixiertes Recht besitzt. Ein Reich allerdings, das im dritten Jahrhundert inneren Spannungen und wachsendem äußeren Druck ausgesetzt ist, so daß es als Ganzes unregierbar wird.

Die Teilungsgrenze von 395 in Westrom und Ostrom entlang der Donau und der Drina wird sich bald zu einer Strukturgrenze mit schwerwiegenden Folgen herausbilden. Sie stellt in mehrfacher Hinsicht eine Achse für den Ost-West-Konflikt in Südosteuropa dar. Westlich dieser Linie wird vom päpstlichen Rom aus missioniert, während sich die griechische Osthälfte am kaiserlichen Konstantinopel orientiert. Für den westlichen Teil tritt nach dem Zerfall des Römischen Reiches das ein, was Krzysztof Pomian als "dreifache Bekehrung" bezeichnet: Die Oberschichten der meisten ethnischen Gruppen (Fürsten, Aristokraten, Krieger) nehmen das römische Christentum, die lateinische Sprache und Schrift an. Eine "erste Europäisierung" findet statt, ein Prozeß, der allerdings nur den Teil Südosteuropas einbezieht, den die päpstliche Mission erreicht, während Konstantinopel und die Orthodoxie dem östlichen Teil ein deutlich unterschiedliches Gepräge gibt. Im Westen lebt bei den geistlichen und weltlichen Herrschern der römische Imperiumsgedanke fort, das Karolingerreich z.B. versteht sich als eine Renovatio imperii romani. Konstantinopel hingegen hält an der Antike fest, wird außerdem in weit höherem Maß erschüttert von den zahlreichen Migrationswellen, deren wichtigste die slawische Landnahme (6. und 7. Jahrhundert) ist.

Das Schisma (2) von 1054 und die Versuche des Westens, Konstantinopel politisch und militärisch einzunehmen, vertiefen den Bruch. Die Eroberung der orthodoxen Metropole und die Errichtung eines 60 Jahre dauernden lateinischen Ostreichs ist einer der Gründe für die tiefe Kluft zwischen orthodoxen und katholischen Christen. Zugleich schwächt sie den Osten, der in der Folge dem Ansturm der Osmanen nicht standhalten kann.

Die mittelalterliche Nation ist multikulturell

Trotz aller politischen Spaltungen und Kriege sind die im katholischen Westen errichteten Reiche stabiler als jene im Osten. Die großen Wanderungen enden hier weit früher, zwischen dem 11. und dem 13. Jahrhundert findet hier die größte Urbarmachung seiner Geschichte statt, die Städte entwickeln sich und gewinnen an politischer Bedeutung. Der Südosten Europas findet dagegen wesentlich schwierigere Bedingungen vor, trotz einiger Reichsgründungen (Bulgaren, Serben) entsteht keine "universelle" Kultur. Gegenüber der lateinischen Kircheneinheit im Westen existieren mehrere autokephale (3) Kirchen und häretische Bewegungen, weder

politisch noch kulturell kann der Partikularismus überwunden werden. Einige historische Nationen (Serben, Kroaten, Bulgaren, Ungarn...) entstehen, sie beherbergen ein bunt durchmischtes Völkergemenge. Zunächst unmerklich zeichnet sich ein wesentlicher Unterschied in diesen "zwei Europas" ab: Im westlichen Teil existiert schon früh ein wie immer geartetes durchgängiges Staatsdenken; im migratorisch bewegten Osten können sich die Nationen nicht auf Dauer etablieren. Ohnehin bezieht sich der mittelalterliche Nationsbegriff nur auf den Adel und konstatiert hier Gemeinsamkeiten von Sitten, Gesetzen, Sprache und Religion, also vorwiegend kulturelle und rechtliche, nicht aber territoriale Angelegenheiten.

Die Nationalisten, die sich heute gern auf die "historischen Nationen" berufen, müßten daher glühende Anhänger multiethnischer und multikultureller Staatswesen sein, denen jede territoriale Forderung fremd ist. Ohnehin jagen sie einer Schimäre vom "reinen" Volk nach, das doch immer nur ein Konstrukt ist. Ein alter ethnographischer Atlas aus der Habsburgermonarchie weist z.B. für die Batschka und den Banat (die heutige Vojvodina) und für Istrien mehr als 25 ethnische Gruppen aus - Vermischung ist also das Grundprinzip, das Deklarieren einer ethnischen Zugehörigkeit eine Glaubenssache.

Im 14. und 15. Jahrhundert wird die Balkanhalbinsel nach und nach von den Osmanen erobert. Entscheidend ist dabei nicht die Schlacht auf dem Kosovo Polje (Amselfeld, 1389), wie dies die nationalistische Geschichtsschreibung propagiert, sondern zuvor schon, 1371, die Schlacht bei Cernomen an der Marica. Auch der Heldenmythos vom serbischen Alleingang stimmt nicht, da es sich um ein Heer von serbischen, bulgarischen, kroatischen, albanischen und anderen Kriegern handelt, das gegen ein türkisches Heer mit zahlreichen Balkan-Söldnern unterliegt. Der Mythos nährt die Legende, daß Serbien zwar das Abendland verteidigt habe, von Europa aber immer in Stich gelassen worden sei - also die Legende von der Opferrolle der Serben. Die ersatzlose Zerstörung des alten nationalen Rahmens, an dem die anationalen Osmanen einfach kein Interesse haben, dient als Grundlage einer weiteren Legende von der "Zeit der türkischen Finsternis". Die Osmanen bringen jedoch eine Kultur mit, die zunächst in vieler Hinsicht höher entwickelt ist als die des Westens. Sie führen auch keine Zwangsislamisierung durch, sondern kassieren von den Balkanchristen "Schutzsteuern". Sie unterscheiden nicht in Völker und Nationen, sondern in Gläubige und Ungläubige. Beiden gemeinsam ist die Gegnerschaft zum katholischen Westen. Allerdings wechselt in den Gebieten des heutigen Bosniens, Albaniens und Bulgariens, teilweise auch Serbiens ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung zum Islam - was 500 Jahre später große Folgen haben wird, wenn aus der Religionszugehörigkeit ein "ethnischer" Begriff geprägt wird, die "Türken" und die "Muslime".

Der einsprachige Nationalstaat

Der Prozeß der Staats- und Nationenbildung in Südosteuropa vollzieht sich also ganz anders als im Westen. Während in Westeuropa zwischen dem 15. und dem 17. Jahrhundert die Grundlagen des modernen Staates entstehen, werden die osteuropäischen Nationen von anationalen Reichsbildungen überwuchert: dem Habsburger Reich und dem Osmanischen Reich. Die einzige nationale Institution von Kontinuität ist die orthodoxe Kirche, die Schriftsprache und Geschichte aufbewahrt und die Verbindungen zwischen Personen desselben Glaubens sichert. Die Religion wird so sehr zum Bestandteil nationaler Identität, daß Kroaten und Serben in ihr das wesentliche Merkmal sehen. Der serbische Sprach- und Volkskundeforscher Vuk Karadzic z.B. bezeichnet Anfang des 19. Jahrhundert die Kroaten als "katholisierte Serben".

Den neuen nationalen Bewegungen im 19. Jahrhundert fehlen zunächst jene Bedingungen zur Nationenbildung, wie sie im Westen entstanden sind: Es gibt keine Hauptstadt, kein Staatsapparat, keine eigenständige Wirtschaftsorganisation, keine politische Kultur, keine geschulte nationale Elite (István Bibó). Also greifen sie auf "das Volk" als Träger "unterscheidbarer nationaler Eigenheiten" zurück. Angesichts der ethnischen Gemengelage in Südosteuropa ist "das Volk" eine Sache des Bekenntnisses, schließlich eine Frage der Sprachzugehörigkeit. Anstelle des fehlenden politischen Rahmens sucht man in der Sprachgemeinschaft ein Grundelement der Nation - die "Sprachnation" ist ein typisch östliches Produkt. Da es an historischer Kontinuität mangelt, schaffen die romantisch beeinflußten Intellektuellen aus Überlieferung, Sagen, Bruchstücken historischer Aufzeichnungen usw. eine historische Fiktion. Sie soll "durch die erinnernde Vergegenwärtigung einstiger nationaler Größe dem Selbstbewußtsein der kleinen Völker aufhelfen und gleichzeitig die für den täglichen Emanzipationskampf brauchbaren historischen Argumente bereithalten." (Edgar Hösch, S. 160)

Man kann den sich anhäufenden Konfliktstoff erahnen. Mit der nationalen Befreiung, die im 19. Jahrhundert einsetzt, versuchen die südosteuropäischen Staaten in der Folge immer wieder, ihre Territorien auszudehnen; sei es, um alle Sprachverwandten einzugliedern, sei es, um angebliche historische Grenzen wieder herzustellen. Gleich in der ersten großen Balkankrise 1878 tauchen die makedonische und die albanische Frage auf. Die "verspäteten Nationen" melden Unabhängigkeitsansprüche an, verbleiben aber noch im Osmanischen Reich. Montenegro, Serbien, Bulgarien und Griechenland stellen territoriale Ansprüche, die zum ersten Balkankrieg 1912 führen. Mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches entsteht auf dem Balkan ein Machtvakuum, zugleich entladen sich rivalisierende Nationalismen. Unter dem Druck der Großmächte kommt es zum Frieden von London (1912/13) und zur Aufteilung der europäischen Besitzungen des Osmanischen Reiches, das fast bis zum Bosporus zurückgestutzt wird; Bulgarien erhält einen Zugang zur Ägäis; Makedonien wird aufgeteilt an Serbien, Griechenland und Bulgarien; Kosovo und Novipazar werden Serbien zugeschlagen; mit Albanien wird ein neuer Staat geschaffen.

Im Grunde ist damit kein Problem gelöst worden, denn die neuen Grenzen schaffen nur neue Probleme. Haben die Nationen dieser Region ursprünglich gegen die Fremdherrschaften gekämpft, so beginnen sie mit Entstehen des Sprachnationalismus, schreibt Bibó, "die sprachlichen Kräfteverhältnisse in den Mittelpunkt ihrer Selbstdefinition zu stellen: Jene Nationen, an deren historischen Grenzen Sprachverwandte lebten oder die über keine historischen Grenzen mehr verfügten, hefteten sich das Programm der Vereinigung aller Sprachverwandten auf ihre Fahnen, jene hingegen, auf deren Territorium auch Anderssprachige lebten, favorisierten die Idee des einsprachigen Nationalstaates. Das Wesentliche beider Bestrebungen war identisch: Es ging darum, mit ethnischen Faktoren der eigenen politischen Existenz, die auf schwachen Beinen stand, zusätzliches Gewicht zu geben." (Bibó, S. 19f)

Visionen vom national homogenen Großreich

Seit der Unabhängigkeit ist es die Grundprämisse der serbischen Politik, die historischen Grenzen des mittelalterlichen Serbenreiches wiederherzustellen und die durch verschiedene Migrationen über Ungarn, Kroatien, Bosnien, Kosovo und Makedonien zerstreuten Landsleute zusammenzufassen. Aus dieser Logik heraus beansprucht Serbien 1878 die Gebiete um Nis, 1913 dann wesentliche Teile von Makedonien und das Kosovo, nach dem Zerfall Österreich-Ungarns 1918 die Vojvodina und Bosnien. Zugleich sucht es eine "höhere Einheit", die der Südslawen unter serbischer Führung, die sich als Avantgarde im nationalen Unabhängigkeitskampf versteht: Mit den aus dem Habsburger Verband ausgetretenen Regionen Slowenien und Kroatien bildet Serbien nach dem Ersten Weltkrieg eine Föderation, der sich auch Montenegro anschließt und der Bosnien eingegliedert wird. Dieser neue Staat trägt erst recht die Züge eines multiethnischen Gebildes.

Den anderen Weg geht Griechenland. Sein militärisches Abenteuer in Kleinasien (1920) endet mit einer Niederlage, deren Folge die Abwanderung von weit über einer Million Griechen aus der Westtürkei ist. Umgekehrt müssen rund eine halbe Million Muslime griechisches Territorium verlassen. Den albanischen Arvanitas gegenüber wird eine scharfe Assimilierungspolitik verfolgt, so daß der Staat bald über eine national homogene Struktur verfügt. Nachdem der Versuch gescheitert ist, (vermeintlich) historische Grenzen in Kleinasien wiederherzustellen, richtet sich die Politik voll und ganz auf die innere Homogenisierung.

Wieder anders ist die Situation der Albaner, die wegen ihrer muslimischen Bevölkerungsmehrheit von etwa 70 Prozent im Westen gemeinhin als "Türken" gelten. Sie fühlen sich lange dem Osmanischen Reich zugehörig und entwickeln kaum nationale Gefühle. Erst als Teile ihres Siedlungsgebietes an Serbien, Montenegro und Griechenland abgetreten werden, wird der Türkei Versagen vorgeworfen. Der bescheidene Widerstand intensiviert sich erst, als sich der Zerfall der Pforte (4) ankündigt. Die Albaner müßten sich entscheiden, ob sie mit der Türkei untergehen oder sich von ihr trennen sollen, schreibt der Publizist Sami Frashëri: "Einen toten Menschen muß man beerdigen, so sehr man ihn auch geliebt haben mag." (zitiert nach Michael Weithmann, S. 179) Als fast ganz Albanien von Truppen des Balkanbundes (Serbien, Bulgarien, Montenegro) besetzt ist, wird in Vlorë am 28.11.1912 die Unabhängigkeit ausgerufen. Doch umfaßt der neue Staat nur die Hälfte des Siedlungsgebietes; Kosovo, Westmakedonien, einige Landstriche in Montenegro sowie die Hafenstadt Ulcinj und Gebiete im griechischen Epiros bleiben außen vor. Angesichts starker Nachbarn (Serbien/Jugoslawien und Griechenland) ist der Ruf nach nationaler Einigung verhaltener.

Vielvölkerstaaten ohne demokratische Traditionen

Südosteuropa hat sich also nach dem Ersten Weltkrieg grundlegend verändert. Die alten Vielvölkerreiche (Österreich-Ungarn, Osmanisches und Russisches Reich) sind zerfallen, Nationalstaaten und Föderationen sind entstanden. Doch diese neuen Staaten sind labile Gebilde. Sie sind zumeist Vielvölkerstaaten - im Königreich der Slowenen, Kroaten und Serben (späterer Name: Jugoslawien) leben 15 nichtsüdslawische Nationalitäten (Ungarn, Deutsche, Albaner, Rumänen, Juden, Italiener u.a.) mit einem Bevölkerungsanteil von 15 Prozent; in Groß-Rumänien steigt die Minderheitenquote bei 19 Nationalitäten auf etwa 28 Prozent. Ihre Grenzen sind oft zufällig, der Gunst des Krieges oder dem Verhandlungsgeschick entsprungen, abhängig von der Wahl der Bündnispartner und westlichen Fürsprecher, die über die ethnischen und nationalen Verhältnisse in dieser Region nur mangelhafte Kenntnisse haben. Bibó sieht das Problem nun nicht in der an ein "Leopardenfell" erinnernden Landkarte, also in der Verzahnung von Sprach- und ethnischen Gruppen, sondern darin, daß die historischen Affekte der Bevölkerung sich an größeren Territorien als dem bewohnten orientieren. Die erste Hälfte des Jahrhunderts ist dominiert von Grenz- und Nationalitätenkonflikten, denn die Grenzziehungen der Pariser Vorortverträge werden nur als Demarkationslinien mit Revisionsvorbehalt hingenommen.

Verkompliziert wird die Lage Südosteuropas noch durch die Krise des Parlamentarismus und durch die ökonomische Verelendung der rückständigen Agrargesellschaften. Nationalbewußtsein mal westliche Demokratie hätte eine Formel sein können, um Widersprüche zu lösen oder einen tragfähigen Status quo herzustellen. Doch das parlamentarische Regierungssystem ist im Laufe des 19. Jahrhunderts als etwas Fremdes in eine politische Wirklichkeit verpflanzt worden, der es an allen Voraussetzungen fehlt: ein historisch gewachsener politischer Kontext und eine kulturelle Entwicklung, eine Staatsmacht, die nicht auf Mythen, sondern auf historisch gewachsene Festigkeit baut, ein Nationalbewußtsein anstelle nationaler Hysterie, letztlich auch das Prestige einer demokratischen Revolution (Bibó). In den dreißiger Jahren setzen sich überall Diktaturen durch, die zudem ökonomisch zunehmend vom Deutschen Reich abhängig werden.

Im Zweiten Weltkrieg wird Südosteuropa zum Kriegsschauplatz fremder Mächte. Wieder werden die Grenzen neu gezogen, diesmal unter dem Diktat Hitlers. Im Zuge des Kampfes gegen den nationalsozialistischen Staat werden für die westlichen Alliierten die Balkanstaaten immer mehr zu einer strategischen Manövriermasse. Als die Rote Armee bereits in Rumänien, Bulgarien und Ungarn steht, geht es Roosevelt und Churchill um "Schadensbegrenzung", um das Abstecken von Einflußsphären zwecks Eindämmung des sowjetischen Vorstoßes nach Europa. Mit Stalin wird vereinbart, daß der Sowjetunion in Rumänien und Großbritannien in Griechenland zu 90 Prozent die politische Neuordnung zusteht; außerdem der SU zu 75 Prozent Bulgarien, während für Ungarn und Jugoslawien halbe-halbe gemacht wird.

Ideologische Kämpfe mit nationalen Zuordnungen

Die Praxis sieht anders aus. In Griechenland kommt es zu einem mehrjährigen Bürgerkrieg, Jugoslawien befreit sich dank Titos Nationaler Befreiungsarmee nahezu aus eigener Kraft und wird nach dem Bruch mit Stalin 1948 eine Position zwischen den Blöcken einnehmen. Die von den Nazis gezogenen Grenzen werden grundlegend revidiert, mit ein paar Veränderungen werden die Grenzen von 1919 wieder hergestellt. Volksfrontregierungen werden gebildet, in denen die Kommunisten bald die Macht übernehmen; die Muster der Machtübernahmen ähneln sich, Angelpunkt ist der stalinistische Sozialismus. Jugoslawien und zu einem gewissen Grad Albanien stellen dank der Partisanenbewegungen Sonderfälle dar, hier erfolgt die Machtübernahme unmittelbar.

Man könnte die kommunistische Herrschaft als einen Versuch sehen, die nationalen Problematiken zu entschärfen durch Konzentration der Politik auf die soziale Frage. Es ist jedoch eine Herrschaft, die, abgesichert durch die Rote Armee bzw. durch die jeweiligen sogenannten Volksarmeen, jede Forderung nach nationaler Unabhängigkeit von vornherein erstickt - oder, wie der Ungarn-Aufstand zeigt, gewaltsam niederschlägt. Breschnews völkerrechtswidriges Diktum der begrenzten Souveränität ist auch Ausdruck der dogmatischen Haltung der Kommunisten zur nationalen Frage.

Interessant ist auch, daß Tito nie Zweifel daran gelassen hat, die Kosovo-Frage im "jugoslawischen Sinn" zu lösen. Die Beschlüsse der Bujani-Konferenz (1944), die sowohl die Vereinigung im Rahmen einer Balkan-Föderation als auch die nationale Selbstbestimmung der Albaner im Kosovo inklusive Recht auf Lostrennung beinhaltet haben, sind von der Parteiführung widerrufen worden. In den sechziger Jahren wird auch offiziell zugegeben, daß Zahlen der Volkszählungen verfälscht worden sind (aus Albanern sind "Türken"

geworden) und es unter Beteiligung der UDBA, des kommunistischen Geheimdienstes, eine Reihe von Abschiebungen gegeben hat.

Auch die Verfassung von 1974, lange Zeit als Fortschritt in der Nationalitätenfrage bewertet, erweist sich immer weniger als integrativer Faktor. Schließlich zeigt sich auch in der Instrumentalisierung der sozialen Frage, die in Jugoslawien in den achtziger Jahren wieder mit aller Schärfe aufbricht, daß der Nationalismus trotz aller anderslautenden Beschwörungen problemlos überlebt hat - gerade auch bei den kommunistischen Führern.

Die ehemalige PRAXIS-Theoretikerin Zagorka Golubovic meint, "daß die Koexistenz der Völker im ehemaligen Jugoslawien kein echtes Fundament erhalten hat, das ihr wirklich einen höheren Grad der Integration ermöglicht hätte, weil ideologische Elemente als grundlegende Integrationsfaktoren aufgestellt wurden: Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der sozialistische Staat sowie die einheitliche Ideologie - anstatt der Entwicklung eines gemeinsamen kulturellen Raumes, allerdings auf der Grundlage des Reichtums der nationalen Kulturen." (Dardania 2/97, S. 70) Tatsächlich wird in jeder größeren Krise in Jugoslawien die nationale Karte gespielt; Leidtragende sind vor allem muslimische Bosnier und Albaner, von denen eine unbekannte Zahl zwangsausgesiedelt wird.

Auffallend ist, daß die "ideologischen Kämpfe" im BdKJ meist nationale Zuordnungen haben. Milosevic spricht schon 1985 davon, daß der Nationalismus dem Kommunismus folgen wird - ein Signal an die großserbischen Intellektuellen. Mit dem Zerfall des Sozialismus funktioniert die Nationalismusfalle vollends, da es den Angehörigen der Völker nicht ermöglicht worden ist, sich zu freien Bürgern zu entwickeln, denn die bürgerlichen Rechte und Freiheiten sind ihnen vorenthalten worden.

Das ist der springende Punkt für das rasche Hochkochen der verschiedenen Nationalismen in Südosteuropa. Der Sozialismus hat die nationalen Konflikte nur vorübergehend kontrolliert, bereits in den achtziger Jahren brechen einige wieder auf (Ceausescus "Dorfbereinigungsprogramm", die Vertreibung der bulgarischen Türken, die nationalistische Mobilisierung in Serbien gegen die Kosovaren usw.). Mit der Wende öffnen sich zwei Möglichkeiten: der zivilgesellschaftliche Weg einer demokratischen, multikulturellen Republik, die sich nicht über die Volkszugehörigkeit definiert; oder der nationalstaatliche Weg einer völkisch definierten Republik mit meist eingeschränkter demokratischer Ausstattung. Aufgrund des völligen Mangels an demokratischen und zivilgesellschaftlichen Traditionen fungiert der Nationalismus als Schutzschild, der angeblich den Transformationsschock des plötzlichen Einbruchs des Kapitalismus auffangen soll (Slavoj Zizek), vor allem aber den politischen Eliten als ideologisches Instrument zur Durchsetzung ihrer Machtinteressen dient.

Die Reden von der "überraschenden Wiederkehr des Nationalismus" oder vom "neuen Nationalismus" tragen wenig bei, das Phänomen in Südosteuropa zu erklären. Man muß eines sehen: Es hat hier keine Aufklärung gegeben, die Ideen der bürgerlichen Revolution sind Importe gewesen, ebenso der Marxismus. Dagegen sind die jeweiligen Nationalismen bodenständige Ideologien mit umfangreicher parawissenschaftlicher Auspolsterung, vielfach populär und populistisch vermittelt. Immer setzen sie an real existierenden Problemen an, die sich aus den Verfilzungen und Überlagerungen ethnischer und sprachlicher Räume ergeben, durch die Grenzen verlaufen, die aufgrund bestimmter Machtkonstellationen meist als Kriegsresultate gezogen worden sind. Letztlich ist auch die Geschichte Südosteuropas die leidvolle Geschichte seiner Grenzen.

Balduin Winter

Anmerkungen:

1) Grenzwall des Römischen Reiches

2) Kirchenspaltung

3) mit eigenem Oberhaupt

4) bis 1924 der Hof und Palast des Sultans von Konstantinopel, auch die türkische Regierung

Literatur:

Skënder Gashi, Christine von Kohl (Hg.): Die Wiederkehr der albanischen Frage - Ihre Bedeutung für den Balkan und Europa. Dardania, Band 1 und 2 (Nr. 6 und 7/1997).

Krzysztof Pomian: Europa und seine Nationen. Aus dem Französischen von Matthias Wolf. Berlin (Wagenbach), 1990.

István Bibó: Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei. Aus dem Ungarischen von Béla Rásky. Frankfurt (Verlag Neue Kritik), 1992.

Joscha Schmierer: Die neue Alte Welt oder wo Europas Mitte liegt. Ein Essay. Klagenfurt/Celovec (Wieser), 1993.

Edgar Hösch: Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart. München (C.H.Beck), 1988.

Michael Weithmann (Hg.): Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas. München (dtv), 1993.

Nationalismus am Ende des 20. Jahrhunderts. PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft Nr. 87. Berlin (Rotbuch), 1992.

Bogdan Bogdanovic: Der verdammte Baumeister. Erinnerungen. Aus dem Serbischen von Milo Dor. Wien (Zsolnay), 1997.

22. Eine deutsche Verschwörung. Der NATO-Krieg und die feinen Analysen der "Antinationalen"

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:29

In ak 425 wurden unter der Überschrift "Gute Serben, böse Albaner" einige linke Fehlleistungen vorgestellt und kommentiert; zitiert wurde aus der DKP-Zeitung Unsere Zeit (UZ), dem Neuen Deutschland, der jungen Welt und konkret. In der folgenden Flugblatt- und Artikelnachlese geht es vor allem um Geistesblitze von Leuten, die sich selbst als radikale Linke verstehen.

Zu unerreichbaren Höhen hat sich einmal mehr die Bahamas-Redaktion aufgeschwungen. Ihr Flugblatt mit der sympathischen Überschrift "Gegen den deutschen Krieg - Ein Aufruf zum revolutionären Defaitismus" hat keinen definierbaren Adressaten. An die Linke richtet es sich nicht, denn die ist ins gegnerische Lager übergeschwenkt: Nicht nur Fischer, auch "die deutschen Autonomen, die deutschen Pazifisten, Trotzkisten, Maoisten, Kurdistan-Soli-Bewegten etc etc etc." propagieren oder tolerieren nämlich den "kosovarischen Nationalismus".

So trüb' der Blick, so klar ist das Wort der "antideutschen Kommunisten" (Selbstbezeichnung der Bahamas-Autoren) zur Lage: "Die Zerstörung der alten Bundesrepublik Jugoslawien seit 1990 systematisch vorangetrieben und eine bis dahin friedlich zusammenlebende Bevölkerung in ein Sammelsurium fanatisch aufeinander einschlagender Ethnien verwandelt zu haben, das ist das Verdienst deutscher Außenpolitik von Genscher zu Kinkel und von Kinkel zu Fischer." Und mehr noch: "Wer die Kriegstreiber wenigstens benennen will, wird im Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens nicht fündig werden" - vom kollektiven Freispruch für die seit 1991 in Jugoslawien Krieg führenden Parteien ausgenommen werden allein die Albaner: "Die kosovarischen Organisationen - nicht nur die UCK sind selbstverständlich kriminelle Banden"; das hat auch Bayerns Innenminister Beckstein (CSU) schon beklagt, wenn auch in weniger drastischen Worten.

Die Distanzierung von dem reaktionären Blödsinn, den die Bahamas-Leute verzapfen, fällt nicht schwer. Die These von der alleinigen deutschen Verantwortung für den Zerfall Jugoslawiens erfreut sich aber auch bei den Verfassern anderer linker Verlautbarungen bleibender Beliebtheit. So wird im Ostermarsch-Aufruf des Bundesbüros Euromarsch zwar der serbische Nationalismus angeprangert, der Zusammenbruch Jugoslawiens aber wird auch dort ausschließlich als das Werk der deutschen Außenpolitik gedeutet: "Deutschland ist daran schuld, daß die jugoslawische Föderation zerbrochen ist, weil die damalige Bundesregierung auf den nationalistischen Kurs Milosevics mit nationalistischen Lösungen (Lostrennung Kroatiens und Sloweniens) geantwortet hat." Demnach wäre das gerade "wiedervereinigte" Deutschland schon 1991 die alleinige Supermacht gewesen, die gegen den Rest der Welt die jugoslawische Krise auf ihre Weise "löste": durch "Lostrennung Kroatiens und Sloweniens".

Einem weit verbreiteten linken Vorurteil zum Trotz haben Kohl und Genscher die Slowenen und die Kroaten zunächst nicht einmal zur Sezession ermuntert, sondern bis in den Herbst 1991 hinein den Kurs der EU mitgetragen, die staatliche Einheit der jugoslawischen Föderation zu erhalten. Das berühmte deutsche "Vorpreschen" bei der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens ereignete sich erst im Dezember desselben Jahres. Damit wurde Öl ins Feuer geschüttet, das Feuer selbst aber brannte längst: Ende Juni 1991 hatten Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit erklärt; mit der unmittelbar folgenden Intervention der Bundesarmee gegen Slowenien begann der Krieg. Nach ihrem Rückzug aus Slowenien (Mitte Juli) verlagerte die Bundesarmee ihre Aktivitäten nach Kroatien, wo die Kämpfe bis zum Waffenstillstand im Januar 1992 von beiden Seiten mit großer Härte geführt wurden.

Es folgte der noch opferreichere Krieg in Bosnien-Herzegowina - beschleunigt durch ein Ultimatum der EG-Außenminister vom 16. Dezember 1991 an "alle jugoslawischen Staaten", binnen einer Woche "zu erklären, ob sie als unabhängige Staaten anerkannt werden wollen". Am 15. Januar beschloß die EG die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens - unter deutschem Druck und, im Falle Kroatiens, entgegen ihren eigenen Kriterien; danach sollte eine Anerkennung erst erfolgen, wenn die Rechte der Minderheiten auf dem Gebiet des neuen Staates gewährleistet waren. Hier hatte das deutsche Vorpreschen - die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens schon am 23. Dezember 1991 - Fakten geschaffen.

Während in dem Euromarsch-Flugblatt der Zerfall Jugoslawiens als Folge eines deutschen Diktats erscheint, gehen einige "Antinationale" noch weiter. Sie sehen nicht nur Kohl und Genscher, sondern auch die amtierende rotgrüne Bundesregierung als die schlimmsten Kriegstreiber, die der übrigen Welt, die "NATO-Partner" eingeschlossen, ihren Willen aufzwingen. Jürgen Elsässer erzählt in konkret 5/99, "wie Deutschland die USA in den Kosovo-Krieg gezogen hat", und auch Matthias Küntzel sieht die "Initiatoren des Krieges in Bonn, nicht in Washington". Er schreibt (in jungle World, 14.4.): "Während die USA auf den ersten Blick bei den Angriffen auf Jugoslawien der Hauptkriegstreiber zu sein scheint, macht die genauere Analyse deutlich, daß die Initiatoren der derzeitigen Zerschlagung Jugoslawiens nicht in Washington, sondern in Bonn oder Berlin zu finden sind." Daß der Krieg gegen Jugoslawien nicht zum schnellen Sieg der NATO geführt hat, sei nur für die USA ein Debakel - es wirft sie gegenüber der EU und deren Führungsmacht zurück. Den Deutschen dagegen, die offenbar immer siegen, nützt es: "Ironischerweise könnte es gerade die Aktivierung der NATO für diesen Krieg sein, die der von Deutschland nicht nur geliebten Allianz den Garaus macht." Während die blöden Amis in die Falle tappen, bereiten die kriminellen Superhirne des neuen Deutschland den dritten Griff nach der Weltmacht vor!

So weit die feinen Analysen der "Antinationalen" (Entschuldigung, die Euromarsch-Initiative gehört natürlich nicht dazu). Die in ak 425 ausführlich gewürdigten Freunde des Realsozialismus und Kampfgenossen des serbischen Brudervolkes halten derweil Kurs. Als ihr hemmungslosester Hetzer an der Heimatfront darf bis auf weiteres Werner Pirker von der jungen Welt gelten. Pirker kommentiert eine Antikriegsdemo Berliner Autonomer, bei der serbische Nationalisten, einige in Tschetnik-Uniformen und versehen mit Milosevic-Bildern sowie jugoslawischen und serbischen Fahnen, zum Einrollen ihrer Mitbringsel aufgefordert wurden: "Jugoslawen und deutsche Antimilitaristen meinten, in eine UCK-Kundgebung geraten zu sein. (...) Damit war die Spaltung vollzogen, die Autonomen-Demo ethnisch gesäubert. (...) Die Demo-Säuberer sind die gleichen, die ungebeten jede linke Demonstration beehren, um fortschrittliche Anliegen zu blamieren. Der Staatsschutz weiß, was er an seinen schwarzen Kolonnen hat." (jW, 26.4.) An der antiserbischen Verschwörung, so lernen wir, sind auch Leute beteiligt, die gegen den Krieg demonstrieren. Wie gut, daß es die junge Welt gibt, die solche üblen Machenschaften enthüllt.

Js.

23. Ein Hetzblatt gegen den Krieg. Vor 100 Jahren erschien die erste Nummer der Fackel

Autor: Js. · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:09

Am 1. April 1899 erschien die erste Nummer einer Zeitschrift, wie es sie später nie wieder gab und auch nicht geben konnte. Die Fackel war ganz und gar das Werk ihres Herausgebers Karl Kraus, der ab 1911 auch alleiniger Autor wurde. Ihr letztes Heft, die Nummer 917-922, erschien im Februar 1936; am 12. Juni desselben Jahres starb Karl Kraus. Nicht an sein Lebenswerk, sondern an den Start einer einzigartigen Zeitung soll hier erinnert werden - an das, was "blieb" von der Fackel. Daß sie heute, 100 Jahre später, immer noch "aktuell" ist, liegt nicht nur am Genie Karl Kraus, seiner Sprachgewalt und intellektuellen Unbestechlichkeit (wer darüber - und über die Schattenseiten der Persönlichkeit Karl Kraus - lesen will, sei auf die Feuilletons der Bürgerpresse und die umfangreiche Sekundärliteratur verwiesen).

Aktuell ist die Fackel vor allem, weil sie ein antimilitaristisches Kampfblatt war. Nicht nur die besonderen Verhältnisse im k.u.k. Österreich-Ungarn machten es möglich, daß sie auch während des Ersten Weltkrieges erscheinen konnte. Kraus verfaßte keine flammenden Aufrufe gegen den Krieg, er schrieb die kriegerischen Phrasen auf, bekämpfte den Irrsinn des großen Schlachtens, indem er das Reden darüber dokumentierte. So stellte er in der Anfang 1915 erschienenen Fackel Nr. 405 den Bericht eines Frontsoldaten direkt neben einen Artikel über die Eröffnung des "Kaiser-Wilhelm-Kaffee" in Wien. Während in der linken Spalte Tote und Verstümmelte gemeldet werden, verbreitet der Verfasser der rechten Spalte gute Laune: "Mit diesem Prachtkaffee zieht neuer, modernster Geist ins wienerische Kaffeehausleben ein."

Kraus' Meisterwerk, "Die letzten Tage der Menschheit", begonnen 1915, erschien 1919 in drei Sonderheften der Fackel. Es ist ein unspielbares Drama mit 220 Szenen und hunderten von Figuren. Die von Kraus bearbeitete Bühnenfassung umfaßt immer noch fünf Akte mit insgesamt 87 Szenen, welche die Realität des Weltkriegs wiedergeben. Karl Kraus schreibt in seiner Vorbemerkung: "Die unwahrscheinlichsten Taten, die hier gemeldet werden, sind wirklich geschehen ... Die unwahrscheinlichsten Gespräche, die hier geführt werden, sind wörtlich gesprochen worden; die grellsten Erfindungen sind Zitate."

Das Stück spielt in Wien, auf der Straße und in Cafés, an der serbischen Front und in der Etappe, im Kriegsministerium, in Zeitungsredaktionen und an etlichen anderen kriegswichtigen Schauplätzen. Es treten auf Soldaten, Offiziere und Heerführer, Pfaffen, Zeitungsaufrufer und Kellner; zu den mehrfach wiederkehrenden Figuren gehören "der Patriot" und "der Abonnent", die Kriegsberichterstatterin Alice Schalek, "der Nörgler" (Kraus selbst).

Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien zeigt auch, wie sehr ein Friedenshetzer von Kraus'schem Format fehlt - und eine Zeitung wie die Fackel, die "man gelesen haben muß". Um ihr erstmaliges Erscheinen zu feiern und an den großen Antimilitaristen Karl Kraus, den "Fackelkraus", zu erinnern, dokumentieren wir zwei Szenen (die erste gekürzt), zum Thema "Krieg und Fremdenverkehr", beide entnommen der Bühnenfassung von "Die letzten Tage der Menschheit".

Js.

24. Wo bleibt Udo Knapp? Atomare Erstschlags-Strategie mit menschlichem Antlitz

Autor: ef · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:34

Kriegszeiten sind gute Zeiten für sogenannte Vor- und Querdenker. Zu dieser Spezies Mensch zählt sich seit jeher Wolfgang Bruckmann. Schon in den 80er Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei den Grünen eilte ihm dieser Ruf voraus. Damals versuchte er der SPD klar zu machen, wieso die grüne "Raus aus der NATO-Forderung" eigentlich ganz schön kompatibel mit der Pro-NATO-Position der SPD sei. Gemeint war schon damals, daß die Anti-NATO-Position der Grünen eigentlich dämlich ist. Da ihm die Entwicklung in Richtung Pro-NATO-Position noch zu langsam ging, begab er sich irgendwann auf den gar nicht mehr so langen Weg in Richtung SPD, wo er wieder als Mitarbeiter unterkam. Auch dort eilt ihm der Ruf als heroischer Vor- und Querdenker voraus. Also macht er sich in dieser Rolle Gedanken über den Zustand der Welt im Angesicht des Kosovo-Krieges. (vgl. taz, 29. April)

Wie ist die Welt? Schlecht!! Wie soll man in Zukunft mit Schurken wie Milosevic umgehen, wenn diese nicht einmal angesichts eines konventionell geführten NATO-Krieges kapitulieren? Was bleibt dann noch übrig? Genau!!! Atomwaffen! Eigentlich will die niemand, selbst Bruckmann nicht. O-Ton: "Unter zivilisatorischen Aspekten ist es sicherlich deprimierend, daß der Zustand der Welt nicht so ist, daß der Westen auf absehbare Zeit auf Nuklearwaffen verzichten kann."

Um glaubwürdig zu bleiben, muß er dem Publikum klarmachen, daß er wirklich in einem ganz tiefen Dilemma sitzt. Also inszeniert er ein Theaterstück. Titel: "Angesichts tiefster Zerrissenheit." Es treten auf: die gesamte grüne Führungsriege. Einige, wie Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung haben den Sinn dieser Aufführung erkannt: die Inszenierung der tiefen Zerrissenheit, ja das Kokettieren mit derselben, soll dazu führen, daß alles so bleibt wie es ist, also: freie Hand für Fischer und die NATO-Bombardements. Die grüne Partei wird diese Inszenierung heftigst bejubeln.

Was haben wir bisher aus der Inszenierung gelernt? Die Welt ist schlecht, Milosevic noch Schlächter. Welche Rolle ist noch unbesetzt? Noske!! Die Rolle des "Einer-muß-ja-der-atomare-Bluthund- sein" ist Wolfgang Bruckmann wie auf den Leib geschnitten. "Nie wieder!", lautet sein Schlachtruf. Nie wieder "No first use"! Nie wieder Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. Zitat: "Um die politische Abschreckungsfunktion zu bewahren, wird ebenfalls ein etwaiger Ersteinsatz von Nuklearwaffen nicht ausgeschlossen." Der Slawe will es nicht anders. Das nuklearstrategische Potential müßte nur "weitgehend mobil" sein, "einsetzbar gegen zivile (!!!) und militärische Ziele" sowie "groß und flexibel genug, um nukleare Zwerge und ‚Schurkenstaaten` abschrecken zu können." Der Logik von Bruckmann ist kaum zu widersprechen. Hätten wir schon damals, 1986, beim Machtantritt von Milosevic mit einem atomaren Ersteinsatz Jugoslawien bombardiert, dann hätten wir jetzt nicht das ganze Schlamassel mit dem Serben.

Einwände? Papperlapapp! Wir brauchen eine "intelligente Strategiedebatte" jenseits "friedensbewegter Scholastik". Wer auf die Konsequenzen des atomaren Ersteinschlags hinweist, für den hält Wolfgang Bruckmann ein Zuckerle bereit. Denn der atomare Ersteinsatz kennt keine Nachteile mehr, sondern nur noch Vorteile. Diese "liegen auf der Hand" (Sorry, aber ich muß das jetzt in aller Ausführlichkeit zitieren): Diese Strategie "ist 1. weitaus radikaler als die Forderung nach ‚No first use`, bietet 2. Stabilität auch in politisch gespannten Zeiten, erlaubt 3. signifikante Denuklearisierung ohne sicherheitspolitisches Risiko, ist 4. wirksamer als eine deklaratorische ‚No first use`-Erklärung, die jederzeit wieder zurücknehmbar ist, veranlaßt 5. die europäischen Nato-Mitglieder zu einer Standortbestimmung der französischen und britischen Nuklearwaffenpotentiale im Rahmen der GASP der EU, da der ‚nukleare Schutzschirm` zusammengefaltet würde, setzt 6. erhebliche zivil-ökonomische Ressourcen frei." Und wer jetzt immer noch nicht von den human-zivilisatorischen Folgen eines atomaren Ersteinsatzes überzeugt ist, für den hält Bruckmann noch ein argumentatives Highlight bereit. Denn der atomare Ersteinsatz folgt seiner eigenen dialektischen Logik. Denn durch ihn nähern wir uns "7. der Utopie einer atomfreien Welt in realitätsbezogenen Schritten." Jetzt frage ich sie: Wer kann schon gegen die Verwirklichung unserer Utopie von einer atomwaffenfreien Welt sein? Eben! Wir wollen doch alle im Prinzip das Gleiche. Wolfgang B. weist uns den Weg. Nur ein bißchen zielgenauer und

mit "geringerer Sprengkraft" sollen die zukünftigen Atomwaffen ausgestattet sein, damit wir einen "begrenzten Nuklearkrieg" führen können.

Argumentierten Fischer (Auschwitz!) und Scharping (Völkermord!) bisher doch allzu grobschlächtig mit der "Faschismuskeule", so ist Bruckmanns Beitrag der bisher feinsinnigste aus dem Lager der Kriegsbefürworter. Von ihm fühle ich mich bis jetzt am nachhaltigsten getroffen. Ich tippe, Bruckmann hat Philosophie (Hegels Philosophie der Geschichte) oder Religion (Johannes-Apokalypse) studiert. Durch die Zerstörung der Welt die Welt zu retten (Vorteil 7). Grandiose Gedankenführung. "List der Vernunft" nannte Hegel so etwas.

Die Wette gilt. In den nächsten Tagen wird es noch dicker kommen. Denn mit dem Beitrag von Bruckmann ist eine Frage beantwortet, die mich in den letzten Tagen arg quälte und mir wirklich schlaflose Nächte bereitete. Wo bleibt Udo Knapps Plädoyer für den zivilgesellschaftlichen Einsatz von atomaren Cruise Missiles und Pershing-Bomben? Was das mit Bruckmann zu tun hat? Ganz einfach. In den letzten 20 Jahren hat Bruckmann immer brav seine ihm zugedachte Rolle gespielt als militaristischer und atomarer Spürhund für seine Herrchen Udo Knapp (und Joschka Fischer). Worum die Wette geht? Wer verliert, muß ein Buch von Gräfin Dönhoff lesen.

ef

PS: Ein gefundenes Fressen für Satire und Kabarett? Nicht nur. Bruckmann meint das ernst - und die taz offensichtlich auch, die das Ganze auf ihrer Debattenseite veröffentlichte.

25. Magdeburg: Blumen und Naziterror. Erneuter Überfall auf Punks

Autor: Christian Grünert/ Phillip Stein · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:16

Die sachsen-anhaltinische Landeshauptstadt wird ihr Negativimage nicht los. Immer wieder gerät Magdeburg im Zusammenhang mit Naziveranstaltungen und rechten Überfällen auf MigrantInnen und Linke in die Schlagzeilen. So auch im April. Erst marschierten am 17.4.99 rund 800 Neonazis bei einer NPD-Demonstration durch die Innenstadt, dann schritten deren Anhänger zur Tat: Nur sechs Tage nach dem Aufmarsch der NPD wurde ein Punk von zwei Jungnazis lebensgefährlich verletzt.

Der Image-Erfolg, den die Stadt mit erheblichem finanziellen und publizistischen Aufwand mit der Ausrichtung der Bundesgartenschau (BUGA) hatte erzielen wollen, stand am Abend der BUGA-Eröffnung mit einem Schlag in Frage. Gegen 21.40 Uhr überfielen zwei bekannte rechte Schläger die Wohnung von Jugendlichen aus der alternativen Szene. Dabei wurde einer der Jugendlichen lebensgefährlich verletzt. Ein Überfallopfer erinnert sich in einem Gedächtnisprotokoll: "Kurz nach halb zehn wollte ich meine Wohnung verlassen, wurde aber schon im Hausflur von den zwei Nazis überfallen. Mit einem kurzen Baseballschläger aus Metall schlugen sie immer wieder auf mich ein. Dabei sagten sie unter anderem: ‚Du warst bei der Zecken-Demo, wir haben Dich auf einem Foto erkannt.'" Damit war offensichtlich die Demonstration des Magdeburger "Bündnis gegen Rechts" gegen den NPD-Aufmarsch gemeint. Der Überfallene Mario L. berichtet weiter: "Nach Schlägen auf Kopf und Rücken zerrten sie mich die Treppe zu meiner Wohnung hoch, wo sie die Tür aufstießen. Meine beiden anwesenden Freunde schlugen sie ebenfalls zusammen und wechselten sich dabei ab. Die ganze Wohnung ist voller Blut [...]." Zwei Wochen nach dem Überfall liegt der schwerverletzte Ronald K. noch immer im Krankenhaus. Bleibende Folgeschäden des Überfalls können die Ärzte nicht ausschließen. Zwei Tage nach dem Naziangriff demonstrierten rund 200 Punks und AntifaschistInnen unter dem Motto: "NPD-Aufmärsche und Naziterror - Wir schweigen nicht" durch die Innenstadt.

Die Polizei hat inzwischen alle drei mutmaßlichen Täter des bisher letzten Überfalls gefaßt. Gegen sie wird jetzt wegen "versuchten Totschlags" ermittelt. Ihre ersten Aussagen bei der Polizei bestätigen die Vermutung von FreundInnen der Opfer, daß es sich um einen gezielten Überfall handelte. Nach Angaben der Polizei hatten sich die neonazistischen Skinheads zum Tatort fahren lassen, um dort Punks "aufzumischen".

Dieser Überfall setzt die nie wirklich gebrochene Kontinuität rechter Gewalt in Magdeburg fort. Seit Anfang der neunziger Jahre kamen in der Stadt zwei Menschen bei rechten Angriffen ums Leben (Torsten Lampbrecht 1992; Frank Böttcher 1997), andere wurden folgenschwer verletzt. Am Himmelfahrtstag trauen sich die in Magdeburg lebenden MigrantInnen und Flüchtlinge kaum aus dem Haus. An diesem Tag jagten im Jahr 1994 rechte Hooligans und Skinheads MigrantInnen durch die ganze Stadt. Die Polizei schaute damals untätig zu.

Die Reaktion der PolitikerInnen auf die Umtriebe der Neonazis in der Stadt beschränkt sich meist auf eine Beschwerde über die angebliche Hetze gegen Magdeburg in den Medien. Das massive Problem der erstarkenden rechten Szene führen sie sich nur selten vor Augen. In einer solchen Situation zeugt es nicht nur von Ignoranz, daß das einzige alternative Jugendprojekt bald geräumt werden soll. Geht es nach dem Willen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, kommt im Mai das Aus für das Projekt "U8".

Eine Woche vor dem Überfall hatte die NPD die Szenerie Magdeburgs beherrscht. Nach der "Schlappe" vom 27.02.99, als die NPD vor den Verwaltungsgerichten lediglich die Genehmigung für eine Kundgebung auf dem Domplatz durchsetzte, wollte NPD-Landeschef Steffen Hupka im Vorfeld des geplanten NPD-Aufmarsches am 1.Mai in Bremen seinen Anhängern einen Erfolg mit Mobilisierungeffekt präsentieren. Diese Rechnung ging voll auf: Nach einigem Hin und Her genehmigte ein Gericht die Demonstration. Ungehindert und von rund 3.000 Polizisten abgeschirmt zogen rund 800 Neonazis unter dem Motto: "Kein deutsches Blut für fremde Interessen" durch die Stadt. Redner wie Peter Naumann oder Thomas "Steiner" Wulff sagten der "imperialistischen ‚one World-Ideologie`" den Kampf an und forderten die Teilnehmer im Stil linker Terminologie auf, von ihrem Widerstandsrecht Gebrauch zu machen, um sich dem "Machtstreben" des "US - Imperialismus" zu verweigern. Wie fast immer bei derartigen Aufmärschen in Ostdeutschland stellten die "Unabhängigen Kameradschaften" und deren subkulturelles Umfeld die Mehrzahl der TeilnehmerInnen, die

nicht nur aus der Region, sondern auch aus Niedersachsen, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern anreisten.

An der zum gleichen Zeitpunkt stattfindenden Gegendemonstration nahmen mit 700 TeilnehmerInnen weniger Menschen teil als Ende Februar. Vor allem die Beteiligung linker Antifagruppen fiel dünn aus. AntifaschistInnen konstatierten daher, daß sich eine schleichende Gewöhnung an Naziaufmärsche im Osten vollzieht. Am 17.4.99 überließ die Antifabewegung die Stadt den Nazis. Dies blieb - wie ersichtlich - nicht ohne Folgen.

Christian Grünert/Phillip Stein

"Arbeitskreis Antifaschismus" Magdeburg

26. 1. Mai ohne Nazis. Nullnazis in Bremen - aber anderswo

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:45

In den Wochen vor dem ersten Mai wurde in der Bremer Presse ein Bürgerkriegsszenario ausgemalt: Bremen würden Zustände wie in Belfast drohen, wenn die NPD am 1. Mai vor den Werkstoren von DaimlerChrysler marschieren dürfe und GegendemonstrantInnen dies verhindern wollten. Deshalb hatte das Unternehmen sogar vorsorglich den Mercedes-Stern und die Beschriftung an den Werkstoren abmontiert - schließlich sollten die Konzernsymbole nicht im Zusammenhang mit Barrikaden und Neonazis über weltweite Fernsehschirme flimmern. Die taz bremen berichtete von der Anweisung des CDU-Innensenators Bortscheller an die sieben Krankenhäuser, das Personal aufzustocken und eine räumliche Trennung der verletzten Kontrahenten zu garantieren, woraufhin das Deutsche Rote Kreuz eine Urlaubssperre erließ, einige Krankenhäuser ihre Blutvorräte aufstockten und zusätzliche Medikamente für die Behandlung von Schlagstock-, Reizgas- oder Elektroschockgeschädigten orderten. Selbst für den OP-Bereich und die Intensivstation wurde doppeltes Personal eingeplant. Mit der Projektion dieses Horrorszenarios wollte die Stadt zweierlei erreichen, zum einen sollte kein Gewerkschafter, Anwohner oder Maikundgebungsteilnehmer auf die Idee kommen, sich an der antifaschistischen Demonstration zu beteiligen oder sich mit den "extremistischen Chaoten" zu solidarisieren. Danach sah es im Vorfeld aber aus - schließlich hatte die Belegschaft des Werkes und die dortige Vertrauenskörperleitung beschlossen, sich ebenfalls den Neonazis entgegenzustellen und nicht zur DGB-Kundgebung in die Innenstadt zu mobilisieren. Dem hatten sich sowohl die IG-Metall-Vertrauensleute der Klöckner-Hütte als auch die ötv-Betriebsgruppe des Zentralkrankenhauses Ost angeschlossen. Zum anderen konnte die Stadt mit der Schilderung der zu erwartenden Schlägereien ihre Verbotsbegründung untermauern - im Falle einer Genehmigung des NPD-Aufmarsches könne die öffentliche Ordnung nicht mehr garantiert werden.

Die Gerichte folgten der Argumentation der Stadt Bremen. Zum ersten Mal seit geraumer Zeit wurde eine von der NPD angemeldete Großdemonstration komplett untersagt. Im Gegensatz zu vergleichbaren Fällen wie zum 1. Mai 1998 in Leipzig oder zum 19. September 1998 in Rostock lehnte das Oberverwaltungsgericht in Bremen den Einspruch der NPD ab. Auch das am Vorabend des 1. Mai angerufene Bundesverfassungsgericht schloß sich der Rechtsprechung seiner Vorgänger an - 4.800 PolizistInnen könnten nicht für die öffentliche Ordnung garantieren. Mehr Personal hatte Bremen für den 1. Mai nicht anfordern können, da die übrigen Bundesländer ihre Kräfte für andere zu erwartende Maidemonstrationen zurückhalten wollten. Die Verbotsbegründung der Stadt Bremen, der Aufmarsch würde einen "Polizeinotstand" herbeiführen, wurde also gerichtlich bestätigt. Auch die von der NPD angemeldeten Ersatzveranstaltungen in Oldenburg, Bremerhaven und Hannover wurden verboten.

In ihrem Widerspruch gegen die Verbotsverfügung schlug die NPD vor, bekannte (linke) Gewalttäter mit Meldeauflagen zu belegen oder in Vorbeugegewahrsam zu nehmen, um das Potential der anreisenden Gewalttäter zu minimieren. Schließlich wiesen die Neonazis darauf hin, daß vor Feststellung des polizeilichen Notstandes auch die Bundeswehr um Amtshilfe ersucht werden müsse. Am 1. Mai folgten die Neonazis dem Verbot - zumindest in Bremen. Allerdings konnten sich zahlreiche Kameraden zu kleineren Aufmärschen oder Kundgebungen verabreden. So marschierten knapp 400 Neonazis in Ahrensburg bei Hamburg, weitere konnten am Hermannsdenkmal bei Detmold, auf der Wewelsburg bei Paderborn und in einigen anderen Städten im Bundesgebiet kleine Veranstaltungen improvisieren.

In Bremen demonstrierten am 1. Mai rund 4.000 AntifaschistInnen in Tenever und Sebaldsbrück auf der Route, die ursprünglich die Neonazis angemeldet hatten. Zwar hatte die Stadt Bremen die antifaschistische Demonstration wie auch die Veranstaltung der IG Metall vor dem Mercedes-Werk untersagt - diese Verbote waren ebenfalls vom Oberverwaltungsgericht bestätigt worden -, die Polizei duldete den antifaschistischen Demonstrationszug dann aber als spontane Anmeldung. Die Anreise der AntifaschistInnen verlief nicht ganz so problemlos wie die Demonstration. Die Busse aus Berlin, Sachsen und Göttingen konnten erst gar nicht losfahren. Der Hamburger Konvoi wurde auf der Autobahn von der Besatzung aus vier gerade gelandeten Mannschaftshubschraubern gestoppt und konnte erst nach einer Autobahnblockade und erfolgreichen

Verhandlungen mit der Polizei weiterfahren. In Bremen selbst wurden bereits am Vorabend zahlreiche anreisende DemonstrantInnen kontrolliert, des Bundeslandes verwiesen oder festgenommen.

In diesem Jahr hat es zum 1. Mai also keinen zentralen Naziaufmarsch gegeben. Die nicht in der NPD organisierten "freien Nationalisten" konnten aber zeigen, daß sie über ihre Kommunikationsstrukturen in der Lage sind, mehrere hundert "Kameraden" zu einem Ort zu delegieren. Ihr dezentrales Ersatzkonzept ist weitestgehend aufgegangen. Trotzdem war der diesjährige 1. Mai aus antifaschistischer Sicht ein Erfolg. Schließlich haben die Befürchtungen der Stadt Bremen, "2.500 gewaltbereite Störer" könnten anreisen und womöglich gemeinsam mit der DaimlerChrysler-Belegschaft den Naziaufmarsch behindern, zum Verbot der Nazidemonstration geführt.

Anna Bartels

27. "Heil Britannia". Britische Neonazis bomben gegen MigrantInnen und Schwule

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:52

Drei Bombenanschläge gegen MigrantInnen und Homosexuelle in London bewegen derzeit die britische Öffentlichkeit. Zuerst explodierte ein Sprengsatz auf dem Markt im hauptsächlich von westindischen Einwanderern bewohnten Stadtteil Brixton - 48 Menschen wurden verletzt. Nur eine Woche später detonierte eine ähnlich konstruierte Bombe in der Brick Lane im Eastend, wo viele Bangladeshi zu Hause sind. Da ein aufmerksamer Passant die abgestellte Sporttasche mit der explosiven Fracht in seinen Kofferraum lud, um sie zur Polizei zu bringen, und der Sprengsatz im Auto zündete, wurde Schlimmeres nur durch Zufall verhindert - sechs Personen erlitten leichte Verletzungen. Am Tag vor dem 1. Mai explodierte die dritte Nagelbombe in einer Homosexuellen-Bar in Soho. Drei Menschen wurden getötet und mehr als 60 verletzt.

Ein Verdächtiger wurde schnell gefunden. Wie bei den zahlreichen rassistischen Morden und Brandanschlägen in Deutschland soll auch bei den jüngsten Bombenanschlägen in Großbritannien ein Einzeltäter am Werk gewesen sein. Seit Anfang Mai steht der 22jährige Techniker David Copeland unter Verdacht, die drei Bomben in London deponiert zu haben. Laut Scotland Yard steht der Verdächtige in keinerlei Kontakt zu irgendwelchen rechtsextremen Organisiationen.

Ihren (vorläufigen) Ermittlungserfolg verdanken die britischen Kommissare den überall in London aufgestellten Überwachungskameras, die der britischen Metropole einen Hauch von "1984" verleihen. Die Auswertung des mehr als 100 Stunden umfassenden Videomaterials hat die Fahnder dann auf die Spur des jungen Mannes mit Baseballkappe gebracht. Die Veröffentlichung seines Fotos brachte den gewünschten Erfolg. Neun Stunden später wurde David Copeland aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung verhaftet. In seiner Wohnung fanden die Polizeibeamten eine Kiste mit Sprengstoff.

Scotland Yard hatte wohl auch großes Interesse, für ein schnelles Fahndungsergebnis zu sorgen. Schließlich war das Image der Behörde in den letzten Monaten erheblich angekratzt worden: Nach dem Mord einer weißen Gang an dem jungen Schwarzen Stephen Lawrence zeichneten sich die Beamten durch rassistische Ermittlungen aus. Scotland Yard gestand in diesem Zusammenhang sogar ein, daß die britische Polizei von einem institutionalisierten Rassismus durchdrungen sei. Angesichts des rassistischen Anschlags im Eastend erinnern sich sicherlich auch viele daran, daß die Polizei dort vor genau 20 Jahren einen Aktivisten der Anti-Nazi-League bei einer Demonstration gegen eine Veranstaltung der National Front ermordete.

Daß wirklich nur ein einzelner Täter für die Anschläge verantwortlich sein soll, mag niemand so recht glauben. Zum einen hatten sich bereits die rechtsextremistischen Gruppen Combat 18 und White Wolves ("Weiße Wölfe") zu den Terrorakten bekannt, zum anderen drohen britische Neonazigruppen schon seit Jahren mit Angriffen gegen die nicht-weiße, die jüdische und die homosexuelle Bevölkerung. Eine Woche vor dem ersten Anschlag versandten die White Wolves Drohbriefe an schwarze Abgeordnete und jüdische Organisationen. Außerdem schickte die Neonazigruppe eine Erklärung an die Medien, in der sie ankündigte, alle "Juden und Nicht-Weißen auszulöschen, die die britischen Inseln bis zum 31.12.1999 nicht verlassen haben". Mit den Worten "Ihr seid gewarnt worden - Heil Britannia!" endet das Dokument. Ähnliche Texte sind in der Combat-18-Zeitschrift Strikeforce zu lesen.

Trotz aller ideologischer Gemeinsamkeiten ist die britische Neonaziszene äußerst zerstritten. Vor allem die Frage, ob man einen parlamentarischen oder einen militanten Weg einschlagen solle, wurde in den letzten drei Jahrzehnten heftig diskutiert: Die National Front und die British National Party (BNP) wollen um Wählerstimmen kämpfen und orientieren sich jetzt vor allem an den teilweise parlamentarisch erfolgreichen Rechten in Frankreich oder Italien. Dementsprechend haben sie sich von den jüngsten Attentaten distanziert. Anders die bereits erwähnten terroristisch agierenden Gruppen Combat 18 und White Wolves. Erstere spalteten sich zu Beginn der 90er Jahre von der BNP ab - zunächst agierten sie als deren Sicherheitsdienst, trennten sich aber schließlich von der Partei, um eine militantere Politik zu verfolgen. Seit Mitte der 90er Jahre richtete Combat 18 ihr gewalttätiges Potential aber vor allem gegen die politischen Konkurrenten im eigenen Lager. Die Führer der Gruppe beschuldigten sich gegenseitig, das im Nazimusikhandel erworbene Geld beiseite zu schaffen und Spitzeldienste für Polizei bzw. Antifa zu leisten. 1996 spitzte sich dieser Konflikt zu,

als im Kampf um die Anteile im Nazimusikgeschäft dänische und schwedische Combat-18-Anhänger Paketbomben an Konkurrenten verschickten. Der Ex-Combat-18-Chef Paul Sargent sitzt mittlerweile wegen Mordes an einem ehemaligen Kameraden im Knast. Weil der Gruppe auch Informanten der Antifa, der Polizei und der Geheimdienste angehören, glaubt kaum jemand, daß Combat 18 für die Bombenanschläge verantwortlich sein kann. Zudem wurde die Gruppe von der Polizei unter anderem auch dazu genutzt, Erkenntnisse über die nordirischen loyalistischen Paramilitärs zu gewinnen, zu denen Combat 18 enge Kontakte pflegt.

Über die White Wolves - vermutlich eine Abspaltung der Combat 18 - ist hingegen nicht viel bekannt. Nach den schlechten Erfahrungen mit offenen Strukturen propagieren sie den "führerlosen Widerstand" und organisieren sich in kleinen Zellen, die unabhängig voneinander agieren können. Kurz vor dem ersten Attentat in Brixton tauchte ein internes Papier der White Wolves auf, in dem sich eine Anleitung zum Bau eines Zeitzünders befindet. Dieser ähnelt denjenigen, die bei den jüngsten Anschlägen verwendet wurden. Eine der White-Wolves-Persönlichkeiten soll der 39jährige Del O'Connor sein. Er pflegt enge Kontakte zu den Hammerskins und dem Ku-Klux-Clan in den USA, hat mehrere Jahre wegen Körperverletzung im Knast verbracht und ist früher als Hooligan des FC Chelsea aufgefallen. O'Connor wird mittlerweile polizeilich gesucht, ist aber seit einigen Wochen nicht mehr aufgetaucht.

Auch wenn mit David Copeland jetzt derjenige gefaßt sein könnte, der die drei Anschläge verübt hat, bleibt die Befürchtung, daß die Attentate erst der Anfang einer Welle rassistischer Gewalt sind. Andere Rechtsextremisten könnten sich ebenfalls ermutigt fühlen, die schon lange propagierten Parolen in die Tat umzusetzen. Die Bekennerschreiben und Drohbriefe stammen zumindest nicht von Copeland. Sie weisen darauf hin, daß verschiedene Neonazis die Anschläge vorbereitet haben.

Anna Bartels

28. Bundesweit gegen AKWs. Der schwere Weg zur Demo

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:20

Schon immer war die Anti-AKW-Bewegung für Überraschungen gut. Möglicherweise auch in diesem Jahr wieder. Denn die auf der Frühjahrskonferenz in Heidelberg (siehe ak 425) beschlossene bundesweite Demo gegen das Atomprogramm kommt nicht aus den Startlöchern. Nun soll ein erstes großes Vorbereitungstreffen am 29. Mai in Göttingen stattfinden, um zu klären, ob eine solche Demonstration denn auch machbar ist.

Es ist schon kurios: Seit Monaten diskutieren Standorte-Initiativen und verschiedene Gruppen eine bundesweite Demonstration im Oktober 99. Ein Termin, an dem sich Rot und Grün und Atomwirtschaft über einen Konsens einigen sollen. Ein Termin, der auch eine Bilanz von einem Jahr Rot-Grün in Bonn erlaubt. Eine Demo, die die Bewegung in den Stand setzen könnte, sich unabhängig von rollenden Atomtransporten eigenständig einzumischen, der Regierung klar zu machen, daß Sofortausstieg sofort zu geschehen hat und daß ein Konsens ohne die Anti-AKW-Bewegung eben kein Konsens ist. Eine Demo, die vermutlich auch für andere Oppositionelle in diesem Land eine Anziehungskraft haben könnte, läßt diese Regierung doch keinen Fettnapf aus, widerlegt sie sich doch in nahezu allen Fragen innerhalb kürzester Zeit selbst. Eine Demo, in deren Mobilisierungsphase der Kampf um die Köpfe und der Kampf um die Meinungen hätte geführt werden können, ein Kampf, bei dem man nicht die Meinungsführerschaft in Sachen Atomausstieg bei den Grünen beläßt. Eine Phase, in der mit Veranstaltungen, Flugblättern, Aufklebern, Gesprächen mit potentiellen Bündnispartnern von Gewerkschaftern über Friedensbewegung bis hin zu Autonomen eine mächtige Stimme organisieret werden könnte, die der Bundesregierung ihre Grenzen beim Kungeln mit dem Kapital aufzeigen könnte.

Fast alle Initiativenvertreter sagen denn auch seit Monaten, daß eine solche Demo eine extrem gute Sache sei, daß man sie unbedingt machen müsse. Und so hatte auch die Heidelberger Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung keine Probleme, eine solche Demonstration zu beschließen. Allein der Ort der Veranstaltung (Berlin oder Hannover, vgl. ak 425) war strittig.

Viele Fragezeichen

Doch ob es zu einer solchen Demo wirklich kommt, steht derzeit durchaus in Frage. Denn trotz aller positiver Aussagen, daß diese Demo erforderlich sei, ist in der Anti-AKW-Bewegung keinerlei Stimmung verspürbar, daß das auch wirklich ernst gemeint ist.

Ein erstes (schlecht besuchtes) Treffen, das eine Einladung zu dem großen Bündnistreffen im Mai erarbeiten und klären sollte, auf welchen Wegen und an wen diese Einladung multipliziert werden müßte, hatte gleich zwei gravierende Probleme. Denn zuvor hatte die BI Lüchow Dannenberg sowohl am geplanten Demotermin Anfang Oktober als auch am Demoort Hannover Kritik geübt. Die BI würde die Demonstration gern auf den 13. November verschoben wissen, ein Datum, an dem vor allem die wendländischen Bauern mit der Ernte fertig sind und deren landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge daher auch für andere Zwecke als der Landbearbeitung einsetzbar sind. Was den Demoort Hannover angeht, bestehen nicht nur bei der BI Bedenken. Eine Mehrheit der Initiativen, die sich aktiv an der Vorbereitung einer solchen Demo beteiligen wollen, plädieren weiter für Berlin und sehen in Hannover erhebliche bündnispolitische Probleme für eine bundesweite Demo. Außerdem hatten sich vor der Frühjahrskonferenz in Heidelberg die Standorte-Initiativen auf ihren Treffen mehrheitlich für Berlin ausgesprochen. Demgegenüber hatte dann aber die Heidelberger Konferenz Hannover "empfohlen" (aber nicht beschlossen!).

So politisch sinnvoll eine solche bundesweite Demonstration auch erscheint, die Ausgangslage ist zur Zeit einigermaßen unübersichtlich. Nach drei Monaten Debatte ist bis heute nicht wirklich klar, an welchem Ort und an welchem Termin das ganze stattfinden wird.

Für diejenigen, die die Verantwortung für die Umsetzung des Beschlusses der Frühjahrskonferenz übernommen haben, ist das eine denkbar dumme Situation. Man kann nun auf zweierlei Weise mit dieser Situation umgehen. Durchziehen, darauf hoffen, daß im Herbst keine Atomtransporte rollen und die Dinge schon so laufen werden, daß eine große Demo dabei rauskommt, die Initiativen aufspringen und das Ding zum

Erfolg bringen. Klappt das, war alles richtig, gut und wunderbar. Klappt das nicht, blamiert sich zwar die Anti-AKW-Bewegung, aber das dürfte bei den später folgenden Castorblockaden in Gorleben, Ahaus oder wo auch immer wieder vergessen sein. Oder man vergißt die ganze Sache ganz schnell.

Wie es aussieht, wird es einen Mittelweg geben, d.h., das für Ende Mai geplante Bündnistreffen wird von entscheidender Bedeutung sein, ob es diese Demonstration geben wird. Hier muß die Anti-AKW-Bewegung Flagge zeigen und klar machen, ob sie entsprechend ihrer politischen Überzeugungen auch handlungsfähig ist - oder ob sie doch zu einer Anti-Castor-Bewegung geworden ist, die vor allem dann massenhaft aktiv wird, wenn Atomtransporte nach Gorleben und Ahaus rollen.

Beschlüsse? Wozu?

Es muß auch kritisch gefragt werden, welche Bedeutung die bundesweiten Konferenzen für die Anti-AKW-Bewegung überhaupt noch haben. Schon seit längerer Zeit ist zu beobachten, daß hier gefaßte Beschlüsse nicht unbedingt auch als gemeinsame Aufgabe angesehen werden. Eher entwickeln sich diese Konferenzen immer mehr zu einem Sammelsurium von Einzelthemen, deren inhaltliche Klammer zwar alle aufsagen können, die in der Realität aber immer weniger auch praktiziert wird. Obwohl eine satte Mehrheit sich in Heidelberg für eine Demonstration aussprach, scheinen die meisten schlicht davon auszugehen oder zu hoffen, daß es im Herbst zu den ersten Castortransporten unter Rot-Grün kommt. Das nennt sich dann Heimspiel oder Selbstgänger. Denn tatsächlich dürfte dieser erste Atomtransport ohne weiteres zu einem Massenereignis werden.

Doch dann sind vermutlich die politischen Weichenstellungen gelaufen. Der rot-grüne Atomkonsens dürfte eingefahren sein, bzw. die Grünen hätten zugunsten der weiteren Regierungsbeteiligung den von Schröder inzwischen laut angekündigten Ausstieg in 20 - 30 Jahren geschluckt.

Der Versuch, sich jetzt in diese Kontroverse einzumischen, sie durch eine bundesweite Demonstration unabhängig von rollenden Castoren zuzuspitzen, wäre vertan.

Die derzeitige Situation macht durchaus deutlich, daß die Anti-AKW-Bewegung sich in einer gesellschaftlichen Nische einrichtet. Im Bewußtsein, massenhafte Anti-Castor-Aktionen aus dem Handgelenk zu schütteln, glaubt sie, in die gesellschaftlichen Debatten nicht eingreifen, ihre Inhalte und Vorstellungen nicht in die Öffentlichkeit tragen zu müssen.

In den vergangenen Jahren, beim Überwintern in kleinen Gruppen, haben sich viele Inis mit regionalen Spezialthemen befaßt, haben sich angewöhnt, ihre Aktivitäten allein nach örtlichen Möglichkeiten und den eigenen Kräften auszurichten. Lediglich in Gorleben oder Ahaus kam man zusammen und stellte sich quer. Bündnispolitik wird dabei schon seit Jahren nur noch von ganz wenigen betrieben. Die "halb-autonomen" irgendwie linken und oppositionellen, anders leben wollende BIler haben sich meist in einer kleinen Szene eingerichtet. Warum man sich mit Menschen und politischen Vereinigungen, die nicht unmittelbar Anti-AKW-Arbeit leisten und die nicht ähnlich organisiert sind oder aber als linksradikale Gruppe gelten, absabbeln sollte, ist für viele keine Frage: Wer nicht sofort für Sofortausstieg ist, mit dem redet man am besten schon gar nicht mehr!

Natürlich ist das ein überzeichnetes Bild: Diese Gruppen und ihr Umfeld sind es nämlich auch, die erheblich zu den Mobilisierungen in Gorleben und anderswo beitragen, sie sind es, die mit ihren Aktionen den Bullen die Arbeit machen und damit die Massenaufgebote an Grünen hervorrufen. Sie sind es, die irgendwie die Machtfrage stellen. Und sie sind es, die immer wieder betonen, der Widerstand müsse unberechenbar bleiben, nur dadurch sei er für die Gegenseite so gefährlich. Und das ist sogar irgendwie richtig. Doof ist nur, daß diese Unberechenbarkeit auch innerhalb der Anti-AKW-Bewegung immer mehr um sich greift.

Es ist erstaunlich: seit Monaten kritisiert sich die Anti-AKW-Bewegung selbst, indem sie feststellt, daß sie zu sehr zur Anti-Castor-Bewegung geworden ist. Das ist vor allem dann nervig, wenn keine Castortransporte rollen, - denn dann hat man ja nichts zu tun. Wer jedoch glaubte, eine solche Kritik würde in die Richtung zielen, sich wieder stärker auch in die gesellschaftlichen und politischen Kontroversen, wie sie in den vergangenen Monaten jeden Tag in der Zeitung nachzulesen waren, einzumischen, irrte sich.

Im Norden zogen verschiedene Initiativen die Konsequenz, sich von der "Anti-Castor-Bewegung" zur "Anti-UF6-Bewegung, die aber auch Castortransporte blockieren wird, wenn es wieder welche gibt", zu

verändern. Für die, die es nicht wissen: UF6 ist ein Zwischenprodukt bei der Herstellung von frischen Brennelementen bzw. den erforderlichen Uran-Tabletten. Der Widerstand soll, so die Argumentation, nicht erst bei der Entsorgung, (Castor) sondern bereits bei der Versorgung der AKWs mit Brennstoff einsetzen, um so die Atomwirtschaft früher anzugreifen. Die entsprechende Anlage, in der das UF6 verarbeitet wird, steht in Gronau. Zwar ist dieser Gedanke durchaus nachvollziehbar, aber wie man damit unter heutigen Bedingungen eine gesellschaftliche Kontroverse um die weitere Nutzung der Atomenergie entfachen will, ist zumindest dem Autor nicht klar.

Wichtig wäre, heute, hier und jetzt eine Kontroverse um die Inhalte und Ziele der Anti-AKW-Bewegung gegen die Rot-Grünen zu führen, ihnen die Sympathisanten wegzunehmen. Deswegen wäre die bundesweite Demonstration im Herbst so wichtig. Und deswegen ist zu hoffen, daß Ende Mai ein wirklich starkes Treffen zu, stande kommt und die Demo aufs Gleis setzt.

DSe

Für eine bundesweite Demonstration: Konsens ist Nonsens! Das erste Bündnis- und Vorbereitungstreffen findet statt am: 29. Mai 1999, von 12 bis 17 Uhr in Göttingen, DGB Haus (Großer Saal), Obere-Masch-Straße 10. Kontakt: 040-4225203

29. Leukämie am AKW Krümmel. Fehler, kritische Wissenschaft und Politik

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:19

Im November 1998 veröffentlichte die BI gegen Leukämie in der Elbmarsch ein von der Bremer Wissenschaftlerin Inge Schmitz-Feuerhake verfaßtes Papier über Americiumfunde in der Umgebung des AKW Krümmel. Der Atommeiler östlich von Hamburg steht seit nunmehr fast 10 Jahren in dem Verdacht, die Leukämieerkrankungen bei Kindern in der direkten Nachbarschaft ausgelöst zu haben. Seitdem bemühen sich Kritische WissenschaftlerInnen den Beweis anzutreten, daß radioaktive Emissionen aus dem AKW die Ursache für diese Erkrankungen sind.

Immerhin ist das sogenannte Leukämiecluster weltweit herausragend. Nirgends sonst hat es in so kurzer Zeit derart viele Erkrankungen auf einem so kleinen Raum gegeben. Und für die Vermutung, daß diese mit dem seit Ende 1983 in Betrieb befindlichen AKW Krümmel in Zusammenhang stehen könnten, spricht, daß Leukämie um die fünf Jahre braucht, bis sie zum Ausbruch kommt. Tatsächlich traten die ersten Erkrankungen seit 1989 auf. Außerdem sind fast alle Erkrankungen in einem Umkreis von nur fünf Kilometern um das AKW herum erfolgt. Kein Wunder also, daß der Fall für die örtliche Bürgerinitiative klar ist.

Das Papier von Schmitz-Feuerhake über die Americiumfunde war für die BI der ultimative Beweis, daß Krümmel die Leukämien erzeugt hat. Doch die Veröffentlichung der Studie durch die BI löste in der Folge eine fast brutale Debatte aus. Nicht nur aus Kreisen der Atomwirtschaft wurde die Studie auseinandergenommen, auch die Bremer Universitätsleitung und das rot-grüne Energieministerium (MFE) in Schleswig-Holstein, zuständige Aufsichtsbehörde für das AKW Krümmel, zogen heftig gegen Schmitz-Feuerhake zu Felde. Dabei standen nicht nur die Inhalte des Papiers zur Debatte, sondern ganz schnell auch die Person Schmitz-Feuerhake.

Das war mißverständlich

Eine erste (politische) Bewertung der Veröffentlichung von Inge Schmitz-Feuerhake bzw. der BI Leukämie ist in ak - analyse und kritik Nr.421 (Unter Feuer) erschienen.

Gegen alle Kritik haben Schmitz-Feuerhake und die BI gegen Leukämie die in dem Bericht vorgetragenen Thesen, daß es sich bei den Americiumfunden ausschließlich um Reaktorplutonium handeln muß, verteidigt. Eindeutig war damit das AKW Krümmel gemeint. Die Möglichkeit, daß die Funde auch Reste der oberirdischen Atomwaffentests sein könnten, wurde ausdrücklich ausgeschlossen, praktisch sei seinerzeit kein Plutonium (von dem Americium ein Zerfallsprodukt ist) freigesetzt worden, heißt es in dem Papier. Auch Tschernobyl wurde als denkbare Quelle ausgeschlossen. Eben diese eindeutige Festlegung auf Krümmel löste die enorme Schärfe der folgenden Kontroverse aus.

Inzwischen hat Schmitz-Feuerhake der taz-Bremen (6.3.1999) ein Interview gegeben, das die gesamte Debatte noch unübersichtlicher oder absurder macht, - wie man will. Dort relativiert sie an wichtigen Stellen der vorhergehenden Auseinandersetzung ihre Position.

Auf die Frage, daß Schmitz-Feuerhake in ihrem Gutachten davon ausging, daß alles Plutonium aus dem AKW (Krümmel) stammt, sagt sie: "Das war mißverständlich. Es war ein vorläufiges Gutachten, das nicht zur Veröffentlichung gedacht war. Es ist daher unvollständig und teilweise auch unverständlich. Ich hätte sagen müssen, daß Reaktor-Plutonium in der Umgebung von Krümmel auftritt, das nicht aus Tschernobyl oder früheren Waffentests stammen kann. Dafür sprechen eine Menge von Fakten, die ich unvollständig in diesem Bericht dargestellt habe." (taz-Bremen, 6.3.99)

Zuvor hatte sie eingeräumt, daß entgegen den Äußerungen in der Studie die Americium-Funde nicht ausschließlich aus Krümmel stammen können: "Daß das alles aus dem Reaktor kommt, das kann nicht sein, da es noch andere Quellen für Plutonium gibt."

Diese beiden Aussagen haben es in sich. Wenn diese Aussagen ernst gemeint sind, dann stellen sie den gesamten Verlauf der Kontroverse auf den Kopf.

Dazu drängen sich folgende Fragen auf: Wenn eine Veröffentlichung nicht vorgesehen war, warum ist dann doch veröffentlicht worden? Die Studie ist per Presseerklärung der BI Leukämie veröffentlicht worden. Stimmt die Aussage von Schmitz-Feuerhake, dann drängt sich der Verdacht auf, daß die BI diese Veröffentlichung ohne Wissen von Schmitz-Feuerhake vorgenommen hat.

Bereits in ak 421 ist darauf hingewiesen worden, daß es in der BI Leukämie durchaus Leute gibt, die ausreichend Fachkunde besitzen, um auch unter naturwissenschaftlichen Gesichtspunkten eine Bewertung vorzunehmen. Diese hätten dann die Mängel erkennen können. Mindestens aber hätte die BI vor einer Veröffentlichung der Studie mit Schmitz-Feuerhake über diese Absicht sprechen müssen. Dies ist entweder nicht geschehen oder aber Schmitz-Feuerhake hat sich nicht gegen eine Veröffentlichung ausgesprochen. Im ersten Fall hat die BI Leukämie die vollständige Verantwortung für die Veröffentlichung zu übernehmen. Im zweiten Fall würde die Aussage in der taz-Bremen mindestens als Irreführung anzusehen sein. Dies um so mehr, als das Schmitz-Feuerhake nach der Veröffentlichung durch die BI Leukämie sofort auf diesen Fehler hätte hinweisen müssen. Bis zu dem Interview ist die Studie jedoch weitgehend verteidigt worden, sowohl von der BI Leukämie als auch von Schmitz-Feuerhake, ohne daß erhebliche Defizite der Studie eingeräumt wurden.

Angesichts des enormen Echos auf die Veröffentlichung ist dies ein zumindest verblüffender Umgang, der auch innerhalb der atomkritischen Szene nicht hinzunehmen ist!

Politisch bedeutsam ist dies, weil es um die Glaubwürdigkeit der Argumente geht. Schon seit längerer Zeit ist zu beobachten, daß die Umgangsweise mit Vorwürfen gegen das AKW Krümmel einigermaßen leichtfertig stattfindet. Mir geht es nicht darum, daß man den Ruf von Krümmel nicht ruinieren dürfte. Aber der eigene Ruf bzw. die Glaubwürdigkeit der eigenen Politik sollte verdammt ernst genommen werden. Zentrales Problem ist dabei die Aussage, die immer wieder aus BI-Kreisen zu hören ist, daß das AKW eindeutig Verursacher der Leukämie ist.

Ich will mich nicht weiter in die naturwissenschaftliche Debatte einmischen, weil ich davon zu wenig verstehe. Nur ein Beispiel soll genannt werden (ein weiteres ist in ak421, S. 18 nachzulesen): Als in einigen Regenwassermeßstellen in der Umgebung von Krümmel erhöhte Cäsiumwerte festgestellt wurden, vertrat die BI öffentlich sofort die Auffassung, daß diese nur aus dem AKW Krümmel stammen können und daher der Verursacher für die Leukämien nun klar sei. Massiv wurden alle anderen Möglichkeiten zurückgewiesen. Die vom MFE beim (wissenschaftskritischen) Physikerbüro in Auftrag gegebene Überprüfung hat aber diesen Zusammenhang später nicht bestätigt.

Bis heute gibt es keine öffentliche Stellungnahme der BI Leukämie, in der die Überprüfung durch das Physikerbüro bewertet wurde bzw. die BI später feststellte, daß sie sich möglicherweise geirrt haben könnte. Mit anderen Worten: es wird ein eindeutiger Zusammenhang der Leukämiefälle mit Krümmel behauptet, der sich an den Cäsiumfunden festmacht. Dies wird in der Presseöffentlichkeit breit dargelegt. Das Ergebnis einer Überprüfung, das diesen Zusammenhang wissenschaftlich nicht belegen kann, wird jedoch nicht zur Kenntnis genommen bzw. öffentlich nicht kommentiert.

So wird die eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt. Denn wer wird in Zukunft das Geschrei über irgendwelche neuen Funde von irgendwelchen radioaktiven Stoffen in der Umgebung von Krümmel noch ernst nehmen, wenn wiederholt eindeutige Aussagen zur Verantwortung von Krümmel gemacht wurden, wenn aber bei anschließenden Überprüfungen diese Eindeutigkeit nicht zu halten ist oder gar das Gegenteil herauskommt?

Die Politik und Vorgehensweise der BI ist vor diesem Hintergrund zumindest widersprüchlich. Da aber obendrein die BI Leukämie als Bestandteil der Anti-Atom-Bewegung angesehen wird, werfen diese Widersprüche auch die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Anti-AKW-Bewegung auf.

Um es klipp und klar zu sagen: vor diesem Hintergrund ist weder die BI Leukämie noch Schmitz-Feuerhake glaubwürdig. Die Möglichkeit, daß ihnen lediglich plumpe politische Interessen gegen die Atomenergie unterstellt werden können, wird von ihnen (leichtfertig) selbst hergestellt. Noch schlimmer ist, daß kaum eine Auseinandersetzung über dieses gravierende Problem stattfindet.

Entscheidend ist doch, daß Krümmel der Verursacher sein kann. Wenn dies bewiesen werden kann, um so besser. Wenn nicht und wenn auch andere Ursachen nicht gefunden werden, dann bleibt Krümmel als möglicher Verursacher bestehen. Als politische Position reicht die Aussage, daß es Krümmel sein kann, vollkommen aus. Die Behauptung, Krümmel ist es, erfordert jedoch den zweifelsfreien wissenschaftlichen Nachweis.

MFE schießt gegen Schmitz-Feuerhake

Im Februar hat das Kieler Energieministerium per Presseerklärung mitgeteilt, daß sie sich von Schmitz-Feuerhake als Gutachterin trennen will. Nach der Veröffentlichung der Americium-Studie und der darin enthaltenen Mängel habe Kiel an der "wissenschaftlichen Seriösität" erhebliche Zweifel und das "Vertrauen" sei zerstört, hieß es. Die Folge: nach dem Willen auch des grünen Staatssekretärs im Energieministerium, Willi Voigt, soll Schmitz-Feuerhake nicht länger an einer strahlenbiologischen Studie im Auftrag des MFE beteiligt werden. Diese Studie soll die Risiken von Niedrigstrahlung für die Krebsentstehung neu bewerten. Ungeachtet dieser hammerharten Kritik verkündete das MFE außerdem, daß sie eigene Untersuchungen und Messungen vornehmen will und so der Sache weiter nachgehen werde. Zuvor hatte schon die Leitung der Bremer-Uni ein vernichtendes Urteil über die wissenschaftliche Sorgfaltspflicht von Schmitz-Feuerhake gesprochen. Ohne jede Fachkompetenz und ohne jede Anhörung der Beklagten, schloß sich die Leitung den Vorwürfen der Atomwirtschaft und anderer an.

Diese Vorgänge führen nun dazu, daß in kleinerem Kreis von kritischen Forschern an der These gestrickt wird, daß hinter dem brutalen Angriff auf die Person Schmitz-Feuerhake mehr stecken muß. Vor allem den Grünen (in der Regierung in Kiel, aber auch mit Blick auf Bonn / Berlin) wird dabei unterstellt, daß es ihnen um eine Neubestimmung Kritischer Wissenschaft geht. Diejenigen, die sich den Regierungserfordernissen anpassen, werden mit Großaufträgen versorgt, diejenigen, die sich auch unter grüner Regierungsbeteiligung in Bund und Ländern quer stellen und unbeirrt ihre fachliche Kompetenz zum Schutz der Menschen einsetzen, läßt man verhungern. Der Angriff gegen Schmitz-Feuerhake ist also nicht allein gegen eine Person gerichtet, die in der Tat seit mehreren Jahrzehnten intensiv und hartnäckig auf die erheblichen Mängel der bestehenden und den Interessen der Atomwirtschaft dienenden Strahlenschutzregelungen aufmerksam gemacht hat, sondern gegen eine Zunft von WissenschaftlerInnen, die ihre Fahne nicht in den Wind bestimmter Parteiinteressen oder ökonomischer Abhängigkeiten stellen wollen. Da mag eine Menge dran sein. Ganz sicher haben Einrichtungen wie das Öko-Institut, dessen führende Leute seit Jahreswechsel endlich auch den wichtigsten Beratungsgremien der Bundesregierung (Strahlenschutzkommission und Reaktorsicherheitskommission) angehören, deutliche realpolitische Wandlungen erlebt, für die sie auch mit gut bezahlten Aufträgen belohnt werden. An der These ist also ganz sicher was dran und nicht nur die Anti-AKW-Bewegung täte gut daran, endlich mal eine intensive Diskussion über ihre Politik und ihre Gutachter zu führen.

Dumm ist nur, daß diese These in Zusammenhang mit einem Vorgang gestellt wird, in dem es vor Fehlern und Mängeln nur so wimmelt. Es ist doch vollkommen klar, daß eine Studie, die veröffentlicht wird, dem AKW Krümmel die Schuld an den Leukämieerkrankungen gibt und die zuständigen Behörden zum Abschalten auffordert, Gegenreaktion bekommt. Wenn Schmitz-Feuerhake Monate nach der Veröffentlichung der Studie in der taz-Bremen einräumt, daß diese gar nicht zur Veröffentlichung vorgesehen war, daß sie unvollständig und mißverständlich gewesen sei, - ja hatten die Kritiker denn dann nicht Recht? Und wie anders soll sich ein Ministerium verhalten, das mit einer mangelhaften Studie zum Abschalten von Krümmel aufgefordert wird? Spätestens bei einer gerichtlichen Prüfung einer entsprechenden Stillegungsverfügung auf Basis der Schmitz-Feuerhake-Studie wären ihm doch die Mängel von den Richtern (und der Atomwirtschaft) um die Ohren geknallt worden. Logisch, daß die Regierung deutlich macht, warum diese Studie nicht ausreicht.

Nicht wegen, sondern trotz der Veröffentlichung der Studie ist eine Debatte um die Rolle der Gutachter und eine veränderte Politik der Grünen gegenüber den vermeintlich Kritischen Wissenschaftlern nötig.

Hätte nur irgend jemand der direkt Beteiligten unmittelbar nach der unbeabsichtigten, irrtümlichen, versehentlichen oder wie auch immer Veröffentlichung dies klipp und klar, laut und deutlich festgestellt, dann wäre eine vollkommen andere Debatte dabei herausgekommen. Vor allem: Schmitz-Feuerhake hätte niemals derart scharf angegriffen werden können, wie es dann geschehen ist. Entscheidend ist also, daß niemand auf diesen jetzt behaupteten Umstand unmittelbar nach der Veröffentlichung hingewiesen hat.

Die Studie hätte tatsächlich so nicht veröffentlicht werden dürfen, sie hätte in dieser Form nicht einmal das Büro Schmitz-Feuerhake verlassen dürfen. Sie hätte weiter in einem engen Kreis von Mitarbeitern und Kollegen diskutiert und fundiert werden müssen.

Auf sehr diplomatische Weise hat wenige Tage nach der Veröffentlichung der Studie der Münchener Wissenschaftler und direkt an der Ursachenforschung beteiligte Roland Scholz die Mängel der Studie eingeräumt. Als Verteidigungslinie hat er darauf hingewiesen, welchen wissenschaftlichen Unsinn Mitglieder der Strahlenschutzkommission (SSK) etc. öffentlich behaupten, ohne daß dies Konsequenzen für diese hatte: "Was alles können sich die Apologeten der Atomenergie-Nutzung leisten, ohne daß ihre unsinnigen Behauptungen und intellektuellen Fehlleistungen von den Medien aufgespießt werden und ohne daß ein Minister sie flugs zum Rapport einbestellt?" fragt Scholz (aaa, Nr. 97, S. 43)

Weiter hinten in der Stellungnahme räumt er ein: "Zugegeben, die bisherigen Befunde sind noch nicht beweiskräftig genug, um sicher sagen zu können, es handele sich um Emissionen aus dem nahen AKW und nicht um das Erbe aus den verbrecherischen Atomwaffenversuchen der 50er Jahre." Mit anderen Worten: Scholz baut eine Verteidigungslinie, in der er im Grunde einräumt, daß die Studie mangelhaft ist. Er beklagt im wesentlichen, daß eine Kritische Wissenschaftlerin für mangelhafte Studien zur Sau gemacht wird, Mitglieder der Atomlobby aber nicht.

Damit angesichts dieser massiven Kritik nicht ein falscher Eindruck aufkommt: Krümmel kommt als Verursacher der Leukämie weiter in Frage. Ob Krümmel verantwortlich ist, kann ich nicht sagen. Verschiedene Hinweise, wie z.B. die räumliche und zeitliche Verteilung der Leukämieerkrankungen deuten auf das AKW. Und daß radioaktive Strahlung Leukämie auslösen kann, ist in jedem Lehrbuch nachzulesen. Und klar ist auch: Solange nicht sicher auszuschließen ist, daß Krümmel und die GKSS verantwortlich sein können, gehören solche Anlagen abgeschaltet. Auf dieser Basis sollte die BI arbeiten und von hier aus eine politische Mobilisierung angehen. Nicht immer noch mehr Gutachter und Studien und das Warten auf deren Ergebnisse hilft weiter, sondern eine politische Mobilisierung, die von den politischen Entscheidungsträgern verlangt, im Zweifelsfall abzuschalten. Den Betroffenen und BürgerInnen vor Ort und in der Region muß deutlich gemacht werden, daß sich die Politik hinter der Wissenschaft versteckt, daß sie damit möglicherweise das Fortbestehen einer Strahlengefahr duldet, die möglicherweise auch weitere Erkrankungen auslösen könnte. Nicht wissenschaftliche Argumente führen zu einer Stillegung von Krümmel oder anderen Atomanlagen, sondern politische Mobilisierung der Menschen. Hieran sollte vor Ort gearbeitet werden, das wäre ein echtes Betätigungsfeld, an dem die BI bislang viel zu wenig gearbeitet hat. Es müßte sich nur entschieden werden, endlich Politik zu machen!

DSe

30. Der Esel und der Elefant. Testlauf der großen Tiere - Italiens animalischer Europawahlkampf

Testlauf der großen Tiere - Italiens animalischer Europa-Wahlkampf

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:07

Parteienwerbung im Wandel der Zeiten: Bäume sind out - jetzt kommen die Tiere! Nach der linksdemokratischen Eiche und dem Olivenbaum des Mitte-Links-Bündnisses Ulivo versuchen es Italiens Partei- und Listengründer derzeit mit Vierbeinern als Sympathieträgern. Dazu zählt, neben Kuh und Löwe, auch der hierzulande als dumm und störrisch verschriene Esel der neuen Partei "Die Demokraten" von Romano Prodi und Antonio Di Pietro. Der Elefant wird für besonders üble Zwecke mißbraucht. Er soll eine gemeinsame Liste von Neofaschisten und rechten Christdemokraten zum Erfolg bei den EU-Wahlen führen. Ein gutes Abschneiden des Esels wie des Elefanten würde eine weitere Umgestaltung der italienischen Parteienlandschaft zur Folge haben.

Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien hat auch in Italien alle anderen politischen Themen in den Hintergrund gedrängt. Der regierenden Mitte-Links-Koalition unter Massimo D'Alema (Linksdemokraten - DS) kann das nur recht sein, zumal ihre Mehrheit derzeit nicht gefährdet ist. Nach dem "pazifistischen" Intermezzo der mitregierenden Comunisti italiani (vgl. ak 425) ist der Burgfrieden wiederhergestellt. Die rechten Unruhestifter innerhalb der Regierungsmehrheit, Francesco Cossigas Christdemokraten von der UDR, haben sich gespalten. Und die Opposition um Berlusconi (Forza Italia) und Fini (Alleanza Nazionale) nörgelt zwar an der angeblichen Zerstrittenheit der Koalition herum, steht aber treu zum "nationalen Interesse": Italiens Beitrag zur "humanitären Intervention" in Jugoslawien.

In Kriegszeiten verschwinden auch solche Themen von den Titelseiten, die unter normalen Umständen zu Schicksalsfragen hochgeredet werden: Am 18. April scheiterte das Referendum zur Änderung des italienischen Wahlrechts, weil das Quorum von 50 Prozent Stimmbeteiligung knapp verfehlt wurde. Da nützte es auch nichts, daß von den 49,6 Prozent Abstimmenden 91,5 Prozent mit Ja stimmten - ja zur völligen Abschaffung des Verhältniswahlrechts.

Der Traum von klaren Mehrheitsverhältnissen

Das derzeit gültige Wahlverfahren ist ziemlich unübersichtlich: Drei Viertel der Mandate für die Abgeordnetenkammer (camera dei deputati) erhalten die siegreichen Wahlkreiskandidaten, die in der Regel von breiten Bündnissen gestützt werden; das verbleibende Viertel wird proportional unter die konkurrierenden Listen aufgeteilt (es gilt eine Vier-Prozent-Klausel). Die Mitglieder des Senats, der zweiten Kammer des Parlaments, werden nach reinem Mehrheitswahlrecht bestimmt. Diese Regelungen gelten erst seit den Wahlen von 1994. Beschlossen wurden sie in Folge eines Referendums, bei dem sich im April 1993 82 Prozent für die Abschaffung des Verhältniswahlrechts bei der Senatswahl aussprachen. Die deutliche Mehrheit und die hohe Stimmbeteiligung von 77 Prozent waren Ergebnis einer intensiven Kampagne, in der wahre Wunderdinge versprochen wurden. Mit der Aufsplitterung des Parlaments in etliche Fraktionen und Grüppchen sollte Schluß sein; statt dessen würden sich ein linkes und ein rechtes Lager herausbilden. Dieser bipolarismo mit klaren Mehrheitsverhältnissen aber würde das Land endlich "regierbar" machen.

Bei den ersten Wahlen, die nach diesen Regeln durchgeführt wurden, siegte im März 1994 bekanntlich Berlusconis Rechtsblock, der allerdings schon ein Dreivierteljahr später am Ende war. Die vorgezogenen Neuwahlen im April 1996 brachten den Sieg des Mitte-Links-Bündnisses Ulivo unter Romano Prodi. Anders als zwei Jahre zuvor hatten es die Linken diesmal verstanden, mit der christdemokratischen Mitte solide Absprachen über sichere Wahlkreiskandidaten zu treffen. Einziger Schönheitsfehler: In absoluten Zahlen lag der Rechtsblock vorn.

Allen Versprechungen zum Trotz hat das 1993 eingeführte Wahlsystem weder klare Mehrheitsverhältnisse noch stabile Regierungen gebracht. Der "Regierbarkeit" des Landes tut das keinen Abbruch. Im übrigen war Italien auch in den 45 Jahren christdemokratischer Herrschaft (von rechten Putschversuchen abgesehen) politisch stabil, auch wenn immer mal wieder die Regierungen umgebildet und vorgezogene Neuwahlen veranstaltet wurden. Unter dem Druck der europäischen Einigung wird auch diese harmlose italienische

Extra-vaganz offensichtlich zum Handicap. Der amtierende Ministerpräsident Massimo D'Alema ist der vierte Regierungschef innerhalb von fünf Jahren, und im Parlament tummeln sich schätzungsweise 40 Parteien in acht Fraktionen. Die gemischte Fraktion (gruppo misto) ist die drittstärkste; ihr gehören mindestens sieben Parteien und etliche Einzelpersonen an. Das sei so, weil die Wahlrechtsreform von 1993 auf halbem Wege stehen geblieben ist, argumentieren die Betreiber des jetzt gescheiterten Referendums.

Ihre Bewegung steht in der Tradition jener "Neuerer", die seit mehr als zehn Jahren die Reform der Institutionen betreiben. Eine Basisbewegung ist das nicht gerade. Wie schon Anfang der 90er Jahre steht an ihrer Spitze der ehemalige Christdemokrat Mario Segni, der dem Rechtsblock ein "liberaldemokratisches Element" hinzufügen möchte. Segnis Partner an der Spitze der Referendumsbewegung ist der ehemalige Korruptionsermittler Antonio Di Pietro, der kürzlich mit Romano Prodi die Partei der "Demokraten" gegründet hat. Weitere Prominente im nationalen Komitee für das Referendum sind Achille Occhetto (der als PCI-Sekretär die Umwandlung des PCI in den PDS durchsetzte) und der ehemalige Präsident des Unternehmerverbandes Confindustria, Luigi Abete. Bei den Fototerminen für die Macher des Referendums drängelten sich außerdem die Herren Gianfranco Fini und Romano Prodi in den Vordergrund.

Auch wenn dieser politisch und persönlich zerstrittene Verein nun eine Niederlage hinnehmen mußte, haben die Gegner des Referendums, die zumindest Reste des Verhältniswahlrecht bewahren wollen, dennoch nicht unbedingt einen Sieg errungen. Das Votum des 18. April bringt den kleineren Parteien nur einen Aufschub: Die Wahlrechtsreform zu ihren Lasten kommt bestimmt; alle vorgeschlagenen Modelle zwingen die kleinen Parteien mehr noch als bisher in rein arithmetisch begründete Bündnisse mit den großen. Bei reiner Verhältniswahl müßten sie ihre Eigenständigkeit vollends aufgeben.

Die Linksdemokraten wollen um der "Regierbarkeit" willen einen zweiten Wahlgang einführen, bei dem die zwei oder drei stärksten Wahlkreiskandidaten gegeneinander antreten. Der Vorschlag von Reformminister Giuliano Amato (Ex-PSI) wiederum reduziert die per Verhältniswahl zu vergebenden Mandate auf 10 Prozent; dafür soll die stärkste Fraktion einen Bonus zusätzlicher Sitze erhalten. Einen Bonus sieht auch die Gesetzesinitiative des Christdemokraten Dario Franceschini (PPI) vor, die allerdings mit einem Wahlgang auskommt: Danach würden dem Wahlbündnis, das mehr als 40 Prozent der Stimmen erhält, bis zu 55 Prozent der Sitze zufallen!

Das demokratischste aller Modelle, die derzeit in Italien diskutiert werden, ist ausgerechnet das deutsche - reines Verhältniswahlrecht mit 5-Prozent-Klausel. Unterstützt wird es nicht nur von der Lega Nord, sondern auch von Fausto Bertinottis Rifondazione Comunista (RC).

Rückspiel am 13. Juni - Di Pietros Revanche?

Während die kleinen Parteien ihren "Sieg" feierten, zankten sich die starken Männer: Segni machte Berlusconi für die Niederlage verantwortlich, und D'Alema fand, Di Pietro sei schuld daran. Letzterer wiederum kündigte für den 13. Juni die Revanche an. Bei den Europawahlen würden viele der 21 Millionen Ja-WählerInnen seiner neuen Partei der "Demokraten" die Stimme geben. Vor allem wegen dieser Neugründung, die unter dem Listennamen Democratici in Europa con Prodi antritt, werden die Europawahlen in Italien mit besonderer Spannung erwartet. An der Spitze der Partei stehen Antonio Di Pietro und Romano Prodi, einen Schritt dahinter die Bürgermeister von Rom und Venedig, Francesco Rutelli und Massimo Cacciari, sowie weitere Bürgermeister von mittlerweile sprichwörtlichen "hundert Städten".

Prodi wird zwar nicht müde zu beteuern, seine "Demokraten" sollten das strapazierte Mitte-Links-Bündnis Ulivo wiederbeleben helfen; nichtsdestotrotz wetteifern sie mit den anderen Parteien eben dieses Ulivo: vor allem mit den Linksdemokraten (DS) und der christdemokratischen Volkspartei (PPI). Prodis Nachfolger als Ministerpräsident, sein Konkurrent und Bündnispartner in einer Person, Massimo D'Alema (DS), charakterisiert das Ziel des Unternehmens treffend: "Prodis Projekt ist eine moderate Hegemonie über die Linke, das Projekt einer Welt von Technokraten, die der alten Christdemokratie nahe standen. Das Modell, das ihn inspiriert, scheint mir das ursprüngliche Modell von Forza Italia zu sein - eine Partei, die gegen die Parteien entsteht."

Seitdem Prodi auf den Posten des Präsidenten der EU-Kommission weggelobt wurde (maßgeblich beteiligt war Massimo D'Alema), paßt sich auch die Rhetorik der "Demokraten" ihrem strategischen Ziel immer mehr an. Denn allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz ist Antonio Di Pietro nunmehr alleiniger Parteiführer. Als ermittelnder Staatsanwalt in zahllosen Korruptionsfällen hat er sich bleibenden Ruhm erworben. Seit er im

November 1996 zurücktrat, um in die Politik zu gehen, hat er den Neofaschisten Gianfranco Fini als populärsten Politiker Italiens abgelöst - ein "Unbestechlicher", der Berlusconi widerstand, der in bisher acht politisch motivierten Prozessen freigesprochen wurde - aber auch ein Demagoge mit Hang zum Größenwahn. Leitmotiv seiner Reden ist die Agitation gegen "die Parteien", ein Populismus, der den DS-Vorsitzenden Walter Veltroni an die kurzlebige und rechtslastige "Jedermann-Bewegung" (Fronte dell'uomo qualunque) der 40er Jahre erinnert.

Dabei ist die Gründung der "Demokraten" auch ein weiterer Beweis für die Lebenskraft der alten Democrazia Cristiana (DC) und die Anhänglichkeit ihrer Wählerinnen und Wähler; erste Umfrage-Ergeb- nisse ergaben bis zu 17 Prozent Unterstützung für die Partei mit dem Esel. Die ist durchaus verdient, wenn man das breitgefächerte Angebot der "Demokraten" in Rechnung stellt: Prodis Prestige als Mann, der "Italien nach Europa führte" (und dafür zum obersten Europäer befördert wurde); Di Pietros (wenn auch ambivalentes) Saubermann-Image; der Reiz des Neuen, das gleichzeitig Kontinuität bedeutet; das Treuebekenntnis zum Ulivo, für dessen aktuelle Regierungspolitik inclusive Kriegsbeteiligung man dennoch nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Zweifrontenkrieg auf

dem Rücken des Elefanten

Aber nicht nur für das Mitte-Links-Lager wird der 13. Juni zu einem aufschlußreichen, wenn nicht einschneidenden Datum. Auch innerhalb der Rechten wird das politische Gewicht der beteiligten Parteien und Personen neu austariert. Zwar gibt es aus diesem alles andere als homogenen Lager keine Parteigründung zu vermelden, wohl aber ein neues Bündnis, das sich zur Palastrevolte gegen den bisherigen Chef ausweiten könnte: Referendums-Promoter Segni sucht den Schulterschluß mit Fini, um Berlusconi loszuwerden.

Nach dem "historischen" Wahlsieg des Mitte-Links-Bündnisses stand in dieser Zeitung zu lesen, der geschlagene Berlusconi werde "den Rechtsblock nicht noch einmal als Spitzenkandidat anführen." (ak 390, Mai 1996) Heute scheint das nicht mehr so sicher. Einstweilen benimmt er sich wie manche Führer der Democrazia Cristiana in den Zeiten christdemokratischer Hegemonie: Unpopulär bis verhaßt, blieben sie dennoch oben, weil sie die stärkste Partei repräsentierten. Genauso verhält sich auch Berlusconi, der Oppositionsführer bleibt, obwohl er dem rechten Projekt damit erkennbaren Schaden zufügt. Das nun von Segni und Fini geschlossene Bündnis im Zeichen des Elefanten könnte, wenn es Erfolg hat, den Weg frei machen für einen neuen Führer des rechten Pols. Fini forderte schon interne Vorwahlen (primarie) nach US-amerikanischem Vorbild.

Natürlich erwartet er sich davon den persönlichen Durchbruch vom ewigen Juniorpartner des großen Unternehmer-Politikers zum alleinigen Führer des Rechtsblocks. Damit wäre er nicht nur Spitzenkandidat bei den Parlamentswahlen 2001, sondern unter Umständen auch zu Höherem berufen. Nach wie vor basteln Politiker beider Lager nicht nur an einer undemokratischen Wahlrechtsreform, sondern auch an der autoritären Umgestaltung der gesamten Verfassung, hin zu einem Präsidialsystem nach französischem Vorbild. Für den Posten des mit neuen Vollmachten ausgestatteten Staatspräsidenten (der heute, ähnlich dem deutschen Bundespräsidenten, vor allem den Staat nach außen repräsentiert) halten sich sämtliche starken Männer der italienischen Politik bereit. Kurz vor der Wahl des Staatspräsidenten, die nach den alten Regeln verläuft, geht es wie gewohnt chaotisch zu. Klare Favoriten gibt es nicht, und schon wird die Variante diskutiert, den amtierenden Präsidenten Oscar Luigi Scalfaro, einen ehemaligen Christdemokraten, als Zwischenlösung (für zwei oder drei Jahre) wiederzuwählen, um dann - nach der großen Verfassungsreform - einen neuen Mann auf den Thron zu heben, womöglich in direkter Wahl. Vor diesem Hintergrund erhält der Streit innerhalb des rechten Lagers besonderes Gewicht.

Mario Segni wäre im übrigen - ebenso wie Berlusconi - nur bedingt als kleineres Übel zu bezeichnen, sollte er denn neuer Anführer des rechten Lagers werden (was ziemlich unwahrscheinlich ist). In einem Interview mit dem Wochenmagazin L'Espresso (15.4.) bemühte er den Krieg gegen Jugoslawien als Argument für das Mehrheitswahlrecht. Segni träumt von einem beinharten Kriegskabinett, aber statt "nationalem Zusammenhalt" sieht er "in der gegenwärtigen Krise" nur eine "lebensgefährliche Spaltung innerhalb der Regierungsmehrheit". Diese Klage enthält zwar eine grob verfälschende Darstellung der wirklichen Verhältnisse; in einer Hinsicht

jedoch ist sie erhellend - sie offenbart Segnis anti-demokratische Einstellung: In Krisenzeiten habe jegliche Kritik an der Regierung zu verstummen.

Js.

31. So offen wie noch nie. Frankreichs KP versucht es bei der EU-Wahl mit Pluralismus

Frankreichs KP versucht es bei der Europawahl mit Pluralismus

Autor: Bernhard Schmid, Paris · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:05

Seit dem 18. März sind Hammer und Sichel vom Titel der traditionsreichen Zeitung des Parti communiste francais (PCF), L'Humanité, verschwunden. Sie trägt nennt sich auch nicht länger "Zeitung (bzw. vor 1994: Zentralorgan) der Französischen Kommunistischen Partei". Ebenfalls geändert wurden Format und Lay-out. Gut einen Monat lang hatte L'Humanité diesen Neuerungen täglich mindestens drei Seiten gewidmet. Prominente aus der linken Intelligenzia und der Kulturwelt, Gewerkschafter und Persönlichkeiten aus dem Umfeld der KP hatten jeder auf seine Art unterstrichen, wie wichtig die Rolle der "neuen Humanité" sei.

Ihr Erscheinen wurde im Grand Stade de France - dem für die Fußball-WM im Vorjahr entstandenen Monumentalstadion - mit einer großen Feier begangen. Was vom PCF wie ein gesellschaftliches Großereignis vorbereitet wurde, war in Wirklichkeit nüchternen Realitäten geschuldet: L'Humanité, die - wie alle Zeitungen mit geringen Werbeeinnahmen - Recht auf staatliche Zuschußfinanzierung hat, schreibt mit rund 5 Millionen DM jährlichem Defizit chronisch rote Zahlen. Im Herbst 1998 war man daher überein gekommen, die neben der Tageszeitung erscheinende Wochenausgabe L'Humanité Hebdo in eine bloße Samstagsbeilage der Tageszeitung umzuwandeln - obwohl die Wochenzeitschrift - bereits vor anderthalb Jahren mit einer redaktionellen Autonomie gegenüber der Partei ausgestattet - selbst keine Verluste einfährt. Die damit verbundenen 40 Entlassungen führten - eine historische Premiere - zu Arbeitskampfmaßnahmen innerhalb des KP-Presseapparats.

Auch die französische KP setzt derzeit darauf, durch freundliche Formgestaltung massive innere Probleme zu überspielen. Wichtigstes Symptom dafür ist die Liste des PCF zu den Europaparlamentswahlen, die zwischen Mitte Februar und Mitte März in zwei Anläufen vorgestellt wurde. Sie gehorcht dem Prinzip der "doppelten Parität"; das bedeutet: je 50 Prozent Männer und Frauen, je 50 Prozent kommunistische und nicht-kommunistische KandidatInnen. Von PCF-Sekretär Robert Hue wird sie daher als Ausgeburt der "Offenheit" und der Öffnung zur "Zivilgesellschaft" präsentiert, als "Liste der sozialen Bewegungen", welche die Trennung zwischen letzteren und der Politik aufhebe.

Zu den prominentesten Nicht-KP-KandidatInnen, die bereits im Februar vorgestellt wurden, zählen die bisherige "interministerielle Beauftragte zur Gleichstellung der Frauen" der Jospin-Regierung, Geneviève Fraisse, und der frühere Chef der regierungsnahen Antirassismusgruppe SOS Racisme, Fodé Sylla, dessen Nähe zum linken Flügel der Sozialdemokratie ein offenes Geheimnis ist (sein Vorgänger Harlem Désir ist mittlerweile "nationaler Sekretär" des Parti Socialiste). Hinzu kommt der - mittlerweile sozialliberale - ehemalige Chefökonom der KP der Ära George Marchais, Philippe Herzog, der bereits dem Europaparlament angehört und 1989 als Spitzenkandidat die Liste der französischen KP anführte. Herzog trat auf dem letzten Parteitag im Dezember 1998 mit der Begründung aus der KP aus, diese vertrete nicht genügend die Interessen der Unternehmen, angesichts der "Wettbewerbszwänge", denen sie unterlägen. Heute ist er informeller Berater von Premierminister Jospin.

Auffällig war also, daß nahezu alle von der KP präsentierten und hochgelobten Repräsentanten der "Zivilgesellschaft" mehr oder minder prominente Vertreter sozialdemokratischer Politik sind. Ähnliches gilt für weitere Kandidaten wie Roger Hanin (ein Vertrauter von Ex-Präsident Mitterrand) oder Pierre Bergé (Direktor des Unternehmens Yves Saint-Laurent), der 1995 zur Wahl des gaullistischen Präsidentschaftskandidaten Chirac aufgerufen hatte.

Im zweiten Anlauf, anläßlich der Vorstellung der Gesamtliste am 13. März 99, hat die KP nach links hin nachgebessert. Man findet etwa die prominenten Gewerkschafter Michel Deschamps (bis zur Ankündigung seiner Kandidatur amtierte er als Chef der linken und teilweise KP-nahen Lehrergewerkschaft FSU; er vertraute am 15. März 99 Libération an: "Ich persönlich hätte auch auf der Liste der Sozialistischen Partei kandidieren können") und Denis Cohen von der CGT Energie, was dort zu erheblichen Spannungen, bis in die Organisationsspitzen hinein, geführt hat. Denn die Führung um Cohen hatte eine Mobilisierung gegen das neue Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie bezüglich der Öffnung des Strommarkts für europaweite private

Konkurrenz blockiert. Dies, um der Linksregierung den Rücken freizuhalten und statt dessen lieber zu versuchen, zusammen mit der KP-Fraktion geringfügige Nachbesserungen am Gesetzentwurf anzubringen (so bleiben die relativ hohen Subventionen des öffentlichen Unternehmens EDF für das Kultur- und Sozialbudget seines Betriebsrats erhalten).

Mit dem deutschen IG Metall-Mitglied Helga Amail Schröder findet sich eine weitere Gewerkschafterin aus einem anderen EU-Land. Die Arbeitslosenaktivisten Francois Desanti (CGT-Erwerbslosenkomitee) und Malika Zediri (von der KP-nahen Erwerbslosengruppe Apeis) und die italienische Vertreterin der Homosexuellen-Bewegung, Michaela Frigolini, sollen weitere Anbindungen an die sozialen Bewegungen garantieren. So entstand eine Liste, die gegensätzliche politische Orientierungen gleichzeitig zu verkörpern sucht und nach Bekunden von Spitzenkandidat Robert Hue "weder für noch gegen die Regierung eintritt". Um die Unabhängigkeit vom PCF zu betonen, wählte man die Eigenbezeichnung "die von Robert Hue und Geneviève Fraisse geführte Liste". In einer ihrer ersten Erklärungen forderte sie die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen an jene rund 60.000 Sans-papiers ("illegale Immigranten"), die bei der "Legalisierungs"operation vom letzten Jahr abgewiesen wurden.

Die Positionierung als beste Garantin ebenso feministischer wie antirassistischer Positionen wurde jedoch von aktiven Unterstützern der Sans-papiers teilweise deutlich zurückgewiesen. Diese erinnerten daran, daß Fodé Sylla, Kandidat auf Platz 5 der Liste, die Sans-papiers-Bewegung vor zwei Jahren auf ihrem Höhepunkt als "von radikalen Politaktivisten manipuliert" bezeichnete und daß er für die Unterordnung des Rechts auf Einwanderung unter jährlich festzulegende Quoten eintritt. Positive Unterstützung hingegen hatte die Sans-papiers-Bewegung seinerzeit von anderen jetzigen KandidatInnen auf der PCF-Liste erhalten, namentlich von der linksalternativen Aktivistin Aline Pailler, die bereits 1994 als parteilose Bewerberin auf der damaligen PCF-Liste ins Europaparlament gewählte wurde.

"Je weniger Kommunisten desto besser"

"Um links zu regieren, muß man zuhören können", erklärten unterdessen die ersten PCF-Plakate, die Fotos von sozialen Protesten und Sans-papiers-Demonstrationen zierten; damit wird geschickt die Unterstützung sozialer Bewegungen und die Regierungsbeteiligung auf einen vermeintlich gemeinsamen Nenner gebracht. Andere Plakate warben: "Offene Partei sucht freimütige Geister".

Nicht alle sind jedoch von der neuen "Offenheit" der lange Zeit als monolithischer Block auftretenden KP begeistert. Für viele ist die Rezeptur "Coco light" (Coco ist ein französischer Kosename für Kommunisten) nur ein Synonym dafür, daß der KP ihre früher vermeintlich in eherne "historische Gesetze" eingeschriebene Orientierung seit dem Fall der Mauer sowie dem offenkundigen Scheitern ihrer einstigen Konzepte des "parlamentarischen Wegs zum Sozialismus" weitgehend abhanden gekommen ist. Die Regierungsbeteiligung und die damit verbundenen Anpassungszwänge an "wirtschaftliche Realitäten" und machtpolitische Rahmenbedingungen tragen derzeit das Ihre zur Desorientierung der Parteibasis bei.

"Ich werde Ihnen etwas sagen: Je weniger Kommunisten es in der Kommunistischen Partei gibt, desto besser ist es für die Partei". Dies ließ die freche Polit-Puppensendung des Privatsenders Canal Plus, Les guignols de l'info ("Die Nachrichten-Kasperl") die Puppe Robert Hues sagen. Das war eine Anspielung auf Hues jüngsten, betont "konstruktiven" Diskurs: Im Interview mit der Wirtschaftszeitung La Tribune hatte er betont, die Kommunisten seien "keine Gegner des Marktes", sondern wollten ihn lediglich "in den Dienst der menschlichen Bedürfnisse und nicht der Profite einer privilegierten Minderheit stellen". Die Puppe durfte hinzusetzen : "Der Markt? Das ist doch nicht schlecht an sich, wenn er nur richtig betrieben wird. Die Unternehmer? Die sind doch nicht schlecht an sich, und viele Unternehmer sind ja ehemalige Arbeiter (...) Die Arbeiter? Ach ja - für die wird schon immer was abfallen." Befragt nach dem Abschneiden der Offenen Liste bei den Europaparlamentswahlen, antwortete der Puppen-Hue: "Diesbezüglich vertraue ich auf Gott. Wissen Sie, Gott ist doch nichts Schlechtes, wenn es nur richtig betrieben wird."

Auch ohne göttliche Hilfe könnten die EU-Wahlen für die KP, die einen jährlichen Mitgliederverlust von 3 bis 4 Prozent zu verkraften hat, trotz aller Eiertänze positiv oder zumindest glimpflich ausgehen. Denn voraussichtlich wird der PCF eine Reihe enttäuschter sozialdemokratischer Wählerinnen und Wähler auffangen können, die sich ein bißchen mehr sozialen "Nachdruck" hinter der Regierungspolitik wünschen, ohne daß sie mit der Regierungskoalition brechen wollen.

Bernhard Schmid, Paris

32. Griechenland nach der "Öcalan"-Affäre. FluchthelferInnen des PKK-Chefs wegen Landesverrat angeklagt

Autor: Radio Klassenkampf · Rubrik: PKK; Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:36

Am 31. Mai soll der Prozeß gegen PKK-Chef Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali beginnen. Öcalan wird vom türkischen Staatssicherheitsgericht wegen Hochverrats angeklagt, die Staatsanwaltschaft fordert die Todesstrafe. Die Anwälte Öcalans haben berichtet, daß sie nach dem letzten Gerichtstermin Ende April von der Polizei verprügelt wurden. Angesichts dieser Ereignisse erwägen Öcalans Verteidiger jetzt, sich von dem Fall zurückzuziehen. Unabhängige internationale ProzeßbeobachterInnen sollen zu den Verhandlungen erst gar nicht zugelassen werden. Den Prozeßbeginn nehmen wir zum Anlaß, einen Artikel zu den Umständen der Verschleppung Öcalans und der Rolle Griechenlands zu veröffentlichen. Er wurde am 6. April als Beitrag der Redaktion Radio Klassenkampf im Hamburger freien Radio FSK gesendet.

Nach der Verschleppung Öcalans in die Türkei wurde viel über die Hintergründe der Entführung spekuliert. Unter anderem stellte sich die Frage, wie der PKK-Führer in die griechische Botschaft nach Kenia gelangt war. Griechenland schien sich anders verhalten zu haben, als es sonstige NATO- und EU-Staaten getan hätten und haben - Öcalan konnte mit Unterstützung aus dem Staatsapparat nach Griechenland einreisen und von dort aus zur griechischen Botschaft nach Nairobi gelangen. Die staatliche Hilfe währte jedoch nicht lange. Nach einem kurzen Aufenthalt in Nairobi unter griechischem Schutz mußte Öcalan auf Druck des griechischen Staatschefs die Botschaft verlassen und wurde mit Hilfe türkischer, kenianischer und US-amerikanischer Behörden in die Türkei verschleppt.

Das widersprüchliche Verhalten Griechenlands im Umgang mit dem PKK-Chef ist unter anderem in den innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu suchen. Zum einen eifert die regierende Panhellenische Sozialistische Partei (PASOK) unter ihrem Vorsitzenden und Staatschef Kosta Simitis den sozialdemokratischen Technokraten und Deregulierungsmodernisierern Tony Blair und Gerhard Schröder nach. Zum anderen beeinflussen noch heute sozialistische Impulse und politische Prinzipien aus dem antifaschistischen Kampf gegen die Nazis und gegen die Militärdiktatur der Obristen (1967 bis 1974) die gesellschaftliche Realität Griechenlands. Diese Position deckt sich mit dem linksnationalistischen Flügel der PASOK.

Die Beteiligung Griechenlands an der Verschleppung Öcalans löste in dem Mittelmeerstaat eine Regierungskrise aus, in deren Folge drei hohe Regierungsmitglieder zurücktreten mußten: Außenminister Pangalos, Innenminister Papadopoulos und der Geheimdienstminister Petselnikos wurden für den Erhalt der sozialistischen PASOK-Regierung geopfert. Die Oppositionsparteien von den Kommunisten bis hin zu nationalistischen Gruppen hatten schon den Rücktritt des Regierungschefs gefordert, allerdings aus unterschiedlichen Motiven. Während die nationalistischen Reaktionäre Öcalans Auslieferung kritisierten, weil damit der Türkei ein Gefallen getan wurde und sie den PKK-Führer unterstützen, weil für sie gilt - der Feind meines Feindes ist mein Freund -, dürften die Solidaritätskonzerte, Demonstrationen und Besetzungen von Parteibüros und der Akropolis nach der Verschleppung des PKK-Führers von solidarischem Internationalismus getragen worden sein. Sogar der "Verband der Griechischen Gemeinden in Deutschland" kritisierte die Verwicklung der griechischen Regierung in die Verhaftung Öcalans: "Wir bringen unsere große Trauer über dieses tragische Ereignis zum Ausdruck, das zur Festnahme von Öcalan ... geführt hat und rufen alle Griechischen Gemeinden und Griechen in Deutschland auf, sich mit dem langjährigen Kampf der Kurden für Freiheit und Selbstbestimmung zu solidarisieren... Wir prangern die 'neue internationale Ordnung' und die Haltung der meisten Staaten an, die den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes nicht anerkennen wollen."

17 vermeintliche HelferInnen des PKK-Vorsitzenden werden jetzt von der griechischen Justiz wegen "Landesverrats" bzw. "Verletzung des internationalen Friedens" angeklagt. Darunter sind der Besitzer und das Flugpersonal des Flugzeugs, das Öcalan in die griechische Hauptstadt brachte, der Verantwortliche für den VIP-Raum am Athener Flughafen, in den Öcalan sofort nach seiner Einreise geschleust wurde sowie der

Ex-Geheimdienstchef. Zu der Gruppe der Angeklagten gehört auch der pensionierte Marineoffizier Naxaxis, mit dessen Hilfe Öcalan ins Land gekommen sein soll. Der ehemalige Marinekapitän widersetzte sich seinerzeit dem Militärputsch 1967, indem er beim Antreten seiner Soldaten die Musik von Mikis Theodorakis abspielte. Danach mußte er nach Italien ins Exil flüchten. Als die Obristen 1974 zu Fall gebracht waren, konnte die PASOK nach einem Proporzsystem einige Generale in die Armee reintegrieren. So auch Naxaxis, der in den Admiralsrang erhoben wurde, eine Blitzkarriere machen konnte und schließlich in den Jahren 1982 bis 1984 als Vertreter der griechischen Armee im NATO-Hauptquartier in Brüssel saß. Sein antifaschistisches Bewußtsein scheint er dabei nicht verloren zu haben: Bei der Verhaftung eines ehemaligen Militanten des bewaffneten Kampfes aus Deutschland, Rolf Pohle, unterstützte er die breiten Proteste der griechischen Bevölkerung gegen die Auslieferung an die BRD.

Das Engagement des Marineoffiziers für Öcalan ist Ausdruck seiner solidarischen Haltung gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf. In einem Film der ARD sagte Naxaxis, "daß man den Führer eines 25-Millionen-Volkes nicht wie eine Kiste geschmuggelter Zigaretten behandeln und irgendwo aussetzen dürfe, und daß er statt dessen versucht habe, der Würde und dem international verbrieftem Recht des kurdischen Volkes, in Person ihres Führers Abdullah Öcalan, die Tür zu Verhandlungen zu öffnen."

Unter den Angeklagten befindet sich auch der Ex-Verkehrsminister und langjährige PASOK-Abgeordnete Kostas Boudavas, der sich ebenfalls aktiv am Widerstand gegen die Obristen in den Jahren 1967 bis 1974 beteiligt hatte. Im Rahmen der Öcalan-Affäre sprach sich Boudavas gegen das Vorgehen des Staatschefs Simitis aus: Es sei ihm eine Ehre, von demjenigen bestraft zu werden, der unter dem Druck der Amerikaner eingeknickt sei. Boudavas wurde aufgrund seines Engagements zugunsten des PKK-Führers auch aus der PASOK-Fraktion im Parlament ausgeschlossen.

Auch der ehemalige Geheimdienstchef und Sicherheitsattaché Stavrakis in der Botschaft in Nairobi hat sich dem Druck des griechischen Präsidenten nicht gebeugt. Nachdem sich Stavrakis dem Befehl seiner Regierung widersetzte, Öcalan aus der Botschaft rauszuwerfen, schickte Athen schließlich ein vierköpfiges Sonderkommando, um den Befehl auszuführen.

Der ebenfalls unter Anklage stehende Botschafter in Kenia, Kostoulas, verfaßte einen Tagebuchbericht über die Geschehnisse in Kenia. Demnach waren die zuständigen staatlichen Stellen mit Öcalans Präsenz überfordert und wollten Öcalan so schnell wie möglich aus dem griechischen Hoheitsbereich entfernen. Die USA scheinen von Anfang an über die Präsenz des PKK-Führers informiert gewesen zu sein. Darüber hinaus soll es in den Tagebuchaufzeichnungen Hinweise darauf gegeben haben, daß die US-Botschaft verhindert hat, daß ein griechischer Emissär nach Südafrika reisen konnte, um dort Asyl und Papiere für Öcalan zu organisieren.

Aus diesen Informationen erklärt sich das widersprüchliche Verhalten Griechenlands, den PKK-Chef zunächst bei seiner Flucht zu unterstützen, um ihn schließlich doch den türkischen Militärs auszuliefern. Den erwähnten siebzehn Angeklagten drohen nun empfindliche Strafen. Für ihr Verhalten gegenüber Öcalans Auslieferung und für die Hilfe, die sie ihm bei seiner Flucht über die Kontinente gaben, verdienen sie Respekt und Solidarität.

Radio Klassenkampf

33. Der Wahlsieg der "tiefen Nation". Die Türkei nach den Parlamentswahlen im April

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:28

In den Kommentaren zu den türkischen Parlamentswahlen am 18. April stand zu Recht das überraschend gute Abschneiden der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) im Vordergrund. Viele Linke und Liberale in der Türkei waren regelrecht geschockt.

Auf den ersten Blick hat sich in der Türkei nur das Erdbeben der Wahlen von 1995 wiederholt. Die etablierten Parteien und ihre ewig gleichen FührerInnen wurden von den WählerInnen mit kräftigen Verlusten bestraft, so daß eine stark ideologisch gefärbte Identitätspartei sie problemlos überholen konnte. Vor vier Jahren waren es die Islamisten, nun sind es die Nationalisten, um nicht zu sagen Faschisten. Die traditionellen Parteien rutschen in bedrohliche Nähe der Zehn-Prozent-Hürde, die vor einem Einzug ins Parlament steht. Diesmal hat es schon die Republikanische Volkspartei (CHP) erwischt. Die Partei, die im Wahlkampf vor allem versucht hat, sich als Erbin ihres Gründers Atatürk und als Wahrerin des Laizismus (Säkularismus) zu profilieren, verlor zwar weit weniger Stimmen als die anderen bisher im Parlament vertretenen Parteien, doch reichte es eben nicht mehr zum Überspringen der Zehn-Prozent-Hürde. Mit der CHP verläßt nicht nur eine offenbar abgewirtschaftete Strömung des Kemalismus das Parlament, sondern auch eine Reihe von Abgeordneten, die stark in Menschenrechtsfragen engagiert waren. Wie der CHP könnte es schon das nächste Mal den beiden Parteien der rechten Mitte, der Mutterlandspartei (ANAP) von Mesut Yilmaz und Tansu Cillers Partei des richtigen Weges (DYP) ergehen. Am schnellsten hat Tansu Ciller ihre Partei ruiniert, sie fiel unter ihrer Führung von 27 auf 19 und jetzt 12 Prozent. Nicht viel besser war der Abstieg von Mesut Yilmaz, der die Partei bei 24 Prozent übernahm und über 19 bei nun 13 Prozent angekommen ist.

Gemessen am Verschwinden der rechten Mitte, die Anfang der neunziger Jahre noch jede zweite Stimme erhielt, heute aber nur noch jede vierte, sind die Islamisten noch glimpflich davongekommen. Sie sind zwar von 21 auf 15 Prozent abgesackt, haben aber damit nicht alle diejenigen WählerInnen verloren, die ihnen vor vier Jahren ihren rauschenden Wahlsieg bereitet hatten. Offenbar haben die Wähler auf die starke Repression, der die türkischen Islamisten seit zwei Jahren ausgesetzt sind (Verbot der Wohlfahrtspartei (RP), Politikverbot Erbakans, die Forderung nach hohen Freiheitsstrafen und sogar der Todesstrafe für führende Islamisten) weniger mit Trotz als mit der Einsicht reagiert, daß es halt keinen Zweck habe, die Islamisten zu wählen. Trotzdem gehört die Islamistische Tugendpartei (FP) zu drei Parteien, die alle ein wenig außerhalb des politischen Systems stehen, aber sicher verankert sind, selbst wenn sie nach Verboten unter anderem Namen neu gegründet werden müssen.

Eine dieser Parteien, die Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) ist der eigentliche Sieger dieser Wahlen. Mit einem Sprung in der WählerInnengunst von 8 auf 18 Prozent hat sie nicht nur den größten Stimmenzuwachs unter allen Parteien, sondern erreichte ihn auch noch unter ungünstigen Bedingungen. Ihr Vorsitzender Devlet Bahceli ist ein kaum bekannter Politiker, der sich nach dem Tod des legendären Gründers der MHP, des Obersten Alparslan Türkes, vor zwei Jahren erst allmählich an die Parteispitze durchboxen mußte.

Der Musiker, Politiker und Journalist Zülfü Livaneli hat das, was hinter dem Sieg der MHP steht, die "tiefe Nation" genannt. Er spielt damit auf den Begriff des "tiefen Staates" an, der in der Türkei geprägt wurde, um die Zusammenarbeit von Staatsapparat, Politikern und Ganoven aus dem rechten Milieu gegen vermeintliche Staatsfeinde zu beschreiben. Offensichtlich wurde diese Zusammenarbeit im Herbst 1996 mit dem "Susurluk-Skandal". Durch einen Autounfall bei dem Ort Susurluk wurde offenkundig, daß Rechtsradikale, die sich aus der Jugendorganisation der MHP in den Siebzigerjahren, den Grauen Wölfen, rekrutierten, für den Staat als Killer arbeiteten und nebenher noch privat Geschäfte als Rauschgifthändler und Erpresser betrieben. Doch der Skandal führte nur zu einem lächerlichen juristischen Nachspiel, reihenweise wurden schwer belastete Angeklagte aus der Haft entlassen und von ihren rechtsradikalen Freunden mit dem Ruf "Die Türkei ist stolz auf Euch" empfangen.

Nun haben die WählerInnen diesen Ruf aufgenommen. Die beiden durch Susurluk am stärksten belasteten Politiker, Mehmet Agar, der dem mit internationalem Haftbefehl gesuchten Killer Abdullah Catli als Minister

persönlich einen Waffenschein ausstellte, und Sedat Edip Bucak, der mit Catli unterwegs war, als dieser tödlich verunglückte, wurden glatt wiedergewählt. Mehmet Agar schaffte es sogar, als unabhängiger Kandidat ohne Parteiunterstützung ins Parlament gewählt zu werden. In seinem Wahlbezirk Elazig räumte er so viele Stimmen ab, daß eine Partei damit drei Kandidaten hätte durchbringen können. Auf der Liste der Islamisten wurde auch Temel Karamollaoglu wiedergewählt. Karamollaoglu hatte 1994 als Bürgermeister von Sivas an einer Demonstration teilgenommen, bei der in seiner Stadt ein Hotel angesteckt wurde und die Eingeschlossenen an der Flucht gehindert wurden. 35 von 80 Personen in dem Hotel kamen um, die meisten waren kritische Künstler, Linke und Alewiten.

Die MHP ist das Sammelbecken jener Mentalität, die den "tiefen Staat" ermöglicht. Staat und Nation stehen weit über den Menschen, ihre Feinde haben keinerlei Rechte; wer für Staat und Nation eintritt ist ein Held, was immer er auch tut. Worte zählen nicht, Taten aber unter allen Umständen.

Hinzukommen aber auch handfeste Motive. So hat die MHP viele arbeitslose Jugendliche angezogen, die sich von MHP-Bürgermeistern Anstellung in den Gemeinden versprechen. Die Jugendverbände der MHP fungieren auch als Sozialstationen. Vorgeschaltet ist ihnen als Durchlauferhitzer der Militärdienst, insbesondere im Kriegsgebiet im Osten. Jugendliche, die nach dem Militärdienst arbeitslos sind, aus armen Verhältnissen kommen und keine Ausbildung haben, werden häufig von den sogenannten "Idealistenzentren" aufgezogen. Diese Zentren, die mit einem türkischen Wort, dessen Grundbedeutung "Ofen" ist, bezeichnet werden, vermitteln nicht nur die psychische Wärme der Kameradschaft, sondern auch reale Unterstützung. Viele obdachlose Jugendliche schlafen im Zentrum, andere kommen mit ihrer Gasrechnung oder anderen Problemen.

Der MHP mit seinem Nationalismus am nächsten steht Bülent Ecevit mit seiner Parte der Demokratischen Linken (DSP). Der bisherige Premier und Wahlsieger Bülent Ecevit kann sich immer noch im Erfolg der Entführung Abdullah Öcalans sonnen. Alle anderen Politiker versuchen es auch mit dem Nationalismus, so wie die meisten auch ein wenig an religiöse Gefühle appellieren. Doch nur Ecevit und der MHP können mit ihrem Nationalismus wirklich überzeugen.

Der Westen sieht die Türkei im Kontrast zu sich selbst in erster Linie als ein islamisches Land. Dadurch wird übersehen, daß der Islam in der Türkei nur die zweitwichtigste Ideologie ist. Die wichtigste ist der Nationalismus. Ecevit und die MHP sind Kinder des Nationalismus. Dessen Stiefkind ist aber auch die kurdische Partei der Demokratie des Volkes (HADEP). FP, MHP und HADEP sind am stärksten in den ärmeren Regionen, haben populistische Elemente und arbeiten stark mit Vorstellungen von Identität und Ehre. Wenn der wieder gewählte FP-Bürgermeister von Istanbul sagt, er trete für die Ehre des armen Volkes ein, so spricht er damit auch den WählerInnen der beiden anderen Parteien aus dem Herzen.

Die HADEP hat aber mit der MHP bei dieser Wahl noch etwas gemeinsam. Auch HADEP trat unter denkbar schlechten Bedingungen an und hatte doch einigen Erfolg. Zwar konnte sie bei den Parlamentswahlen, wo sie ohnehin aussichtslos war, nur ihre Stimmen von 4,2 auf 4,7 Prozent erhöhen, doch bei den Bürgermeisterwahlen erreichte sie fast 9 Prozent. Auch der kurdische Nationalismus ist aus der Türkei keineswegs verschwunden.

Einen Fehlschluß aus dem Wahlergebnis zog der strahlende Wahlsieger Bülent Ecevit gleich am Wahlabend: "Die Zeit ist vorbei, in der man in der Türkei mit Religion Politik machen konnte!" Das Gegenteil lehrte den Altpolitikerin eine junge Frau Namens Merve Kavakci. Die frisch gewählte Abgeordnete aus Istanbul betrat das Parlament zu ihrer Vereidigung mit einem blauweißen Kopftuch. Die Abgeordneten von Ecevits DSP riefen "Raus, raus!" und lärmten so lange wie Merve Kavakci im Saal war. Ecevit schimpfte vom Katheder "Zeigt dieser Frau ihre Grenze!" Daß die Islamisten ihrer Abgeordneten applaudierten, versteht sich von selbst. Doch auch die anderen Parteien hielten sich auffallend zurück. Die Religion ist weiterhin ein heißes Eisen für das politische System der Türkei.

Angesichts solcher Kontinuitäten in der türkischen Politik kann man immerhin hoffen, daß das Gesetz "Die Sieger von gestern, sind morgen verschlissen" bei den nächsten Wahlen auf die MHP Anwendung findet.

Jan Keetman

34. "Die Unschuld verloren ..." Von den Erfahrungen kämpfender Frauen in Guatemala. Gespräch mit E. Barrios, M. Matias, T. Palencia

Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:38

Von Anfang März bis Anfang April 1999 reisten Edna Barrios, Maria Matias und Tania Palencia auf Einladung der Guatemala-Infostelle Bonn und der Berliner Guatemala-Gruppe durch die Schweiz, Österreich und die BRD und nahmen am Kongreß "Perspektiven internationaler Solidarität" vom 1.-5. April in Berlin teil. Im Anschluß an eine Informationsveranstaltung in Hamburg führten Meike Heckt und Stefanie Gräfe mit den drei Frauen das folgende Gespräch.

ak: Ihr seid Frauen, die an verschiedenen Stellen mit oder für Frauen politisch arbeiten, ihr habt aber auch alle in gemischten Organisationen gekämpft oder tut es heute noch. Uns interessieren die Erfahrungen, die ihr dabei macht bzw. gemacht habt. Tanja, du hast früher in der URNG (Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas) gekämpft...

Tanja: Ich war Teil einer der Organisationen, die wiederum Teil der URNG waren, der FARG (Fuerzas Armadas de Guatemala). Als sich die URNG 1982 offiziell gründete, hatte ich mich bereits aus der FARG zurückgezogen. Also war ich nie wirklich in der Struktur der URNG. Ich war auch Militante der Kommunistischen Partei und schließlich auch in einer Gruppe, die sich von der Partei distanzierte und sich "Revolutionärer Oktober" nannte. Diese Gruppe spaltete sich in den 90ern ab, und wir entschieden, nach Guatemala zurückzukehren und gründeten die Gruppe "Bürger für Demokratie", da nahm ich noch teil, aber ich konnte die interne Dynamik nicht mehr tolerieren. Es gab eine enorme Machtkonzentration bei den männlichen Genossen und wenig Bereitschaft, außerhalb eines sehr eng gesteckten Themenkataloges zu diskutieren. 1993 kehrte ich aus dem Exil nach Guatemala zurück. Danach arbeitete ich als Journalistin und als Herausgeberin von Infopress Centroamericana. Im Moment koordiniere ich das Programm "Zivilgesellschaft", das von der Lutheranischen Welt-Föderation finanziert wird. Es ist ein interessantes Programm, denn es regt politische Prozesse an - es werden Gesetzesinitiativen für den Kongreß erarbeitet, oder man verhandelt mit Unternehmensverbänden, Stadtverwaltungen -, aber es ist ganz klar mein Broterwerb. In der Frauenbewegung arbeite ich in dem Projekt "Vozes de Mujeres" und bei der Zeitung "La Cuerda".

Maria, du arbeitest seit 1992 bei Mama Maquín. Wie ist eure Verbindung zur URNG?

Maria: In der Gründungsphase war die Verbindung sehr eng. Und auch bis heute gibt es Genossinnen, die in beiden Organisationen aktiv sind, aber wir als Organisation sind unabhängig von der Partei. Der Raum, den wir uns inzwischen erkämpft haben, ist groß genug, wir können unabhängig als Frauenorganisation organisieren.

Könnte man denn sagen, daß die Mehrheit der Frauen bei Mama Maquín Erfahrung im bewaffneten Kampf hat und daß diese Erfahrung dazu geführt hat, daß sie gesagt haben, wir wollen eine Frauenorganisation gründen?

Maria: Ja, klar, und außerdem gibt es für uns Indígena-Frauen bis heute immer noch viele Beschränkungen. Einige Genossinnen haben in bestimmten Strukturen Partizipationsmöglichkeiten erkämpft, und manchmal gibt es auch Genossen, die ihre Frauen unterstützen, wenn sie sich politisch engagieren. Aber viele tun es eben nicht. Viele benutzen ihre Frauen quasi als Trittbrett für sich selber: In Ixcán gibt es zum Beispiel eine Frauengruppe, die von Männern gegründet wurde. Das ist ja schon Manipulation. Sie planen, was zu tun und was zu diskutieren ist. Wir waren Flüchtlinge, intern Vertriebene, wir haben viel mitgemacht und gemeinsam durchgestanden. Das heißt aber noch lange nicht, daß unsere Genossen uns wirklich unterstützen. Nein, da ist noch viel Arbeit zu leisten. Mühsam verhandeln muß man. Auch unter den Frauen fehlt manchmal ein Bewußtsein über die Notwendigkeit der Solidarität untereinander. Einige haben einen Partner, eine Familie, und die teilen ihre Solidarität dann mit anderen Frauen nicht. Also, das gehört genauso zu unserem Kampf als Frauenorganisation: Unter uns Frauen selbst Bewußtseinsarbeit zu leisten.

Edna, du arbeitest direkt innerhalb von URNG-Strukturen. Kennst du diese Probleme, die Tanja erwähnt hat: Machtkonzentration zum Beispiel?

Edna: Meine Erfahrung ist teilweise anders. In den Strukturen der URNG können und konnten immer schon Frauen wie Männer, Indígenas oder Ladinos verantwortungsvolle Positionen innehaben, die Mehrheit waren sogar Indígenas, wir Ladinos waren in der Minderheit. Und zum Beispiel in der Struktur, in der ich gekämpft habe, waren wir in der Direktion drei Frauen und ein Mann. Klar, insgesamt ist das nicht unbedingt so. In der Nationalen Leitung dominieren Männer. Aber das hat auch mit den Frauen zu tun. Es gab zum Beispiel wenig Frauen, die in dem Moment, als sie schwanger wurden, entschieden, das Kind oder die Kinder zurückzulassen, um am revolutionären Prozeß weiter teilzunehmen. Auf der anderen Seite ist es natürlich so, daß Frauen ökonomisch benachteiligt sind - zum Beispiel jetzt auch bei den Demobilisierten. Häufig sind sie alleinerziehend oder verwitwet und müssen dann allein für die Familie sorgen. Das ist auch eine unserer Hauptaufgaben jetzt: für die ökonomische Absicherung der Frauen zu kämpfen. Und auch, daß sich mehr Frauen in den Parteistrukturen engagieren. Aber wir treten auch dafür ein, daß sich die Männer verändern. Daß sie sich ein Bewußtsein über Geschlechterverhältnisse aneignen und ihre eigene Rolle darin reflektieren. Da hätte ich gerne auch so etwas wie einen Austausch von Erfahrungen mit Männern hier im Norden; manchmal habe ich den Eindruck, daß die Männer hier bewußter sind, was diese Themen angeht...

Stimmt, den Eindruck kann man manchmal haben... Allerdings, wenn man sich die Realität anguckt, zum Beispiel, wieviel Männer tatsächlich den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, obwohl er ihnen genauso zusteht wie den Frauen... Diese Bewußtseinsarbeit, wie Du das nennst, muß von Männern in der ganzen Welt, glaub ich, noch geleistet werden...

Tanja: Ja, da gibt es auch überall viel Rhetorik innerhalb der Linken. In Guatemala ist das aus meiner Sicht so: Die URNG zum Beispiel hat im Moment natürlich vor allem damit zu tun, sich in die Zivilgesellschaft zu integrieren, erstmal zu verstehen, wie so ein Staat überhaupt funktioniert. Jahrelang wurde gezwungenermaßen der Staat mit der Armee gleichgesetzt, und jetzt muß man in genau diesem Staat eine politische Partei aufbauen. Gleichzeitig sollen innerhalb der Partei die Räume für Frauen vergrößert werden - das aber in einer Situation, wo die ganze Führungsebene von einer wirklich entsetzlichen Maskulinität bestimmt wird. Das ist sehr schwierig. Ich kenne praktisch alle Mitglieder der Führung, es ist nur eine einzige Frau darunter. Und all die Männer bringen eine lange Latte an Dominanz-Erfahrungen mit; das heißt, obwohl sie sicherlich alle gute Demokraten sind, blicken sie auf viele Jahre selbstverständlichen Machtmißbrauch mit Hilfe ihrer männlichen Hegemonie zurück. Und ich glaube, irgendwann wird es einen Moment geben, in dem die Frauen, die eine klarere Vision von Feminismus haben, also nicht nur über irgendwelche Rechte auf irgendwelchen Papieren reden, sich entscheiden müssen. Das ist in El Salvador beispielsweise auch passiert; viele Frauen haben die FMLN schließlich verlassen, weil es schlicht unmöglich war, innerhalb der Struktur zu bleiben.

Was meinst du mit Dominanz-Erfahrung?

Tanja: Das betrifft ganz viele Ebenen, auch die nicht so offensichtlich politischen: Es fängt an bei Witzen, Belästigungen und reicht bis zu dieser ganzen klandestinen Geliebten-Struktur. Jeder, wirklich jeder politische Führer hatte zwei, drei Frauen. Viele Genossen haben auch die Erfahrung gemacht, daß ihnen Indígena-Frauen sozusagen angeboten werden. Ich sag das alles, weil typisch ist, daß nur ein winzig kleiner Teil davon ist für die Linke Thema. Da gibt es überhaupt keinen Unterschied zur Rechten.

Wie ist jetzt nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens die Situation für Frauen aus den Guerilla-Strukturen? Wie verläuft ihre Reintegration in die Gesellschaft?

Edna: Da ist die ökonomische Struktur sehr entscheidend. Im Prinzip stehen die gesellschaftlichen Räume den Frauen offen. Aber viele Frauen übernehmen wieder die alten Rollen. Das ist auch Teil der Bewußtseinsarbeit, die wir zu leisten versuchen: daß sie sich erinnern, daß es in den Bergen eine andere Realität gab, eine andere Rollenverteilung. Viele Männer sind auch besser darauf vorbereitet, sich in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Nur eine kleine Gruppe von Frauen zum Beispiel versucht, zu studieren oder sich weiterzubilden. Viele Frauen, die vorher keine Kinder hatten, überlegen jetzt, welche zu bekommen. Das ist ihre Priorität. Für andere war die Erfahrung in den Bergen auch wirklich befreiend. Zu sehen, daß Männer auch "Hausarbeit" machen können. Und die sagen, gut, wir können das beide, also laß uns das jetzt teilen. Aber in dem Moment, wo die Frau dann keine Arbeit findet, ist es schwer, das aufrechtzuerhalten.

Und in diesem "Gender-Team", in dem du arbeitest, sind da Frauen und Männer?

Edna: Nein, nur Frauen. Für viele Männer ist das Geschlecht Frauensache. Einige wenige sind ein bißchen sensibler. Das sind aber ganz wenige. Das wäre ein weiterer großer Schritt, wenn Männer diese Arbeit machen würden (lacht)... Aber es gibt auch kleine Erfolge. Zum Beispiel gab es eine Abiturklasse in einer Gemeinde, in der haben explizit die männlichen Schüler von uns Aufklärung über all diese Themen gefordert. Das macht Mut.

Wie ist denn jetzt die konkrete Situation für die Demobilisierten?

Edna: Sehr schwierig. Für die Genossinnen und Genossen, die keine Familie haben, hat die Stiftung Guillermo Toriello zwei Unterkünfte geschaffen. Außerdem werden Häuserbauprogramme durchgeführt, und man hat einige Fincas erworben. Das Hauptproblem aber ist die Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß. Es gibt Ausbildungsprogramme für diejenigen, die sich irgendwie selbständig machen wollen, aber das reicht nicht. Es gibt auch eine rudimentäre ökonomische Absicherung, aber sie reicht nicht aus, um alle Lebenshaltungskosten zu decken. Die Weiterbildung nützt wenig, wenn es auf dem Arbeitsmarkt schlicht keine Arbeit gibt. Einige Genossen haben es geschafft, zum Beispiel eine Tischlerei aufzubauen oder einen kleinen Laden. Aber das sind die wenigsten. Einige haben sich auch in irgendwelche Nicht-Regierungs-Organisationen eingliedern können. Obwohl die Lage insgesamt recht desolat ist, haben wir in den Gemeinden der Demobilisierten dennoch einiges erreicht. Und das strahlt auch auf andere Kommunen aus: zum Beispiel in der Infrastruktur, Trinkwasser, davon können dann die umliegenden Gemeinden auch profitieren. Und auch der Organisierungsgrad, der in den Gemeinden der Demobilisierten erreicht wurde, hat Wirkung auf die anderen Kommunen. Und was die Genossinnen betrifft, geht es auch darum, zum Beispiel für ihre technische Ausbildung zu sorgen, damit sie einfach mehr Möglichkeiten zur Verfügung haben, als in ihre traditionelle Rolle zurückzugehen und die Erfahrungen, die sie im Kampf gemacht haben, auch in bezug auf die Überwindung traditioneller Rollenbilder, zu vergessen.

Tanja, du hast einmal gesagt, die Erfahrungen im revolutionären Kampf seien ein "Verlust von Jungfräulichkeit in jeder Hinsicht" gewesen. Was meinst Du damit?

Tanja: Die Erfahrung des Kampfes war in vielerlei Hinsicht eine einzigartige Erfahrung. Wir hatten zwar vielleicht weder Vor- noch Nachnamen, aber dennoch eine individuelle Identität, die sehr stimmig war, die uns eine Möglichkeit eröffnete, uns selbst zu erkennen - in unserer klandestinen Gruppe. Wir waren alle sehr jung, als wir in die Berge gingen. Wir fuhren mit mehreren im Pick-up zu Versammlungen, im Gepäck zum Beispiel den Nationalen Erziehungsplan, wir hatten die Möglichkeit, uns gegenseitig zuzuhören und Utopien zu entwerfen. Wir hatten weder Schule noch Eltern, die uns kontrollierten - wir fühlten uns frei zu allem, auch dazu, uns ineinander zu verlieben... Die sexuelle Befreiung begann bei uns viel früher als bei anderen Frauen im selben Alter; die warten, bis sie 18 Jahre alt sind, um eine Beziehung anzufangen. Ich glaube, das war für beide Geschlechter sehr positiv. Allerdings hatte der revolutionäre Kampf in Guatemala verschiedene Etappen. Die erste Phase des politischen Kampfes war geprägt von Aufbruchstimmung. Wir hatten im legalen Leben die Erfahrung gemacht, daß wir es schaffen können, daß der Staat Forderungen von uns akzeptiert. Und dann gab es da eine ganz bestimmte Verbindung aus Gefährlichkeit, Abenteuer, Mystik, Verantwortung. Aber in der zweite Phase, der Phase der Counterinsurgency-Politik seitens des Staates - da ging das Abenteuer verloren. Von 1978 bis 1984, das war eine Phase der Niederlage. Wir konnten nie morgens irgendwo hingehen ohne das Bewußtsein, daß wir den Abend möglicherweise nicht mehr erleben würden. Es war furchtbar. In dieser Phase erlöschte unsere individuelle Identität als Männer oder Frauen. Solidarität wurde zur fundamentalen Ressource, um überleben zu können. Und dann gab es noch eine dritte Phase, in der ab 1984 die Guerilla-Aktivitäten stetig abnahmen. Das war die Phase des Wiederaufbaus nach der Zerstörung der Gemeindestrukturen durch den Genozid. Das sind Erfahrungen, die Männer und Frauen gemacht haben. Aber nach dem Friedensschluß gingen viele Beziehungen auseinander, und wie es dann so ist, für die Frauen war es häufig viel schwieriger, eine neue Beziehung aufzubauen.

Abgesehen von der Gender-Problematik gibt es ja auch noch andere Ausgrenzungsformen. Manche gehen davon aus, daß der Rassismus in Guatemala so tief in die Gesellschaft eingeschrieben ist, daß er sozusagen grundlegender Bestandteil der "guatemaltekischen Kultur" ist...

Tanja: Es gibt keine Debatte über Rassismus. Guck mal, hier sitzen Feministinnen aus verschiedenen Spektren oder Institutionen in Guatemala - keine von uns diskutiert diese Themen. Ich glaube, wenn Feministinnen dieses Thema aufgreifen würden, hätten wir die Möglichkeit, unsere eigenen Politikkonzepte

und die der anderen Parteien und Gruppierungen sehr viel kritischer zu analysieren. Bislang haben wir Feministinnen in Guatemala über uns geredet: Ob wir Lust haben oder keine Lust haben, an der traditionellen Politik der Parteien zu partizipieren. Aber wir haben keine Räume geschaffen, die es uns erlauben würden, unsere Differenzen zu diskutieren und die unterschiedlichen Erfahrungen und Kenntnisse zu nutzen.

Was meinst du in diesem Zusammenhang mit Differenzen?

Tanja: Zum Beispiel: Die indigenen Gemeinden haben in bestimmter Weise spezifische kulturelle Widerstandsformen gegen die Einbeziehung ins kapitalistische Verwertungssystem kultiviert, wie etwa den Kooperativismus. Im revolutionären Kampf wurden diese Faktoren zusammengeführt und die Politisierung der Indígenas gestärkt, was in den 80ern dann zu einer eigenen Organisierung geführt hat. Seit dieser Zeit sprechen indigene Führer von "kultureller Identität", und das hat die ganze Gesellschaft aufgewühlt. Alle waren an den Staatsrassismus gewöhnt, niemand kannte etwas anderes. Dieser Staatsrassismus drückt sich in der Erziehung aus und auch darin, daß es keine Kommunikation über die verschiedenen kulturellen Traditionen gibt, keinen Austausch zwischen dem östlichen Teil Guatemalas, der überwiegend ladino-dominiert ist, und dem westlichen Teil. Wir verfügen über keine Erfahrung in interkultureller Kommunikation. Jetzt zu einer "Interkulturalität" aufzurufen, birgt natürlich auch ein gewisses Risiko, wenn man nicht erkennt, daß die Interkulturalität, die der Staat jetzt auch propagiert, auf Ungleichheit gründet, also auf einem hierarchischen Kulturmodell. Es besteht also das Risiko, daß es zu einer Art Etablierung von Folklore kommt. Aber wir könnten auch viel lernen: vom gemeinschaftsorientierten Führungsstil der Indígenas beispielsweise. Bislang existieren aber keine offiziellen politischen Strukturen, die die Indígenas einbeziehen: Im Kongreß sitzen keine VertreterInnen indigener Völker. Die Justiz ignoriert die eigenständigen Rechtstraditionen der Indígenas. Oder wenn man zum Beispiel in der Lehrerausbildung zumindest die vier größten Indígena-Sprachen selbstverständlich als Unterrichtssprachen etabliert, wenn man in die kommunale Verwaltungsstruktur die Organisationsstrukturen der Indígenas einbezieht und autonome indigene Verwaltungsstrukturen etabliert, dann könnte sich Schritt für Schritt etwas tun im Hinblick auf eine politisch sinnvolle Interkulturalität. Ich würde sagen, von dem Maße, wie das gelingt, hängt der Erfolg der Demokratisierung in Guatemala ab.

Edna Barrios hat als Mitglied der EGP/URNG in den 80er Jahren im Ixcán gekämpft. Sie ist heute als Bindeglied zwischen dem Frauensekretariat der Partei URNG und dem "Gender-Team" der URNG-nahen Stiftung Guillermo Toriello tätig.

35. Der neue Schlager der NGO"s. Verhaltenskodices sollen Fairneß garantieren

Autor: Volker Frank · Rubrik: Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:18

Unterschiedliche Kampagnen in Europa und den USA favorisieren Verhaltenskodices für transnationale Konzerne, unabhängig davon, ob sie sich mit Ländern in Afrika, Asien oder Lateinamerika beschäftigen. Mittels der Unterzeichnung einer Selbstverpflichtungserklärung sollen transnationale Konzerne die Einhaltung zentraler Arbeitsstandards (Tarif- und Organisationsfreiheit, Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, keine Diskriminierung in Beruf und Beschäftigung, akzeptable Arbeitsbedingungen) in ihren Zulieferbetrieben garantieren und eine unabhängige Kontrolle gewährleisten.

Das Drohpotential der Nichtregierungsorganisationen sind die Kaufentscheidungen der KonsumentInnen und mögliche Boykottaktionen gegen Produkte, deren Herstellung unter der Verletzung von Menschenrechten erfolgt. Obwohl zu bezweifeln ist, daß die Mehrzahl der Kaufentscheidungen nach sozialen Kriterien gefällt wird, ist der mögliche Imageverlust für einzelne Unternehmen Anreiz genug, um in einen Dialog mit den Nichtregierungsorganisationen (NGO's) zu treten.

Im Unterschied zu Gütesiegeln verpflichtet der Verhaltenskodex zu der Einhaltung sozialer und/oder ökologischer Kriterien bei der Herstellung der gesamten Produktpalette eines Unternehmens. Ein Gütesiegel (wie z.B. "transfair") wird von einer unabhängigen Stiftung eingerichtet und ein interessierter (Kaffee-)Importeur kann das Siegel für einen Teil seiner Produkte kaufen, wenn er bei deren Herstellung die festgelegten Mindestkriterien einhält. So verkauft das Unternehmen Jacobs einen Teil seines Kaffees unter dem Siegel "transfair" mit einem Aufpreis, der an die ProduzentInnen zur Unterstützung sozialer Aufgaben zurückgegeben wird. Ein Verhaltenskodex dagegen würde Jacobs zwingen, seinen gesamten Kaffee unter der Einhaltung von Mindestkriterien produzieren zu lassen. Er stellt somit die "radikalere" Variante einer Selbstverpflichtungserklärung dar.

Verhaltenskodices gelten als - unabhängig vom ProduzentInnenland oder vom Wirtschaftssektor - universell anwendbare Instrumente. Das ist allerdings nur bedingt richtig.

Zum Muttertag 1999 sollen die ersten "fairen", also unter der Einhaltung zentraler Arbeitsstandards hergestellten Rosen aus Ecuador, Kenia und Zimbabwe in Deutschland verkauft werden. Dieser Erfolg beruht auf Bemühungen, die bis ins Jahr 1990 zurückreichen. Die damaligen Aktivitäten der internationalen Blumenkampagne konzentrierten sich auf die Blumenindustrie in Kolumbien. Im Zentrum der Kritiken standen die repressiven Maßnahmen gegen betriebliche Organisationsversuche, die Zunahme von Kurzeitverträgen und Leiharbeit, die schädlichen Gesundheitsauswirkungen des hohen Pestizideinsatzes auf die ArbeiterInnen und die Umweltbelastungen der Blumenproduktion durch den hohen Wasserverbrauch und die Vergiftung der Böden. Die Bemühungen der Blumenkampagne, die Arbeits- und Umweltsstandards in der ecuadorianischen Blumenindustrie zu verbessern, sind dagegen relativ neu.

Warum aber kommen faire Blumen nun nicht aus Kolumbien, sondern aus Ecuador? In Kolumbien existiert das Recht auf Vereinigungsfreiheit de facto nicht, und die Organisierung in Gewerkschaften ist lebensgefährlich. Gesetzlich garantierte Handlungsspielräume können aufgrund staatlicher und parastaatlicher Repression kaum genutzt werden. Aufgrund der Allianz zwischen kolumbianischer Regierung und Unternehmern scheiterte im Jahr 1995 selbst ein relativ harmloses Überprüfungsverfahren, welches zwischen dem deutschen Importeursverband und den Blumenproduzenten in Kolumbien kurz vor der Unterzeichnung stand.

Auch in der ecuadorianischen Blumenindustrie werden nur selten die zentralen Arbeits- und Umweltsstandards eingehalten. Jedoch ist das ecuadorianische Arbeitssystem stärker auf den Dialog zwischen Gewerkschaften, Regierung und Unternehmern ausgerichtet. Ein politisches System, in dem Konfliktlösungs- und Entscheidungsfindungsprozesse über informelle und klientelistische Kanäle geregelt werden, können auch Gewerkschaften für ihre Interessen nutzen. Im Unterschied zu Kolumbien konnten die ecuadorianischen Organisationen schon erste Betriebsgewerkschaften in der Blumenindustrie etablieren.

Saubere Kleidung aus Guatemala

Seit Mitte der 80er Jahre fördern die zentralamerikanischen Regierungen mittels umfangreicher Zoll- und Steuerbefreiungen sogenannte Exportsonderzonen. In Mittelamerika siedelten sich vor allem Textilbetriebe an, die für den US-amerikanischen Markt produzieren. Kennzeichnend für diesen Produktionstypus ist, daß die Vorprodukte aus dem Ausland stammen, um dann in meist einfachen Montageprozessen weiterverarbeitet und anschließend wieder ausgeführt zu werden. NGO's kritisieren die langen Arbeitszeiten, die geringen Löhne, die Mißhandlungen durch Vorgesetzte, den mangelnden Schutz schwangerer Frauen und die gewerkschaftsfeindliche Haltung der Unternehmerschaft.

Im April 1997 unterzeichneten US-amerikanische Menschenrechtsgruppen und Gewerkschaften in den USA wie auch führende Textilkonzerne einen Verhaltenskodex. Wenige Monate später erreichten die Gewerkschaften in dem Betrieb CAMOSA, einem Zulieferbetrieb des US-Konzerns Philip van Heusen, den ersten Tarifvertrag in einem Unternehmen der guatemaltekischen Exportsonderzonen.

Das Abkommen bei CAMOSA sollte einen Wandel in der guatemaltekischen Exportindustrie einleiten und die Unterzeichnung weiterer betrieblicher Tarifverträge ermöglichen. Im Dezember 1998 kam allerdings alles ganz anders. Kurz vor Weihnachten stellte der Betrieb seine Produktion ein, was mit einem Verkaufsrückgang bei Philip van Heusen begründet wurde. Andere guatemaltekische Betriebe ohne Tarifvertrag produzieren jedoch weiter für den US-Konzern.

Ähnlich wie in Kolumbien agieren auch die guatemaltekischen Gewerkschaften innerhalb hochkonfliktiver Arbeitsbeziehungen und sehen sich einem Einheitsblock von Regierung und Unternehmern gegenüber. Zwar gelang es, nach jahrelangen Kämpfen den Tarifvertrag zu erreichen, dies blieb aber ein Scheinerfolg. Die organisatorische und politische Schwäche der Gewerkschaftsorganisationen verhinderte einen "nachhaltigen" Erfolg.

... und aus El Salvador

Der Betrieb Mandarin International, ebenfalls ein Unternehmen in einer Exportsonderzone und Zulieferer für das US-amerikanische Bekleidungsunternehmen The GAP, war Mitte der Neunziger Jahre Austragungsort heftiger gewerkschaftlicher Kämpfe. Nach der Gründung der Betriebsgewerkschaft sperrte das Unternehmen 900 Beschäftigte aus, woraufhin die Ausgesperrten das Betriebsgelände besetzten. Nach der Vermittlung einer Untersuchungskommission erklärte sich das Unternehmen zwar zu Verhandlungen bereit, entließ jedoch wenige Tage später 150 ArbeiterInnen.

Die US-amerikanische gewerkschaftsnahe Menschenrechtsorganisation National Labor Committee (NLC) griff diesen Fall auf und startete eine Kampagne gegen The GAP. Aufgrund des öffentlichen Druckes in den USA trat The GAP in Verhandlungen mit der Menschenrechtsorganisation und unterzeichnete im Dezember 1995 ein Abkommen über die Einhaltung und Kontrolle zentraler Arbeitsstandards in dem Betrieb Mandarin. Die NLC versäumte es allerdings, die salvadorianischen Gewerkschaften über diese Vereinbarung zu informieren.

Dieses Versäumnis führte zu einem zeitweiligen Bruch der Kooperationsbeziehungen, da sich die Partner in El Salvador übergangen fühlten und verschärfte die inneren Spaltungen der salvadorianischen Gewerkschaftsbewegung. Einige Gewerkschaften mobilisierten gegen die Einmischung von außen und die "protektionistisch motivierten" Interessen der US-amerikanischen Organisationen und bildeten zusammen mit der Unternehmerschaft eine gemeinsame argumentative Front.

Saubere Ananas,

sauberes Spielzeug ...

Die Beispiele sind bei weitem nicht vollständig. In der Schweiz gibt es inzwischen saubere Ananas von den Philippinen in der Supermarktkette Migros zu kaufen, englische Organisationen versuchen Verhaltenskodices für die Spielzeugindustrie einzuführen, und in verschiedenen europäischen Ländern laufen "Kampagnen für Saubere Kleidung", die versuchen, Verhaltenskodices für C&A und den Otto-Versand durchzusetzen oder Druck gegenüber Herstellern von Sportschuhen auszuüben. Auf höherer Ebene hat sich mit finanzieller Unterstützung der englischen Regierung die "Ethische Handelsinitiative" gegründet, in der namhafte Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften standardisierte Normengenerierungs- und Kontrollverfahren aushandeln wollen.

Die politische Debatte, soweit sie überhaupt stattfindet, konzentriert sich auf die Fragen, wie Unternehmen zu der Unterzeichnung eines Verhaltenskodex bewegt werden können, wie der Verhaltenskodex inhaltlich ausgestaltet sein müßte und welche Kontrollverfahren am effektivsten sind. Kaum beleuchtet wird das Problem, ob ein existierender Verhaltenskodex überhaupt zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern beiträgt.

Schwache und wenig durchsetzungsfähige Gewerkschaften besitzen kaum Möglichkeiten, durch Verhaltenskodices verbesserte Arbeitsstandards langfristig aufrechtzuerhalten oder gar in andere Betriebe und Wirtschaftssektoren ausstrahlen zu lassen. Starke Gewerkschaftsorganisationen aber sind nur in geringem Maß auf Interventionen von außen angewiesen.

Verhaltenskodices können nützliche Mittel sein, um Arbeitsstandards in einzelnen Betrieben zu erhöhen. Um erfolgreich und nicht gar kontraproduktiv zu sein, müssen sie auf eine genaue Analyse der existierenden Arbeitsbeziehungen und Gesellschaftsstrukturen im Zielland aufbauen.

Volker Frank

36. Chilenische Vergangenheitsbewältigung. Pinochet, das Militär und die Menschenrechtsverletzungen

Autor: Sandra Grüninger · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:43

Wieder einmal hat ein General dem chilenischen Präsidenten die Show gestohlen: Während über den Deutschlandbesuch des chilenischen Staatsoberhauptes Eduardo Frei im April nicht viel mehr zu berichten war als über obligatorische Fototermine unter dem Brandenburger Tor, inspirierte General Ricardo Izurieta die chilenischen Medien zu seitenlangen Spekulationen. Der Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte tourte im gleichen Zeitraum wie Frei durch Europa - allerdings mit Reiseziel London, genauer "Virginia Waters", unfreiwilliger Aufenthaltsort des chilenischen Ex-Diktators, den er "wie einen Vater umarmte". Diese Publicity hatte Augusto Pinochet dringend nötig, denn um die umstrittene politische Figur in Chile ist es mehr als ein halbes Jahr nach seiner Festnahme ruhig geworden. Zu ruhig - wie offensichtlich die Militärs meinen.

Aber dem Großteil der Chilenen machen täglich andere Probleme zu schaffen: Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Stromknappheit, um nur einige zu nennen. Die "Asienkrise" hat deutlich gemacht, wohin die neoliberale Wirtschaftspolitik - zu Diktaturzeiten von den "Chicago-Boys" nach Chile exportiert und dort von der demokratischen Regierungskoalition konsequent fortgesetzt - führt, wenn plötzlich der Dollar anzieht und sich das ausländische Kapital ohne Vorwarnung zurückzieht. Im Jahr 1998 wurden fast doppelt so viele Firmenschließungen wie in den Vorjahren registriert, und die übrigen Unternehmen versuchten sich durch Entlassungen zu retten. Betroffen sind alle Sparten, doch wie üblich bekam die Baubranche den Einbruch als erste zu spüren. Die Bauunternehmen sind die Hauptarbeitgeber in den Armenkommunen, und so sind vor allem dort die Arbeitslosenzahlen sprunghaft angestiegen. So haben sich beispielsweise in der Kommune Pudahuel im Südwesten Santiago de Chiles in den Monaten Dezember und Januar etwa 20 Personen täglich arbeitslos gemeldet. Im April waren es 120 Meldungen täglich. Für 1999 wird die offizielle Arbeitslosenquote im Land auf rund 8% (ohne informellen Sektor und kurzfristige Verträge) geschätzt. Das entspricht der Situation Anfang der 90er Jahre und bedeutet, daß von den 14 Millionen EinwohnerInnen noch 100.000 Personen mehr ohne Beschäftigung sein werden als in den Jahren 1997/98.

Daß im Neoliberalismus Privatisierung zwar die Privatisierung des Gewinns, nicht aber Privatisierung der Kosten bedeutet, lernen die ChilenInnen in diesen Wochen, wenn die privaten Stromunternehmen bis zu drei Stunden täglich den Strom abstellen, weil schlecht funktionierende Generatoren und ausbleibende Regenfälle zu Stromknappheit führen. Auf 11 Millionen Dollar täglich werden die dadurch entstehenden Einbußen für Industrie und Handel geschätzt. Trotz jährlicher Gewinne in Millionenhöhe haben die Stromerzeuger nicht investiert, so daß sich heute zeigt, daß die Stromversorgung schlechter ist als im Jahr 1968, als Chile - unter staatlicher Lenkung - ebenfalls unter extremer Dürre litt. Bisher sind die Unternehmen nicht bereit, Strom von auswärts einzukaufen. "Warten auf Regen" ist die einzige klar erkennbare Strategie - für die sie auch nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Während argentinische Stromerzeuger beispielsweise Millionen von Dollar an Entschädigungen für Stromausfälle zahlen mußten, werden diese in Chile höchstens in Millionen von Pesos gerechnet.

Verkauft worden war Endesa, einer der größten Energieerzeuger Chiles, in den 80er Jahren, um die Militärdiktatur im Endstadium liquide zu halten. Im März 1999 ermöglichten die Aktionäre die Konzentration von über 60% der Anteile in der Hand eines internationalen Stromunternehmens. Von den beiden Giganten Duke Energy und Enersis gewann das spanische Unternehmen Enersis das Rennen - und wurde wenige Tage nach der Entscheidung der Aktionäre unsanft ausgebremst, als die chilenische Regierung plötzlich aufwachte und eine unzulässige Monopolisierung entdeckte, die nun von den Rechtsanwälten beider Seiten bei Kerzenschein studiert wird.

Eine verhängnisvolle Reise ...

Gehandelt wird in Chile nicht nur um staatliche Betriebe, sondern auch um Werte wie Demokratie oder Menschenrechte. Von einer "ausgehandelten Demokratie" ist auch die Rede, wenn es um das Ende der Diktatur und die ersten demokratischen Wahlen in Chile geht. Ein Amnestiegesetz für die Menschenrechtsverbrechen der Militärs zwischen September 1973 und 1978, eine Verfassung aus dem Jahre 1980, die Militärvertreter in den verschiedenen staatlichen Gremien vorsieht, die das binominale Wahlsystem

festschreibt und aufgrund derer ein Viertel des Senats aus von oben ernannten Amtsträgern besteht. So sicherten sich die Militärs ihre politische Präsenz. Pinochet hat zwar 1989 seinen Posten als Staatschef abgegeben, blieb aber für weitere neun Jahre bis März 1998 Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Diesen Posten gab er dann an seinen Nachfolger General Izurieta ab, um im Senat als Senator auf Lebenszeit vereidigt zu werden. Und da säße er dann auch noch heute, hätte er nicht unvorsichtigerweise im vergangenen Jahr jene verhängnisvolle Europareise gemacht.

Nach der erneuten Entscheidung der britischen Lords im März 1999, wonach Pinochet wegen Folterungen, die nach dem September 1988 (Unterzeichnung der Internationalen Konvention gegen Folter durch Chile) begangen wurden, nach Spanien ausgewiesen werden kann, und der darauffolgenden Entscheidung des britischen Innenministers Jack Straw, die Ausweisung voranzutreiben, sah man sich nun gezwungen, sich doch noch mit dem leidigen Thema Menschenrechte auseinanderzusetzen. Ein Thema, das die Regierungsparteien mit dem "Rettig-Bericht" abgehakt geglaubt hatten. Eine Kommission hatte in diesem Bericht alle Verbrechen zu Diktaturzeiten aufgelistet - und ad acta gelegt. "Nach vorne schauen", lautete die Devise der "Concertación", der Regierungskoalition aus ChristdemokratInnen, SozialistInnen und der Partei für die Demokratie, während die rechten Parteien einen Großteil der Verbrechen schlichtweg leugneten oder sich hinter die Position Pinochet stellten: "Nicht die Militärs haben sich zu entschuldigen, sondern die Kommunisten und Sozialisten, die den Militärputsch und die gewalttätigen Folgen provoziert haben."

Nachdem die chilenische Regierung in den vergangen Monaten vergeblich unterschiedlichte Strategien (Prinzip der nationalen Souveranität, Territorialitätsprinzip, politische Immunität) angewandt hat, um die Freilassung Pinochets zu erreichen, bleibt ihr heute nur noch die schwierigste: mit Spanien zu konkurrieren und um die Auslieferung Pinochets zu bitten (was nicht ganz dasselbe ist wie die bisher geforderte "Heimkehr ins Vaterland"), mit der Begründung, daß Chile als Land, in dem die Folterungen begangen wurden, Priorität hat. Dazu muß allerdings nachgewiesen werden, daß in Chile die Bedingungen gegeben sind, um den 83jährigen Pinochet tatsächlich zu verurteilen.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß in Chile zwar Verfahren in Menschenrechtsfragen anhängig sind, bisher aber die verantwortlichen Militärangehörigen kaum verurteilt wurden. So wurde etwa 1982 der Gewerkschaftsführer Tucapel Jimenez ermordet - und siebzehn Jahre wurde unter ein und demselben Richter ermittelt, ohne konkreten Fortschritt. Kürzlich ist es der Familie des Ermordeten durch Unterschriftsaktionen endlich gelungen, wenigstens den verantwortlichen Richter auszutauschen, und in der Folge wurden neun Ex-Militärs vor Gericht zitiert.

Frühstück mit Augusto

Einer der wenigen Verantwortlichen für die Greueltaten der Diktatur, der heute tatsächlich hinter Gittern sitzt, ist Manuel Contreras. Der ehemalige Chef des Geheimdienstes DINA wurde zu sechs Jahren Haft verurteilt als Urheber des Attentates auf den ehemaligen Allende-Minister Orlando Letelier in Washington. Für alle anderen Verbrechen des Geheimdienstes will Contreras nicht allein zur Rechenschaft gezogen werden. Er verweist auf Pinochet, seinen obersten Chef, mit dem er in alten Zeiten täglich gefrühstückt und von dem er die Befehle entgegengenommen habe. Pinochet hingegen, der zu Zeiten der Militärregierung stolz darauf beharrte, daß "im Land kein Blatt umgedreht wird, ohne daß er davon wisse", spricht jetzt von "Exzessen einzelner", für die man ihn ja wohl nicht verantwortlich machen könne.

20 Klagen gegen Pinochet werden derzeit in Chile geprüft. Unter den Klägern sind die Familienangehörigen der Verhaftet-Verschwundenen und der aus politischen Gründen Exekutierten sowie die Kommunistische Partei, die Pinochet wegen Mordes, Entführung und Verschwindenlassens anklagt. Etwa 4.000 Männer und Frauen wurden zwischen 1973 und 1989 verhaftet und sind nie wieder aufgetaucht. Die Existenz dieser Verhaftet-Verschwundenen wurde vom Militär lange Zeit geleugnet und als Erfindung der Kommunisten bezeichnet. Im Jahr 1990 wurde dann in der Wüste, in Pisagua, das erste Massengrab entdeckt. Auch wenn viele der Ermordeten aus Hubschraubern mit Gewichten ins Meer geworfen wurden, beharren die Familienangehörigen der Verhaftet-Verschwundenen beharrlich darauf, daß ihnen wenigstens die Orte genannt werden, wo ihre Väter, Mütter, Söhne, Töchter oder Geschwister verscharrt wurden. Immer wieder werden nun vergrabene Skelette gefunden, die als GewerkschafterInnen oder Parteifunktionäre identifiziert werden. Doch noch immer bleibt der Verbleib der Mehrzahl der Verschwundenen unbekannt. "Die Streitkräfte haben alle verfügbaren Informationen mitgeteilt", verteidigt sich Oberbefehlshaber Izurieta. Der Großteil der

Uniformierten von 1973 sei heute im Ruhestand, so daß die Übermittlung von Informationen deren "Privatsache" sei.

Den chilenischen PolitikerInnen ist klar, daß die Anerkennung der Verhaftet-Verschwundenen und ihr Auffinden grundlegend sind für die so gern und häufig beschworene "Versöhnung im Land". Deshalb hat vor allem der Sozialist Ricardo Lagos, einer der beiden Präsidentschaftskandidaten der Regierungskoalition, Kontakt mit Mitgliedern der rechten Parteien aufgenommen, um in Sachen Menschenrechte voranzukommen. Von einer "nationalen Übereinkunft" ist die Rede, die von allen Parteien unterschrieben werden soll, doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Die Angehörigen der Verhaftet-Verschwundenen werden sich nicht mit halbherzigen Versprechungen abfertigen lassen, und daß andererseits tatsächlich 700.000 Militärangehörige verhört werden, kann sich keiner so richtig vorstellen.

Das Problem besteht darin, von den Mitgliedern der Streitkräfte Informationen darüber zu bekommen, was während der Diktatur im einzelnen geschah. Und wer Bescheid weiß, hat auch Verantwortung, so daß die Auffassungen, ob Belohnung für Aussagen oder Bestrafung für Verschweigen (Vorschlag der Sozialisten), weit auseinandergehen. Klar ist lediglich, daß eine solche Vorgehensweise eine der Grundvoraussetzungen dafür ist, daß Pinochet in ein Chile zurückgeschickt wird, von dem der Rest der Welt glaubt, daß es seine Vergangenheit tatsächlich bewältigen kann.

"Sehr frustriert ..."

Wenn die Auseinandersetzung über die Menschenrechte tatsächlich ernst genommen werden soll, erfordert das mehr als ein überparteiliches Abkommen. Der "Rat zur Verteidigung des Staates", ein "unabhängiges" Gremium, weigert sich beispielsweise noch immer, Pinochet in Chile offiziell anzuklagen, was Zweifel an der Ernsthaftigkeit des politischen Willens in Chile aufkommen läßt und gleichzeitig die Macht deutlich macht, die die Militärs noch immer besitzen. Eingeschränkt werden müßte auch der Zugriff der Militärjustiz, die momentan in allen Fällen, in die Militärangehörige verwickelt sind, mitmischt. Der Repräsentant des Heeres im Obersten Gerichtshof müßte abgezogen werden, und der Kongreß müßte die Zustimmung zum internationalen Strafrecht ratifizieren.

Doch bisher sind die Militärs nicht bereit, Zugeständnisse zu machen. Sie fühlen sich vielmehr in den Schmutz gezogen, wenn die Militärregierung angegriffen wird, denn das sei eine "Regierung der Streitkräfte" gewesen. "Es ist in Santiago einiges passiert, was uns sehr frustriert hat", begründet denn auch General Ricardo Izurieta seine Reise nach London zum Ex-Diktator; Izurieta besuchte ihn, "damit er unsere Solidarität spürt". Die Reise habe er privat unternommen, aber er könne sich natürlich niemals von seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Streitkräfte losmachen. Auf die Frage, ob die Auslieferung Pinochets nach Spanien einen Militärputsch provozieren könnte, antwortete er: "Diese Spekulationen sind zu schwerwiegend. Auf jeden Fall ist es eine Situation, die das Heer und die militärische Familie sehr betrifft".

Wie gut der Schutzmantel des Militärs funktioniert, bzw. wie hart fehlende Disziplin sanktioniert wird, hat in diesen Wochen Fernando Torres Silva zu spüren bekommen. Der oberste Funktionär der Militärjustiz war nach Spanien gereist, um sich über den Prozeß gegen Pinochet zu informieren, und hatte dabei gegenüber Richter Garzón Aussagen über Pinochet gemacht. Deshalb wurde er von der politischen Rechten in Chile heftig angegriffen, so daß er schließlich nach elf Jahren sein Amt niedergelegt hat. Zwei Tage später wurde er selber wegen Folterungen angeklagt und in verschiedenen Prozessen vorgeladen. Nun allerdings nicht mehr, um Untersuchungen zu führen, sondern als Zeuge und Angeklagter.

Sandra Grüninger, Santiago de Chile

37. Nach Norden: Migration von Mexiko in die USA. Eine Rezension

Autor: efa · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:17

Über 3.000 Kilometer ist sie lang, die Grenze zwischen Mexiko und den USA. Jährlich versuchen etwa eine Million Menschen, diese Grenze "illegal" von Nord nach Süd zu überwinden in der Hoffnung, einer auswegslosen ökonomischen und repressiven politischen Situation durch Migration zu entkommen. Viele von ihnen sind MexikanerInnen. Aber auch für zigtausende EinwohnerInnen anderer lateinamerikanischer Staaten ist Mexiko zwangsläufig Durchgangsstation auf dem Weg nach Norden.

Die AutorInnen des von Dario Azzellini und Boris Kanzleiter herausgegebenen vorliegenden Bandes skizzieren ein umfassendes und aktuelles Bild der Situation auf beiden Seiten der Grenze. Neben der konkreten Untersuchung der Aufrüstung der Grenzsicherungsanlagen und der Verschärfung migrantInnenfeindlicher Gesetzgebung in den USA werden soziale Migrationsursachen, die Entwicklung der Binnenmigration in Mexiko und die Lebens- und Arbeitsbedingungen von MigrantInnen in den USA diskutiert.

"Das beste Spiel der Welt"

Die neoliberalen Umstrukturierungsprozesse in Mexiko, die 1994 zur Unterzeichnung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA führten, beschleunigen die Dynamik von Migrationsprozessen; bilden die MigrantInnen doch ebenso ein ideales Arbeitskräftereservoir für die für den US-Markt produzierenden Billiglohnfabriken, die "Maquiladoras", im Norden Mexikos wie auch für bestimmte Bereiche der Landwirtschaft und für den Dienstleistungssektor in den USA.

Die Militarisierung der Grenze dient dabei vor allem der Regulierung der Anzahl illegalisierter MigrantInnen in den USA und nicht dazu, die Einwanderung prinzipiell zu stoppen. Was nicht bedeutet, daß diese Militarisierung weniger repressiv wäre: Allein 1998 starben knapp dreihundert Menschen bei dem Versuch, die Grenze "illegal" zu überqueren. "Wir haben das größte, beste Spiel der Welt hier und werden dafür auch noch bezahlt", beschreibt ein Angehöriger der US-amerikanischen "Border Patrol" begeistert seinen Job. Dieser Satz ist auch Auswuchs dessen, was Kriminalisierungskampagne und Einwanderungspolitik in den USA seit Jahren sorgfältig im öffentlichen Diskurs verankert haben: Das - auch hierzulande hinreichend bekannte Phantasma von Migration als Bedrohung der "inneren Sicherheit"; konsequent bezeichnen staatliche Stellen dementsprechend MigrantInnen als "Aliens" oder sogar als "Illegal Aliens". SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen und medizinisches Personal sind angehalten, jedeN, die oder den sie verdächtigen, illegal im Land zu sein, den staatlichen Behörden zu melden. Auch die Zunahme sogenannter "Haß-Verbrechen" gegen MigrantInnen in den letzten Jahren ist in diesen Zusammenhang einzuordnen.

Aber die zunehmende Migration hat noch eine andere Seite: Sie trägt zur Schaffung eines sogenannten "Transnationalen Sozialen Raums" in den USA bei, also einer immer größer werdenden Latino-Community, die ihren eigenen "sozialen und kulturellen Kosmos" konstruiert, der es MigrantInnen leichter macht, den Schritt über die Grenze zu schaffen, und die zugleich die Härten bei der Ankunft im Einwanderungsland abfedert.

"Magischer Urbanismus"

Der Stadtsoziologe Mike Davis beschreibt in seinem Beitrag die "Lateinamerikanisierung der US-Metropolen" und die zunehmend wichtigere Rolle, die lateinamerikanische MigrantInnen in den verschiedenen sozialen Kämpfen einnehmen. So sei es beispielsweise der zweisprachigen "Busriders Union" in Los Angeles gelungen, Hunderte von NutzerInnen des öffentlichen Nahverkehrs gegen staatlichen Rassismus zu mobilisieren. Ob aber die neuentstehende städtische Latino-Mehrheit in den US-Metropolen Hoffnungsträger für eine städtische Erneuerung darstellt oder nur "das ruinöse Erbe schon längst vollzogener Niederlagen antritt", das, so Davis, ist noch offen.

"Nach Norden" ist ein äußerst informativer Sammelband, der die Grenze zwischen Mexiko und den USA aus verschiedenen Perspektiven untersucht, beschreibt und analysiert, und gerade das macht ihn lesenswert, auch wenn die AutorInnen offenbar streckenweise mehr um die wissenschaftliche correctness und weniger um die Lesefreundlichkeit besorgt sind. Die manchmal recht trockenen sozioökonomischen und historischen

Hintergrundberichte werden aber durch Interviews mit MigrantInnen und/oder AktivistInnen sozialer Bewegungen und durch zahlreiche Kurzdarstellungen einzelner Projekte und Ereignisse konkreter greifbar. Sehr informativ auch der ergänzende Serviceteil mit Adressen und kommentierter Literaturliste zum Thema. Wer bereit ist, etwas Zeit und Mühe zu investieren, erhält mit diesem Band die Gelegenheit, sich über den Migrationsprozeß zwischen Mexiko und den USA zu informieren und kann damit auch die Analyse von Entwicklungen hierzulande vertiefen - wie z.B. die Grenzpolitik der BRD an den Grenzen zu Polen und der Tschechischen Republik.

efa

Dario Azzellini, Boris Kanzleiter (Hg.): Nach Norden. Mexikanische ArbeitsmigrantInnen zwischen neoliberaler Umstrukturierung, Militarisierung der US-Grenze und amerikanischem Traum. Heft 6 der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V. (FFM), Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Strasse, Berlin/Göttingen 1999, 267 Seiten, 20 DM.

38. Rückzug der Militärs. In Nigeria soll ein gewählter Präsident die Regierung übernehmen

Autor: Thomas Mösch · Rubrik: Nigeria · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:11

Wenn am 29. Mai der im Februar gewählte Präsident Olusegun Obasanjo sein Amt als nigerianisches Staatsoberhaupt antritt, wird das bevölkerungsreichste Land Afrikas erstmals seit 15 Jahren wieder eine gewählte Regierung haben. Die mehr als 100 Millionen NigerianerInnen verbinden damit die Hoffnung, daß der politische und wirtschaftliche Abwärtstrend endlich gestoppt werden kann. Das Abtreten der Militärs ist eine Folge des plötzlichen Todes des brutalen Diktators Sani Abacha im Juni vergangenen Jahres. Nach Abacha kam Abdulsalami Abubakar und damit ein General, dem offenbar klar geworden ist, daß das Militär abgewirtschaftet hat.

Abubakar begann, die politischen Gefangenen freizulassen. Er ließ Parteien zu und lockerte den Druck auf die Medien. Seit Januar wurden, angefangen von der lokalen Ebene, die politischen Gremien neu gewählt. Dabei bildeten sich drei Parteien heraus, die schließlich auch zu den Parlaments- und Präsidentenwahlen auf nationaler Ebene zugelassen wurden. Als stärkste Kraft etablierte sich die People's Democratic Party (PDP), die bei den Parlamentswahlen im Februar rund 60 Prozent der Stimmen erhielt. Zweitstärkste Partei ist die All Peoples' Party (APP), die rund 30 Prozent erhielt. Abgeschlagen auf dem dritten Platz landete die Action for Democracy (AD), die nur im von den Yoruba bewohnten Südwesten des Landes (mit der Wirtschaftsmetropole Lagos) Mehrheiten gewinnen konnte. Die PDP versuchte, sich als sozialdemokratisch angehauchte Partei zu profilieren; die APP gilt als konservativer, während sich die AD in der Tradition der Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung sieht. Sie ist vor allem ein Hort der Yoruba-Elite, die der Zentralregierung kritisch gegenübersteht.

Die PDP konnte für die Präsidentschaftswahl am 27. Februar den früheren Militärherrscher Olusegun Obasanjo gewinnen. APP und AD blieb nichts anderes übrig, als sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen, wenn sie überhaupt eine Chance haben wollten. Sie wählten Olu Falae, der einst in der Militärregierung Ibrahim Babangidas als Finanzminister diente und als Wirtschaftsfachmann gilt. Das brachte Nigeria erstmals seit der Unabhängigkeit von Großbritannien 1960 in die Situation, daß sich zwei Kandidaten gleicher ethnischer Herkunft gegenüberstanden. Sowohl Obasanjo als auch Falae sind Yoruba. Somit stand schon vor der Wahl fest, daß der bisher dominante Norden des Landes, und damit die islamische Haussa-Fulani-Elite, das Machtzentrum dem Süden überlassen mußte. Das fiel ihr um so leichter, als der Favorit Obasanjo schon während seiner eigenen Militärherrschaft 1976 bis 1979 bewiesen hatte, daß er ihre Interessen kennt und zu respektieren weiß.

Nur ein Werkzeug der Militärs?

Auch wenn seine Wahl wegen zahlloser Betrügereien keineswegs glanzvoll war, so gilt Obasanjo doch als der einzige, der unter den heutigen Umständen Nigeria zusammenhalten und wieder auf die Beine bringen könnte. Er saß unter Abacha drei Jahre im Gefängnis, weil er angeblich einen Putsch vorbereitet hatte. Andererseits hatte es Obasanjo aber auch vermieden, die Ansprüche des beim letzten gescheiterten Demokratisierungsversuch 1993 gewählten Präsidenten Moshood Abiola zu unterstützen. Das brachte Obasanjo die Gegnerschaft der Mehrheit der Yoruba ein, die sich durch die Annullierung der Wahl Abiolas um den Sieg eines der Ihren gebracht sahen. Abiola starb letzten Sommer, nur vier Wochen nach Abacha, kurz bevor er aus der Haft entlassen werden sollte. Als Kenner des Militärs und guter Bekannter des Abacha-Vorgängers Babangida wird Obasanjo zugetraut, notwendige Reformen einzuleiten, ohne das Militär vor den Kopf zu stoßen. Das trug ihm andererseits den Vorwurf ein, nur ein Werkzeug der Uniformierten zu sein.

Tatsächlich dürfte es Obasanjo schwerfallen, sich den Forderungen seiner Unterstützer zu widersetzen. Es soll vor allem Babangida gewesen sein, der aus dem während seiner Herrschaft zusammengeraubten Vermögen den Wahlkampf Obasanjos finanziert hat. Obasanjo selbst gilt vor allem im Ausland als integer. Er hatte sich nach seinem Abgang 1979 auf seine Farm zurückgezogen und international als "Elder Statesman" von sich reden gemacht, der sich für Demokratie und gegen Korruption einsetzt. Der Freund Helmut Schmidts war einer der Gründungsmitglieder der in Berlin ansässigen Anti-Korruptions-Vereinigung "Transparency International".

Nun wird er also Präsident in einem der korruptesten Länder der Welt - man darf gespannt sein, wie diese Kombination funktioniert.

Die alle Lebensbereiche beherrschende Korruption ist allerdings nur eines der riesigen Probleme, mit denen Nigeria zu kämpfen hat. Sie ist vor allem Ausdruck der desolaten Wirtschaftslage. Zwar produziert Nigeria am Tag zwei Millionen Barrel Erdöl, doch die Wirtschaft liegt am Boden. Nicht einmal die eigenen Erdölraffinerien funktionieren, so daß die Nigerianer täglich stundenlang nach Benzin anstehen müssen. Unterdessen wuchsen die Auslandskonten der herrschenden Militärs und der mit ihnen verbündeten Eliten ins Unermeßliche. Der klägliche Rest der geraubten Ölmilliarden floß in den Ausbau der neuen Retorten-Hauptstadt Abuja und damit in die Kassen ausländischer Baukonzerne wie des in Nigeria besonders aktiven deutschen Unternehmens Bilfinger & Berger mit seiner nigerianischen Tochterfirma Julius Berger.

Über Obasanjos wirtschaftspolitische Konzepte ist noch nicht viel bekannt. Er gilt auf diesem Gebiet als unerfahren. Ihm wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als die von seinen Vorgängern begonnene Privatisierungspolitik fortzuführen, die auch IWF und Weltbank verlangen. Allerdings gilt Obasanjo als Gegner eines unkontrollierten "Ausverkaufs". Viel wird wohl davon abhängen, ob er einen Teil des in den vergangenen Jahrzehnten ins Ausland transferierten nigerianischen Kapitals ins Land zurücklocken kann. Strafprozesse gegen die Räuber dürfte es auch deswegen wohl nicht geben.

Ethnische Konflikte und die Hand der Ölkonzerne

Der andere große Brocken, den Obasanjo aus dem Weg räumen muß, ist die Gefahr eines Auseinanderbrechens des äußerst heterogenen Landes. Nigeria beherbergt schätzungsweise 450 Volksgruppen mit jeweils eigener Sprache und Kultur. Schon die drei größten, die Haussa-Fulani im Norden, die Yoruba im Südwesten und die Ibo im Südosten, sind nur schwer zusammenzuhalten. In den letzten Jahren haben sich aber auch immer mehr kleinere Völker, vor allem im ölreichen Niger-Delta, zu Wort gemeldet. Die Strategie des Militärs lautete bisher "Teile und Herrsche". Inzwischen gibt es in Nigeria 36 Bundesstaaten, die alle am Tropf der Bundesregierung hängen. Die scheidende Militärregierung war bisher nicht einmal in der Lage, dem Land eine neue Verfassung zu geben. Offenbar können sich die Militärs nicht darauf einigen, wie die Macht zwischen der Zentrale und den Regionen in Zukunft verteilt werden soll. Die aktive, aber machtlose Demokratiebewegung fordert nach wie vor eine unabhängige Verfassungskonferenz, die für das Land einen neuen Gesellschaftsvertrag aushandeln müßte. Gerade das aber fürchten offensichtlich die bisher tonangebenden Teile der Elite.

Die Unfähigkeit der Militärs, Macht und Geld halbwegs gerecht zu verteilen, hat vor allem in den Ölförderregionen im Süden einen Widerstand erzeugt, der mit dem gewaltlosen Aufstand der Ogoni zwischen 1993 und dem Mord an dem Ogoni-Führer Ken Saro-Wiwa 1995 einen ersten Höhepunkt erreichte. Nach dem Tod Abachas griff der Aufruhr auch auf andere Gebiete des Niger-Deltas über. Insbesondere Jugendliche schlossen sich zu politischen Gruppen oder einfach Banden zusammen, besetzten Ölfördereinrichtungen, demonstrierten und nahmen Geiseln, um sich Gehör zu verschaffen. Sie fordern vor allem eine Beteiligung an den Öleinnahmen, politische Autonomie und eine Reparatur der Umweltschäden.

Auch nationalistische Töne wurden lauter, die vom Militär schon früher gern instrumentalisiert wurden, um den Einsatz von Waffengewalt zu rechtfertigen. Im Herbst und Winter 1998/99 lieferten sich immer wieder Gruppen des Ijaw-Volkes Kämpfe mit Nachbar-Völkern, Soldaten erschossen Dutzende von bewaffneten, aber auch unbewaffneten Jugendlichen. Und auch die Ölkonzerne hatten ihre schmutzigen Finger wieder im Spiel. So mußte das US-Unternehmen Chevron zugeben, Soldaten auf eine Ölplattform geflogen zu haben, damit sie eine Besetzungsaktion von unbewaffneten Jugendlichen beendeten - zwei Tote und etliche Verwundete waren das Ergebnis. Da dies kein Einzelfall ist, fordern mehrere Abgeordnete des US-Kongresses inzwischen eine Untersuchungskommission zum Verhalten amerikanischer Konzerne in Nigeria.

In Deutschland ist es dagegen ruhig geworden um Nigeria. Öffentliche Proteste, zum Beispiel gegen Shell, den größten Ölproduzenten Nigerias, gibt es kaum noch. Im Bundestag steht demnächst eine Beschlußvorlage zur Entscheidung an, die der neuen demokratisch legitimierten Regierung Unterstützung zusichert und Hilfe für die Zivilgesellschaft einklagt. Andererseits mußte der grüne Europa-Abgeordnete Wilfried Telkämper erst kürzlich aus dem Auswärtigen Amt erfahren, daß die nigerianische Regierung mit ihrem militärischen Vorgehen gegen

Aufständische im Niger-Delta nur ihr legitimes Recht auf Schutz der staatlichen Einheit und Zugriff auf die Ölreserven ausübe. Nigeria ist halt nicht Jugoslawien.

Thomas Mösch

(Arbeitskreis Nigeria/Aktion Ogoni, Hamburg)

39. Regulierte Anarchie in Indonesien

Ein Jahr nach dem Sturz Suhartos:

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:25

Er ist ein Teil der Probleme Indonesiens - versteht er sich aber als Teil der Lösungen für das Land. Doch damit dürfte der nunmehr seit einem Jahr amtierende Präsident Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie überfordert sein.

Am 21. Mai 1998 mußte Präsident Suharto nach 32jähriger Herrschaft abtreten. Sein Rückzug war typisch für ihn: Der Diktator, dessen Familienvermögen das Londoner Wirtschaftsblatt The Economist auf bis zu 40 Mrd. US Dollar schätzt, führte selbst im Moment der Niederlage noch lächelnd Regie: Er trat vor die Mikrophone, bedankte sich und entschuldigte sich zugleich beim indonesischen Volk für Verfehlungen, um sodann das Mikrophon an Habibie zu übergeben, der unverzüglich seinen Amtseid leistete.

Der regimekritischen Studentenschaft schmeckte das nach abgekartetem Spiel. In Sprechchören und auf Postern wurde Habibie - er hatte gerade zwei Monate als Vizepräsident hinter sich - als Marionette seines Vorgängers dargestellt. "Habibie ist ein Wasserbüffel, den Suharto am Nasenring führt", hieß es auf Transparenten. Das war wohl eher Ausdruck eines etwas voreiligen Wunschdenkens. Habibie, der eine Ausbildung an der Technischen Hochschule Aachen absolviert hat, konnte jahrelang als Minister für Forschung und Technologie sämtliche Schlüsselstellungen im rüstungsindustriellen Bereich besetzen und war somit integraler Bestandteil des ancien régime.

Das Habibie-Paradox besteht darin, daß er als Garant des Alten gleichzeitig die Kontinuität der Suharto-Ära brechen und die Weichen für einen Neubeginn stellen will. Alles, was er bislang unternahm, blieb schillernd, widersprüchlich und unwägbar. Eben daraus aber speist sich des Präsidenten erstaunliche Kunst, politisch zu überleben und sich durch die schwerste wirtschaftliche und soziale Krise des Landes seit den sechziger Jahren zu lavieren. Dabei kommt ihm einerseits die Furcht des Establishments und der Mittelschichten vor noch größerem Aufruhr oder gar einem blutigen revolutionären Umsturz zugute, zum anderen aber auch die Uneinigkeit im oppositionellen Spektrum. Mit einer hochpolitisierten Studentenschaft allein ist noch kein Staat zu machen.

Nachdem er seinen Amtseid abgelegt hatte, zollte Habibie seinem Gönner Suharto "größten Respekt" und würdigte ihn als Initiator einer erfolgreichen Entwicklung - um im gleichen Atemzug "eine neue politische Atmosphäre, ein sauberes Regieren jenseits von Korruption und Nepotismus und ein Wirtschaftsleben mit größerer Verteilungsgerechtigkeit" heraufzubeschwören.

Bei diesem Balanceakt bleibt Habibie - wie sein Vorgänger - auf den mächtigsten Herrschaftsapparat im Lande, die Streitkräfte (Abri), angewiesen, ohne ihnen, im Unterschied zu Ex-General Suharto, jemals selbst angehört zu haben. Obwohl die Militärs Habibie lediglich als Günstling des Alten tolerieren, bleiben sie schon aus Eigeninteresse in gewisser Weise auf ihn angewiesen, wie denn Habibies Schicksal maßgeblich vom Goodwill der Militärs abhängt. Die in über drei Jahrzehnten fein gesponnenen, engen Loyalitätsnetze zwischen der Armee und der (technokratischen) Staatsbürokratie zu lockern oder gar aufzulösen wird länger dauern, als manchen RegimekritikerInnen lieb sein dürfte. Der Verteidigungsminister und Abri-Oberbefehlshaber, General Wiranto, hält nach wie vor die Fäden in der Hand und weist dem Militär weiterhin auch sozialpolitische Funktionen zu - oder läßt es kollektiv wegsehen, wenn unliebsame RegimegegnerInnen vom Mob und von Paramilitärs attackiert werden.

Zickzackkurs als Herrschaftssicherung

Alle, die gedacht hatten, daß nach Suhartos Abgang auch Habibie im Orkus verschwinden werde, mußten umdenken. Die Zickzackpolitik des Präsidenten erschwert seinen beileibe nicht wenigen Gegnern eine genaue Lageeinschätzung. War er früher stets die Stimme seines Herrn, wenn es darum ging, Oppositionellen Maulschellen zu verpassen oder mißliebige Medien zu unterdrücken, so hob er jetzt nicht nur das Verbot des vielgelesenen Magazins Tempo wieder auf, sondern setzte auch politische Gefangene auf freien Fuß. Als langjähriger treuer Gefolgsmann der Regierungspartei Golkar findet er es neuerdings normal, sich mit Personen anderer politischer Couleur zu umgeben. Unter Suharto war die Parteienlandschaft letztlich reduziert auf die ungebrochene Dominanz der (funktionalen Herrschaftsgruppe) Golkar mit ihren vorprogrammierten

Traumergebnissen bei Wahlen; zur Zeit aber bleibt nicht einmal die Regierungspartei von Absetzbewegungen und internen Differenzen verschont.

Während Suharto sein eigenes Wirtschaftsimperium im Filz mit chinesischen Finanzmagnaten ausgebaut und ihnen weitreichende Vollmachten (z.B. Handelsmonopole) gewährt hat, präsentiert sich Habibie jetzt als Befürworter der sogenannten "Wirtschaft des Volkes" (ekonomi rakyat), die die nicht-chinesischen und muslimischen Bevölkerungsgruppen sowie kleine und mittlere Unternehmen durch Kredite und Steuervergünstigungen protegieren soll.

Früher waren Militärs weitgehend vor Strafverfolgung geschützt; inzwischen aber ist sogar der Suharto-Schwiegersohn Prabowo Subianto, ein hochrangiger Offizier, der Anfang der achtziger Jahre bei der Elitegruppe GSG-9 in Hangelar bei Bonn ausgebildet wurde, aus der Armee entlassen worden. Und während man die Abri in der Vergangenheit mit der Gloriole einer nationbildenden und staatstragenden Kraft umgab, ermitteln mittlerweile Untersuchungskommissionen, wann, wo und in welchem Ausmaß Soldaten Verbrechen begangen und sich der Verletzung von Menschenrechten schuldig gemacht haben.

Diente die Beratende Volksversammlung mit ihren mehrheitlich handverlesenen VertreterInnen früher als zahnlose, palasttreue Legislative, so zeigt sich Habibie jetzt bereit, sie nicht nur zu Sondersitzungen einzuberufen, sondern sie auch über neue Modalitäten ihrer Zusammensetzung nachdenken zu lassen. Gleichzeitig droht der Präsident der Opposition mit dem festen Entschluß, sein Amt gemäß der geltenden Verfassung - die freilich häufig mit seiner Hilfe gebrochen worden ist - bis zum Jahr 2003 auszuüben.

Die Opposition drängt demgegenüber darauf, daß eben diese Verfassung im Sinne demokratischer Reformen verändert und das Suharto-Erbe historisch aufgearbeitet wird. Dies durchzusetzen verlangt aber zumindest die Überwindung der eigenen Zersplitterung sowie eine programmatische Alternative, um diktatorische Bastionen zu schleifen und die tiefe Wirtschaftskrise zu überwinden. Dazu müßte eine Allianz zustande kommen aus Kräften wie der von Amien Rais geführten Muhammadiyah-Bewegung, der Nahdlatul Ulama (Wiedererwachen religiöser Gelehrter) unter Abdurrahman Wahid, den Gefolgsleuten der Sukarno-Tochter Megawati sowie aktiver Menschenrechtler und Gewerkschafter.

Indonesiens rasante Verarmung

Habibies brennendste Probleme sind wirtschaftlicher und sozialer Natur. Schon vor dem Offenkundigwerden der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung offiziell mit 7,5 bzw. knapp 40 Prozent ausgewiesen. Heute ist etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze (rund 37 Millionen) gefährdet. Die Landeswährung Rupiah erlitt drastische Einbrüche: Ihr Kurs sackte im Januar 1998 auf das Rekordtief von 17.000 zum USDollar - gegenüber 2.400 im Juli 1997; gegenwärtig bewegt sich der Kurs der Rupiah um die 9.000-Marke. Gleichzeitig schrumpfte das Bruttosozialprodukt im vergangenen Jahr um zirka 18 Prozent. Die Inflationsrate bewegt sich auf die 100-Prozent-Marke zu.

Seit Beginn der Krise im Sommer 1997 haben etwa fünf Millionen Menschen zusätzlich ihren Arbeitsplatz verloren. Im Frühjahr 1998 bezifferte die einflußreiche Indonesian Association of Muslim Intellectuals (ICMI) die Gesamtzahl der Arbeitslosen mit 12 Millionen. Wer noch Beschäftigung hat, wird zunehmend mit erzwungenen Überstunden und abgesenkten Löhnen in die Zange genommen. Das gesetzlich fixierte Lohnminimum dürfte mit umgerechnet etwa 65 US-Cents pro Tag möglicherweise das weltweit niedrigste sein. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen sackte binnen weniger Monate von etwa 1.000 auf 230 US-Dollar ab.

Falsche Propheten: Weltbank und IWF

Vor dieser Krise hatte die Weltbank der indonesischen Führung bescheinigt, die Zahl der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen signifikant von 60 Prozent der Bevölkerung im Jahre 1970 auf 11 Prozent im Jahre 1996 gesenkt zu haben. Heute hat sich die Entwicklung umgekehrt. Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben ergeben, daß gut die Hälfte der Kinder auf dem Archipel unterernährt ist. Die Nahrungsmittelproduktion ist innerhalb eines Jahres um über fünf Prozent geschrumpft und das Land nach etlichen Jahren der Selbstversorgung wieder auf Reiseinfuhren angewiesen. Indonesische Experten gehen davon aus, daß bis Ende dieses Jahres annähernd die Hälfte der Bevölkerung unter die Armutsgrenze abrutscht. Wohlverstanden: All das in einem Land, das der Weltbank und dem IWF als Inbegriff einer äußerst erfolgreichen Entwicklung galt.

Noch im September-Report 1997 der Weltbank hieß es: "Indonesien hat große Anstrengungen unternommen, seine Wirtschaft zu diversifizieren, es hat durch ein solides makroökonomisches Management einen wettbewerbsfähigen Privatsektor geschaffen, die Deregulierung vorangetrieben und verstärkt Investitionen in infrastrukturelle Bereiche zu lenken vermocht. Heute verzeichnen sowohl ausländische als auch einheimische Investitionen einen Boom. Indonesiens Investitionsraten haben einen stetigen Aufwärtstrend gezeigt und zählen zu den höchsten in den großen Entwicklungsländern." Als sei zwischenzeitlich nichts geschehen, erschien diese Einschätzung noch im Frühjahr 1998 auf der Website der Bank.

Die Krise ist - und das nicht nur in Indonesien - im Kern eine des privaten Sektors, der in der Vergangenheit mühelos Darlehen aufnehmen konnte. Daher geriet die Standardrezeptur des IWF, in Krisenzeiten noch stärker auf Liberalisierung des Finanzsektors zu drängen und damit die Krisenanfälligkeit zu steigern, zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik. Der Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, mußte während einer Rede am 7. Januar 1998 in Helsinki eingestehen, daß ein Doppelstandard bei der Behandlung einheimischer und ausländischer Interessen gilt: Einheimische Firmen seien der Gnade des Marktes überlassen, während ausländische Investoren aufgrund des IWF-Kredits an Jakarta in Höhe von 43 Mrd. US-Dollar erweiterte Besitzrechte genössen und für die Konkurrenz mit asiatischen Unternehmen besser gewappnet seien.

Fast zur gleichen Zeit veröffentlichte die New York Times Auszüge aus einem IWF-internen Indonesien-Memorandum. Selbst innerhalb des Währungsfonds, hieß es dort, habe man erkannt, daß die Politik gegenüber Jakarta nach hinten losgegangen sei. Allein die Ankündigung, 16 als insolvent eingestufte Banken als Gegenleistung zur Gewährung des IWF-Kredits zu schließen, habe das Restvertrauen der indonesischen Bevölkerung in das Bankensystem erschüttert und über zwei Dritteln sämtlicher Finanzinstitute des Landes zusätzlich zwei Mrd. US-Dollar entzogen.

Um die Auslandsverschuldung von et-wa 140 Mrd. US-Dollar (darunter 20 Mrd. US-Dollar an kurzfristigen Fälligkeiten) abzubauen, wurde am 15. Januar 1998 ein neues Abkommen mit dem IWF abgeschlossen, dessen Schlußakkord ein ungewöhnliches Gruppenfoto bildete. Es zeigte den IWF-Managing Director Michel Camdessus in imperialer Pose: Camdessus steht mit verschränkten Armen hinter dem sitzenden Suharto und wacht mit Argusaugen darüber, daß dieser botmäßig seine Unterschrift unter das vor ihm ausgebreitete Dokument setzt. Dieses zweite Abkommen erneuert die Eckpunkte der ersten Vereinbarung, beinhaltet aber erweiterte Machtbefugnisse für das ausländisches Kapital und sieht unter anderem vor:

- die Inflationsrate nicht über 20 Prozent anwachsen zu lassen;

- Brennstoffsubventionen und Mehr-wertsteuerbefreiungen abzuschaffen;

- die Zölle auf sämtliche importierte Nahrungsmittel bis zum Jahr 2003 um fünf und auf nicht-agrarische Erzeugnisse um zehn Prozent zu senken;

- den Bankensektor umzugestalten, einschließlich der Möglichkeit ausländischer Übernahmen und Besitzrechte ab Juni 1998;

- zwölf Megaprojekte (in die auch Suhartos sechs Kinder involviert waren) einzustellen;

- den Handel mit Agrarprodukten wie Cashewnüssen, Nelken und Vanille zu liberalisieren.

Damit befindet Habibie sich in einem Dilemma: Kommt er den IWF-Auflagen nicht oder nur teilweise nach, dürfte ihm das zum Verhängnis werden. Andererseits gefährdet gerade die Umsetzung der IWF-Auflagen fortgesetzt den sozialen und politischen Frieden. "Paukt der IWF seine Auflagen durch", so der Indonesien-Experte der Hongkong and Shanghai Bank, Steve Gibbs, "muß er mit weiteren Unruhen rechnen. Gibt er indes nach, wird ihm vorgeworfen, er habe in Indonesien westliche Steuergelder verschwendet."

Rainer Werning

Osttimors vage Zukunft

Die politisch und wirtschaftlich angespannte Lage Indonesiens hat zunächst eine Pogromstimmung gegen die gut sechs Millionen zählende chinesische Minderheit geschürt, denn nicht wenige Chinesen waren Hauptnutznießer der Ära Suharto. Hinzu kamen allerorten Hungerproteste und entfesselte Feindseligkeiten gegen unterschiedliche Bevölkerungegruppen, die seit Ende der sechziger Jahre im Zuge des von Jakarta

betriebenen Transmigrasi-Programms auf dem Archipel hin- und hergeschoben worden waren, um der relativen Überbevölkerung auf der Haupt-insel Java Ventile zu öffnen. Schließlich hat Habibie zu Jahresbeginn angekündigt, daß das 1975 okkupierte und ein Jahr darauf widerrechtlich annektierte Osttimor vom Jahr 2.000 an nicht länger mehr militärisch besetzt bleiben solle. "Wir haben", so der Präsident, "genug damit zu tun, die Probleme in den anderen 26 Provinzen unseres Landes zu lösen". Eine späte Einsicht, die "billiger" zu haben gewesen wäre: Seit über 20 Jahren wird in der ehemaligen portugiesischen Kolonie mit stillschweigender Duldung der "westlichen Wertegemeinschaft" ein Genozid betrieben (etwa 200.000 Tote bei einer Bevölkerung von heute etwa 800.000).

In dieser von indonesischen Sicherheitskräften seit Jahren hermetisch von der Außenwelt abgeriegelten Region herrschten einzig die Bajonette und Willkür des Militärs; Massaker und Vertreibungen waren an der Tagesordnung. Doch all das erheischte im Westen kaum Aufmerksamkeit, da der bevölkerungsreichste Staat in Südostasien als lukrativer Markt und regionale Ordnungsmacht stets mit Glacéhandschuhen angepackt wurde.

Der Linguist Noam Chomsky, seit dem Vietnamkrieg ein bekannter Kritiker der US-Außenpolitik, prägte in diesem Zusammenhang vor Jahren den Begriff benign terror. "Gutartig" sei Terror dann, wenn er sich innerhalb der Paradigmen westlicher Außen-, Sicherheits- und Interessenpolitik bewege, mithin duldbar und bar jeder kritischen Empörung sei. Dem Gegenteil, malign terror oder "bösartigem Terror", wird gegenwärtig vielerorts, z.B. in Jugoslawien, mit bombenstarker Verve schwarz-rot-grüner Bellizisten begegnet. Kein Wunder, daß da die langjährigen Führungspersönlichkeiten des osttimoresischen Widerstandes - z.B. den Friedensnobelpreisträger José Ramos Horta und den noch unter Hausarrest stehenden Xanana Gusmao - schiere Verzweiflung gepackt hat angesichts der ethnozentrisch eingefärbten Heuchelei des deutschen Außenministers, der stirnrunzelnd die Jahrtausendendbotschaft verkündet, zu Be-ginn des 21. Jahrhunderts dürfe sich Terror nicht auszahlen.

Der eigentliche Terror besteht darin, daß Habibie und das Militär Osttimor, das jahrelang mit Aufstandsbekämpfung überzogen worden ist, jetzt in die Autonomie, gar Unabhängigkeit entlassen wollen, andererseits aber gezielt sogenannte "Loyalisten" bewaffnen und gegen die mehrheitlich für Unabhängigkeit einstehende Bevölkerung aufhetzen. Nutznießer, so das perfide Kalkül der Machthaber, wird das Militär bleiben. Es wittert aufs neue die Chance, sich als letztlich einzige Ordnungsmacht in einem Klima regulierter Anarchie zu empfehlen.

Rainer Werning

40. Vom Internet zum LabourNet. Betriebslinke wollen sich surfend vernetzen

Autor: David Hollis, Mag Wompel · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:06

Das Internet bietet bisher unbekannte Möglichkeiten der schnellen, direkten und demokratischen Kommunikation. Mit dem LabourNet präsentiert sich ein Projekt, das das Internet in diesem Sinne als Chance für eine basisorientierte Vernetzung der internationalen ArbeiterInnenbewegung begreift. Wir möchten mit diesem Beitrag gleichzeitig in eine allgemeinere Diskussion über Chancen und Gefahren der modernen Telekommunikationstechnologien für linke Politik einsteigen.

Das Internet macht die Welt sprichwörtlich zu einem globalen Dorf. Kommunikation von einem Ende der Erde zum anderen geschieht innerhalb von wenigen Sekunden. Wenn man vom Internet spricht, ist meistens das "World Wide Web" gemeint, ein Medium zur Darstellung und zum Abruf von Informationen. Doch obwohl der Kapitalismus im Zeitalter der Netzwerkgesellschaft die Welt zusammenbringt, heißt es noch lange nicht, daß eine Kommunikation und darauffolgend ein Handeln auch auf der Ebene der ArbeitnehmerInnen stattfindet. Fast jedeR kennt McDonalds, eine weltweite Organisation von McDonalds-Beschäftigten ist aber noch lange nicht in Sicht. Das liegt an der Struktur der weltweiten Kommunikation, aber auch an tradierten Gewerkschaftsstrukturen.

Das Internet ändert sich ständig. Informationsknoten im Netz erscheinen und verschwinden, und die Kommunikation zwischen den Knoten hat keinen vordefinierten Weg. Die Information muß nicht von irgendeiner Stelle freigegeben werden, bevor sie weitergegeben werden darf, und was mit ihr schließlich geschieht, hängt von den sendenden und empfangenden Knoten ab.

Kommunikation gegen Gewerkschaftshierarchien

Im Gegensatz dazu stehen die offiziellen Gewerkschaften und ihre Hierarchien. Welche Information es gibt und wohin sie geht, wird normalerweise im Voraus definiert, der Dienstweg muß eingehalten werden. In den offiziellen gewerkschaftlichen Strukturen ist die Meinung weit verbreitet, daß eine Auseinandersetzung nur erfolgreich sein kann, wenn sie von oben "organisiert" wird.

Wenn wir diese offiziellen Strukturen als Netzwerke ansehen, können wir sie nur als ein starres Netz mit einer festen (oder zurückgehenden) Anzahl von Knoten betrachten. Der Informationsfluß geht hauptsächlich in eine Richtung. Von oben kommen die Ideologie und die Befehle, die von unten ausgeführt werden sollen. Die Gewerkschaftsstrukturen sind im allgemeinen hierarchisch und spiegeln den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts wider, zu dessen Bekämpfung sie aufgebaut wurden.

Jetzt, am Ende des 20. Jahrhunderts haben viele dieser Pyramiden ihre Basis verloren oder sind gerade dabei, sie zu verlieren. Die Globalisierung von Einkauf, Produktion und Vertrieb durch die Arbeitgeber hat weltweit neue Probleme für GewerkschafterInnen gebracht. Es wird zunehmend unmöglich, unsere Stellung innerhalb nationalstaatlicher Grenzen zu verbessern oder auch nur zu verteidigen. Internationale Zusammenarbeit und Solidarität sind unbedingt erforderlich geworden.

Zweifelsohne wird es den offiziellen Gewerkschaften schwerfallen, ihre Mitglieder zu ermuntern, ohne explizite Anordnungen von der Zentrale tätig zu werden. Sie müßten außerdem ihre Mitglieder ermutigen, selbständig zu denken. Die Zeiten sind vorbei, wo die Gewerkschaften in der Lage waren, auf alles Antworten zu geben (Ob diese richtig waren, ist noch ein ganz anderes Thema). Die notwendigen neuen Kommunikationsformen und Arbeitsweisen beruhen darauf, daß sie nicht-hierarchisch sind und daher im Widerspruch zu den gegenwärtigen Arbeitsweisen der Gewerkschaften stehen. Die gewerkschaftlichen Strukturen des 19. Jahrhunderts müssen also geändert werden, um dem geänderten, vernetzten Kapitalismus begegnen zu können.

Computerkommunikation war und ist für die Arbeitgeber ein äußerst wichtiger Bestandteil des Globalisierungsprozesses. Als ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen können wir der Macht der multinationalen Konzerne nur gegenübertreten, wenn wir diese Technologie voll ausnutzen. Durch das Internet

ist es für GewerkschaftsaktivistInnen nun möglich, mit anderen zu kommunizieren, ohne jegliche Behinderung von GewerkschaftsfunktionärInnen. "Offizielle Kanäle" gehören der Vergangenheit an.

Doch wie erfahren z.B. weltweit verstreute Konzernbeschäftigte voneinander? In einer Netzwerk-Gesellschaft müssen wir uns auch vernetzen. Heutzutage haben wir nicht nur mit echten Unternehmen zu tun, sondern zunehmend auch mit virtuellen. International werden "Unternehmen" zusammengestellt, die in keinem Land eine wirkliche Basis haben. Sie bestehen aus Einzelteilen, die über verschiedene Teile der Welt verstreut sind. Diese virtuellen Unternehmen existierten für ein gewisses Projekt, werden anschließend zerlegt und anders wieder zusammengesetzt. Die "rechtliche Einheit", d.h. ein Unternehmen, das in einem Land seinen Sitz hat, existiert nur wegen der Gesetze eines Landes, spielt aber ansonsten keine Rolle. Es wird zur Regel, daß Unternehmen in einer internen internationalen Arbeitsteilung ein Produkt, das in mehreren Ländern gleichzeitig entwickelt wird, woanders konstruieren und wieder woanders produzieren.

Wenn wir nicht unbeteiligte ZuschauerInnen - oder gar Opfer - werden wollen, müssen wir lernen, diese Arbeitsweise zu kopieren. Wir müssen uns selbst vernetzen, wenn auch etwas anders, als es die Bosse tun. Wenn irgend etwas aus den Kämpfen der Liverpooler Docker oder dem einst geplanten koreanischen Generalstreik zu lernen ist, dann jenes, daß inoffizielle Basisaktivitäten gestärkt werden müssen.

Das gegenwärtige Bündnis der Hafenarbeiter an der US-amerikanischen Westküste und der japanischen Werftarbeiter zeigt, was ohne Vorplanung möglich ist. Die Besitzer der "Columbus Canada" mußten dies jüngst schmerzlich erleben. Das Schiff war während des "Krieges in den australischen Häfen" (1998 waren die australischen Häfen Schauplatz eines mehrwöchigen Arbeitskampfes, ak) von Streikbrechern geladen worden. Nun mußte es 16 Tage lang auf See bleiben, weil niemand in den USA bereit war, das Schiff zu entladen. Das Schiff mußte samt Ladung zurückgeschickt werden. Kostenpunkt: 10 Millionen Dollar . Die Firma hat außerdem zusagen müssen, von einer Anklage gegen die ILWU (US-amerikanische Hafenarbeitergewerkschaft, ak) und die Mitglieder der gewerkschaftlichen Ortsgruppen abzusehen, die vor den Häfen Streikposten aufgestellt hatten.

LabourNet - eine

Spinne im Netz

Solche Erfolge, wie z.B. auch bei den zwei Aktionstagen der Liverpooler Docker, waren möglich, weil "LabourNet" als eine Spinne im weltweiten Netz die Informationen aus den einzelnen Ländern gesammelt und zur Verfügung gestellt hat. Damit ist die Kommunikation der AktivistInnen untereinander ermöglicht worden. Die ArbeiterInnenbewegung wurde in der Tradition von Organisation und Solidarität aufgebaut, und "LabourNet" hat vor, diese Traditionen auf das Computerzeitalter zu übertragen. Es fördert Computerkommunikation als ein Mittel für die Stärkung und den Aufbau gewerkschaftlicher Organisation.

LabourNet fing als eine Website an, die den Streik der Liverpooler Docker unterstützte. Es war ein Zwei-Personen-Unterfangen. Inzwischen berichtet LabourNet über viele Aktivitäten der ArbeiterInnenbewegung weltweit und ist inzwischen sehr bekannt geworden. Vier neue LabourNets sind gegründet worden, eines in Korea, eines in Kanada, eines in der spanisch sprechenden Welt und eines in Deutschland. Ein neues LabourNet wird demnächst in den Niederlanden erwartet.

Vielleicht ist die Tatsache erstaunlich, daß LabourNet aus den Taschen derjenigen finanziert wird, die auch noch die meiste Arbeit leisten; vor dem Hintergrund der geschilderten Gewerkschaftsstrukturen verwundert das weniger. In Hinterzimmern und in Wohnzimmerecken, von Leuten, die mehr erwerbslos als in Arbeit sind, wird Kommunikation für die ArbeiterInnenbewegung initiiert und manchmal koordiniert. Webseiten werden entworfen, geschrieben und veröffentlicht.

Man wird vergeblich nach einer gewissen politischen Linie unter uns suchen. KeineR von uns schaut hin, wer welches Parteibuch (wenn überhaupt) besitzt. Unsere Hintergründe sind ziemlich unterschiedlich, manche von uns haben einen journalistischen Hintergrund. In der Mehrzahl haben wir unsere Erkenntnisse über HTML und das World Wide Web durch praktische Erfahrung erworben. Wir haben ein gemeinsames Ziel: das größtmöglichste internationale Netzwerk für die ArbeiterInnenbewegung zu schaffen.

Dazu möchten wir mit anderen Kommunikationsnetzwerken der ArbeiterInnenbewegung, sowohl innerhalb als auch außerhalb des APC (1) zusammenarbeiten. LabourNet arbeitet deswegen auch eng mit der

APC-Schwesterorganisation, LaborNet, zusammen. Wir möchten auch mit GewerkschaftsaktivistInnen zusammenarbeiten, die andere Kommunikationsmedien wie z.B. Video, Filme und Radio für die ArbeiterInnenbewegung entwickeln. Zusammen können wir eine echte Alternative zu den vom Kapital kontrollierten Medien und seinen Staatsorganisationen aufbauen und daran arbeiten, deren einseitige Ausrichtung und Verdrehungen zu kontern. Deswegen unterstützen wir auch die Kampagne gegen ENFOPOL, mit dem die EU eine Totalüberwachung des Internet ein-führen will. (2)

Im Grunde wird unsere Arbeit - wo nötig - durch eine Administrationsliste oder durch den Austausch von Mails koordiniert. Jedoch ist dies nicht der wesentliche Punkt. Das Geheimnis, warum LabourNet so erfolgreich geworden ist, liegt in der Tatsache, daß wir vom Kapitalismus selbst gelernt haben. Er ist international und zunehmend vernetzt, und auch wir benutzen aktiv moderne Technologie, um uns zu vernetzen.

Im allgemeinen arbeitet LabourNet auf Basisebene. Zu einem gewissen Grad erfolgt zwar eine Koordination, jedoch nicht in dem Sinne, daß Streiks koordiniert werden, sondern in dem Sinne, daß Informationen koordiniert werden. LabourNet als eine Website stellt Information zur Verfügung. Es können Informationen sein, die nur sehr schwer in den Medien zu finden sind wie etwa zum "Krieg in den australischen Häfen" oder zum koreanische Generalstreik. Jedoch müssen diese Informationen gelesen werden. Sie wandern nicht automatisch auf den Schreibtisch von AktivistInnen aus der ArbeiterInnenbewegung. Sie müssen sie abholen, oder, um dies etwas anders auszudrücken, sie müssen ein Interesse daran haben und bereit sein, diese Informationen zu suchen - und weiterzuverbreiten.

Virtueller Treffpunkt

der Gewerkschaftslinken

Die Frage ist dann, was diese AktivistInnen mit der Information machen. Nehmen wir als Beispiel den australischen Hafenarbeiterstreik. Wir machten und machen eine Kampagne für die dortigen Werftarbeiter. Wir veröffentlichten Informationen über die Geschehnisse in Australien und Informationen darüber, was die Werftarbeiter an Unterstützung, vorrangig aus den USA, bekommen. Diese Informationen können weiterverbreitet werden, zum Beispiel in den "Newsgroups". Der entscheidende Punkt ist jedoch, daß diese Informationen es kämpfenden GewerkschafterInnen ermöglichen, Kontakt miteinander aufzunehmen. Was sie dann tun, ist ihre Sache. Unser Interesse ist es, die daraus entstehenden Aktivitäten als ein Beispiel für andere bekanntzumachen.

Kommunikation setzt nicht nur voraus, daß SenderIn und EmpfängerIn miteinander kommunizieren wollen. Sie müssen es auch können, technisch wie inhaltlich. Obwohl Englisch die internationale Sprache ist, kann nicht jedeR diese Sprache schreiben. Was man von Angesicht zu Angesicht noch hinbiegen kann, ist viel schwieriger, wenn man schriftlich kommunizieren muß. Erschwerend kommt die Tatsache hinzu, daß alles nicht so einfach zu übersetzen ist. Ein anderes Land, andere Sitten. Wie erklärt man z.B. einer AmerikanerIn in einfachen Worten, was ein Betriebsrat ist? Auch in Europa ist das nicht so einfach. EinR HolländerIn kann sich unter dem Begriff "Betriebsrat" schon etwas vorstellen. Dennoch sehen die Funktionsweise, Kompetenzen und Rechte in den Niederlanden zum Teil anders aus. In Großbritannien schließlich wäre Übersetzung ("works council") so gut wie bedeutungslos.

Jedes Land hat eine andere Kultur. Der Kapitalismus hat sich zwar fast überall durchgesetzt; es wäre trotzdem falsch anzunehmen, daß es eine weltweit gleiche ArbeiterInnenkultur geben würde. Die Art der ArbeitnehmerInnenvertretung ist von Land zu Land z.T. erheblich unterschiedlich. Ganz allgemein gibt es zwar fast überall eine "Interessenvertretung", es ist jedoch schon innerhalb Europas schwierig, die Feinheiten von Land zu Land zu verstehen. Außerdem passiert es immer wieder, daß alles aus der Sicht der eigenen Kultur betrachtet wird. Eine erfolgreiche Kommunikation setzt aber voraus, daß man die Leute so nimmt, wie sie sind. Auch ist es nicht immer selbstverständlich, vermeintlich "gemeinsame Interessen" anzuerkennen.

Um die Kommunikation zu erleichtern und zu vermitteln, wächst die Struktur des LabourNet. Neben der internationalen Seite (http://www.labournet.org/) gibt es immer mehr nationale Seiten. Sie alle sind über diese Hauptadresse erreichbar. Die, die wir hier vorstellen wollen, ist "LabourNet Germany", die deutschsprachige Site, die unter einer direkten Adresse zu finden ist: http://www.germany.labournet.org/

Wir verstehen uns ausdrücklich als ein virtueller Treffpunkt der Gewerkschafts- und Betriebslinken. Informationen über aktuelle Arbeitskämpfe sind hier ebenso zu finden wie immer mehr oppositionelle Betriebszeitungen und Diskussionsbeiträge. Wir bemühen uns, international wichtige Informationen zu übersetzen, zumindest in Kurzfassung.

Gegenwärtig wird LabourNet Germany von zwei Menschen gemacht, nach Feierabend und am Wochenende. Unser gemeinsames Ziel ist die Stärkung gewerkschaftlicher Demokratie durch die Verwendung von Computertechnologie. Dadurch sollen genaue Informationen zur Verfügung gestellt und außerdem GewerkschaftsaktivistInnen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinung kundzutun. Unsere Arbeit ist daher in zweifacher Hinsicht als ein Angebot zur Mitarbeit zu verstehen:

Einerseits sind Freiwillige aus der ganzen Welt willkommen, die Zugang zum Internet haben und bei LabourNet mitarbeiten wollen. Wir haben keinen Mangel an Arbeit, und es gibt immer wiederkehrende, aber notwendige Arbeiten zu erledigen, bei denen wir Hilfe brauchen: übersetzen, einscannen usw. Andererseits bieten wir allen Betriebsgruppen und -zeitungen ein Forum zur Verbreitung ihrer Informationen - auch international - an. Hierfür müssen sie lediglich an uns (siehe die E-mail-Adressen unten) gesandt werden. Wir bieten aber auf dem Server auch Platz für Gruppen an.

LabourNet ist durch Offenheit gekennzeichnet. Jeder und jede kann etwas beitragen. Die einzigen Anforderungen, die wir an Informationen stellen, sind die, daß sie genau und wahr sind. Eine Diskussion über veröffentlichte Artikel ist dabei ausdrücklich gewünscht. Man könnte sagen, daß wir nicht nur Kommunikation fördern, sondern sie provozieren wollen!

David Hollis/Mag Wompel

Die AutorInnen sind wie folgt per E-mail zu erreichen:

david.hollis@erlangen.netsurf.de und

MAG.WOMPEL@koma.free.de

Anmerkungen:

1) Association for Progressive Communications, das progressive Netzwerke weltweit miteinander verbindet. Die Site von LabourNet Germany ist auf dem britischen GreenNet Server zu finden, einem Mitglied im APC.

2) Siehe http://www.freedomfolinks.de

41. Bilder, Bomben, "Fluchblätter". Bernd Kramers Buch über die Dresdner Mai-Revolution 1849

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:13

Wenn ein Autor seine Leser mit Zitaten überhäuft, ist die Lektüre in der Regel ein mühsames und langweiliges Geschäft. Nicht so bei Bernd Kramer. Sein Buch über die Dresdner Mai-Revolution von 1849 ist gerade deshalb ein Genuß, weil es zum großen Teil aus Zitaten von Zeitgenossen des Aufstands besteht. Die erfrischend unverblümte, oft auch sehr emotionale Sprache der Revolutionäre (und ihrer Gegner) liest sich streckenweise wie ein Roman.

Kramers Zitierlust ist alles andere als akademisch. Mit der Forschung zum Thema setzt er sich nicht systematisch auseinander, sondern er schweift ohne Berührungsängste durch die Literatur und knabbert an den Blüten der Erkenntnisse von marxistischen wie bürgerlichen Historikern, von Golo Mann, George Bernard Shaw oder E.M. Cioran und versieht sie mit zum Teil sehr persönlichen Kommentaren.

Auf Erklärungen der Ereignisse verzichtet er weitgehend. Über die Ursachen der Revolution von 1848/49 und den Auslöser des Dresdner Aufstandes - die Ablehnung der Frankfurter Reichsverfassung durch die sächsische Regierung - erfährt der Leser wenig. Dafür wartet Kramer mit wunderbaren Geschichten auf, z.B. mit der von einer List des Künstlers Alfred Rethel: Dessen revolutionsfeindlicher Bildzyklus "Ein Totentanz im Jahre 1848" war in den Maitagen 1849 in einem Dresdner Schaufenster ausgestellt und erregte den Zorn einiger Arbeiter. Rethel beobachtete dies, und als die Aufständischen später in seine Wohnung eindrangen, versteckte er die herumliegenden Probedrucke seines "Totentanz" und holte schnell einige französische Kupferstiche hervor, auf denen die Revolution verherrlicht wurde.

"Herumvagabundieren ist aufregender"

Kramer wollte "eine Art Lesebuch" über die Mai-Revolution zusammenstellen und hat den Band nicht streng chronologisch gegliedert - schließlich sei "das Herumvagabundieren entspannender und aufregender", so der Autor. Lust aufs Umherschweifen in dem 255 Seiten starken, mit einem Namensregister und zweifarbigem Barrikadenplan versehenen Band machen nicht zuletzt die zahlreichen Abbildungen: zeitgenössische Karikaturen von Anhängern wie Gegnern der Revolution, Portraits von Politikern und Revolutionären, Stiche mit Darstellungen der Dresdner Kämpfe, Faksimiles von Flug- und "Fluch"blättern (diese "Fluchblätter" gehören neben dem Foto einer Handgranate, die im Auftrag von Richard Wagner hergestellt worden ist - zu den wichtigsten Quellenfunden Kramers).

Kramer ist Anarchist, und so wundert es nicht, daß er der Rolle Bakunins in der Dresdner Revolution besondere Aufmerksamkeit schenkt. Dessen "Lust der Zerstörung", die "zugleich eine schaffende Lust ist" (Bakunin), teilt Kramer ungebrochen und kritiklos, und mit Bakunin glaubt er an einen "ewigen Geist", der "nur deshalb zerstört und vernichtet, weil er der unermüdliche und ewige Quell allen Lebens ist." Dieser ewige Geist, so Kramers Kommentar, "vernebelt nicht den Verstand, sondern er macht rebellisch, weiß, daß die alte Welt aus den Fugen gehoben werden und das, was sie noch zusammenhält, zerstört werden muß."

Kramers Zerstörungslust bleibt allerdings recht abstrakt. Konkreter ist die Wut des Musikdirektors Karl August Röckel oder der Tagelöhnerin Pauline Wunderlich. Ihnen sowie dem Hofbaumeister Gottfried Semper und dem Gerichtsamtmann Otto Heubner widmet Kramer längere Abschnitte seines Buches, denn auch sie "genossen das anarchistische Aphrodisiakum, das ihnen Bakunin anbot, und natürlich war der sächsische Hofkapellmeister Richard Wagner besonders für diese Droge empfänglich."

Richard Wagner, die zweite Hauptfigur des Buches, ist für Kramer ein Gleichgesinnter: "Ich behaupte wohlgemut: Richard Wagner war Anarchist". Als Beleg zitiert Kramer Wagners Satz "Ich will zerstören die Herrschaft des einen über den anderen, ich will zerbrechen die Gewalt der Mächtigen, des Gesetzes und des Eigentums." Destruktionslust äußert Wagner auch in einem Brief an Franz Liszt vom 7. Juli 1849: "Nun denn, geld habe ich nicht", heißt es da, "aber ungeheuer viel lust, etwas künstlerischen terrorismus auszuüben. Gieb mit Deinen segen, - oder besser, gieb mir Deinen beistand! Komm hierher und führe die große jagd an; wir wollen schießen, daß links und rechts die hasen liegen bleiben sollen."

Wagner beließ es nicht bei "künstlerischem Terrorismus". Der Kapellmeister des Königs warf sich mit Elan in die demokratische Bewegung, schrieb agitatorische Artikel, arbeitete mit der provisorischen Regierung in Dresden zusammen, führte nächtelange Diskussionen mit Bakunin, und sorgte mit dafür, daß die Aufständischen Handgranaten bekamen.

Die Klänge der Revolution

Wagner, der nicht eben mit einer kraftstrotzenden Physis ausgestattet war, bedauerte oft, daß er keine "Flinte tragen könne". Aber während des Aufstandes hielt er auf dem Dresdner Kreuzturm Wache. In seiner Autobiographie Mein Leben erinnert er sich in einer Weise daran, die durchaus den Musiker verrät:

"So verbrachte ich in der unmittelbaren Nähe der schrecklich dröhnenden Turmglocke und unter beständigem Anprallen der preußischen Kugeln gegen die Mauer des Turms eine der merkwürdigsten Nächte meines Lebens, abwechselnd mit Berthold Wache und Schlaf teilend. Der Sonntag (7. Mai) war einer der schönsten Tage dieses Jahres; ich wurde durch den Gesang einer Nachtigall geweckt (...); eine selige Ruhe lag über der Stadt und der von meinem Standpunkte aus übersehenden weiten Umgebung Dresdens; nur gegen Sonnenaufgang senkte sich ein Nebel auf diese letztere herab; durch ihn vernahmen wir plötzlich, von der Gegend der Tharandter Straße her, die Musik der Marseillaise klar und deutlich zu uns herdringen; wie sie immer mehr sich näherte, zerstreuten sich die Nebel, und hell beschien die glutrot aufgehende Sonne die blitzenden Gewehre einer langen Kolonne, welche von dorther der Stadt zuzog. Es war unmöglich, dem Eindruck dieser andauernden Erscheinung zu wehren; dasjenige Element, welches ich solange im deutschen Volke vermißt und auf dessen Kundgebung verzichten zu müssen nicht wenig zu den mich bisher beherrschenden Stimmungen beigetragen hatte, trat plötzlich sinnfällig in lebensfrischester Farbe an mich heran; es waren die nicht weniger als tausend gut bewaffneten und organisierten Erzgebirgler, meist Bergleute, welche zur Verteidigung Dresdens herangezogen waren."

Wagner in seiner Revolutionsbegeisterung und Bakunin bilden für Kramer einen Mittelpunkt, von dem aus er die Ereignisse in Dresden darstellt. Dabei schildert er nicht nur die Kämpfe der Revolutionäre, sondern auch die brutale Unterdrückung des Aufstandes mit Hilfe preußischer Truppen und die Repressionen der folgenden Monate und Jahre. Ein eigenes Kapitel behandelt die Rolle der Frauen in der Dresdner Revolution und die Frauen-Zeitung von Louise Otto. Nicht einmal das Wetter fehlt: Ein Abschnitt handelt von "Meteorologie, Barrikadenwetter und Revolutionshimmel".

Als Anarchist ist Kramer Antikommunist, und wenn es um Marx geht (den er nicht sehr genau gelesen hat), um Kommunisten oder Realsozialisten, dann wird er mitunter ziemlich humorlos. Trotzdem: Das Vagabundieren in dem schön ausgestatteten Buch, das seine Leser manchmal wie eine Zeitmaschine ins Jahr 1849 zu katapultieren vermag, ist ausgesprochen vergnüglich.

Angela Martin

Bernd Kramer: "Laßt uns die Schwerter ziehen, damit die Kette bricht..." Michael Bakunin, Richard Wagner und andere während der Dresdner Mai-Revolution 1849. Karin Kramer Verlag, Berlin, 1999, 48,- DM.

Am 20.5., 20.00 Uhr stellt Bernd Kramer sein Buch im Freiberger Altertumsverein in Freiberg/Sachsen vor.

42. Fünfzig Jahre Streit der Historiker. Wolfgang Wippermann über Kontroversen zum Nationalsozialismus

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:02

Seit dem "Historikerstreit" von 1986 ist es üblich geworden, kontroverse Debatten um den Nationalsozialismus als "neuen Historikerstreit" zu bezeichnen oder zumindest die Kontinuität der Auseinandersetzung zu betonen; das war so bei der Diskussion um Goldhagens Buch "Hitlers willige Vollstrecker" und zuletzt beim Streit um Walsers Friedenspreisrede. Die meisten geschichtspolitischen Debatten vor 1986 sind nur Experten vertraut. Daß der Streit der Historiker (und der Politiker) über den Nationalsozialismus schon kurz nach Kriegsende begann, zeigt Wolfgang Wippermann in seinem Buch "Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus".

Wippermann, Professor für Zeitgeschichte an der FU Berlin, erweist sich darin nicht nur als exzellenter Kenner der Materie, sondern auch als hervorragender Didaktiker. Der Elefanten Press Verlag hat völlig recht: Wippermanns "übersichtliches problemorientiertes Hand- und Lehrbuch" ist besonders geeignet "für Schüler, Studenten und Lehrende, die sich kritisch mit Thesen und Antithesen der Forschung und den aktuellen Deutungen dieser Vergangenheit auseinandersetzen wollen."

Im ersten Kapitel geht es um "Deutungen des Dritten Reiches von den Anfängen bis heute": den deutschen "Sonderweg", Faschismus- und Totalitarismustheorien, die These von der "Modernität" des Nationalsozialismus und die Frage, ob das Dritte Reich ein "Führerstaat" oder eher eine "Polykratie" war - und damit um den Streit zwischen "Intentionalisten" und "Strukturalisten".

Die folgenden sieben Kapitel enthalten in ihrem ersten Teil die "Fakten", im zweiten die "Kontroversen". Ihre Themen sind: "Die Errichtung der terroristischen Diktatur", "Außenpolitik und Kriegsführung", "Sozial- und Wirtschaftspolitik", "Die nationalsozialistische Jugendpolitik", "Frauen und Nationalsozialismus", "Die Verfolgung von Juden und anderen Opfern", "Kirchenkampf und Widerstand". Bei solcher thematischen Breite muß die Darstellung der historischen Fakten und Kontroversen auf das Notwendige beschränkt bleiben, zumal der Autor natürlich seine eigene Wertung anschließt und begründet. Sachliche Fehler sind dem Rezensenten nicht aufgefallen (abgesehen von einigen Schlampigkeiten von Lektorat und Korrektur, die man bei Elefanten Press allerdings gewohnt ist). Auch Wippermanns Deutungen und Meinungsäußerungen sind durchweg wohlbegründet, und wenn nicht "korrekt", dann zumindest als Diskussionsgrundlage geeignet.

In dem Kapitel über die "Errichtung der terroristischen Diktatur" wird auch deutlich, daß die historische Forschung über den Nationalsozialismus immer wieder mittels "Pendelschlägen" vorangeschritten ist. Wippermann zeigt das u.a. an der Frage, wie effektiv der Terror der Nationalsozialisten war. In den ersten zwei bis drei Jahrzehnten nach Kriegsende dominierte die Auffassung vom "totalitären" Staat, der seinen Gegnern nur zwei Alternativen gelassen habe: bedingungslose Unterwerfung oder illegalen - und damit lebensgefährlichen - Widerstand. Am Beispiel der Justiz zeigt Wippermann, daß die Unterwerfung der Institutionen freiwillig und in vorauseilendem Gehorsam geschah; auch widerlegt er die gängige Ausrede der alten Eliten, sie hätten nur mitgemacht, um "das Schlimmste zu verhindern".

Nachdem die "terroristische Effizienz der Gestapo" früher "geradezu dämonisiert" worden sei, sieht der Autor jüngere Historiker in das andere Extrem verfallen. Zwar basierten die Fahndungserfolge der Gestapo vor allem auf Denunziationen; dennoch sieht Wippermann - wie ich meine: zu Recht - "keinen Anlaß, die Rolle von Justiz, Gestapo, Polizei und der weiteren Institutionen des Terrors im faschistischen Terrorstaat zu relativieren".

Differenziert untersucht Wippermann auch die Anteile von "Intention" und "Improvisation" in der deutschen Außen- und Kriegspolitik. "In diesem Bereich", schreibt er, "hat es sowohl intendierte wie improvisierte, rassenideologisch wie ökonomisch und militärstrategisch motivierte Entscheidungen und Schritte gegeben." Zu den "improvisierten" außenpolitischen Aktionen zählt er die Intervention in den spanischen Bürgerkrieg und die

Überfälle auf Jugoslawien und Griechenland. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion dagegen habe sowohl ideologische wie auch ökonomische und militärstrategische Motive gehabt.

In dem Kapitel über die "Verfolgung von Juden und anderen Opfern" setzt Wippermann sich deutlich ab von Historikern wie Dan Diner, Eberhard Jäckel und Saul Friedländer (vgl. ak 423), die Judenmord und Rassenmord getrennt betrachten und die "absolute Singularität des Judenmordes" betonen. Wippermann unterstreicht dagegen den "programmatischen Charakter" des nazistischen Rassismus: "Der nationalsozialistische ‚Rassenstaat` hat im innenpolitischen Bereich eine ‚Reinigung des Volkskörpers` von allen ‚rassefremden`, ‚kranken` und ‚asozialen Elementen` und zugleich die Errichtung eines ‚Rassenimperiums` angestrebt. Zur Erreichung dieses Ziels wurde ein beispielloser Rassenmord begangen."

Ganz überzeugend scheint es mir nicht, die Massen- und Völkermorde der Nazis unter dem Begriff des "Rassenmordes" zusammenzufassen. In der Nazi-Ideologie waren Behinderte, Sinti und Roma, Schwarze, Asiaten und Slawen - ebenso wie die Juden - "rassisch minderwertig"; sie bedrohten die "Reinheit des deutschen Blutes". Bei den Juden aber kam ihre angebliche Macht hinzu; als Drahtzieher des Bolschewismus und der "Plutokratien" waren sie Todfeinde, die im Entscheidungskampf um Sieg oder Untergang des "Germanentums" vernichtet werden mußten. Das soll nicht als Plädoyer für eine Sonderbehandlung der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus mißverstanden werden. Aber in dem vorliegenden Buch geht es nicht um das Gedenken, sondern um wissenschaftliche Analyse des nationalsozialistischen Rassismus und Antisemitismus. Die Kontroverse ist nicht beendet, auch wenn sie Wippermann offenkundig geklärt scheint: Unter "Perspektiven der NS-Forschung" (am Ende des ersten Kapitels) jedenfalls kommt sie bei ihm nicht vor.

Js.

Wolfgang Wippermann: Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus; Elefanten Press Verlag, Berlin, 1998, 316 Seiten, 39,90DM

43. Vor 150 Jahren - die letzte Nummer der Neuen Rheinischen Zeitung

Autor: Vo · Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:22

die letzte Nummer der NRZ

Am 19. Mai 1849 mußte die Neue Rheinische Zeitung aufgrund des Drucks der preußischen Konterrevolution ihr Erscheinen einstellen. Damit wurde das "Organ der Demokratie", welches das politische und organisatorische Zentrum der äußersten Linken in der deutschen bürgerlichen Revolution von 1848/49 gebildet hatte, zum Schweigen gebracht. Knapp ein Jahr zuvor, am 31. Mai 1848, war die erste Nummer erschienen. Karl Marx als Chefredakteur und Friedrich Engels als seine rechte Hand waren die treibenden Kräfte dieses Zeitungsprojekts. In der Redaktion versammelten sie eine Reihe von ihnen politisch besonders nahestehenden Genossen aus dem Bund der Kommunisten, darunter die Brüder Ferdinand und Wilhelm Wolff, Ernst Dronke und Gustav Schlöffel sowie die Dichter Georg Weerth und Ferdinand Freiligrath, die das Feuilleton gestalteten.

Friedrich Engels erläuterte die Aufgaben der NRZ unter den Bedingungen der bürgerlichen Revolution in Deutschland rückblickend folgendermaßen: "... unbekannt noch mit seiner eigenen geschichtlichen Rolle, mußte das Proletariat in seiner großen Masse zunächst die des vorantreibenden, äußersten linken Flügels der Bourgeoisie übernehmen. Die deutschen Arbeiter hatten vor allen Dingen diejenigen Rechte zu erkämpfen, die ihnen zu ihrer selbständigen Organisation als Klassenpartei unumgänglich waren: Freiheit der Presse, der Vereinigung und Versammlung ... Das deutsche Proletariat erschien so zunächst auf der politischen Bühne als äußerste demokratische Partei. Damit war uns, als wir in Deutschland eine große Zeitung begründeten, die Fahne von selbst gegeben. Es konnte nur die der Demokratie sein, aber die einer Demokratie, die überall den spezifisch proletarischen Charakter im einzelnen hervorhob, den sie noch nicht ein für allemal aufs Banner schreiben konnte". (1)

Mit dem Vormarsch der Konterrevolution seit dem Herbst 1848 wurde die Situation der NRZ immer schwieriger. Als die Volksaufstände zur Verteidigung der Reichsverfassung im Frühjahr 1849 niedergeschlagen wurden, war auch die NRZ nicht mehr zu halten. Nachdem die isolierten Erhebungen in der preußischen Rheinprovinz im Mai 1849 gescheitert waren, ordnete die preußische Regierung die Ausweisung von Marx aus Preußen an, weil er kein preußischer Bürger war. In der regierungsamtlichen Anordnung vom 11. Mai 1849 hieß es: "In ihren neuesten Stücken tritt die NRhZ mit der Aufreizung zur Verachtung der bestehenden Regierung, zum gewaltsamen Umsturz und zur Einführung der sozialen Republik immer entschiedener hervor. Es ist daher ihrem Redakteur en chef, dem Dr. Karl Marx, das Gastrecht, welches er so schmählich verletzt, zu entziehen, und da derselbe eine Erlaubnis zum ferneren Aufenthalt in den hiesigen Staaten nicht erlangt hat, ihm aufzugeben, dieselben binnen 24 Stunden zu verlassen. Sollte er der an ihn ergehenden Aufforderung nicht freiwillig Genüge leisten, so ist derselbe zwangsweise über die Grenze zu bringen". (2)

Marxens Ausweisung und Repressalien gegen die anderen Redakteure zwangen zur Einstellung der NRZ. Die letzte Nummer vom 19. Mai 1849 erschien in rotem Druck, auf der Titelseite Freiligraths' Gedicht "Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung" und Weerths "Proklamation an die Frauen" sowie die Redaktionserklärung "An die Arbeiter Kölns". In dieser Erklärung warnte die Redaktion die Kölner Arbeiter vor aussichtslosen Putschversuchen und rief ihnen zu: "Die Redakteure der ‚Neuen Rheinischen Zeitung` danken Euch beim Abschiede für die ihnen bewiesene Teilnahme. Ihr letztes Wort wird überall und immer sein: Emanzipation der arbeitenden Klasse!" (3).

Das analytisch-kritische Niveau der vor 150 Jahren zur Aufgabe gezwungenen NRZ wurde bis heute von keiner linken revolutionären Zeitung mehr erreicht. Darum: Wer wissen will, was revolutionärer Journalismus ist und zu leisten vermag, der lese die Neue Rheinische Zeitung.

Vo

Anmerkungen:

1) Engels, Friedrich: Marx und die "Neue Rheinische Zeitung" 1848-49. In: MEW 21, S. 16-24, hier: S. 18.

2) Zitiert nach: Die standrechtliche Beseitigung der "Neuen Rheinischen Zeitung". In: MEW 6, S. 503-506, hier: S. 503.

3) An die Arbeiter Kölns. In: ebd., S. 519.

44. 1. Mai in Berlin - Back to the Roots?

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:12

Schon im Vorfeld bestätigte sich der Trend der letzten Jahre. Fast alle autonomen Gruppen haben sich mittlerweile aus der 1. Mai-Vorbereitung zurückgezogen. War die autonome Zweiwochenzeitung Interim in früheren Jahren schon Monate vorher voll mit Debattenbeiträgen zum 1. Mai, herrschte dieses Jahr Funkstille. Das Editorial der Interim 474 brachte die allgemeine Stimmung unter der Überschrift "Unser alljährlicher Frühjahrsspaziergang" prägnant auf den Punkt: "Heraus zum 1. Mai, sagt die Partei (Antifaschistische Aktion Berlin). Und wieder kommen wir fast alle zum Oranienplatz. Und wir haben Spaß dabei. Nur interessiert es kaum jemand, was die Partei da so sagt."

Da half auch ein vereinzelter Versuch nicht, schon im Februar eine Debatte über die Inhalte des Revolutionären 1. Mai anzustoßen. "Wir haben keine Lust, unter Mao- oder Stalin-Bannern durch die Straßen zu ziehen, aber ebensowenig reizt uns eine alternative Love-Parade durch Prenzlberg, garniert mit etwas Politkrams..." - so meldete sich die Gruppe Venceremos zu Wort. Ihr Vorschlag, weder im Prenzlauer Berg, noch in Kreuzberg zu demonstrieren, sondern die Demonstration an den Potsdamer Platz zu verlegen, fand allerdings keine Resonanz.

Statt dessen siegte die Tradition und man kehrte - "back to the Roots" - nach Kreuzberg zurück. Damit ist wohl das von der "Antifaschistischen Aktion Berlin" (AAB) favorisierte Konzept einer Revolutionären 1. Mai-Demonstration im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg endgültig begraben. Unter den dortigen StadtteilaktivistInnen fand die Demo eh' nie große Sympathie und die Unterstützer ließen sich an einem Finger abzählen. Die von der rechtskonservativen Welt bis zur autonomen Interim unisono als stalinistisch etikettierte Mai-Demo der letzten Jahre vom Oranienplatz aus hatte sogar noch größere Organisationsprobleme. Was also lag näher, als die schwachen Kräfte zu vereinen?

Daß es schließlich doch wieder zwei Demonstrationen mit fast identischer Route, den gleichen Parolen und ähnlichen Plakaten gab, lag am Beharrungsvermögen der maoistischen "Revolutionären KommunistInnen" (RK). Deren VertreterInnen waren der Meinung, nur eine Demo, die um 13 Uhr losgeht, sei richtig revolutionär. Die AAB wiederum bestand auf 18 Uhr. Offiziell mit der Begründung, daß so auch noch die Möglichkeit bestünde, gegen etwaige Naziaufmärsche zu agieren. Inoffiziell war aber zu erfahren, daß die AAB zumindest einen Kompromiß verlangt habe, damit es nicht ganz so aussieht, als habe sie sich nach dreimaligen Ausscheren in den Osten wieder brav in das Kreuzberger Demokonzept eingereiht.

So marschierten denn ca. 2.500 Menschen ab 13 Uhr mit dem RK durch den Kiez. Um 18 Uhr waren es dann ca. 12.000 Menschen, die einer Mischung aus Demo und Popevent beiwohnten. Für letzteres sorgte die AAB, die einen riesigen Lautsprecherwagen mit der linken Kultband "Atari Teenage Riot" auf der Demo mitfahren ließ. Zwischen den Songs hielten stolze Jungantifas rote Fahnen, Antifa-Embleme oder die Internetadresse www.antifa.de in die Höhe. Der Bandwagen war von den DemonstrantInnen umlagert, auch der Zustrom aus den umliegenden Häusern war beachtlich. Von politischen Inhalten war allerdings kaum die Rede.

Bald machte jedoch die Staatsmacht dem fröhlichen Treiben ein Ende. Ließen sich zu Demobeginn noch lachende "Anti-Gewalt-Polizisten" mit Punks fotografieren, zeigten die Bullen kurz vor Erreichen der Abschlußkundgebung ihr bekanntes Gesicht. Schon am Vortag kesselten sie über 300 Leute ein, die sich unter dem Motto "Reclaim the Street" eine Straße im Prenzlauer Berg zurückeroberen wollten, um dort zu feiern. Ging die 13 Uhr-Demo ohne Polizeiprovokationen zu Ende, stürmten am Abend Polizeikräfte in den 18 Uhr-Demozug und prügelten auf alles, was ihnen im Wege war. Dabei wurden mehrere DemonstrantInnen schwer verletzt. Auch mehrere PressevertreterInnen machten mit dem Polizeiknüppel Bekanntschaft, darunter ein Fernsehteam von Spiegel-TV und Redakteure des Berliner Kurier und der Jungen Welt. Nach Angaben der Polizei wurden 122 Personen festgenommen.

Der Innensenator verteidigte das Vorgehen seiner Polizei bedingungslos, während die Demovorbereitungsgruppe die Polizei des Wortbruchs bezichtigte - soweit auch ein alljährlich altbekanntes Nachdemoritual. Bis es dann im nächsten Frühjahr wieder heißt: "Auf zum revolutionären 1. Mai".

Peter Nowak

45. Zwischen politischer Praxis und Antipolitik - Broschüre "Kölngehen" (gw.

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:30

Der im letzten Sommer unter dem Dach des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) neu gegründete Arbeitsschwerpunkt "Weltwirtschaft" hat mit der Broschüre "kölngehen - Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus" eine Textsammlung vorgelegt, die versucht, "Diskussionen anzuregen, die zeitlich und thematisch über die Kölner Gipfel hinausreichen". Bei aller Sympathie für die AutorInnen und ihre Artikel überkommt mich allerdings ein "Unbehagen", wenn als einer der Hauptgründe für das Erscheinen der Broschüre "das Unbehagen an den eingefahrenen Denk- und Aktionsformen" angegeben wird. Zumindest in den Teilen der Linken, in denen sich die MitarbeiterInnen des BUKO-Arbeitsschwerpunktes bewegen, gehört das "Dekonstruieren" zur anerkannten (vielleicht sogar "hegemonialen", um im Sprachduktus der HerausgeberInnen zu bleiben) Denkweise und ist mit Sicherheit nichts besonders Neues oder gar Revolutionäres. Auf wen die Kritik zielt, bleibt leider unklar.

Dabei bietet die Broschüre viel Lesenswertes. Unterteilt in die Schwerpunkte "Krisen, Strategien und Institutionen der kapitalistischen Globalisierung", "Herrschende Diskurse zur Regulierung der Globalisierung" und "Reflexionen über vergangene und aktuelle Kampagnen", finden sich Artikel zur neuen Rolle von transnationalen Konzernen, neben Überlegungen zu Gender-Perspektiven im Rahmen der Globalisierung. Reflektiert werden die Rolle und Funktion der G7-Treffen, die Entwicklung der EU zum supranationalen Wettbewerbsstaat oder die Lomé-Verträge. Besonders lesenswert fand ich die kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der internationalen Zivilgesellschaft. Waren die Diskurse über die Zivilgesellschaft anfangs noch "fest in bürgerlicher Hand", so bemühen sich heute linke Intellektuelle, sich dabei auf die kritische Tradition Gramscis beziehend, die Diskussion um Zivilgesellschaft von links zu besetzen. Dabei handelt es sich, wie Christine Parsdorfer schreibt, um den "Versuch, angesichts veränderter politischer Rahmenbedingungen für linke Politik neue Handlungsfelder aufzutun. Zivilgesellschaft wird hier zu einem Ort politischer Selbstverständigung, der die Leerstelle füllen soll, den die Neuen Sozialen Bewegungen bzw. vor ihr die Arbeiterklasse hinterlassen haben. Zivilgesellschaft fungiert so immer weniger als analytischer Begriff, sondern mutiert zu einer ‚Chiffre' im Rahmen des politischen Geschäfts, um das Auftreten eines neuen kollektiven Akteurs - national und international - plausibel zu machen." Mit ihrer Schlußfolgerung, "daß der Begriff ‚Zivilgesellschaft' kritisch nicht zu gebrauchen" sei, da er sich "fest in den bürgerlichen Händen von Toscana-Fraktion, Kommunitaristen und NGO-Lobbyisten" befinde, muß man nicht unbedingt übereinstimmen.

Auf die Suche nach Fehlern des alten Internationalismus begibt sich Moe Hierlmeier. Seine Zeitreise der Kritik der Internationalismusbewegung führt von der unsäglichen Parole "USA, SA, SS", die noch bis vor wenigen Jahren Konjunktur im linksradikalen Spektrum hatte, über Tendenzen von Antizionismus und Antisemitismus in Teilen der deutschen Linken bis hin zum mythischen Volksbegriff und zur Auseinandersetzung mit der Schaffung des neuen Menschen, der "durch die Anwendung von Gewalt" entstehen sollte, "indem er sich seiner entfremdeten Existenz bewußt wurde und sich ihrer entledigte." Im Bild des Che Guevara fand dieser neue Mensch seinen Ausdruck und wurde (wird?) als linker Heiliger verehrt. "In diesem Bild wurde offensichtlich der Wunsch nach Widerspruchslosigkeit mittransportiert: ein Mensch ohne Schwächen. In dieser Figur bündelten sich die romantischen Träume vieler InternationalistInnen." Das Lob der Gewalt auf der einen Seite zog zwangsläufig eine Geringschätzung nicht-militanter Politik nach sich.

Das letzte Jahrzehnt führte innerhalb der noch verbliebenen Bewegung zu einer NGOisierung, zu einem "pragmatischen Internationalismus", der sich am "Machbaren orientiert" - ein Entwicklungsweg, den der Autor für "völlig verkehrt" hält. "Radikale Positionen und Praxen jenseits der sterilen Dichotomie von Reform und Revolution zu entwickeln, wäre die Aufgabe eines neuen Internationalismus", meint er. Die Formulierung im Konjunktiv deutet schon darauf hin, daß hier noch eine Menge politische Arbeit zu leisten ist.

Der abschließende Broschürenbeitrag "Anforderungen an einen ‚Neuen Internationalismus'" will "anstößige Gedanken" des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft transportieren. Bei der Lektüre dieses Textes sollte mensch die VerfasserInnen wörtlich nehmen. Der Text will weder "inhaltliche und normative Orientierung noch praktische Handlungsanleitungen bieten." Vielmehr handelt es sich dabei um "das fragmentarische

Ergebnis von Diskussionen innerhalb des Arbeitsschwerpunktes, und als solches sind sie vorläufig, unvollständig und sich teilweise widersprechend." Hier treten die politischen Divergenzen deutlich zu Tage. Ein Teil des Arbeitszusammenhangs sucht "in emanzipatorischer Absicht nach Ansatzpunkten für politische Praxis", andere bevorzugen die "Antipolitik", "weswegen sie sich auf die Formulierung radikaler Kritik beschränken möchten." In dem abschließenden Text dominiert die Position der Antipolitik.

Diese Position, das wird niemanden überraschen, hat mit dem politischen Ansatz dieser Zeitung wenig gemein; wiewohl eine kritische Überprüfung der eigenen Ansätze und Aktivitäten prinzipiell (!) richtig ist (wir haben nicht ohne Absicht in den letzten ak-Ausgaben drei Beiträge aus der Broschüre vorabgedruckt).

Bei allen kritischen Einwänden, der Kauf der Broschüre lohnt sich allemal. Mensch ist allerdings auf das Folgewerk des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft gespannt, das basierend auf den nun vorgelegten kritischen Analysen "nach Anknüpfungspunkten für internationalistische Theorie und Praxis sucht."

gw.

Kölngehen - Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus, 76 Seiten, 6 DM; zu bestellen bei: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel: 040-393156 oder iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Tel: 0761-74003

46. Alles aussteigen bitte. GRÜNE erzwingen Konsens! Energiekonsensvertrag

Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak426/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:03

Folgende Punkte werden von den Unterzeichneten als bindend für den Betrieb von atomtechnischen Anlagen i. S. des Atomgesetzes festgelegt:

§1, (1) Die Atomindustrie verspricht,, daß alles ganz sicher ist und praktisch nichts passieren kann.

(2) Falls doch was passiert,, sind jedenfalls nicht die Grünen schuld.

§2, (1) Alles muß schön umweltfreundlich zugehen.

(2) Als zulässige Höchstgeschwindigkeit bei Teilchenbeschleunigung gilt Tempo 100.

(3) Im Reaktorkern wird eine Tempo-30-Zone eingerichtet.

(4) Die elektrischen Anlagen des Atomkraftwerks werden durch eine auf dem Dach des AKW installierte Solaranlage versorgt.

§3, (1) Sämtliche Generatoren werden strikt nach dem Rotationsprinzip betrieben.

Andernfalls droht die sofortige Stillegung.

§4, (1) Frauen,, Ausländer,, Ausländerinnen und behinderte MitbürgerInnen haben jederzeit freien Zugang zum Reaktorkern.

(2) Frauen dürfen aber nicht alleine schweres Wasser heben. Dabei muß ihnen jemand helfen,, z.B. ein Behinderter.

(3) Auf dem Hof vom Atomkraftwerk müssen ausreichend Fahrradständer und beleuchtete Frauenparkplätze vorhanden sein.

§5, (1) Atommüll muß sortenrein getrennt und in mindestens drei verschiedenfarbigen Behältern aufgehoben werden.

(2) Atommüll darf aber erst weggeworfen werden,, wenn ganz sicher ist,, daß man nicht noch irgendwas davon brauchen kann.

(3) Es darf nicht immer derselbe dran sein mit Atommüll runterbringen.

(4) Wer Brennstäbe in die falsche Tonne wirft,, kann was erleben.

§6, (1) Sogenannte weiche Drogen sind auf dem gesamten Gelände des AKW legal.

(2) Natürlich auch in der Schaltzentrale.

(3) Immer schön langsam machen.

(4) Die komischen Farben haben nichts zu bedeuten und waren schon vorher da.

§7, (1) In sog. Schnellen Brütern dürfen nur noch Freilandelektronen aus Bodenhaltung verwendet werden.

(2) Sämtliche Schutzanzüge müssen asbestsaniert werden.

(3) Der Kraftwerksbetreiber wird von der Pflicht zur Bereitstellung einer vegetarischen Vollwertmahlzeit auch dann nicht entbunden,, wenn ein GAU oder so eintreten sollte.

(4) Der Bierpreis beträgt auf dem gesamten AKW-Gelände fünf Mark pro Liter.

(5) Die zum Betrieb eines AKW nötigen Tiertransporte dürfen nicht über mehr als 150 Kilometer Entfernung führen. Der Fahrer muß zwischendurch auch mal anhalten und den Tieren gut zureden.

§8, (1) Homosexuelle dürfen im Atomkraftwerk heiraten.

(2) Und Kinder adoptieren.

(3) Aber nicht mißbrauchen.

§9,

(1) Politisch Verfolgte genießen Asyl.

§10,

(1) Uran darf nicht aus solchen Ländern bezogen werden,, wo es von kleinen Kindern mit bloßen Händen abgebaut wird.

§11, (1) Niemand darf Blutkrebs bekommen.

(2) Sonst muß er zum Arzt.

§12,

(1) Die Grünen müssen an der Regierung bleiben,, sonst macht die Atommafia,, was sie will.

Für die Bundesregierung Für die Atommafia

(Gerhard Schröder) (Jürgen Trittin) (Winfried Steuer)

Quelle und Autor sind der Redaktion leider unbekannt

47. Quelldatei 10.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:10

I. AKT 1. SZENE

Sirk-Ecke. Fahnen an den Häusern. Vorbeimarschierende Soldaten werden bejubelt. Allgemeine Erregung. Es bilden sich Gruppen.

EIN ZEITUNGSAUSRUFER : Extraausgabee - !

ZWEITER ZEITUNGSAUSRUFER : Extraausgabee! Beidee Berichtee!

EIN DEMONSTRANT (der sich von einer Gruppe den Prinz-Eugen-Marsch singender Leute loslöst, ruft mit hochrotem Gesicht und schon ganz heiser unaufhörlich) : Nieda mit Serbieen! Nieda! Hoch Habsburg! Hoch! Hoch Serbien!

EIN GEBILDETER (den Irrtum bemerkend, versetzt ihm einen Rippenstoß) : Was fällt Ihnen denn ein -

DER DEMONSTRANT (anfangs verdutzt, besinnt sich): Nieda mit Serbieen! Nieda! Hoch! Nieda mit Habsburg! Serbieen!

(...)

EIN WIENER (hält von einer Bank eine Ansprache) : - - denn wir mußten die Manen des ermordeten Thronfolgers befolgen, da hats keine Spompanadeln geben - darum, Mitbürger, sage ich auch - wie ein Mann wollen wir uns mit fliehenden Fahnen an das Vaterland anschließen in dera großen Zeit! Sind wir doch umgerungen von lauter Feinden!

Mir führn einen heilinger Verteilungskrieg führn mir! Also bitte - schaun Sie auf unsere Braven, die was dem Feind jetzt ihnere Stirne bieten, ungeachtet, weil sie das Vaterland rufen tut. Und darum sage ich auch - es ist die Pflicht eines jedermann, der ein Mitbürger sein will, stantape Schulter an Schulter sein Scherflein beizutrageen. Wiar ein Phönix stehma da, den s' nicht durchbrechen wern, dementsprechend - mir san mir!

Die Sache für die wir ausgezogen wurden, ist eine gerechte, da gibts keine Würschteln, und darum sage ich auch,

Serbien - muß sterbien!

STIMMEN AUS DER MENGE : Bravo! So ist es! - Serbien

muß sterbien! - Ob's da wüll oder net! - Hoch! -

A jeder muß sterbien!

EINER AUS DER MENGE : Und a jeder Ruß -

EIN ANDERER : - ein Genuß!

EIN DRITTER : An Stuß! (Gelächter.)

EIN VIERTER : An Schuß!

ALLE : So is! An Schuß! Bravo!

DER ZWEITE : Und a jeder Franzos?

DER DRITTE : A Roß! (Gelächter.)

DER VIERTE : An Stoß!

ALLE : Bravo! An Stoß! So is!

DER DRITTE : Und a jeder Tritt - na, jeder Britt!?

DER VIERTE : An Tritt!

ALLE : Sehr guat! An Britt für jeden Tritt! Bravo!

EIN BETTELBUB : Gott strafe England!

STIMMEN : Er strafe es! Nieda mit England!

DER FÜNFTE : Oba oba oba wos treibts denn, habts denn net in der Zeitung g'lesen, schauts her, da stehts (er zieht ein Zeitungsblatt hervor): «Derartige Ausschreitungen des Patriatismus können in keener Weisee geduldeet werden und sind überdies geeigneet, den Fremdenverkehr zu schädigeen«.

Wo soll sich denn da nacher ein Fremdenverkehr entwickeln, wo denn, no olstern!

DER SECHSTE : Bravo! Recht hot er! Der Fremdenverkehr, wann mr eahm hebn wolln, das is schwer, das is net aso -

DER SIEBENTE : Halts Mäul!

DER ACHTE : Jetzt is Krieg und da gibts keine Würschtel!

(...)

V. AKT 5. SZENE

Im Landesverband für Fremdenverkehr.

DER REDAKTEUR : - - um einige Äußerungen zu bitten,

wie sich der Fremdenverkehr nach dem Kriege gestalten wird, das heißt ob diesbezüglich überhaupt schon etwas ins Auge gefaßt ist.

DER FUNKTIONÄR : Selbstverständlich.

DER REDAKTEUR : Die Adria bleibt unser?

DER FUNKTIONÄR : Allerdings.

DER REDAKTEUR : Welche Attraktionen werden wir unsern Fremden sonst nach dem Kriege bieten können, oder vielmehr welchen Ersatz werden wir für jene Sehenswürdigkeiten, die etwa durch den Krieg zerstört worden sind, durch andere Attraktionen bieten können? Sie haben mit Recht der Adria ein günstiges Prognostikon gestellt. Aber was werden wir außerdem zu bieten haben?

DER FUNKTIONÄR : Außerdem werden die Alpenländer mit ihren hervorragenden Kriegserinnerungen einen Anziehungspunkt des mitteleuropäischen Reisepublikums bilden.

DER REDAKTEUR : Welche Art Kriegserinnerungen wäre diesbezüglich ins Auge gefaßt?

DER FUNKTIONÄR : Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der pietätvolle Besuch der Heldengräber und Soldatenfriedhöfe eine lebhafte Verkehrsbewegung zur Folge haben wird. Wir appellieren gerade in diesem Punkte an die verständnisvolle Mitarbeit der Presse, da es unsere Aufgabe ist, jeder Epoche die Attraktionen abzugewinnen, die sie in sich selbst bietet, und die Gräber der Gefallenen wie geschaffen erscheinen, die Hebung des Fremdenverkehrs erhoffen zu lassen.

(Verwandlung.)

48. Quelldatei 24.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:24

LeserInnenbriefe - LeserInnenbriefe - LeserInnenbriefe

Betr.: Zwischen amnesty international und Roter Hilfe, ak 425

So nicht!

Liebe Genossinnen und Genossen,

der oben genannte Artikel wird der "Internationalen Arbeitskonferenz für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit" nicht gerecht. Ich verstehe auch nicht, warum Ihr ihn abgedruckt habt. Peter Nowak hat von dieser Konferenz außer in ak sowohl in der SoZ (Sozialistische Zeitung der VSP) als auch in der "antinationalen" Jungle World berichtet. Am besten kommt die Konferenz in der SoZ weg, am schlechtesten in der Jungle World, wo der "antinationale" Seitenhieb natürlich nicht fehlen darf. So wird der Linken mal wieder der "Antisemitismus" anheimgestellt, vor dem logisch nur die "Antinationalen" gefeit sind. Weiterhin wirft Nowak den Konferenzteilnehmenden in dem Jungle World-Artikel eine "Vollmerisierung der Gefangenen" vor, was immer das auch sein mag. Er spielt damit auf die von Vollmer und anderen initiierte "Amnestie/Dialog-Kampagne" von 1987 an und setzt diese in Zusammenhang mit dem "Stammheimer Dialog" im Februar dieses Jahres in Bad Boll, wohlwissentlich, daß dort nur AussteigerInnen und KronzeugInnen waren. Warum hätte das auf einer internationalen Konferenz diskutiert werden sollen, und was haben wir damit zu tun?

Das, was von Nowak anhand der Überschrift intendiert wird, ist schon unverschämt. Es ging um die Notwendigkeit, ein internationales Netzwerk zu schaffen, weil es kein solches gibt, das die Interessen der Gefangenen aus den Basis- und Befreiungsbewegungen und aus den Klassenkämpfen weltweit, wie politische Gefangene auf der Konferenz definiert wurden, vertritt. Amnesty international kümmert sich erklärtermaßen nur um "gewaltfreie politische Gefangene". Deutlicher kann eine Abgrenzung ja nicht sein. Und die Rote Hilfe war Teil des internationalen Organisationskomitees. Was dazwischen liegt, vermag ich nicht nachzuvollziehen.

Es macht auch keinen Sinn, jetzt alles das, was Nowak verrissen hat, hier richtigzustellen; auch taugt der Versuch nicht, die Konferenz in einem Leserbrief darzustellen. Deshalb bitte ich Euch, laßt Euch Pressemitteilungen und den Abschlußbericht von der Konferenz schicken und schreibt einen eigenen Artikel. Bisher habe ich Eure Beiträge zur Gefangenenproblematik geschätzt. Das sollte auch so bleiben. Meines Erachtens war die Konferenz für uns alle zu wichtig, als daß es so stehen bleiben könnte.

Mit solidarischen Grüßen,

Tim E., Neuss

Wir bemühen uns - die ak-Redaktion.

Betr.: Stoppt den Krieg!, ak 425

Alte Feindbilder?

Liebe Freunde,

es kann ja so schön sein, darauf können wir uns sicher alle einigen: Stoppt die NATO-Aggression und die serbische Vertreibungspolitik! Gegen die NATO-Aggression kann man in den NATO-Staaten demonstrieren und versuchen, die Öffentlichkeit zu gewinnen. Meine Frage: Was schlagt Ihr vor, was gegen die Vertreibung getan werden soll? Wie kriegt man Milosevic an den Verhandlungstisch? Wie sichert man den Flüchtlingen die Rückkehr?

Alle anderen sind Kriegstreiber und wollen NATO-Großmachtpolitik? Macht Ihr es Euch da nicht ein bißchen einfach? Die Bewertung dieses Krieges ist sehr viel komplizierter und alte Feindbilder denkbar ungeeignet!

Carmen L., Schwerin

Kühler Kopf

Liebe Leute,

es erleichtert mich (ein wenig), von Euch eine Stellungnahme zu erfahren, die sowohl Stellung bezieht gegen die Menschenrechtsverletzungen durch die serbische Regierung und die Demagogie der NATO-Argumentation nachvollziehbar herausarbeitet. Ich wünsche Euch weiterhin einen kühlen Kopf und heißen Einsatz.

Mit freundlichen Grüßen,

Björn R.

ak kriegsunterstützend?

Als der Artikel als Flugblatt auf der Hamburger Antikriegsdemo am 10.4. verteilt worden war, hat Kofi Annan bereits seine Erklärung zur NATO-Kriegsführung gegen Rest-Jugoslawien und zur Rolle der UNO abgegeben: Er forderte: "Abzug aller serbischen Truppen aus dem Kosovo und Implementierung einer internationalen Schutztruppe." (taz,14.4.99) Schutztruppe heißt nicht "unbewaffnete Blauhelme". Die Einbindung Rußlands in den Krieg oder zumindest in die Verhandlungen mit Milosevic ist Teil der NATO-Strategie. Die Planungen für die Rückführung der Flüchtlinge mit Hilfe dieser "Schutztruppe" laufen bereits. Es ist auch geplant, weitere 600 deutsche Bundeswehrsoldaten nach Mazedonien und Albanien zu entsenden - für "humanitäre" Zwecke, angeblich für die Versorgung der Flüchtlinge. Daß hier der Einsatz von Bodentruppen im Kosovo bzw. in Rest-Jugoslawien für Rückeroberungen vorbereitet wird, ist offensichtlich. Einsätze von Apache-Hubschraubern sind der erste Schritt für einen Bodenkrieg gewesen.

Es ist also offensichtlich, daß die UNO unter die Kriegsführungsstrategie der NATO untergeordnet wurde und - unabhängig davon, wer wem Auftrag und Verantwortung übertragen hat - in keiner Weise als "Alternative" oder nobelpreisverdächtige Friedensstifterin fungiert.

OSZE-Beobachter sind nicht aus rein humanitären Gründen eingesetzt worden, sondern als eine Art Spione, die ganz legal die Bedingungen in einem Land imperialistischer Begierde und mögliche Anlässe für ein Eingreifen zusammentragen und damit die Legitimation für Einsätze bieten. Das Offenlegen von Menschenrechtsverletzungen sollte den unabhängigen Hilfsorganisationen und Journalisten ermöglicht werden, wie auch die Versorgung, die immer größere Probleme bereitet angesichts der Flüchtlingsströme, nicht Aufgabe des Militärs sein darf.

Jede Forderung nach einer "Alternative" wie Blauhelme oder andere Truppen ist objektiv betrachtet eine Forderung nach einer Ergänzung der NATO-Kriegsführung, unabhängig können UNO und/oder OSZE nicht agieren. Mit der in den Verhandlungen mit Serbien vorgeschlagenen internationalen "Friedenstruppe" wird propagandistisch eine angeblich harmlosere, mit "leichten Waffen" ausgerüstete Truppe ins Spiel gebracht. Wenn Milosevic darauf eingeht, dann wegen der aussichtslosen militärischen Lage, in die die NATO das Land gebracht hat. Es sind große Teile der Infrastruktur schon zerstört worden, und es wird weiter gebombt, während die UNO den Part der Verhandlungen übernimmt.

"Die antimilitaristische Linke muß versuchen, die Legitimationsbasis der NATO und damit diese selbst zu schwächen, um die Alternative ziviler Konfliktbearbeitung stärken zu können", schreibt ihr. Euer politischer Ansatz liegt sehr weit im Lager der kriegsunterstützenden Parteienlandschaft, nicht im Teil der heute noch pazifistischen und antimilitaristischen bzw. der unabhängigen Linken. Daß wir gegen den Krieg sind, ist selbstverständlich; nicht selbstverständlich ist aber die Ablehnung anderer Macht- und Militärapparate, die ihr hier vorschlagt. Es kann doch nicht Aufgabe der Linken sein, Vorschläge für die bessere, effektivere Kriegführung zu machen! Nachdem die Bomben nicht das gewünschte Ergebnis - Kapitulation und Rückzug serbischen Militärs - gebracht haben, sollen wir in einem Kompromiß zusammen mit Pazifisten, Militaristen und Humanisten nun überlegen, wie es mit anderen Mitteln doch irgendwie gelingen müßte, Milosevic in die Knie zu zwingen, das heißt wie weiter von außen eingegriffen werden könnte? (Masse statt Klasse?).

Wenn schon ein alternativer Friedensplan überlegt wird, dann wären doch zuerst einmal Möglichkeiten vorzuschlagen, die die Kriegsmaschinerie stoppen könnten. Dafür könnte man Blauhelmsoldaten verplanen: Alle Militärflughäfen, Flugzeugträger, Raketenabschußbasen und Kasernen, von denen aus Ziele auf dem Balkan angegriffen oder bedroht werden, werden besetzt.

Blockadeaktionen waren von pazifistischen AktivistInnen der Friedensbewegung in der Vergangenheit immer favorisiert worden. Allerdings wäre dieser Vorschlag genauso unrealistisch, wie Wünsche nach humanitären Blauhelmeinsätzen (damit sind bereits Erfahrungen gesammelt worden) auf dem Balkan oder anderswo. Auch würden die Blauhelm-Blockaden bestimmt nicht friedlich durchgezogen werden können. Diese fiktive Alternative zu den NATO-Bombardierungen würde einen tatsächlichen Einfluß auf die Aufgaben der UNO durch Nicht-NATO-Staaten und Kriegsgegner voraussetzen.

Jugoslawien ist schließlich nicht der erste und letzte Kriegsschauplatz der Welt, nur ein Exempel für zukünftige NATO-Kriege. Vorher hat dort jahrelang schon ein sog. Bürgerkrieg getobt. Vorschläge für kurzfristige "Lösungen" der Probleme auf dem Balkan erwarten die Ex-Jugoslawen (bzw. Rest-Jugoslawen) bestimmt nicht von der deutschen Linken.

Für humanitäre Hilfe bedarf es nicht militärischer Mittel wie NATO-Flüchtlingslager oder UNO-Soldaten. Wenn man bedenkt, daß ein Kriegstag die NATO mindestens 500 Mio. DM kostet, erübrigt sich die Frage nach einer möglichen besseren Verwendung der Mittel. Ein Schutz der Flüchtlingslager müßte vor Ort organisiert werden durch Einbeziehen der Flüchtlinge. Die männlichen Kosovo-Albaner sind von serbischen Soldaten und Milizen von ihren Familien getrennt und oft umgebracht worden, weil damit die Möglichkeit einer bewaffneten Gegenwehr verhindert werden soll, auch in Hinblick auf die Zeit nach einer eventuellen Rückkehr in die besetzten Gebiete.

Der bereits von der EU vorgeschlagene spätere "Marshallplan" ist für den Wiederaufbau und die Abhängigkeit von USA und EU gedacht. Aber erst einmal sieht es so aus, als würde das gute "Bombenwetter" im Mai für die weitere Zerstörung Rest-Jugoslawiens ausgenutzt werden, solange Milosevic nicht aufgibt.

hl, xy

Betr.: Nationalistische Abweichungen. Daten zur Vorgeschichte des serbisch-albanischen Konflikts, ak 425

Keine Trennung

Liebe Leute,

erstmal danke für Eure ausführliche Berichterstattung zur NATO-Aggression gegen Jugoslawien. Wenig durchdacht fand ich aber den Artikel Nationalistische Abweichungen. Die Auseinandersetzungen zwischen serbischen und albanischen Nationalisten begannen nicht erst wie behauptet wird "kurz nach dem Tod Titos". Auseinandersetzungen gab es schon zur Zeit Titos und vor allem während des Zweiten Weltkrieges. In Kooperation mit den italienischen und später deutschen Besatzern wurden durch nationalistische Kosovo-Albaner massenhaft Serben (aber auch Juden und Roma) vertrieben und ermordet. Diese jahrzehntelange Konfliktgeschichte und die besondere Rolle Deutschlands sollte man schon zur Kenntnis nehmen.

Erschreckend an dem Artikel finde ich allerdings die politische Konsequenz, die gezogen wird: "Es ist ein Gebot der Vernunft, die Todfeinde zu trennen und durch Grenzen voreinander zu schützen." Mit anderen Worten: Es sollen wieder Menschen vertrieben werden. Serben zu Serben. Kosovo-Albaner zu Kosovo-Albanern. Was ist mit denen, die lieber an ihren angestammten Wohnsitzen bleiben möchten oder in multinationalen Familien leben? Gewaltsam vertreiben und trennen? Sowas nennt man normalerweise "ethnische Säuberungen".

Außerdem wird so getan, als gebe es nur Serben und Albaner. Wo sollen denn die anderen nationalen Minderheiten hin? Zum Beispiel die 150.000 Roma? Albanische Nationalisten, die ein ethnisch bereinigtes Großalbanien anstreben, wollen sie sicherlich nicht haben. Auch vertreiben? Auch einen eigenen Staat? Mit der Trennung von Serben und Albanern wäre das Nationalitätenproblem in keiner Weise gelöst, würde sich allenfalls auf andere Nationalitäten verlagern.

Außerdem: Wenn der Kosovo oder ein Teil davon Albanien angegliedert würde, wäre der nächste Krieg in Mazedonien, wo bekanntlich auch Albaner leben, bereits vorprogrammiert. Trotz allem, was passiert ist und noch passiert. Die Region ist und bleibt multinational, die Vielzahl von nationalen Gruppen können nicht separiert und ghettoisiert werden. Realistische Friedensregelungen haben auf diese Tatsache Rücksicht zu nehmen.

Viele Grüße,

Hubert B., Neustadt

49. Gegen den Krieg, gegen die NATO - ak ist immer dabei

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:33

Die Linke diskutiert: Wie hat sich der Kosovo-Konflikt entwickelt, was will die NATO, was können wir tun? Dabei scheinen viele sich wieder auf altbewährte Informationsquellen zu besinnen. Die letzte Ausgabe von ak - analyse & kritik, die auf über 13 Seiten über den Kosovo-Krieg berichtete, wurde rege nachgefragt und fand viel Lob. Das hoffen wir auch von dieser Ausgabe.

Angesichts zahlloser Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen gegen den NATO-Krieg möchten wir unsere LeserInnen und politischen FreundInnen dringend bitten:

Macht massenhaft von unserem Angebot Gebrauch, kostenlose Probeexemplare von ak zu bestellen, um diese möglichst umgehend an interessierte Anti-KriegskämpferInnen weiterzureichen. Eine Bestellung von Probeexemplare ist denkbar einfach und bequem: ein kurzer Brief, ein Fax, ein Mail oder ein Anruf in der Redaktion und eine kleine Mengenangabe inklusive Adresse und schon sind wir in der Lage, euch das begehrte auf dem schnellsten Weg in die Mailbox zu übertragen.

Außerdem kann natürlich jede und jeder gerne als ak-WeiterverkäuferIn tätig werden - wenn ihr zu Veranstaltungen oder auf Demos geht oder natürlich auch in eurem Bekanntenkreis. Ab fünf Exemplaren bieten wir euch dabei einen Verkaufsrabatt von 30 Prozent. Auch hier gilt: ruft an, schickt ein Fax, ein Mail, rückt eure Adresse raus und sagt, wieviel ihr wollt! Seid hemmungslos!

ak -Register im Web

Hilfreich dürfte für viele sein, daß auf der Homepage von ak (http://www.akweb.de) nun auch ein Gesamt-Register zu finden ist.

Für die Jahre von 1985 bis einschließlich 1998 könnt ihr nun in über 150 Rubriken alte ak-Artikel über das Internet suchen. Solltet ihr dabei auf Artikel stoßen, die ihr nicht mehr unter dem Bett gelagert habt, ist das kein Problem. Ihr könnt die fehlende Nummer einfach bei uns bestellen. Für die Suche nach Stichwörtern könnt ihr die Möglichkeit eurer Browser verwenden, die gerade aktive Seite zu durchsuchen. So könnt ihr alle Artikel zu einem bestimmten Stichwort schnell ausfindig machen. Nachdem ihr Titel, Ausgabe und Seite rausgefunden habt, könnt ihr die Bestellung dann auch gleich per Mail an uns schicken. Ihr bekommt dann umgehend die gewünschte Ausgabe, in der der Artikel abgedruckt ist, zugeschickt. Allerdings erhaltet ihr dann auch die Rechnung. Jede bestellte Ausgabe kostet 5 DM, außerdem kommt noch das Porto hinzu. Wir hoffen, daß auch ihr das als angemessenen Preis anseht.

Aus gegebenem Anlaß haben wir zudem eine lange Liste aller ak-Artikel der Jahre 1972 bis 1984 zu Militarismus und Antimilitarismus ins Web gestellt. Auch diese Liste kann auf die beschriebene Weise nach Stichwörtern durchsucht werden.

50. "Die NATO genießt ungehinderten Zugang..."

Der Anhang B des Rambouillet-Abkommens

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:39

Wir drucken hier den vollständigen Text des militärischen Anhangs B zum Rambouillet-Abkommen in deutscher Übersetzung ab. An diesem Anhang scheiterte die Unterschrift der Bundesrepublik Jugoslawien; gleichzeitig ist der Deutsche Bundestag vom Auswärtigen Amt nur unvollständig über den Text dieses Anhangs informiert worden.

Anhang B: Status der multinationalen Implementierungsstreitkräfte

1. Für die Zwecke dieses Anhangs haben die folgenden Begriffe die ihnen nachfolgend zugewiesenen Bedeutungen:

a. "NATO" bedeutet: Nordatlantikpaktorganisation (NATO), ihre Nebenorgane, ihre militärischen Hauptquartiere, die NATO-geführte KFOR und alle Elemente/Einheiten, die irgendeinen Teil der KFOR ausmachen oder die KFOR unterstützen, unabhängig davon, ob sie aus einem NATO-Mitgliedsstaat kommen oder nicht, und unabhängig davon, ob sie unter nationaler oder unter NATO-Befehls- und Kommandogewalt stehen oder nicht, sofern sie zur Förderung dieses Abkommens handeln.

b. "Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien" bedeutet: zuständige Behörden, seien es Bundesbehörden, Republikbehörden, kosovarische Behörden oder andere.

c. "NATO-Personal" bedeutet: das von der NATO berufene, ihr angegliederte oder von ihr beschäftigte militärische und zivile Personal sowie Auftragspersonal, einschließlich des an der Operation teilnehmenden militärischen und zivilen sowie Auftragspersonals aus Nicht-NATO-Staaten, mit Ausnahme des an Ort und Stelle eingestellten Personals.

d. "die Operation" bedeutet: die Unterstützung, die Vorbereitung der Implementierung und die Teilnahme der NATO und von NATO-Personal an der Umsetzung dieses Kapitels.

e. "Militärisches Hauptquartier" bedeutet: jede Einheit, wie immer ihre Bezeichnung lautet, bestehend oder teilweise zusammengesetzt aus NATO-Militärpersonal, die geschaffen wurde oder wird, um die Operation zu erfüllen.

f. "Behörden" bedeutet: die zuständige verantwortliche Einzelperson, Behörde oder Organisation der Vertragsparteien.

g. "Auftragspersonal" bedeutet: die technischen Experten oder Spezialisten, deren Dienste die NATO benötigt und die auf dem Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien ausschließlich der NATO zu dienen haben, entweder in einer beratenden Funktion in technischen Angelegenheiten oder für den Aufbau, Bedienung oder Wartung der Ausrüstung; es sei denn, sie sind:

(1) Staatsbürger der Bundesrepublik Jugoslawien; oder

(2) Personen, die normalerweise in der Bundesrepublik Jugoslawien ihren Wohnsitz haben.

h. "Offizieller Gebrauch" bedeutet jeden Gebrauch von erworbenen Gütern oder von Diensten, die für die Durchführung aller Funktionen empfangen oder geplant werden, die für das Handeln der Hauptquartiere benötigt werden.

i. "Einrichtungen" bedeutet alle Gebäude, Aufbauten, Räumlichkeiten und Grundstücke, die für die Durchführung der operativen, Ausbildungs- und Verwaltungsaktivitäten von der NATO sowohl für die Operation als auch für die Unterbringung des NATO-Personals in Anspruch genommen werden.

2. Unbeschadet ihrer Privilegien und Immunitäten gemäß diesem Anhang werden alle Mitglieder des NATO-Personals die in der Bundesrepublik Jugoslawien geltenden Gesetze, seien es Bundes-, Republik-, kosovarische oder andere Gesetze, respektieren, insoweit die Einhaltung dieser Gesetze mit den anvertrauten

Aufgaben und dem anvertrauten Mandat vereinbar ist; und sie werden sich solcher Aktivitäten enthalten, die mit dem Wesen der Operation nicht vereinbar sind.

3. Die Vertragsparteien erkennen die Notwendigkeit von schnellen Ausreise- und Einreiseverfahren für NATO-Personal an. Dieses Personal wird von den Paß- und Visavorschriften sowie von den für Ausländer geltenden Registrierungsbestimmungen ausgenommen. An allen Ein- und Ausreisestellen in die bzw. aus der Bundesrepublik Jugoslawien wird dem NATO-Personal gegen Vorlage eines nationalen Personalausweises die Ein- und Ausreise in die bzw. aus der Bundesrepublik Jugoslawien gestattet. Das NATO-Personal wird Ausweispapiere tragen, deren Vorlage von den Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien verlangt werden kann; aber es wird nicht gestattet, daß solche Aufforderungen Operationen, Übungen und Bewegungen behindern oder verzögern.

4. Das NATO-Militärpersonal trägt normalerweise Uniformen, und das NATO-Personal darf, wenn durch Befehle dazu ermächtigt, Waffen besitzen und tragen. Die Vertragsparteien werden ohne Steuern und Gebühren die für das NATO-Personal von den Behörden der jeweiligen Länder ausgestellten Führerscheine und Zulassungen als gültig akzeptieren.

5. Der NATO wird es gestattet, die NATO-Flagge und/oder nationale Flaggen ihrer einzelnen nationalen Elemente/Einheiten auf allen NATO-Uniformen, allen NATO-Transportmitteln und allen NATO-Einrichtungen zu zeigen.

6a. Die NATO genießt Immunität in allen Gerichtsverfahren, seien es Zivil-, Verwaltungs- oder Strafverfahren.

b. Das NATO-Personal genießt unter allen Umständen und jederzeit Immunität gegenüber der Gerichtsbarkeit der Vertragsparteien hinsichtlich jeglicher von ihm in der Bundesrepublik Jugoslawien möglicherweise begangenen zivilen, administrativen oder disziplinarischen Vergehen sowie hinsichtlich aller Kriminaldelikte. Die Vertragsparteien werden den an der Operation teilnehmenden Staaten bei der Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit über ihre eigenen Staatsangehörigen behilflich sein.

c. Ungeachtet des oben Ausgeführten und mit dem ausdrücklichen Einverständnis des NATO-Kommandeurs in jedem einzelnen Fall können die Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien ausnahmsweise die Gerichtsbarkeit in solchen Angelegenheiten ausüben, die nicht der Gerichtsbarkeit des eigenen Staates, dessen Staatsbürger sie sind, unterworfen sind; dies gilt allerdings nur in bezug auf Mitglieder des Auftragspersonals.

7. Das NATO-Personal genießt Immunität vor jeder Form von Festnahme, Ermittlung oder Haft von seiten der Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien. Irrtümlich verhaftetes oder festgehaltenes NATO-Personal ist sofort NATO-Behörden zu übergeben.

8. Das NATO-Personal genießt zusammen mit seinen Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ausrüstungsgegenständen in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien freien und ungehinderten Zugang unter Einschluß ihres Luftraums und ihrer Territorialgewässer. Ohne darauf beschränkt zu sein, beinhaltet dies das Recht auf Biwak, das Recht auf Manöver, das Quartiersrecht sowie die Nutzung aller Regionen oder Einrichtungen, die für die Unterstützung, Übung und Durchführung von Operationen benötigt werden.

9. Das NATO-Personal wird von Zollabgaben, Steuern und anderen Gebühren sowie von Kontrollen und Zollvorschriften einschließlich der Bereitstellung von Bestandslisten oder anderen routinemäßigen Zollerklärungen für Personal, Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge, Ausrüstung, Versorgung und Lebensmittel, die in das Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien zur Unterstützung der Operation eingeführt und ausgeführt werden oder ihr Territorium durchqueren, befreit.

10. Die Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien ermöglichen vorrangig und mit allen geeigneten Mitteln alle Bewegungen des Personals, der Fahrzeuge, Flugzeuge, Schiffe, der Ausrüstung oder der Vorräte durch oder im Luftraum, in den Häfen, auf den Flugplätzen oder den benutzten Straßen. Für Luftnavigation, Landung oder Start von Flugzeugen, unabhängig davon, ob staatseigen oder gechartert, dürfen keine Abgaben von der NATO verlangt werden. Desgleichen dürfen von NATO-Schiffen, unabhängig davon, ob staatseigen oder gechartert, für die bloße Einfahrt in und Ausfahrt aus Häfen keine Zölle, Abgaben, Wegegelder oder Benutzungsgebühren verlangt werden. Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge, die zur Unterstützung der

Operation eingesetzt werden, unterliegen weder Lizenz- oder Registrierungsbestimmungen noch kommerzieller Versicherung.

11. Der NATO wird die Benutzung von Flughäfen, Straßen, Schienenwegen und Häfen ohne Zahlung von Gebühren, Zöllen, Wegegeldern oder durch bloße Benutzung verursachte Abgaben eingeräumt. Die NATO beansprucht jedoch nicht, von angemessenen Abgaben für spezifische geforderte und erhaltene Dienste ausgenommen zu werden. Die Operationen/Bewegungen und der Zugang dürfen jedoch wegen noch anhängiger Zahlungen für solche Dienste nicht behindert werden.

12. Das NATO-Personal wird seitens der Vertragsparteien von der Besteuerung der von der NATO erhaltenen Gehälter und Bezüge und aller anderen von außerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien erhaltenen Einkünfte befreit.

13. Das NATO-Personal und sein in die Bundesrepublik Jugoslawien importierter, dort erworbener oder von dort ausgeführter beweglicher Sachbesitz wird von allen Abgaben, Steuern und anderen Gebühren und von Kontrollen und Zollvorschriften befreit.

14. Der NATO wird es gestattet, frei von Abgaben, Steuern oder anderen Gebühren solche Ausrüstungsgegenstände, Vorräte und Lebensmittel zu importieren, die die NATO für die Operation benötigt, vorausgesetzt, daß solche Güter für den offiziellen Gebrauch der NATO oder zum Verkauf an NATO-Personal vorgesehen sind. Verkaufte Güter sind lediglich für den Gebrauch durch NATO-Personal bestimmt und nicht übertragbar auf unbefugte Personen.

15. Die Vertragsparteien erkennen an, daß der Gebrauch von Kommunikationskanälen notwendig für die Operation ist. Der NATO wird es gestattet, ihre eigenen internen Postdienste zu betreiben. Die Vertragsparteien stellen auf einfaches Ersuchen hin alle gemäß NATO-Beschluß für die Operation benötigten Telekommunikationsdienste, einschließlich der Rundfunk- und Fernsehdienste zur Verfügung. Dies schließt sowohl das Recht ein, solche Mittel und Dienste zu benutzen, die erforderlich sind, um die volle Kommunikationsfähigkeit zu sichern, als auch das Recht, das gesamte elektromagnetische Spektrum für diesen Zweck kostenlos zu nutzen. Bei der Implementierung dieser Rechte wird die NATO alle angemessenen Anstrengungen unternehmen, um die Bedürfnisse und Erfordernisse der zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien zu berücksichtigen und sich mit diesen abzustimmen.

16. Die Vertragsparteien stellen kostenlos solche öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung, die die NATO zur Vorbereitung und Durchführung der Operation benötigt. Die Vertragsparteien helfen der NATO, die notwendigen Versorgungsleistungen wie Elektrizität, Wasser, Gas oder andere Ressourcen, die die NATO für die Operation benötigen wird, zu den niedrigsten Preisen zu erhalten.

17. Die NATO und das NATO-Personal genießen Immunität gegenüber Ansprüchen jedweder Art, die aus den Aktivitäten bei der Ausführung der Operation erwachsen. Die NATO wird jedoch Ansprüche auf freiwilliger Basis regeln.

18. Der NATO wird es gestattet, für die Akquisition von Gütern, Diensten und Bauleistungen mit jedem Anbieter innerhalb oder außerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien Verträge direkt abzuschließen. Solche Verträge, Güter, Dienste und Bauleistungen unterliegen nicht der Zahlung von Steuern, Abgaben oder anderen Gebühren. Die NATO kann Bauarbeiten auch durch das eigene Personal ausführen lassen.

19. Kommerzielle Unternehmungen, die nur im Dienst der NATO in der Bundesrepublik Jugoslawien tätig werden, unterliegen in bezug auf die Dauer und Bedingungen ihrer Arbeit nicht den örtlichen Gesetzen und Regelungen und sind von der Zulassung und Registrierung von Angestellten, Geschäftszweigen und Gesellschaften befreit.

20. Die NATO kann örtliches Personal einstellen, das auf einer individuellen Grundlage den örtlichen Gesetzen und Regelungen mit Ausnahme der Arbeits-/ Anstellungsgesetze unterworfen bleiben. Von der NATO eingestelltes örtliches Personal jedoch

a. genießt Immunität gegenüber rechtlichen Verfahren in bezug auf in ihrer offiziellen Funktion gesprochene oder geschriebene Worte und in bezug auf alle von ihnen in ihrer offiziellen Funktion ausgeführten Handlungen;

b. genießt Immunität gegenüber Wehrdienst- und/oder Militärdienstverpflichtungen;

c. wird nur den von der NATO geschaffenen Anstellungsbedingungen und -fristen unterworfen sein; und

d. wird von der Besteuerung der ihnen von der NATO ausgezahlten Gehälter und Bezüge befreit.

21. Bei der Ausübung ihrer Befugnisse gemäß dieses Kapitels ist die NATO berechtigt, Individuen festzuhalten und diese so schnell wie möglich den zuständigen Amtsträgern zu übergeben.

22. Die NATO kann es bei der Ausführung der Operation als notwendig erachten, Verbesserungen und Änderungen an gewissen Infrastrukturen der Bundesrepublik Jugoslawien wie an Straßen, Brücken, Tunneln, Gebäuden und Versorgungssystemen vorzunehmen. Jede dieser Verbesserungen und Änderungen von nicht-vorläufigem Charakter wird Bestandteil dieser Infrastruktur und geht in die gleiche Eignerschaft über wie diese. Vorübergehende Verbesserungen und Änderungen können nach dem Ermessen des NATO-Kommandeurs entfernt werden, und die Infrastruktur kann, von normalen Abnutzungs- und Verschleißerscheinungen abgesehen ihrem Ursprungszustand so nahe wie möglich kommend, wieder zurückgegeben werden.

23. Wenn keine vorherige Einigung zustandekommt, werden Streitigkeiten im Hinblick auf die Interpretation oder Anwendung dieses Anhangs zwischen der NATO und den zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien geregelt.

24. Zusätzliche Vereinbarungen mit jeder der Vertragsparteien können geschlossen werden, um beliebige mit der Operation zusammenhängende Details zu erleichtern.

25. Die Bestimmungen dieses Anhangs werden bis zum Abschluß der Operation oder entsprechend einer anderen Übereinkunft der Vertragsparteien und der NATO in Kraft bleiben.

51. Quelldatei 48.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:48

Kriegerische Bilder

Nicht nur französische Intellektuelle wie Pierre Bourdieu oder Catherine Samary wehren sich gegen die "falschen Alternativen", die der NATO-Krieg auf die Tagesordnung gesetzt hat. Die in ak 425 dokumentierte Erklärung "Stop der Bombardierung, Selbstbestimmung" hat auch in Deutschland zahlreiche UnterstützerInnen gefunden. Dazu gehören MitarbeiterInnen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und der Zeitschrift kultuRRevolution, die jetzt ein gemeinsames Sonderheft gegen den Krieg herausgebracht haben. Die AutorInnen analysieren u.a. die Wirkung der Bilder in diesem Krieg - Bilder vom Flüchtlingselend, von Toten und Schwerverletzten. "Von den Bilderzeigern klammheimlich vorausgesetzt wird", schreibt Jürgen Link, "diese Bilder bewiesen etwas, und zwar: daß nur Tornados den Opfern auf den Bildern helfen können". Das allerdings ist eine inzwischen "falsifizierte Hypothese", wie es in der Einleitung heißt. Nun stehen weitere Hypothesen auf dem Prüfstand, einschließlich der, es werde "kein deutsches Vietnam auf dem Balkan" geben und "der Endsieg im Hightechkrieg" sei absolut sicher. Die Formulierungen sind in ihrer Schärfe der Sache, um die es geht, angemessen. Und sie entsprechen dem scharfen Blick der AutorInnen für bemerkenswerte Vorgänge - z.B. die "Verwandlung von ‚Asylanten` in ‚Flüchtlinge` und ihre künftige Rückverwandlung" (Ulla Link-Heer). Gekonnt, wenn auch hart an der Grenze zum Zynismus, ist Jürgen Links Satire über "Militler": "Er (Milosevic) ist gleich Hitler" und nach der Eroberung des übrigen Europa kurz davor, "mit seinen Panzerarmeen in Richtung Moskau und Stalingrad zu rollen". Da kann der Autor nur Abbitte tun beim deutschen "Kriegsführertrio" und dessen überlegene "analytische Kraft" bewundern.

Im Auge des Tornados - gemeinsames Sonderheft des DISS-Journals und der kultuRRevolution; zu beziehen über DISS, Realschulstr. 51, D-47051 Duisburg, Fon: 0203/20249, Fax: 0203/28788; 42 Seiten, 5 DM.

Fotos gegen den Nazi-Krieg

Ende vergangenen Jahres erschienen die ersten beiden Fotobände einer Reihe, die vom deutsch-russischen Museum Berlin-Karlshorst im Elefanten Press Verlag herausgegeben wird. Ihr Thema ist der Zweite Weltkrieg seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941. In der Einleitung zum ersten Band, "Das mitfühlende Objektiv" (mit Fotos von Michail Sawin), setzt sich Peter Hahn mit der Frage auseinander, inwieweit Kriegsfotografie auch Propagandafotografie ist. Zwar gebe es, schreibt Jahn, unter den abgebildeten Szenen eindeutig Inszenierungen, z.B. wenn, um des Effekts willen, angreifende Infanteristen von vorn aufgenommen wurden - "kein Fotograf begab sich für seine Arbeit bei einem Angriff auch noch zwischen die Fronten". Auffällig sei aber, wie viele Bilder sowjetischer Kriegsberichterstatter nicht in das Klischee des Propagandafotos passen. Michail Sawin fotografierte nicht nur die Helden der Roten Armee, sondern immer wieder auch sowjetische Flüchtlinge und deutsche Kriegsgefangene. Auch Timofej Melniks Buch "Nach Berlin!" zeigt die sowjetischen Befreier, ohne sie zu heroisieren; vor allem ist es eine Anklage gegen den Krieg. Die ausgemergelten deutschen Gefangenen, "das klassische Motiv der antifaschistischen Fotografie" (Valeri Stignejew), erwecken eher Mitleid. Am Schluß des Bandes aber stehen Fotos vom Sieg der Roten Armee über den Nationalsozialismus: Sowjetische Soldaten feiern in den Trümmern von Berlin, während die Oberkommandierenden der Deutschen Wehrmacht mit steinernen Mienen die Kapitulationsurkunde unterzeichnen.

Michail Sawin: Das mitfühlende Objektiv. Kriegsfotografie 1941-1945, 103 Seiten, 36 DM; Timofej Melnik: Nach Berlin! Kriegsfotografie 1941-1945, 107 Seiten, 36 DM; beide herausgegeben vom deutsch-russischen Museum Berlin-Karlshorst, Elefanten Press Verlag, Berlin, 1998.

Fußball im Nazi-Reich

Kurz vor seinem 100. Geburtstag wagt sich der Deutsche Fußballbund (DFB) auch an die weniger ruhmvollen Kapitel seiner Geschichte: Ein eigens beauftragter Historiker soll nun auf 15 bis 20 Seiten die "Verstrickungen" des Fußballs in das Nazi-System "aufarbeiten". Das sei ein reiner "Alibibeitrag", findet Walter Jens. Der intellektuelle Fußballfan aus Tübingen ist einer von mehreren Interviewpartnern, die in dem eben erschienenen Buch "Stürmer für Hitler" zu Wort kommen - dem ersten Buch, "das sich ausführlich mit dem Zusammenspiel von Fußball und Nationalsozialismus befaßt" (so die Autoren Gerhard Fischer und Ulrich Lindner). Erschienen

ist es im Göttinger Verlag Die Werkstatt, der dem Thema im Rahmen seiner Reihe über die Geschichte der Bundesligaclubs schon etliche Seiten gewidmet hat. Vieles von dem, was Fischer und Lindner - sowie die Gastautoren Werner Skrentny und Dietrich Schulze-Marmeling - schreiben, ist denn auch bekannt: die Unterdrückung der Arbeitersportbewegung und die Gleichschaltung des Fußballs im Nazireich, die Rolle der Nationalmannschaft als Instrument der Propaganda, die Ausschaltung und Verfolgung jüdischer Spieler und Funktionäre, der Aufstieg von Schalke 04 zum sechsfachen Meister und Vorzeigeclub, nach 1945 der Wiederaufbau des DFB im Geiste des Nationalismus. Bisher ist das alles allerdings nicht in einem Band übersichtlich zusammengetragen worden - für kritische Freunde und Freundinnen des Fußballsports ist die Lektüre des Buches unbedingt empfehlenswert. Sie ist auch nicht nur niederdrückend, sondern streckenweise sogar trostreich. Denn auch zwischen 1933 und 1945 war der Ball rund. "Mit Fußball haben die Nazis immer Pech gehabt", sagt der Historiker Hans-Joachim Teichler: So flog die deutsche Mannschaft bei der Olympiade 1936 gegen Norwegen glanzlos aus dem Turnier - im Beisein Hitlers, der wutentbrannt vorzeitig das Stadion verließ.

Gerhard Fischer/Ulrich Lindner: Stürmer für Hitler. Vom Zusammenspiel zwischen Fußball und Nationalsozialismus; Verlag Die Werkstatt, Göttingen, 303 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 34 DM.

Spielverderberinnen

Die Frühjahrsausgabe der Hamburger Frauenzeitung (HFZ) behandelt das Thema "Mädchen". Wer langweilige sozialpädagogische Klagen und herzige Beiträge melancholisch Pubertierender erwartet, sieht sich positiv überrascht. Schon rein optisch ist die das Heft gelungen. Dem im Editorial geäußerten Anspruch, auch im Layout eine "runde" Gestaltung umzusetzen, die dennoch einer fragmentierten Welt entspricht, wird die Ausgabe voll und ganz gerecht. Darüber hinaus finden sich auf 80 Seiten Texte, Interviews, Gedichte und Rezensionen rund um die Frage, mit welchem Instrumentarium diese Gesellschaft zunächst "Mädchen" und anschließend "Frauen" anfertigt - ohne jeden Anflug selbstmitleidigen Kollektiv-Jammerns. "Ich bin spät zur Spielverderberin geworden", schreibt Dörte Giebel im Rückblick auf eine Mädchenzeit in einer ganz normalen Familie, in der, wie in so vielen anderen, drei Regeln golden waren: Du sollst nicht merken, du bist Schuld am Leid deiner Mutter, die Autorität des Vaters ist unantastbar. Und als roter Faden zieht sich durch diese HFZ-Ausgabe die folgende Erkenntnis ebenso wie durch die biographischen Expeditionen weißer Mittelschichts-Mädchen zum sagenumwobenen Hort der weiblichen und sexuellen "Identität": Daß die Regeln dieses Spiels außerhalb jeder einzelnen gesetzt sind, und zwar in einer ganz bestimmten Art und Weise. Daß sich zunächst exakt zwei Handlungsmöglichkeiten auftun: Mitspielen oder verweigern - wobei auch letzteres eigentlich nicht mehr ist als eine weitere Spielvariante. Daß es dennoch keine Alternative gibt: Um das Spiel irgendwann zu beenden oder neu zu definieren, müssen (nicht nur) Mädchen es erst einmal verderben. Und das könnte ja vielleicht sogar ebensoviel Spaß machen wie die Lektüre der HFZ.

Hamburger Frauenzeitung, Nr. 56, Frühjahr 99, Postfach 306208, 20328 Hamburg, 82 Seiten, 6 DM.

52. Schwerpunktthema Jugoslawien

ak-Beilage zur Vorgeschichte des Bürgerkrieges

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:50

Nachdem uns mehrere Anfragen nach "grundlegenden" ak-Artikeln zum Thema Jugoslawien erreicht haben, sind wir in unserem Archiv fündig geworden. Es gibt noch Exemplare einer zehnseitigen Beilage, die im Sommer 1993 erschienen ist. Das ist zwar lange her, wir finden aber, daß einige der damals geschriebenen Artikel auch heute noch von Interesse sind.

Der ausführliche Leitartikel trägt den Titel "Der Zusammenbruch in Osteuropa, das Ende Jugoslawiens und die Politik der Großmächte". In einem zweiten längeren Artikel geht es um die Gründung des ersten jugoslawischen Staates und sein Ende im Zweiten Weltkrieg. Der Weg in den Bürgerkrieg wird in einer Chronologie nachgezeichnet. Die Thesen der ak-Redaktion "zum Krieg in Jugoslawien und dem Dilemma der Linken" enden mit unterschiedlichen und teilweise kontroversen Schlußfolgerungen.

Außerdem enthalten: ein Interview zur Lage im Kosovo und Auseinandersetzungen mit den Positionen anderer linker Gruppen und Zeitungen.

Die Beilage kostet 3 DM in Briefmarken (incl. Porto) und kann bestellt werden bei: ak-Redaktion, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg.

53. Alles wird gut!

Spendenziel für ak fast erreicht

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:53

Vielen Dank allen SpenderInnen

Spendenziel für ak fast erreicht

Ohne die Spenden unserer LeserInnen keine ak. Auf dieser so platten wie unumstößlichen Wahrheit beruht unsere alljährliche Spendenkampagne, mit der wir uns dieses Jahr ein Ziel von 40.000 DM gesetzt hatten. Ganz erreicht haben wir es noch nicht, aber so gut wie. Im April fehlten noch ca. 5.000 DM zur magischen Grenze, seitdem sind jedoch immerhin noch knapp 3.000 DM eingegangen. Diesen SpenderInnen wie auch den übrigen Freundinnen und Freunden unserer Zeitung sei an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich gedankt. Auch wenn wir somit die "offizielle" Spendenkampagne einigermaßen erleichtert abschließen können: Große wie kleine Geldbeträge sind natürlich immer willkommen und bedeuten für uns keineswegs grenzenlosen Luxus. Deshalb für alle diejenigen, die ihre Solidarität mit dieser Zeitung auch finanziell ausdrücken wollen, noch einmal unser Spendenkonto:

Robert Gatermann, Konto 4644584-204, Bankleitzahl 200 100 20, Postbank Hamburg

ak-Redaktion

54. Armer Pinochet

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/chile.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:chile

Noch immer ist er nicht ins chilenische Vaterland zurückgekehrt - der Mann, der während der Jahre der Diktatur laut Selbstauskunft über jedes Blatt, das im Land umgedreht wurde, Bescheid wußte - der Mann, der jetzt von Folterungen und Verschwindenlassen wiederum rein gar nichts gewußt haben will. Im März entschieden die Lordrichter in London, daß General Augusto Pinochet, Senator auf Lebenszeit, für Verbrechen, die nach 1988 begangen wurden, zur Rechenschaft gezogen werden kann. Und Innenminister Straw entschied, die Auslieferung nach Spanien voranzutreiben. Diese Entscheidung mag den Opfern und ihren Angehörigen aus der Zeit vor 1988 wie blanker Zynismus vorkommen. Dennoch ist die Londoner Entscheidung nicht nur negativ zu beurteilen. Denn für Pinochet und seine Komplizen sinkt die Hoffnung, sie könnten die peinliche Londoner Episode ebenso sanft in Vergessenheit ruhen lassen wie die abertausend Morde und Folterungen, die sie zu verantworten haben. Von offizieller chilenischer Seite aus buhlt man jetzt um die Gunst, Pinochet im eigenen Land vor Gericht stellen zu dürfen. Doch dafür muß der Nachweis erbracht werden, daß in Chile die Bedingungen gegeben sind, den greisen General tatsächlich zu verurteilen.

Die internationale Aufmerksamkeit, die der Fall Pinochet zumindest kurzfristig auf sich zog, eröffnet im neoliberal heruntergewirtschafteten und krisengeschüttelten Chile wieder vage Hoffnung auf eine neue Chance zur Vergangenheitsbewältigung. Hoffnung, daß die Akten wieder aufgeklappt und die Fragen nach dem Verbleib der Verschwundenen beantwortet werden, Hoffnung aber auch, daß nicht nur einige Alibi-Figuren, sondern alle Verantwortlichen verurteilt werden.

Seite 26

55. Danke für das Geld!

Die ak-Spendensammlung war erfolgreich

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/geld.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:geld

Die ak-Spendensammlung

war erfolgreich

Wir haben es geschafft - fast jedenfalls. Zwar hatten wir uns das Ziel gesetzt, bei der ak-Spendensammlung 40.000 DM zusammenzubekommen. Nachdem im April an dieser Summe fast 5.000 DM fehlten, sind in den letzten vier Wochen noch einmal knapp 3.000 DM eingegangen. Den Last-Minute-SpenderInnen wie auch den übrigen Freundinnen und Freuden unserer Zeitung, die uns größere oder kleinere Beträge überwiesen haben, sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt. Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Ohne die Spenden unserer Leserinnen und Leser ist ak nicht zu machen.

Wegen der fehlenden Scheine wollen wir kein großes Gejammer anstimmen. Denn neben ungewohnt viel Lob für ak 425 (mit Schwerpunkt gegen den NATO-Krieg) sind auch Verkaufserfolge zu vermelden. Die gilt es jetzt zu halten: Euer Geld haben wir - jetzt könnt Ihr die Verbreitung der Zeitung unterstützen, indem ihr sie verkauft, Abos verschenkt oder Probe-Exemplare verteilt.

Auch wenn wir hiermit die "offizielle" Spendenkampagne abschließen: Große wie kleine Geldbeträge sind immer willkommen und bedeuten für uns keineswegs grenzenlosen Luxus. Die Kasse ist durchgehend geöffnet.

ak-Redaktion

Unser Spendenkonto:

Robert Gatermann

Konto Nr. 4644584-204

Bankleitzahl 200 100 20

Postbank Hamburg

56. Bomben in London

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/london.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:london

Bei Sprengstoffanschlägen in der britischen Metropole wurden in den letzten beiden Aprilwochen drei Menschen getötet und 117 verletzt. Ob es ein Zufall war, daß die Bomben in zeitlicher Nähe zum Geburtstag Adolf Hitlers detonierten, sei dahingestellt. Sicherlich nicht beliebig wurden die Orte der Explosionen ausgewählt: Alle drei Sprengsätze zündeten in Stadtteilen, in denen sich vornehmlich MigrantInnen und Schwule aufhalten. Nach den Anschlägen überbot sich die britische Naziszene mit Bekennerschreiben. Neben Combat 18 und den White Wolves wollen auch andere kleine Gruppen die Bomben gelegt haben. Nach Auffassung der Polizei ist jedoch keine dieser Organisationen für die Terrorakte verantwortlich zu machen: Nur einen Tag nach der dritten Bombe präsentierte Scotland Yard einen 22jährigen Einzeltäter. Eine bequeme Lösung - schließlich standen die britischen Beamten in letzter Zeit nicht gerade im besten Licht. Die Ermittlungen zu einem rassistischen Mordfall zu Beginn dieses Jahres gerieten zum Skandal. Zudem dürfte es auch vielen BritInnen bekannt sein, daß die Sicherheitsdienste jahrelang ihre schützenden Flügel über die Nazigruppe Combat 18 ausbreiteten. Nicht zuletzt die rassistische Hetze derartiger Gruppen bereitet aber auch das Klima, in dem sich solche Anschläge ereignen.

Seite 18

57. Quelldatei sp990510.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/sp990510.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:sp990510

Summe bis 9.4.99 35.414,56

G.W., Hamburg 200,00

xy, Hamburg 30,00

S.K., xy 1.000,00

F.G., Bad Herrenalb 100,00

H.M., Oberhausen 50,00

P.B., Wuppertal 50,00

M.T., Heilbronn 100,00

H.R., Salzgitter 100,00

A.H., Iserlohn 125,00

M.W., xy 100,00

G.O., Berlin 100,00

O.L.,

J.J.-L., Ludwigshafen 500,00

S. + A., Hamburg 500,00

Eingang bis 7.5.99 2.955,00

Summe 38.359,56

58. McJob bleibt McJob

CD-Datei: daten/aksuche/ak426/tit630.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:426:tit630

"Ist Walter Riester zu an- ständig für die Politik?" fragt die FAZ. "Alleingelassen auf der Regierungsbank" ist der Minister. Und alles wegen der 630-Mark-Jobs. Die Bundesregierung wollte den expandierenden Bereich ungesicher- ter Beschäftigungsverhältnisse gesetzlich regulieren. Doch das anvisierte Prunkstück einer neuen Reformpolitik ist eine unendliche Geschichte von "Nachbesserungen" geblieben.

Gegen jeden Versuch, die Sozialversicherungspflicht für Minijobs einzuführen, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Unternehmer, Kneipiers und Sportvereine fürchten um ihre billigen Arbeitskräfte. McDonalds zwingt seine Burger-Brä-ter, die Versicherungsbei- träge des Arbeitgebers selbst zu zahlen. Doch leider bedeutet soviel Geschrei im Umkehrschluß nicht, daß_VerkäuferInnen, Thekenschichten und andere 630-Mark-Beschäftigte jetzt umfassend sozialversichert wären oder gar mehr Geld im Portemonnaie hätten.

Zum aktuellen Gesetzentwurf

Seite 29